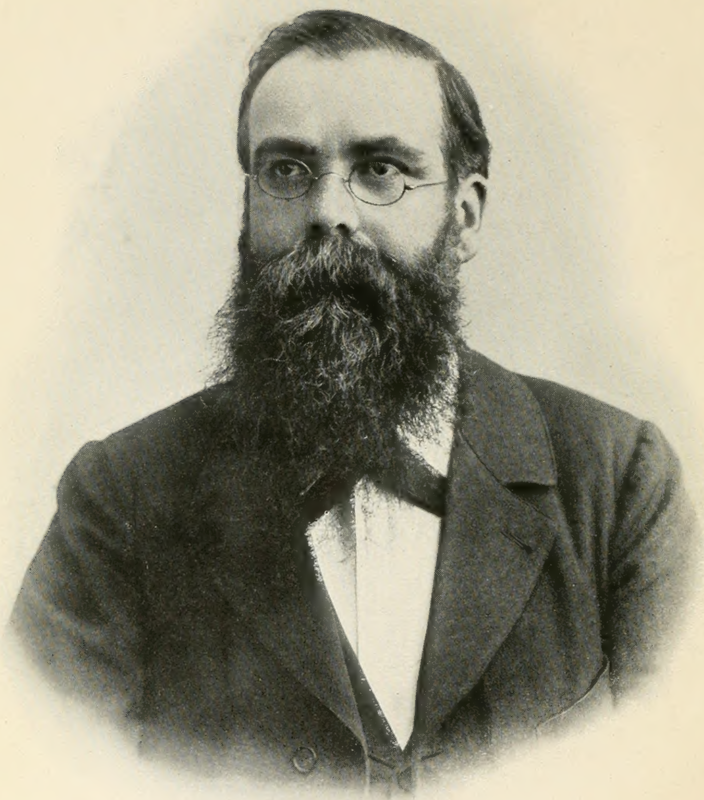

UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 01545210 5



Adolf Gröber

Adolf Gröber

Von

Hermann Cardauns



Unter Benutzung des Nachlasses

Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern
30. Band

M.Gladbach 1921, Volksvereins-Verlag GmbH.



Printed in Germany

Inhalt

Wie dies Buch entstand

Kurz bevor der Todestag Adolf Gröbers (19. November 1919) sich jährte, überraschte mich der Vorstand des Volksvereins für das katholische Deutschland durch die Anfrage, ob ich geneigt sei, das Andenken seines um den Verein hochverdienten Zweiten Vorsitzenden durch eine besondere Schrift zu ehren. Das freute mich; denn wenn ich auch nicht zu dem engern Freundes- und Berufskreis des edlen Toten gehörte, war ich ihm doch wiederholt näher-getreten und konnte dem Vorstand erklären, der Auftrag locke mich, denn „ich habe ihn lieb gehabt". Die Schwierigkeit der Aufgabe verhehlte ich mir nicht, und sie wurde nicht geringer, als ich im Volksvereinshaus zu M.Gladbach den dort größtenteils beruhenden Nachlaß Gröbers durchmusterte: Berge von Drucksachen, Tausende von Briefen, vieles noch von ihm selbst geordnet, aber verhältnismäßig wenig von ihm selbst geschrieben: Briefe an seine Eltern, Tagebuch-Bruchstücke und sparsame sonstige Aufzeichnungen von seiner Hand. Die Beschaffenheit des handschriftlichen Materials, der Mangel an Vorarbeiten und auch das eigne Alter schlossen den Gedanken einer erschöpfenden Biographie etwa im Stil von Pfülfs Mallinckrodt und von Pastors August Reichensperger aus — sie würde selbst im günstigsten Falle Jahre beansprucht haben, vollends wenn sie den Versuch gemacht hätte, ein vollständiges Bild seiner Jahrzehnte umfassenden politischen Arbeit zu entwerfen. Statt dessen empfahl sich ein in bescheidenern Grenzen gehaltenes Charakterbild, welches den Nachdruck auf die Schilderung seiner Persönlichkeit legte.

Um mir diese Aufgabe zu erleichtern, bat der Vorsitzende des Volksvereins, Geheimrat Trimborn, in einer Preßnotiz zum Todestage Gröbers, „Briefe oder sonstige Schriftstücke, die von Gröber herrühren und über sein Leben interessante Einzelheiten enthalten", an mich einzusenden. „Es wäre sehr erwünscht, wenn an dieselbe Stelle auch Mitteilungen über persönliche Erlebnisse, Unterhaltungen, einzelne Vorfälle, die die Persönlichkeit Gröbers betreffen, eingesandt würden. Selbstredend können sie ganz zwang- und formlos gehalten sein. Je reichhaltigeres Material zusammengebracht wird, um so lebendiger und zutreffender wird die Darstellung des so reichen und bedeutenden Lebens Gröbers gestaltet werden können."

Die „dringende Bitte" hat nicht ganz den gewünschten und erwarteten Erfolg gehabt. Gleich in den ersten Wochen erhielt ich allerdings eine Anzahl wertvoller Sendungen, aber bald ist diese Quelle nur mehr spärlich geflossen. Johannes Janssen konnte sein Lebensbild Stolbergs zum größten Teil nach dessen großer Korrespondenz zeichnen; von Gröbers ebenfalls sehr starkem Briefwechsel liegt mir fast nur der Einlauf vor. Briefe von ihm sind mir

nur vereinzelt zugegangen, und so blieb ich in dieser Hinsicht fast ganz auf die Briefe an seine Eltern beschränkt. Sie sind ziemlich zahlreich, aber meistens kurz und hören beim Tode seines Vaters (1895) auf. Ein Rätsel geben die Reste seiner Tagebücher auf (zitiert TB. mit Datum). Sie beginnen schon mit seiner Gymnasialzeit, über die ein vom 1. Januar 1871 bis 27. März 1872 reichendes Heftchen ziemlich eingehend berichtet. Dann folgen zehn lose Blätter, geschrieben 1. Juni bis 17. November 1872 während seines Dienstes als Einjährig-Freiwilliger, und ein dünnes Heftchen aus dem Universitätsjahr 1873 (3. Februar bis 28. Oktober). Für die Jahre 1874—76 hat er drei Kalenderbüchlein (Agenda) zu wenig erheblichen Eintragungen benutzt. Schon hier wird manches verloren sein, und nun folgt eine 12 Jahre umfassende Lücke. Erst mit dem 21. November 1888 setzen förmliche Tagebücher ein, in gleichmäßigem Oktavformat sorgfältig geschrieben, offenbar eine Ausarbeitung älterer Notizen, in größter Ausführlichkeit — allein für ein halbes Jahr 193 engbeschriebene Seiten — lückenlos bis zum 26. Juni 1890 fortgeführt, und dann nur noch ein kleines Bruchstück (9.—18. Januar 1893) in gleicher Anlage und in gleicher Schrift. Alles Suchen nach einem Zwischenstück, einer Fortsetzung und ältern Teilen der 80er Jahre blieb vergeblich.

Vorarbeiten, auf die ich mich stützen konnte, sind nur wenig vorhanden, dafür ist ja auch die Zeit seit seinem Tode noch zu kurz. Selbstverständlich hat er eine Anzahl von Nekrologen erhalten, darunter manche wertvolle Beiträge zu seiner Würdigung, aber im Zusammenhang hat bis jetzt nur einer über ihn geschrieben. Im Stuttgarter „Katholischen Sonntagsblatt" begannen schon wenige Wochen nach seinem Ende (Januar bis Juni 1920, S. 7—229) 21 Aufsätze unter dem Titel: „Einiges aus dem Leben Adolf Gröbers. Von K. K." Verfasser ist Konrad Kümmel, „einer der ältesten Freunde Gröbers, seit 1873, also seit 46 Jahren, mit unserm großen Volksmann und Zentrumsführer bekannt," mit ihm eng verbunden durch „vielerlei Beziehungen auf politischem, sozialem, literarischem und religiösem Gebiet", und mithin wie wenige berufen, dem Freunde ein Denkmal zu setzen. Er hat sich bescheiden auf „einige persönliche Erinnerungen" beschränkt, und auch diese wegen anderer Arbeiten etwa mit dem Jahre 1895 abgebrochen.

(Die seit Januar 1921 veröffentlichte Fortsetzung beschäftigte sich nicht mehr mit Gröbers parlamentarischem Wirken, sondern teilte vorwiegend solche Erinnerungen mit, welche sich auf Gröbers persönliches Leben, auf seine Stellung zu Kirche und Diözese, auf die Betätigung seines Glaubens und auf seine Bekenntnistreue beziehen (beide Serien zitiert „Kümmel" bzw. „Kümmel Forts."). Auch für die stets bereite Unterstützung meiner Aufgabe bin ich ihm zu besonderm Danke verbunden, desgleichen den Herren Dr. W. Hohn, A. Pieper und F. Rabeneck in M.Gladbach. Anderer, denen ich für Sendungen und Aufklärungen verpflichtet bin, werde ich an geeigneter Stelle dankbar gedenken.

Lückenhaft, ungleichmäßig ist das handschriftliche wie das gedruckte Material, soweit es ohne ein Maß von Zeit und Mühe, das mir nicht zu Gebote stand, zugänglich gemacht und ausgebeutet werden konnte. Lückenhaft, ungleichmäßig wird auch meine Bearbeitung desselben sein; dürftig oder doch

skizzenhaft, wo die Grundlagen aus einer Menge zerstreuter Fundorte, namentlich aus der Tagespresse, mühselig zusammengesucht werden mußten; besser zusammenhängend, reichhaltiger, wo die Quellen ergiebiger zutage treten. Niemanden wird es befremden, wenn ich solchen Abschnitten größern Raum gewähre, in denen Gröber selbst, auch über sich selbst, zu Worte kommen kann. Sonst sind Briefe und Memoiren nur zu oft als Grundlage einer Biographie unsicherer Boden; bei einem Manne von Gröbers Lauterkeit und Wahrheitsliebe ist das ausgeschlossen. Aber eine wirkliche „Lebensbeschreibung" zu bieten, muß ich ablehnen. Was ich bieten kann in kurzer Zeit — denn wenn irgend möglich, sollen diese Blätter vor Gröbers zweitem Todestag erscheinen — das sind mehr oder weniger Ausschnitte, Bruchstücke, Bausteine zu einem Ehrendenkmal, wie Adolf Gröber es beanspruchen kann.

Bestärkt hat mich in dieser Auffassung meiner Aufgabe ein Brief eines verehrten journalistischen Konseniors. Ich hatte Herrn Fr. Rienkemper um einen Beitrag gebeten mit der Bemerkung, auch er habe ihn ja lieb gehabt. Darauf antwortete er: „Das stimmt. Aber ich habe keinen Brief mit Gröber gewechselt, ihn nur bei gelegentlichen Begegnungen flüchtig gesprochen. Ich habe ihn geliebt wegen seiner vollkommenen Selbstlosigkeit und seines unübertrefflichen Arbeitseifers. Wie mir scheint, sind Sie auf dem richtigen Wege. Eine »große« Biographie mit Ausschöpfung seines ganzen Lebenswerkes bleibt besser der objektivern und ruhigern Zukunft vorbehalten. Ein Charakterbild ist sehr zeitgemäß; je schneller und je prägnanter, desto besser."

Kindheit und Knabenalter

Adolf Gröber stammte aus einer Handwerkerfamilie. Auf einem Zettelchen nennt er als Großeltern von väterlicher Seite „Clemens Gröber, Knopfmacher, und Josepha, geb. Steinhart", als Geburtstag des Vaters den 23. Mai 1823. Die Mutter Anna Maria Baumann, geboren 5. November 1814, also älter wie ihr Gatte, war eine Uhrmacherstochter von Augsburg, wie wir aus dem glänzenden Abgangszeugnis einer dortigen Privatschule erfahren, das Gröber unter seinen umfangreichen „Personalia" aufbewahrt hat. Sie [1]) „war eine stille, fromme, häusliche Dame, so recht eine Frau und Mutter vom guten alten Schlag, welche ganz aufging im Hause und der kleinen Familie". Nach dem frühen Tode eines ältern Bruders war Adolf, geboren am 11. Februar 1854 in der kleinen württembergischen Oberamtsstadt Riedlingen (Donau-Kreis), das einzige Kind. Der Vater, Albert Gröber, war als tüchtiger Graveur und Goldschmied zu bescheidenem Wohlstand gekommen. Schon bald nach der Verheiratung siedelte er als „Privatier" nach Weingarten über, wo er ein zweistöckiges Wohnhaus mit schönem Garten bewohnte. Doch blieb er auch als Rentner seinem Beruf ergeben. Leidenschaftlich betrieb er die Treibkunst, auf der kunstgewerblichen Landesausstellung in Stuttgart (1880) war er durch treffliche Arbeiten vertreten, und der Sohn hat Werke seiner Hand zeitlebens in Ehren gehalten. Kümmel, der ihn

[1]) Für das Folgende vgl. Kümmel im „Volksblatt" S. 17. [Ergänzend teilt mir Freiherr v. Hornstein-Grüningen mit: „Die Mutter Gröbers war in den 40er und 50er Jahren meine und meiner zwei Schwestern Kindsfrau. Sie war eine sehr verständige, tüchtige und resolute Person. Unter ihrem Schutz wurden wir zur Revolutionszeit in Sicherheit nach Augsburg gebracht. Nanette heiratete in der Folge einen Zinngießer aus dem benachbarten Städtchen Riedlingen, der auch in Revolution gemacht hatte und deshalb eingesperrt wurde, sonst aber ein Biedermann war. Ich war ihr sehr anhänglich und besuchte sie öfter in Weingarten, wo das Ehepaar glücklich lebte. Dort wurde ich auch mit ihrem Söhnchen Adolf bekannt, das die Mutter als einen sehr fleißigen talentierten Schüler, der immer die erste Note brachte, sehr lobte."

als Vikar in Weingarten kennen lernte, entwirft ein anziehendes Bild von dem hochgewachsenen Manne mit dem prächtigen Kopf, dem weißen Vollbart, den hellen klugen Augen. Unter den Honoratioren Weingartens gern gesehen, war er ein guter Gesellschafter, ein festgeschlossener Charakter, ein ganzer Mann, einer der angesehensten Bürger der Stadt. In frühern Jahren politisch entschiedener Demokrat, auch religiös von dem Geist der württembergischen Demokratie beeinflußt, hatte er sich in Weingarten unter der sein Gerechtigkeitsgefühl verletzenden Kulturkampfpolitik entschieden der Zentrumspartei zugewendet. Im engsten Zusammenhange damit stand, daß er seiner Kirche nähertrat. In regem Verkehr mit dem Weingartener Stadtpfarrer Dr. Mattes, fand er sich täglich zur heiligen Messe ein, und das war ihm weit mehr als eine bloße Gewohnheitssache.

Der kleine Adolf besuchte 1860—62 die Volksschule in Weingarten, später das Lyzeum in Ravensburg [1]), 1870—72 das Gymnasium in Stuttgart. Daß er den 4 Kilometer langen Weg nach Ravensburg zu Fuß zu machen pflegte, wird dem kräftigen Jungen nichts geschadet haben. Ein Ravensburger Quartal-Zensurheft 1863—67 bewegt sich in aufsteigender Linie, abschließend mit der Bemerkung: „Hat sich des ersten Platzes unter den Schülern seiner Abteilung würdig gemacht in allen Fächern," und in einem Semesterzeugnis vom 13. April 1870 sinkt das Prädikat nur in zwei von zwölf Fällen auf „ziemlich gut" herab, im Französischen und auffallenderweise im Deutschen. 1867 beteiligte er sich an der Gründung eines „Bundes", dessen feierliche Statuten er unter seinen „Personalia" aufbewahrte. Anscheinend war es eine recht harmlose Verbindung der Weingartener Schüler des Ravensburger Lyzeums, mit gemeinsamem Schulweg, Ringübungen, Krieg usw., eingeteilt in Obere, Hörige und Mitgänger, regiert von einem Richter, Führer und — Prügelmeister. Auf seinen richterlichen Beruf hat Gröber sich schon damals durch kurze Protokolle vorbereitet. So erfahren wir, daß „Häusler (ein Auswärtiger) vor Gericht gefordert wird, weil er einem Mitglied des Bundes große Steine auf gefährliche Weise nachwarf; Urteilsspruch: 3 Prügel". Er selbst hat, soweit ersichtlich, keine Prügel bekommen, wohl aber einen papiernen „Verdienstorden des Bundes 1867 auf dem Wege von Weingarten nach Ravensburg". Bei den Akten des Bundes liegt noch ein von Gröber geschriebener

[1]) Nach seiner eignen Angabe 1862—70. Doch findet sich im Nachlaß auch ein sehr anerkennendes Zeugnis über den Besuch der Elementarschule zu Altdorf vom 7. Oktober 1863, und die Ravensburger Zeugnisse beginnen mit dem 6. September 1864 (Vorbereitungsklasse). Einige kindliche Briefe an die Eltern sind Altdorf 1861 und 1863 datiert.

Bogen: „Ein Geselle hilft dem andern. A. Gröber und Gebhard Lupberger auf dem Theater in Ravensburg, 66", eine Dialekt-Unterhaltung zwischen Weinvogel (Gröber) und Aktuar (Lupberger). Soweit mir bekannt, ist dies Gröbers einziges Auftreten auf der Bühne geblieben, und wenn er selbst der Verfasser gewesen sein sollte, auch seine einzige dramatische Leistung.

Nicht ganz so erfreulich muten uns Gröbers drei Semesterzeugnisse vom Stuttgarter Obergymnasium an, das er von Herbst 1870 bis Ostern 1872 besuchte. Seine Platznummer erhebt sich nur wenig über die Mitte, und das Ziemlich gut kommt viel häufiger vor. Mit seinem Hauswirt, dem Geh. Registrator und Hofrat Schaupp, hatte er im Herbst „eine ernste Diskussion", weil er „wegen der profitlichen Hausfrau kein Mittagessen bekommen" und gesagt habe: „Das darf mir nicht mehr vorkommen." „Hofrat will heimschreiben. Tun Sie das, so bald als möglich." Der Hofrat kündigte ihm, nahm aber die Kündigung zurück, und am Ende des Jahres schreibt er an Gröbers Vater: „Ihr Sohn ist ein Muster von einem jungen Manne. Sein Fleiß ist groß vielleicht tut er des Guten zu viel — und seine Aufführung läßt nichts zu wünschen übrig." Etwas zurückhaltender äußert sich der Religionslehrer Zimmerle in einem Schreiben an den Vater (9. Juni 71): „Ihr Sohn hat gottlob ein gutes Gemüt und kommt wohlerzogen aus dem elterlichen Hause. Um so mehr liegt mir daran, beizutragen, daß er sich selbst getreu bleibe. Ich kenne seit 11 Jahren die Gefahren, welche junge Gymnasiasten hier zu bestehen haben, und es wird mich freuen, wenn Sie durch Ihren väterlichen Einfluß dahin wirken, daß er mit dem Schild der Religiosität sich gegen dieselben deckt. Mein Herz und mein Haus stehen ihm jederzeit offen."

Die Sorge des Religionslehrers wegen des Stuttgarter Pflasters war durchaus nicht unbegründet, möglicherweise auch durch Beobachtung seines Schülers veranlaßt. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß Adolf sich in Stuttgart in zweifelhafter Gesellschaft bewegte und ein recht fideles Leben führte. Sein ausführliches Tagebuch für 1871 und das erste Quartal des folgenden Jahres ist ein unerquickliches Dokument. Nach einer sehr vergnügten Neujahrsnacht daheim, „wieder in die Sträflingsjacke des Gymnasiums eingezwängt", bewegt er sich in dieser Jacke sehr ungezwungen. Vom Gymnasium erzählt er wenig, und mit sehr geringem Respekt; hie und da hat er auch „geschwänzt". Besser gefällt es ihm in der „goldenen Vakanz" und im Theater; fast jede Woche besucht er die Oper, später kommt auch das Schauspiel an die Reihe. Weit überwiegend beschäftigt sich das Tagebuch mit seinen Abenteuern im Dienste des Bacchus und Gambrinus, gelegentlich

werden drei Cafés hintereinander besucht. Diese 39 engbeschriebenen Blättchen wimmeln von zuweilen ausführlichen Notizen über „Frühschoppen, Stiftungsfeste, Suiten (d. s. trinkfeste Ausflüge), Natursuff, Abschiedssuff, liederliches Saufen"; jeden Augenblick wird verzeichnet, daß ein Kommilitone oder auch ein erheblicher Teil der Korona tout, nämlich betrunken gewesen sei, oder auch „furchtbar tout". Man zankt sich untereinander und mit dem Wirt, und auf dem Heimweg kommt es, nicht bloß bei Glatteis, zu „leicht zu begreifenden Unglücks f ä l l e n". Eine Hauptrolle spielt bei den Kneipereien die im März gestiftete „Danubia" mit wöchentlichen „Gesellschaftsabenden". Auf ihrem Weihnachtsfest ereignen sich wüste Auftritte, ein „schön begonnener (Masken-)Abend endigt in einem besoffenen Lärmen"; zwei Wochen später „geht es beim Fuchsenritt über alle Maßen wild zu, so daß 6 Stühlen der Garaus gemacht wird", und schließlich macht sich die allgemeine Tout-heit „im Tanzen und Singen vulgo Schreien bemerklich". In Gröbers Bulletins über die Danubia steht kaum ein ernstes Wort, nur ganz vereinzelt begegnet einmal das Wort Sittlichkeitsparagraph, und auf einem „Gesellschaftsabend" wird eine „längere Pauke über die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform" gehalten — unmittelbar dahinter Notizen, die nach nichts weniger als Reform aussehen.

Vielleicht denkt mancher Leser: Wozu dieser Ausschnitt aus den Flegeljahren? Er war halt ein wilder junger Bursch, hat sich ausgetobt wie unzählige andere und sich dann gründlich geändert. Gewiß, aber man kann auch sagen: diese ungeschminkten Bekenntnisse sind ein in seiner Art klassischer Beweis für den Satz, daß „man keinen Jungen ertränken soll". Auch scheint Gröber selbst sich von den ärgsten Exzessen freigehalten zu haben. Nirgendwo bekennt er, selbst „tout" gewesen zu sein, und mit Prädikaten gemein und commun hat er nicht gespart. Den Abiturientenkommers erledigte er lakonisch mit der Bemerkung „besoffenes gemeines Bubensaufen", und beim Stiftungsfest der Danubia, das in eine vollständige Verwüstung des Kneiplokals ausmündete, hat er sich vergeblich bemüht, zu beruhigen.

Immerhin war es Zeit, daß er vier Tage darauf sein Tagebuch mit den Worten Gymnasium ex abschließen konnte. Nach dreitägiger Prüfung, bei welcher drei Abiturienten durchfielen und „die übrigen mit knapper Not aufgenommen" wurden, konnte er am 18. März 1872 dem Vater telegraphieren: „Examen mit 44 Noten bestanden, also Durchschnitts-Note, z g—g (ziemlich gut bis gut)!"

Dienstjahr und Hochschulen

Eine der vielen von Gröber ausgefüllten „National-Listen" verzeichnet: „1. April 1872 bis 31. März 1873 Einjährig-Freiwilliger." Er ist also direkt nach Abschluß der leichtsinnigen Gymnasialzeit, erst 18 jährig, zur militärischen Ausbildung in seinem Wohnort Weingarten übergegangen, wo das 2. Infanterie-Regiment garnisonierte. Der Wechsel bekam ihm nicht schlecht, und das erhaltene Bruchstück seines Tagebuchs von 1872 (1. Juni bis 17. November) macht einen angenehmern Eindruck als sein Vorgänger. Der blutjunge Marssohn klagt manchmal über grobe Unteroffiziere und Offiziere, Beschwerden des Dienstes, einmal Regiments-Exerzieren bei 47° Grad Reaumur in der Sonne, aber im ganzen spricht er von seiner Ausbildung sachlich, wird nicht schlapp und nicht krank, nicht bestraft, avanciert am 10. September zum Gefreiten und „kommt am 31. Oktober als Unteroffizier auf die Wache", versteht es auch, sich dazwischen zu amüsieren. Notizen im Juli lassen erkennen, daß er sich für öffentliche Angelegenheiten zu interessieren beginnt. Die Nachricht der Spenerschen Zeitung von einer Bulle von 1870 über die Papstwahl „mit Umgehung aller bisher üblichen Formalitäten", und die Bemerkung des Blattes: „In diesem Falle wäre der Sieg der Jesuiten gesichert, aber auch eine Anfechtung der Gültigkeit wahrscheinlich", erwähnt er mit dem Zusatz: „nach Erkundigungen der Germania in Rom von A bis Z erlogen". Wenn freimaurerische Blätter Ausschließungen aus der Loge melden, bemerkt er: „Ein Seitenstück zu den Exkommunikationen der katholischen Kirche." Er notiert den Protest einer Berliner Sozialistenversammlung gegen das Jesuitengesetz, weil „seine Spitze gegen die persönliche Freiheit gerichtet ist", und schreibt: „Die französische Presse verfolgt die kirchlichen Konflikte in Deutschland mit steigendem Wohlbehagen." Er hat sich damals schwerlich träumen lassen, welche Bedeutung diese Dinge einst in seinem eignen Leben gewinnen würden. Später hat Gröber noch einige Übungen mitgemacht und ist zum Leutnant der Reserve befördert worden. Weiter brachte er es auf der militärischen Stufen-

leiter nicht, doch ist das Interesse für militärische Fragen dem Parlamentarier Gröber oft zugute gekommen. Am 1. April war „Unteroffiziersabend", dann zog er den bunten Rock aus und ging als Student der Rechtswissenschaft nach der Landesuniversität Tübingen.

Von dem Studenten Gröber hat Kümmel[1]) ein anziehendes Bild entworfen. „Er war ein prächtiger, schlank- und hochgewachsener, an Leib und Seele kerngesunder, lebensfrischer Student, an dem jedermann seine Freude hatte, am meisten seine Eltern. Er hat sozusagen vom ersten Tage seiner Immatrikulation an tüchtig gearbeitet und seine Zeit gründlich ausgenützt, ohne daß er deshalb auch nur die geringste Anlage zu einem Kopfhänger oder Spielverderber gehabt hätte. Es blieb ihm noch genug Zeit zu geselligem Verkehr und Erholung, besonders durch Fußwanderungen in der herrlichen Umgebung Tübingens übrig. Sein kluger Pudel Sarr (Cäsar) war sein treuer Begleiter und Hausgeselle während dieser Zeit. Wie sehr er auch eine sonnige, fröhliche Natur war, so gab es gleichwohl Dinge, in welchen er keinen Spaß verstand. Was ihm gegen das Gewissen ging, besonders auf dem Gebiete des Religiös-Sittlichen, ließ er sich nicht gefallen. Mehr als ein Beispiel könnte angeführt werden von solchen, welche zu ihrer höchlichen Überraschung den jungen, heitern Adolf von einer Seite kennen lernten, die sie nicht bei ihm vermuteten. Diese Entschiedenheit im Eintreten für seine religiös-sittliche Überzeugung war eine der hervorragendsten Charaktereigenschaften des jungen Mannes. Dabei war er aber meilenweit davon entfernt, von seinem Christentum und seinen Grundsätzen viel Aufhebens zu machen: jeder Schein von Pharisäismus war ihm völlig fremd. Er war, als er die Tübinger Hochschule bezog, ein so innerlich reifer christlicher Charakter, daß die Freiheit des Universitätslebens für ihn keine Gefahr bildete. In stetem engen Zusammenhang mit seiner Kirche und deren Vorschriften ist sein sittliches Leben auch in dieser Zeit, unberührt von Exzessen jeder Art, rein und vornehm im vollen Sinne geblieben."

Zu dieser liebevollen Schilderung einige Ergänzungen aus Gröbers Tübinger Notizen. Sie ist, erst nach Gröbers Tode geschrieben, doch wohl nicht ganz unberührt geblieben von der Freundschaft des Schreibers und dem verklärenden Einfluß der Jugenderinnerung, und wenigstens für das erste (Sommer-)Semester in Tübingen wird die allerdings höchst unerhebliche Richtigstellung, daß Gröber seinen geliebten Pudel zuerst regelmäßig Caro und erst später Cäsar nennt, kaum die einzige sein. Der nachmalige Asket hatte seine feuchtfröh-

[1]) Im „Katholischen Sonntagsblatt" 1920, S. 26 ff.

lichen Neigungen noch nicht ganz überwunden; allem Anschein nach hatte er auch schon als Soldat eine vermutlich harmlose Liebelei angeknüpft, die er bei Besuchen in der Heimat fortsetzte. Vielleicht hängt es damit zusammen, wenn ihn einmal „das Gefühl einer ziemlichen Blamage ergreift", er einen „Anflug von moralischem Katzenjammer" bekommt und von einer „schauerlichen Verlegenheit mit Vater" spricht. Nach einer Kneiperei wird „noch zum Fenster hinauskrakeelt", nach einer andern „fährt er mit einem ordentlichen Zopf ab" oder hat „andern Tags obligaten Kater" usw. Schon wenige Tage nach der Ankunft in Tübingen klagt er: „Kein Geld!" Als die sehnsüchtig erwartete Sendung ankommt, besaß er noch — 12 Kreuzer. Wenn er in stark drei Monaten 450 Gulden verbraucht, so dürfte das für einen bürgerlichen Studenten bei den billigen Tübinger Lebensverhältnissen der 70er Jahre nicht knapp gewesen sein.

Schon am Tage nach seiner Ankunft in Tübingen schreibt Gröber in sein Notizbuch: „Ich werde in keine Verbindung eintreten." Und am 29. April an den Vater: „In eine Verbindung werde ich in keinem Falle eintreten, denn ich will mein eigner Herr sein. Es ist zwar hier eine sehr schöne Gesellschaft, eine katholische Studentenverbindung namens Guestphalia, die mich recht gerne in ihrer Mitte sehen würde; allein — Kaula, putz Maula. Ich will in keiner Weise gebunden sein. Als freier akademischer Bürger lasse ich mir nicht vorschreiben, wen ich als Freund oder Feind ansehen soll, in welches Wirtshaus ich gehen, wie lang ich dort bleiben soll. Zudem bin ich in einem Alter, in dem ich nicht mehr als Fuchs den Hausknecht oder Hanswurst älterer Verbindungsmitglieder machen will. Ohne an irgendeine Verbindung gebunden zu sein, kann ich kommersieren und fidel sein." Daran hat er sich gehalten. Das Auftreten der „Korpsburschen" war ihm „ekelhaft", und wenn „ein Korpsbursche wegen Forderung auf Pistolen zu drei Monat verurteilt wird", so ist er der Ansicht, daß „dem Esel recht geschieht". Wiederholt ist er Gast bei der Theologen-Gesellschaft Danubia[1]), weiter in der Schottlandia und in der Guestphalia, wo er Gegenstand einer „elenden Keilerei" ist — „aber umsonst. Man merkt die Absicht und wird verstimmt". Den Antrittskommers der Guestphalia fand er „sehr heiter", doch trat er nicht ein, und klagt Ende Mai: „Schönes Leben, aber kein Freund, an den ich mich völlig anschließen könnte."

[1]) Als solche unterschreibt sie ein Glückwunschtelegramm bei seiner Wahl in den Reichstag. Als Fakultäts-Gesellschaft war sie schwerlich eine akademische Fortsetzung der Gymnasiastenverbindung gleichen Namens.

Im Wintersemester fand er etwas engern Anschluß. Seit Januar 1874 trägt er einen regelmäßigen wöchentlichen Kneipabend ein, ohne den Namen der Korporation zu nennen.

Gröber eröffnet seine Tübinger Aufzeichnungen mit dem bescheidenen Seufzer: „Wie wird es im Kolleg gehen? Hab ich doch nicht die leiseste Idee von irgend etwas.“ Dann lesen wir noch, daß er bei Professor Degenkolb Pandekten, allgemeiner Teil und Institutionen, sowie Nationalökonomie bei Schönberg hört, wöchentlich 19 Stunden, und am 16. Juli: „Die ganze Woche frei von Degenkolb!“ Am Schluß des Wintersemesters (3. und 4. März 1874) notiert er dagegen: „7 Stunden Kolleg! 6 Stunden Kolleg per Tag.“ Darf man daraus entnehmen, daß er nach einem pläsierlichen Fuchssemester während des Winters sich in die Arbeit stürzte? Das dürfte man glauben, wenn sich die Annahme bestätigte, er habe als Tübinger Student die Preisaufgabe der juristischen Fakultät gelöst und schon Anfang November 1873 den Preis erhalten.[1] Aber dieser Erfolg fällt erst in das Ende seiner Studienzeit, wie wir später sehen werden, und zahlreiche Kneipnotizen von 1874 lassen nicht auf erhebliche Abnahme feuchtfröhlicher Gewohnheiten schließen. Ein „Privatsuff zu Hause“, bei dem fünf Studenten 18 Flaschen trinken, ist doch ein starkes Stück. Bei der Einschätzung der Tagebuch-Bekenntnisse Gröbers, die vielfach urwüchsig-derbe Wendungen aufweisen, darf man allerdings den Studentenstil und die Trinksitten der 70er Jahre nicht vergessen. Sie haben manche Blüte geknickt — ich kann hier als etwas älterer Experte sprechen — aber willensstarke Naturen wie Gröber sind darüber hinweggekommen.

Am 11. April reiste Gröber über Nürnberg, Würzburg und Bamberg mit seinem „prachtvollen Dom“ nach Leipzig, wo er ein Semester verbrachte. Seine ersten Eindrücke waren nicht angenehm. „Leipzig machte in den ersten Tagen nicht den günstigsten Eindruck auf mich; dazu mag wohl auch der Lärm und das Getriebe der Messe beigetragen haben. Das vielgerühmte Leipzig erscheint mir, was Pracht der Gebäude und Schönheit der Straßen anbelangt, im Vergleich zu Stuttgart wenig nobel, und was vollends Kunstschätze betrifft und wahrhaft großartige Bauten, im Vergleich zu München wahrhaft armselig. Leipzig ist eben durch und durch Handelsstadt, und der Schacherjude, der morgens die Straßen mit seinem Zu handeln! und Was zu handeln! durchschreit, ist ein passendes Seiten-

---

[1]) Dieses Datum muß man aus der Darstellung bei Kümmel S. 27 annehmen, die erst im Anschluß daran Gröbers Studien in Leipzig und Straßburg (1874 ff) erwähnt.

stück zum reichen Kaufmann der Grimmaischen Straße. Ein interessantes, wenn auch nicht sonderlich angenehmes Bild zeigt die Messe mit ihren zahllosen knoblauchduftenden Hebräern, die in langen, schmutzigen, fettglänzenden polnischen Röcken und mit gelocktem Haupt- und Barthaar den Gott ihrer Väter zum Zeugen ihrer Ehrlichkeit anrufen." (An die Eltern 23. 4.) „Ich habe mich allmählich besser angewöhnt und akklimatisiert. Jetzt ist auch endlich die Messe mit ihrem Gestank und Lärm vorüber. Am wenigsten kann ich mich noch immer an die norddeutsche Küche gewöhnen: kein oder nur ein schlechtes ausgesottenes Rindfleisch, wenig Gemüse und Salat, viel rohes Fleisch, hundemäßiges Bier, besonders das sogenannte Bayrische Bier und die schreckliche Gose oder gar das Zerbster Bitterbier, das übrigens ganz süß ist und nach Bärendreck salva venia schmeckt."

Indessen hat er sich bald zurechtgefunden und sich den Aufenthalt recht angenehm gestaltet. Genüsse, die er sich in dem kleinen Tübingen versagen mußte, hat er in Leipzig als Theaterfreund gründlich nachgeholt. Gleich im ersten Monat verzeichnet er etwa ein Dutzend Besuche verschiedener Theater (altes, neues, Mellini-Theater, italienische Oper), hört die Desirée Artot, Peschka-Leutner. Ganz entzückt ist er von einem Pfingstausflug nach Dresden und der Sächsischen Schweiz. Mehrfach beteiligte er sich an den Festen und Ausflügen des katholischen Kasinos. Schon am 11. Mai erscheint er auf dem Kneipabend der Lipsia, eines „akademischen Wohltätigkeitsvereins", der sich im Jahr vorher gebildet hatte, um einen vom Universitätsgericht zu Tode gemaßregelten katholischen Studentenverein[1]) zu ersetzen, und zum 9. Juni notiert er: „Konvent und Kneipabend der Lipsia. Ehrhardt und Ego als Bursch, Trimborn als Fuchs aufgenommen." Das waren ein paar interessante Kommilitonen, ersterer der spätere Landgerichtspräsident von Landau, letzterer der heutige Führer des Zentrums, mit Gröber seit den Leipziger Tagen in enger Freundschaft verbunden. Mit ihnen hat er die Umwandlung der Lipsia in den katholischen Studentenverein Teutonia betrieben, als dessen Hauptgründer man ihn bezeichnen kann.[2]) Es gab noch

[1]) Genaueres über diesen hochkomischen Beitrag zur akademischen Parität bei Cardauns: Fünfzig Jahre Kartellverband, S. 82. Sollte sich auf diesen Vorgang nicht die drastische Schilderung bei Kümmel S. 56 beziehen? Gröber scheint bei der Gründung der Teutonia größere Schwierigkeiten nicht gefunden zu haben.

[2]) Über ein Vierteljahrhundert danach gedachte Trimborn des Freundes, „der mit ihm in Leipzig am liebsten studierte und die Teutonia gründete". Verhandlungen der 43. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Osnabrück 1901, S. 445.

einige Schwierigkeiten. Vom Rektor Schmidt bekam Gröber zu hören: „Es handle sich nur darum, ob Reibereien entstehen könnten; ob wir nicht die ganze Sache aufs nächste Semester verschieben wollen?" Gröber war anderer Ansicht und ließ nicht locker. Am 9. Juli bekam er vom Universitätsrichter den Bescheid: Teutonia sei vom Universitätsgericht genehmigt und bedürfe nur noch der Bestätigung durch den Regierungsbevollmächtigten. Seitdem fragt er alle paar Tage beim Universitätsrichter an, berichtet nicht weniger als fünfmal, die Antwort sei noch nicht eingetroffen, bis er endlich am 22. Juli triumphierend ins Notizbuch eintragen kann: „Teutonia genehmigt!" Sie hat sich dem Verband der katholischen Studentenvereine Deutschlands (nicht farbentragend) angeschlossen.

Gröber hatte in Leipzig wöchentlich 25 Stunden Kolleg, „darunter ein ausgezeichnetes sechsstündiges bei unserm Landsmann Wächter über Familien- und Erbrecht und ein vierstündiges über Naturrecht bei Ahrens". Außerdem hörte er nach seinem Kollegienbuch noch Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Handels-, Wechsel- und Seerecht bei Stobbe, römischen Kriminalprozeß bei Hänel und Naturlehre des Staates bei Roscher.[1]) „Bei dem berühmten und berüchtigten Friedberg, der in seinem Kirchenrecht die sogenannten liberalen Theorien über die Grenzen zwischen Staat und Kirche unter dem Beifall von mehreren hundert Zuhörern auskramt, mag ich nichts hören." (An die Eltern.) Davon ist er zurückgekommen, denn am 3. August schreibt er: „Anfrage bei Friedberg betreffend Strafrecht; wird nicht gelesen." Auf Rat Wächters, der ihn zum Mittagessen einlud, entschloß er sich, nach Straßburg zu gehen, und fuhr über Berlin, Weimar und Frankfurt a. M. in die Heimat.

Sein Studium in der „wunderschönen Stadt" hat sich wiederum auf ein Semester beschränkt (Winter 74/75). „Die Stadt", schreibt er am 23. 10 an die Eltern, „gefällt mir sehr gut; von dem Bombardement sieht man noch einzelne Spuren, aber im ganzen ist, einige zusammengeschossene Häuser am Rande der Stadt abgerechnet, fast alles wiederhergestellt. Mehr bemerklich sind die Folgen des Krieges in der unmittelbaren Umgebung der Stadt, wo zum Teil die schönsten Alleen dem Beile der Sapeurs fallen mußten. Sonntag vormittags war ich in dem wundervollen Münster; ich konnte mich nicht satt sehen an dem herrlichen Werke des vielgeschmähten Mittelalters. . . . Am gleichen Tage wohnte ich der Enthüllung eines

---

[1]) Ein Roschersches Kollegienheft findet sich mit andern sorgfältig geführten Heften in seinem Nachlaß, auch ein dickes Heft „Studien" mit Auszügen aus Ihering usw.

Denkmals für die gefallenen Pioniere des Jahres 1870/71 bei. Ein protestantischer Choral bildete die Einleitung; dann folgte eine stille Messe des katholischen Garnison-geistlichen unter Begleitung der württembergischen Regimentsmusik, welche einige katholische Kirchenlieder aufspielte; es machte einen eigentümlichen Eindruck, in Mitte der blinkenden Waffen, umgeben von den glänzenden Uniformen der hohen Offiziere, überragt von den Kasernen der Zitadelle und den Wällen der Festung, auf dem einfachen improvisierten Altar diese stille heilige Messe." Von der begeisterten halbstündigen Rede des protestantischen Geistlichen habe er fast nichts verstanden. Das Denkmal, „eine Säule, auf deren Kapitäl ein Adler das Eiserne Kreuz in den Krallen hält und an deren Fuß vier schlafende Löwen ruhen," hat nicht seinen Beifall. „Vier Löwen und alle vier schlafend, das ist ein schlecht gewähltes Symbol, schlafende Löwen sind nicht zu fürchten. In Halle ist die Ausführung entschieden viel durchdachter, auch dort ruhen am Fuße der Denksäule zwei Löwen, der eine zum Tode verwundet, auf seinem Wappenschilde, den er mit seinem Leibe noch im Sterben schützen will, ruhend; der andere Löwe dagegen halb aufgerichtet, stolz und mutig das Haupt erhebend, mit drohenden Blicken den nahen Feind zurückweisend." Auch die Kritik des Adlers mit dem Eisernen Kreuz in den Krallen läßt erkennen, daß der Schwabe den Krieg von 1866 noch nicht verschmerzt hat.

Über seine Vorlesungen bemerkt er zunächst nur: „Kolleg bei Sohm, Merkel, Geffcken, Liebmann (Psychologie)," hat aber dann „Geffcken aufgesteckt". Außerdem erwähnt er wiederholt ein Praktikum oder Exegetikum bei Zimmermann, in dem er einige „Rechtsfälle" behandelte.[1]) Aus seinen dürftigen Straßburger Notizen sei hervorgehoben, daß er wieder oft das Theater besuchte, vergnügte Weihnachtsferien in der Heimat verbrachte und Ende Januar 1875 zum Stiftungsfest des Vereins Lätitia an der Polytechnischen Hochschule zu Karlsruhe fuhr, der demselben Verbande wie die Leipziger Teutonia angehörte. Zu melancholischen Vergleichen mit heute kann es veranlassen, daß er bei einem Ausflug nach Fuchsambuckel die „Flasche Neuen à 12 Sous" trank.

In das Ende des Straßburger Semesters fällt eine Auseinandersetzung Gröbers mit dem Kirchenrechtler Sohm, die dem Schüler wie dem Lehrer zu großer Ehre gereicht. Die Angelegenheit

---

[1]) Mehrere liegen noch in seinem Nachlaß, bald mit kritischen, bald mit warm anerkennenden Bemerkungen (gut, schön, eine scharf zutreffende gut geordnete Erörterung) versehen.

hat schon damals in der Presse Aufsehen gemacht und ist neuerdings eingehend in Erinnerung gebracht worden.[1]) Eine gute Ergänzung bietet der folgende undatierte Brief Gröbers an seine Eltern.

„Ich habe in der letzten Woche einen der schönsten Tage meines Lebens erlebt. Prof. Sohm, bei dem ich Kirchenrecht höre, sprach in seiner Vorlesung en passant von einem katholischen Dogma und zeigte hierbei auf eine recht traurige und bemitleidenswerte Weise, wie viel Unsinn selbst von weniger befangenen Protestanten den Katholiken aufgebürdet und angedichtet wird. Dieser sonst sehr gelehrte, überaus orthodoxe und daher nichts weniger als kulturkämpferisch gesinnte Mann verstieg sich nämlich zu der schauerlichen Behauptung, daß aus dem Dogma der unbefleckten Empfängnis Mariä als Konsequenz sich ergebe, Maria habe keinen Vater gehabt, sei die Tochter Gottes (also die heilige Dreifaltigkeit in eine Vierfaltigkeit verwandelt).[2]) Daß dieser grandiose Blödsinn dem größten Teil durchaus nicht unglaublich erschien, schloß ich aus verschiedenen gemeinen Witzen, die von einigen Zuhörern nach Schluß der Stunde gemacht wurden. Er bildete noch bei Tische den Unterhaltungsstoff. Am folgenden Tage erschien eine Unmasse protestantischer Theologen in der Kirchenrechtsvorlesung, um etwa die Fortsetzung dieser interessanten Behauptung mit anzuhören und sich hoch erhaben zu fühlen über die katholische »Dummheit«. Aber es kam anders, als sie erwartet hatten.

„Ich hatte nämlich den Nachmittag nach diesem skandalösen Vorgang benutzt, um mir den lateinischen Wortlaut des Dogmas sowie eine Anzahl weiterer Belegstellen aus frühern Konzilien zu verschaffen, stellte dann alle in einem Briefe an Sohm zusammen und ersuchte ihn entschieden, aber auf die höflichste Weise, seine irrige Behauptung in der nächsten Vorlesung zu berichtigen.[3]) Mit mir unterschrieben noch drei meiner Freunde. Sohm erhielt noch abends den Brief. Wir waren fest entschlossen, im Falle Sohm seine Behauptung nicht

---

[1]) Bei Kümmel S. 46.

[2]) Gröbers Notiz zum 20. 1. 75: „Professor Sohm behauptet im Kirchenrecht, aus dem Dogma der unbefleckten Empfängnis ergebe sich, daß Maria die Tochter Gottes sei, also die Trinität zur Quaternität geworden sei."

[3]) Der mir im eigenhändigen Konzept Gröbers vorliegende Brief schließt nach einer streng sachlichen Berichtigung: „Im Interesse der Wahrheit halten wir uns zu dieser Mitteilung um so mehr für verpflichtet, als eine derartige Darstellung geeignet sein könnte, unsere Glaubenssätze und uns selbst in den Augen nichtkatholischer Kommilitonen lächerlich und verächtlich zu machen. Wir glauben uns daher zu der Bitte berechtigt, daß Sie, geehrter Herr Professor, auf Ihre Darstellung noch einmal berichtigend Bezug nehmen möchten."

zurücknehmen sollte, die Sache vor den Universitätskurator und schließlich vor die Öffentlichkeit zu bringen.

„Aber Sohm zog sich auf die einzig richtige und anständige Weise aus dieser Klemme: vor dem bis auf den letzten Sitzplatz vollgepfropften Auditorium erklärte er zu allgemeinem Erstaunen, daß er sich geirrt habe und seine gestrige Auslegung des Dogmas unrichtig sei. Ja, er ging sogar noch weiter; er sprach ausdrücklich »den Herren seinen Dank aus, die ihn auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht« hätten.[1]) Ich wäre am liebsten vor Freuden in die Höhe gesprungen! Und welche lange, enttäuschte Gesichter auf manchen Bänken — es war zum Totlachen!"

Mit vollem Recht hat man Sohms Erklärung „eines Ehrenmannes und eines wahren Gelehrten würdig" genannt. Er ist auch mit seinem jugendlichen Gegner in freundlichem Briefwechsel geblieben. Als Gröber 1876 eine juristische Preisaufgabe löste, machte er Sohm als „dankbarer Schüler" Mitteilung von diesem Erfolge, den er seinem Unterricht verdanke. Sohm dankte herzlich und regte an, ob Gröber nicht einen Teil der Lösung „zu einem Aufsatz für die Zeitschrift für Rechtsgeschichte zurecht machen" wolle (Straßburg 24. 11. 76).

Groß war die Freude des Vaters. „Das war so recht ein Stück von der Art, die ihm gefiel; das war so recht sein Adolf, sein Einziger, dem solch ein Schwabenstreich entsprach. Als ich (Kümmel) den alten Herrn fragte, was er seinem Adolf geschrieben habe auf die Kunde von dem gelungenen Ereignis, gab er kurz zur Antwort: »Einen Hunderter hab' ich ihm geschickt; er solle sich eine Freude machen dafür, vielleicht einen Ausflug in die Vogesen oder so etwas. Aber das ist nur wenig gegen die Freude, die er mir gemacht hat.«"

Statt durch die Vogesen marschierte Gröber ein paar Tage durch den Schwarzwald, amüsierte sich etwas in Tübingen, verbrachte vergnügte Osterferien daheim und bezog am 15. April zum zweiten Male die Universität Tübingen. Am 5. Mai trat er in die Alamania[2]) ein, die zu dem Verband der katholischen Studentenvereine gehörte

[1]) Ganz übereinstimmend eine von Gröber herrührende Straßburger Korrespondenz in der „Kölnischen Volkszeitung" vom 18. März 1875.

[2]) Tagebuchnotiz Gröbers. Eingehende Mitteilung über ihre Entwicklung aus dem Tübinger Katholischen Leseverein, mit hübschen genrehaften Zügen, bei Cardauns, Fünfzig Jahre Kartellverband, S. 71 ff. Kümmel S. 56, der die doppelte Studienzeit Gröbers in Tübingen nicht unterscheidet, nimmt („wenn wir nicht irren") an, er habe der Alamania präsidiert, wofür ich keinen Beleg finde. 1878 hat Gröber eine Geschichte der Alamania mit „trefflichen Ausführungen" verfaßt. Cardauns a. a. O.

und beteiligte sich eifrig an ihrem Leben und dem Leben des Verbandes. Die Pfingsttage benutzte der wanderfrohe Studiosus zu einer Schwarzwaldtour nach Triberg, Freiburg und Donaueschingen, und als er Ende Juni zur Gründung des neuen Kartellvereins Frankonia in Straßburg fuhr, hat er auch den Besuch der Vogesen durch einen Ausflug auf den prächtigen Odilienberg nachgeholt, um mit einem Abstecher zur Lätitia in Karlsruhe nach Tübingen zurückzufahren. Ende Juli reiste er als Vertreter der Alamania zu der Generalversammlung des Verbandes nach Würzburg. „Da ich von Vereins wegen Diäten bezog," schreibt er (3. 8. 75) den Eltern, „welche für Hin- und Herreise und für sonstige Unkosten so ziemlich hinreichten, so nahm ich die Wahl an. Die Beratungen waren von höchstem Interesse und die Festlichkeiten, welche der Würzburger Verein (Walhalla) zu Ehren derselben gab, wahrhaft großartig! Die Lücke, die dadurch in meine Studien gerissen wurde, kann ich bis Ende des Semesters bzw. durch Studium in der Vakanz leicht wieder ergänzen. Ich hätte Euch die Sache schon früher mitgeteilt, aber die Wahl (zum Vertreter) erfolgte erst wenige Tage vor der Generalversammlung und da hatte ich vor lauter Kolleghören und Vorbereitung auf die Abreise keine ruhige Stunde."

In den Herbstferien hat er eine einsame Fußreise durch Vorarlberg und Tirol gemacht, deren Itinerar erkennen läßt, was er vertragen konnte. Am 9. September eilf Uhr in Bregenz angekommen, schnitt er den Bogen der Bregenzer Ache ab und war am Abend schon in Mellau, um tags darauf talaufwärts nach Schröcken und von hier hinüber zum Lech und diesen abwärts bis Lechleiten zu marschieren. Der dritte und vierte Tag brachte ein bedenkliches Abenteuer, über das er kurz berichtet: „11. September. Lechleiten, Steg, Bach (Mittag), Madau, Rethtal; verirre und muß auf der Bergspitze übernachten, circa über 8000 Fuß hoch. Mondschein und Sonnenaufgang! 12. September nach großen Anstrengungen komme endlich nach Gramais. Übernachtete bei einem Bauern." Er hat also in Bach das Lechtal verlassen, ist das Alperschonbach- und Rethbachtal aufwärts gewandert und nach zweitägiger Wanderung, nach einer Nacht unter freiem Himmel, in Gramais, in einem zum Lech zurückführenden Tal, was gewiß nicht in seiner Absicht lag, herausgekommen. Auf welcher „Bergspitze" er Mondschein und Sonnenaufgang bewundern durfte, ist nicht klar, vielleicht auf der 2752 Meter hohen Leiterspitze? Übermüdet scheint er nicht gewesen zu sein, denn der Marsch von Gramais nach Boden und über das Hochtennenjoch nach Imst im Ober-Inntal, den er am nächsten Tage erledigte, erfordert immerhin etwa sieben Stunden. Nun folgte er dem Inn

aufwärts bis Tösens, und verzeichnet zum 15. September: „Tösens, Stuben, Finstermünz (wo er das Inntal verläßt), Samnauntal, Fimberpaß (2612 Meter) bis Ischgl (im Paznauntal); über 12 Stunden," eine sehr anständige Leistung. Sie hinderte ihn nicht, am nächsten Tage den prächtigen Weg über die Vermunt-Alp nach Patenen im Montafun zu machen, wobei er sich wieder „beinahe verirrt". Von Schruns ab ließ er sich zu einem Stellwagen herab und war schon am 17. September wieder in Bregenz. Diese Kraftprobe hat also nur stark eine Woche beansprucht.

Auch die beiden Semester Herbst 1875 bis Herbst 76 verbrachte Gröber noch in Tübingen, machte aber dazwischen eine militärische Übung mit und wurde im August zum Leutnant der Reserve befördert. Einen schönen Abschluß der akademischen Jahre bildete seine Bearbeitung der von der juristischen Fakultät Tübingens gestellten Preisfrage: „Die Stipulation in den mittelalterlichen Urkunden und nach der mittelalterlichen Doktrin." Noch ist eine umfangreiche Materialsammlung vorhanden, dabei liegt ein Zettelchen mit einer Entschuldigung, weshalb die Arbeit nicht besser ausgefallen sei. Immerhin war sie gut genug, um ihrem Verfasser bei der feierlichen Preisverteilung am 6. November, dem Geburtstag des ersten Königs von Württemberg, die große goldene Medaille zu verschaffen. Damit verbunden war die Berechtigung, auf Grund der gekrönten Arbeit den Doktortitel zu erwerben, wovon Gröber jedoch keinen Gebrauch gemacht hat. Seine mit dem Motto Nunquam retrorsum versehene Lösung war die einzige. Die gedruckte Begründung der Verleihung des Preises [1]) fährt nach einigen kritischen Bemerkungen fort: „Diesen Mängeln gegenüber steht der nicht zu verkennende Fleiß, die im ganzen klare und gefällige Darstellung und das unverkennbare Geschick zur Bewältigung nicht unerheblichen Materials und verwickelter historischer und dogmatischer Fragen. Im vorliegenden Falle mußten diese Vorzüge um so höher angeschlagen werden, als das gestellte Thema in ein überhaupt wenig betretenes und zumal den Studierenden fernabliegendes Gebiet führte, welches unverzagt betreten zu haben dem Verfasser zum Lobe gereicht." Einer der „ganz wenigen in das Geheimnis Eingeweihten"[2]) erzählt uns, die Arbeit habe ihn neben seinen Fachstudien für ein volles halbes Jahr vollauf in Anspruch genommen; dann ein hübscher Zug: „Er hat, wie ich aus seinem eignen Munde weiß, die Preisaufgabe vor allem darum gemacht, um seinem Vater

[1]) Bekanntmachung der Ergebnisse der Akademischen Preisbewerbung 1875 bis 1876, S. 6.

[2]) Kümmel im „Sonntagsblatt" S. 27.

eine besondere Freude zu bereiten. Aus diesem Grunde hat er demselben auch nicht das geringste vorher mitgeteilt. Man mag sich denken, welche stolze Freude die Brust des alten Herrn weitete, als er die Auszeichnung seines Adolf im Staatsanzeiger las."

„Im Wintersemester 1876/77", berichtet ein undatierter Zettel von Gröbers Hand, „setzte ich meine Studien in Weingarten fort. Seit einigen Tagen halte ich mich behufs Vorbereitung auf das Examen wieder in Tübingen auf". Im Juni 1877 bestand er die erste Staatsprüfung als Justiz-Referendar, deren Ergebnis er auf eine Reise in die Schweiz mitnehmen konnte. „Es hat", meldete er den Eltern, „ein mittleres Examen gegeben, das man zwar nicht schlecht, aber auch nicht gut nennen kann, nämlich ein Examen zweiter Klasse: 2 b. Ich bin im großen ganzen damit zufrieden, denn mit einer zweisemestrigen Examensvorbereitung läßt sich nun einmal nicht erzwingen, was andere in vier Semestern leisten können, und daß meine Preisaufgabe berücksichtigt worden wäre, davon habe ich blutwenig gemerkt."

Im Justizdienst

Die folgenden zehn Jahre, über die ich fast nur durch die Briefe an die Eltern unterrichtet bin, hat Gröber mit einigen Unterbrechungen vorwiegend in Rottweil verbracht. Der dortige Oberamtsrichter, bei dem der neugebackene Referendar zunächst beschäftigt wurde, war „ein äußerst freundlicher und entgegenkommender Prinzipal, so daß ich mir kaum einen bessern wünschen könnte" (12. 8. 77). Desto schlechter gefiel ihm die „vielgerühmte Rottweiler Fastnacht", von welcher er (9. 3. 78) erzählt: „Ich habe die Wahl, das Witzige und Vernünftige dieses ganz Rottweil schon Wochen lang vorher in Aufregung versetzenden Ereignisses zu beschreiben, und dann bin ich fertig, ehe ich recht angefangen habe, oder ich kann das Verrückte und Unvernünftige zu berichten versuchen, und dann hätte ich mitsamt allen Gerichtsschreibern des hiesigen Gerichtshofs ungefähr gerade bis zur nächsten Fastnacht zu klexen. Eine Fastnacht hat nur Sinn, wenn eine Fastenzeit darauf folgt, und davon ist natürlich hier keine Rede. Die Stadt läßt sich zwar katholisch nennen, wenn man aber damit Ernst machen wollte, würden mehr als drei Viertel Zeter und Mordio schreien. Da kommt zunächst eine fast ganz protestantische oder wenigstens liberale Beamtenschaft; dann eine kleine, aber einflußreiche, überall sich herzu- und hervordrängende Judenschaft; dann ein wüster Haufen liberaler Bierkrakeeler, Ultramontanenfresser, und solches Zeug will eine rechte Fastnacht feiern!! Leute, die das ganze Jahr über wie verrückt über alles Höhere losgezogen und gespottet haben, Leute, die wie Narren um das goldene Kalb — das hier Pulverfabrikant Duttenhofer heißt — bei jeder Gelegenheit herumgetanzt sind, Leute, die bei dem Wort Fasten nur ein blödsinniges Gelächter aufschlagen — solche Leute fühlen auf einmal das Bedürfnis, wegen bevorstehender Fastenzeit noch einmal »recht fidel« zu sein, d. h. einen dreitägigen Rausch sich anzulegen!" Eine Spezialität sind die sogenannten Hansel, die, mit Dutzenden großer Eselsschellen behängt, „in einer ganz sonderbaren althergebrachten Weise durch die ganze Stadt jucken und einen Höllenlärm vollführen —

als ob nicht das ganze Jahr über mehr als genug solcher zweibeiniger Esel mehr als genug Lärm machten! Daneben sind dann sogenannte Federhansel, Schantle; ähnliche Masken, dicht mit Federn behangen und mit langen Sprungstöcken versehen. Recht bezeichnend ist es für die hiesigen Verhältnisse, daß der Stadtschultheiß auch einen solchen Schantle machte!" Interessiert hat ihn das sogenannte Aufsagen, d. h. Masken halten jedem Bekannten sein Sündenregister vor, worin manche eine erstaunliche Fertigkeit besitzen. Auch ihm ist auf einem Maskenball aufgesagt worden; leider konnte er nicht immer gehörig hinausgeben, „denn immer kommen mehrere auf einmal, und da der eine weibliche Domino dem andern gleicht wie eine Gansblume der andern, so entzieht sich im Augenblick der auffsagende Domino der Erwiderung, indem er rasch unter die andern zurücktritt".

Im Juli war er, nach einer gut ausgefallenen Relation in der Zivilkammer, bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt (6. 7. 78). Von der bevorstehenden zweiten Staatsprüfung versprach er sich nicht viel, trotz der sehr guten Rottweiler Zeugnisse, hat sie auch im November wieder nur mit dem Prädikat 2 b bestanden.

Der „Justizreferendar erster Klasse" Gröber wurde als Hilfsrichter bei dem Oberamtsgericht Neresheim (22. 11. 78 bis 22. 2. 79), als Justizassessoratsverweser bei dem Oberamtsgericht Saulgau und seit 1. 10. 79 als stellvertretender Amtsrichter daselbst verwendet. Von Neresheim schrieb er (25. 11. 78) einen drolligen Brief über den vielversprechenden Anfang seines dortigen Aufenthalts. Nach einer vierstündigen Postfahrt, bei welcher der Wagen wiederholt im Schnee stecken blieb, fand er in Neresheim „ein ganz gewöhnliches Bauernnest. Es zählt nur circa 800 Einwohner. Die einzige Beschäftigung der Leute ist die Ökonomie, und danach sieht's auch in der ganzen »Stadt« aus. Abgesehen von dem 10 Minuten entfernten »Schloß Neresheim« ist die Gegend ohne irgendwelchen landschaftlichen Reiz — nichts als Felder und Wälder." Folgt eine mehr malerische als anziehende Skizze des Abends in der gemeinsamen Wirtsstube des „ersten Gasthofs": „Ein Zimmer, das aussah wie früher die Wirtsstube in der Ravensburger Räuberhöhle"; an einem ungedeckten Nebentisch bekommt er „ein Zipfelchen von einer Gans und ein Restchen Kalbsbraten, merkwürdigerweise erhielt ich eine Serviette". Die Epistel schließt: „Hier ist mir schon so viel Lächerliches aufgestoßen, daß der Humor noch lange nicht verlorengehen kann." Der Humor verging ihm denn auch nicht, als er nach dem Neresheimer Idyll in Tübingen eine Offiziersübung mitmachte. „Bereits seit einer Woche treibe ich mich in Uniform herum oder werde vielmehr herum

getrieben. Wenn auch der Dienst eines Offiziers ungleich leichter ist als der des Soldaten, so scheint doch für beide die Sonne gleich warm, und so habe ich diese Woche mehrmals schwitzen müssen, daß die Tropfen vom Assessorsbauch in die Leutnantsunterhosen nur so herabliefen. Wenn ich infolge davon einige überflüssige Zentimeter Bauchdicke verliere, soll es mich freuen, am liebsten aber wäre es mir, wenn der ganze Rummel vorbei und ich meinem Berufe wieder zurückgegeben wäre" (7. 4. 79).

Von Saulgau wurde Gröber nach Rottweil versetzt, wo er fast sieben Jahre (3. 4. 80 bis 10. 1. 87) als Staatsanwaltsgehilfe und Hilfsanwalt verbrachte. Dazwischen fällt nur eine kurze Tätigkeit als Hilfsrichter beim Landgericht Hall (30. 10. 85 bis 8. 3. 86). Hier einige Auszüge aus den Briefen, die er in dieser Zeit nach Hause schickte. Den Preis seiner Wohnung bei einer Sattlerswitwe fand er etwas teuer; das spricht für seine bescheidenen Ansprüche, da er für zwei hübsche saubere Zimmer bei aufmerksamer Bedienung nur 20 Mark monatlich zu zahlen hatte. „An Geschäften und an rückständigen, gut abgelagerten Fällen fehlt's nicht," auch mußte er vor auswärtigen Schöffengerichten auftreten, doch hoffte er später mehr Zeit zu Nebenstudien zu bekommen als in Saulgau. Er fühlt sich etwas isoliert, von Kollegialität war nichts zu finden. „Nun, ich kann's vermissen. Ich widme mich um so lieber den Aufgaben des Berufs, ohne mich um das Tun und Treiben, Rennen und Hasten anderer irgendwie zu bekümmern. Euch, liebe Eltern, danke ich es, daß ich einen Beruf habe, der zwar wenig äußere Freude, um so mehr aber innere Ruhe und Befriedigung zu gewähren vermag. Möge Euch Gott dafür lohnen!" (18. 4. 80.) Im Sommer machte er wieder eine Übung mit und konnte bei der Rückkehr einen Rüffel vom Landwehrmajor „gebührend dankend in Empfang nehmen. Mein kriegerischer Anzug hängt jetzt friedlich im Kasten, und ich möchte wünschen, daß ich ihn nie mehr herausnehmen müßte. Das Geschäft hier läßt an Umfang nichts zu wünschen übrig; nicht weniger als 101 Untersuchungen harrten auf Erlösung durch mich. Schnaken gibt's hier nicht, außer solchen, die man sonst schlechte Witze zu nennen pflegt; diese Art gedeiht hier ziemlich gut, besonders im Lamm und im Kamel; es sind das beides sogenannte Sumpfgegenden, wo ja »bekanntlich« derartiges Ungetier zu hausen pflegt. Übrigens sammeln sich hier auch solide Leute, wie z. B. der gerade auf Besuch hier weilende Landrichter Landauer von Ellwangen und — nun! meine Bescheidenheit verbietet mir, einen weitern Namen zu nennen!" (29. 8. 80.)

Wohlgefühlt hat er sich in Rottweil nicht besonders. Die dortige Fastnacht hatte er noch in schlechter Erinnerung. 1881 (Brief 7. 3.)

ging er ihr aus dem Wege, zwei Jahre später hat er sich gehütet, sich „der gleichen Verhöhnung auszusetzen wie im letzten Jahre, und so ist die Fastnacht für mich in stiller Arbeit, wie irgend andere Tage, vorübergegangen. Freilich ist es ein einförmiges, äußerlich wenig ansprechendes Leben, Tag für Tag angestrengt zu arbeiten, um abends recht ermattet zu Bett gehen zu können; aber das Gute hat diese Lebensweise doch, daß sie vor unnützen Grübeleien schützt, vor Grübeleien darüber, wie die Verhältnisse sein könnten und wie sie nicht sind" (18. 2. 83).

Durch ansprechende Erinnerungen an die ersten Rottweiler Jahre erfreut mich Herr Pfarrer Joh. Saupp in Ziegelbach: „Ich war 1880—82 im Konvikt zu Rottweil als Repetent angestellt, als Gröber daselbst als Hilfsstaatsanwalt verwendet ward. Gröber ging selten in die Gesellschaft im Wirtshaus, dagegen kam er häufig zu uns ins Konvikt, wöchentlich wenigstens ein- bis zweimal in eines der Repetentenstübchen, wo wir uns über die wichtigsten Zeitfragen unterhielten und meistens auch einen Tarock machten. Wir hatten eine Art »geheimes Konventikel« und machten »schwarze Politik« in einer Zeit, wo in Rottweil der Liberalismus herrschend war. Es war damals im Wahlkampf und unser Klub gab dazu Flugblätter und Zeitungsartikel im Rottweiler Volksfreund heraus. Der Konviktsvorsteher war zwar in Sorge, es könnte bekannt werden, aber wir und besonders Gröber machten ruhig weiter und hielten die Zentrumsfahne aufrecht, bis sie auch in Rottweil zu Ehren kam. Als wir einmal unser Spiel machten, bekam Gröber plötzlich einen Ohnmachtsanfall, sein Kopf sank auf den Tisch; aber es war gleich vorüber, er war wieder munter und wir konnten das Spiel fortsetzen. Es war wohl eine Folge von Überanstrengung, denn Gröber war in seinem Amte sehr eifrig und arbeitsam, und auch die Gegner mußten seine Tüchtigkeit in Gerichtssachen anerkennen. So hörte ich einmal in einer Wirtschaft zwei liberale Gerichtsbeamte, wie sie gerade voll Lobes über Gröbers Geschäftsgewandtheit und Sicherheit sich äußerten. Wir selbst freuten uns jedesmal auf den Abend, wenn Gröber zu uns kam, und es war eine herrliche Unterhaltung mit dem charakterfesten und doch so gutgelaunten jungen Mann. Später kam ich selten mit ihm zusammen, zweimal durfte ich ihn als Gast beherbergen, als Pfarrer in Wiblungen bei Ulm, wenn er auf Wahlreisen war."

In Rottweil vermißte er das Elternhaus. Schon 1880 (7. 11.) schrieb er: „Wenn ich einmal definitiv angestellt bin, so müßt Ihr zu mir kommen; wir gehören zusammen", und 1882 (21. 3.) wird ihm „die leidige Trennung täglich schwerer und schmerzlicher". Ein Gerücht, es bestehe eine stille Verlobung zwischen ihm und der Tochter

eines Staatsanwalts, bezeichnete er als Geschwätz (21. 1. 83), wie er denn auch ein unheilbarer Junggeselle geblieben ist.[1]) Die Vollendung des 30. Lebensjahres (11. Februar 84) gibt ihm Anlaß zu ernsten Lebensbetrachtungen. „Der liebe Vater scheint aus meinem letzten Briefe etwas wie einen Vorwurf herausgelesen zu haben, allein so war der Brief sicherlich nicht gemeint. Wohl habe ich bei der Jahreswende und bei der Vollendung des 30. Lebensjahres Anlaß gehabt, wiederholt das verflossene Jahr und die zurückgelegte Strecke meines Lebensweges einer rückblickenden Prüfung zu unterziehen; wohl habe ich bei dieser Prüfung vieles gefunden, was ich als nicht geschehen gewünscht hätte, allein an irgendeinen Vorwurf gegen Euch habe ich nicht gedacht. Im übrigen freue ich mich, das 30. Lebensjahr zurückgelegt und damit die sogenannte schönste Zeit des Lebens — ich möchte sie die gefährlichste nennen — im Rücken zu haben, nämlich die Jugend. 30 Jahre ein Mann! heißt der Spruch; ich will ihn annehmen und dabei denken, daß, was bisher Ungeschicktes auf meinem Lebenskonto verzeichnet ist, unter den Begriff der Jugendstreiche falle und unter »mildernden Umständen« begangen worden sei. Was mir die Zukunft nach dem allgütigen Willen Gottes bringen wird, darüber mache ich mir wenig Sorgen; gleichweit entfernt von Traurigkeit wie von »Lustigkeit«, überlasse ich mich in Ruhe und Freiheit des Herzens der Führung Gottes" (16. 2. 84).

Am 6. Mai 1885 starb seine Mutter im 70. Lebensjahre. Mehrere Briefe an den Vater beschäftigen sich mit den Beileidskundgebungen und deren Beantwortung, den Beerdigungskosten, die er zur Hälfte übernahm, den Seelenmessen; als Grabsteininschrift schlug er vor: „Hier ruht im Frieden Christi, der Auferstehung harrend usw.", auf dem Sockel der Spruch aus dem ersten Korintherbrief: „Die Liebe hört nimmer auf." Die Pfingsttage verbrachte er in Beuron, „in aller Stille. Wärst Du doch", fährt er fort (an den Vater 27. 5. 85) „auch nach Beuron gekommen, Du hättest gewiß in der dortigen Klosterkirche Trost und Seelenruhe, wie ich, gefunden!" Am 6. 5. 86 schrieb er warm und schön an den Witwer: „Der heutige Tag ruft all die schmerzlichen Erinnerungen an die selige Mutter wieder wach und läßt Dich und mich aufs neue tief empfinden, wie viel wir verloren haben. Und doch muß all den Schmerz der Gedanke des Dankes überwiegen, des Dankes gegen Gott, der die liebe Mutter

[1]) Was ihn freilich nicht davor bewahrt hat, daß viele Jahre später davon geschwatzt wurde, der Heuchler Gröber, der so viel von der christlichen Familie spreche, lebe mit seiner Frau im Scheidungsprozeß! Vgl. „Allgäuer Volksfreund" Nr. 19 vom 12. Januar 1912.

uns so lange erhalten und sie mit den Leiden einer langwierigen Krankheit verschont hat. Wenn wir auch die Gründe nicht zu erkennen vermögen, aus denen Gott die Mutter so unerwartet schnell abgerufen hat, so haben wir doch die Gewißheit des Glaubens und der Überzeugung, daß Gottes heiligster und weisester Ratschluß sie nur zu einer Zeit, da es für sie am besten war, aus unserer Mitte genommen haben kann. Ich vereinige mein Gebet mit dem Deinigen für die † Mutter."

„Eine nichts weniger als angenehme Beförderung" war ihm (an den Vater, Hall 9. 11. 85) die Berufung als Hilfsrichter an das Landgericht Hall. „Ich bin von den Rottweiler Freunden, von der hübschen Rottweiler Wohnung und den freundlichen Hausleuten mit schwerem Herzen geschieden und vermag mich hier nur schwer einzugewöhnen." Seine Berufung in eine fast ganz protestantische Stadt möge, meinte er, dem Regierungssystem entsprechen, Protestanten in katholische und Katholiken in protestantische Städte zu versetzen; doch war er gerecht genug, den Verdacht abzulehnen, als sei darin eine persönliche Spitze zu finden; allerdings „gaben die Liberalen in Rottweil allzu offen ihrer Freude über meine Wegbeförderung Ausdruck; mir selbst wurde von einem der liberalen Führer, dessen literarische Leistungen in politicis während der letzten Reichstagswahl im »Volksfreund« gar übel zerschlagen und zerschnitten worden sind, in scherzender Form vorgehalten:

Wer wird künftig unsern »Volksfreund« lehren,
Speere werfen und die Götter ehren?!"

Seine Verwendung in Hall dauerte nur vier Monate.[1]) Schon im März 86 wurde er nach Rottweil zurückversetzt, und im Ministerium wurde ihm versichert, „daß man mit meinen Arbeiten durchaus zufrieden sei und daß die viermonatliche Verwendung beim Landgericht Hall eine gute Grundlage für später bilden werde. Sei dem, wie ihm wolle; ich bin wieder gerne bei der Staatsanwaltschaft in Rottweil und zerbreche mir den Kopf über meine Zukunft nicht" (an den Vater, Rottweil 10. 3. 86). Ein freundliches Andenken hat der Name Gröber in Hall hinterlassen durch eine Schenkung für einen Meßkelch.

Im Herbst 86 bewarb sich Gröber um die Anstellung als Staatsanwalt in Ravensburg. Er war sehr überrascht über den Erfolg. „Denn dieser Ernennung stand mehr als ein Hindernis entgegen, so daß ich selbst nicht zu hoffen wagte, in Deine liebe Nähe zu kommen, und es auch unterließ, irgendwelchen Besuch beim Ministerium zu

[1]) Nach einer eignen Aufzeichnung erledigte er in dieser Zeit 72 Straffälle und 8 Zivilfälle mit 20 bzw. 5 Urteilen.

machen. Wenn ich bedenke, welche Springerei von andern in Szene gesetzt wird, sobald es sich um eine solche Bewerbung handelt, wie da bei allen »Vettern« in Stuttgart angeklopft und der Frack geschwungen wird nach allen Richtungen, so muß ich mich über die göttliche Fügung um so mehr freuen." Ein anderer Bewerber habe bessere Aussichten gehabt, stehe aber im Rufe eines etwas bequemen Arbeiters und sei „deshalb als nicht geeignet erschienen bei dem in Ravensbnrg ganz bedeutenden Geschäftsanfall. Da paßt so ein rechter »Schaffesel« hin, wie ich einer bin," und der Erste Staatsanwalt in Rottweil, „für den ich in den letzten Jahren manchen großen Geschäftsbrocken aufgearbeitet habe", werde ihn gut empfohlen haben (an den Vater 24. 11. 86).

Es dauerte bis ins folgende Jahr, bevor Gröber seine Stellung in Rottweil aufgeben und nach Ravensburg übersiedeln konnte. Unmittelbar darauf erfolgte seine Wahl zum Deutschen Reichstag und mit ihr der Wechsel seines eigentlichen Berufs. Er blieb richterlicher Beamter, aber es versteht sich von selbst, daß ein Parlamentarier von seiner Begabung und seiner Tatkraft den Löwenanteil seiner Zeit und Arbeit seitdem der Politik widmete, vollends seitdem er auch ein Mandat in der Volksvertretung seines Heimatlandes angenommen hatte. Seine fernere Verwendung im Staatsdienst darf deshalb mit der Notiz erledigt werden, daß er schon vor Mitte des Jahres, gleich nach der Wahl, aus der Staatsanwaltschaft abberufen wurde und dauernd als Landrichter, Landgerichtsrat (1895) und (nur dem Titel, nicht dem Amte nach) Landgerichtsdirektor (1912) in Heilbronn seinen Amtswohnsitz hatte. Sein Gehalt belief sich bei der letzten Beförderung auf 7200 Mark.

Reichstagswahl

Schon Anfang 1886 war in Aussicht genommen worden, bei der nächsten Reichstagswahl Gröber als Zentrumskandidaten für den 15. württembergischen Wahlbezirk (Blaubeuren) aufzustellen.[1]) Er schwankte. „Ob ich in meiner Stellung und mit meinem Gehalt die schweren Opfer, welche mir angesonnen werden, bringen *kann*, und noch mehr, ob diese Opfer in einem vernünftigen Verhältnis zu dem *möglichen* Erfolg für die katholische Kirche und das katholische Volk in Deutschland stehen, scheint mir zweifelhaft!" (Gröber an seinen Vater 19. 1. 86.) Er antwortete dann zustimmend, doch ließ man die Sache vorläufig ruhen, um seiner definitiven Anstellung nicht zu schaden, und kam erst nach seiner Beförderung darauf zurück. Mittlerweile hatten die Verhältnisse sich noch verschlimmert. Der Wahlkampf vollzog sich nach dem Scheitern der großen Militärvorlage unter dem Schlachtruf: Für oder wider siebenjährige Bewilligung der stark erhöhten Friedenspräsenzstärke, und wurde mit ungeheurer Leidenschaft geführt. Die Aussichten in dem konfessionell gemischten Wahlkreise Blaubeuren waren unsicher. Er gehörte zu den vier württembergischen Kreisen, die schon im Besitz des Zentrums waren, aber der bejahrte Pfarrer Utz, der mit Rücksicht auf Alter und Gesundheit eine Wiederwahl ablehnte, war 1881 und 1883 erst nach schwerem Kampfe durchgekommen, und in der Wählerschaft war die Stimmung gegenüber dem Septennat geteilt. Nach dem Kundwerden der Jacobinischen Note hat der interimistische Vorstand des Württembergischen Katholischen Kirchenrats in einem vertraulichen Schreiben dahin zu wirken versucht, daß zum mindesten die Agitation der Geistlichen und Schullehrer *gegen* das Septennat gemäßigt würde, und in Blaubeuren ist allen Ernstes erwogen worden, ob Gröber sich nicht für das Septennat erklären und dadurch die Aufstellung eines Gegenkandidaten verhindern solle. Darauf hat Gröber sich nicht eingelassen, und am 9. 2. 87 wurde auf einer Parteibesprechung in Ehingen beschlossen,

[1]) Nach Briefen des Dekans Eisenbacher in Erbach, der mit Gröber eine lebhafte Korrespondenz führte über die Aussichten der Wahl, die Agitation usw.

an seiner Kandidatur unter allen Umständen festzuhalten, „ohne daß man Ihnen weitere Zumutungen hinsichtlich des Septennats oder anderer Punkte Ihres Programms machen wollte".

Dieses vom 1. Februar datierte, aber wegen eines gleich zu berücksichtigenden Zusatzes vom 5. Februar offenbar erst später veröffentlichte Programm verdient als erste politische Kundgebung Gröbers vollständige Wiedergabe.[1])

An die Wähler des 15. Wahlkreises

Dem Rufe angesehenster Männer des Wahlkreises folgend, habe ich die Kandidatur zum Reichstag angenommen. Meine grundsätzliche Auffassung der gesetzgeberischen Aufgaben ist folgende:

I. Die Reichsgesetzgebung soll auf dem Felsenfundament des christlichen Glaubens aufbauen, die christliche Gesinnung des Volkes fördern und daher vor allem der Kirche ihr Recht und ihre Freiheit geben. Ich bin:

1. für Aufhebung der sogenannten Kulturkampfgesetze: des Reichsgesetzes über Unterdrückung katholischer Orden vom 4. Juli 1872, des Priesterausweisungsgesetzes vom 4. Mai 1874, auch des Kanzelparagraphen vom 10. Dezember 1871;

2. für Zulassung aller katholischen Orden in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten.

II. Die in der Reichsverfassung gegebene staatliche Ordnung soll allseitig aufrechterhalten und durchgeführt werden.

1. Dem Reich verbleibe die dem Charakter und dem Interesse seiner Völker entsprechende Gestaltung als Bundesstaat.

Ich bin für Erhaltung der Reservatrechte und für Belebung des in der Reichsverfassung (Art. 8) nicht ohne Grund vorgesehenen Ausschusses des Bundesrats für die auswärtigen Angelegenheiten.

2. Dem Reichstag verbleibe die ihm gebührende selbständige Mitwirkung bei der Reichsgesetzgebung, namentlich bei Bewilligung von Einnahmen und Ausgaben im Etatsgesetz (Reichsverfassung Art. 69) und bei Feststellung der Friedenspräsenzstärke des Heeres im Militärgesetz (Reichsverfassung Art. 60).

Ich halte die Feststellung der Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre (Septennat) als ständige, das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstags dauernd einschränkende Einrichtung für verwerflich, als Ausnahmebestimmung aber bei dem auch vom Grafen Moltke anerkannten patriotischen Entgegen-

---

1) Nach einem gedruckten Exemplar. Der Text zeigt Abweichungen gegenüber einem Autograph Gröbers, in dem mit Rotstift einige Sätze eingeklammert oder gestrichen sind.

kommen der Reichstagsmehrheit, welche jeden Mann und jeden Groschen auf drei Jahre bewilligt hat, für nicht gerechtfertigt.[1])

3. Den Wählern verbleibe das Recht allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl ihrer Abgeordneten (Reichsverfassung Art. 20).[2])

Zur Sicherung der Wahlfreiheit halte ich eine Erweiterung der Strafbestimmungen wegen Wahlbedrückung und Wahlbestechung für geboten.

III. Die Sozialdemokratie[3]) soll auf dem Boden des gemeinen Rechts bekämpft und niedergehalten, innerlich aber durch die freie Kirche überwunden werden.

Ich bin für Ersetzung des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 durch eine allgemeine Regelung des Vereinswesens (Reichsverfassung Art. 4, Ziffer 16) und durch allgemeine Maßregeln gegen jede Art religions- und staatsfeindlicher Unternehmungen, insbesondere durch entsprechende Abänderung des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874.

IV. Zur Sicherung des Deutschen Reiches gegen äußere und innere Feinde soll das deutsche Heer mit seinen bewährten Einrichtungen in seiner vollen Stärke erhalten bleiben.

Mit Erhaltung [4]) dieser Stärke ist nach meiner Überzeugung wohl vereinbar:

1. die Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf militärische Verbrechen und Vergehen;

2. die Regelung der Militärstrafprozeßordnung nach den Grundsätzen eines akkusatorischen, mündlichen und öffentlichen Strafverfahrens unter Beschränkung der Öffentlichkeit auf Militärpersonen.

V. Das Reich soll die wirtschaftliche Tätigkeit seiner Bürger schützen und unterstützen, nicht durch Monopole schädigen,[5]) auch dieselbe nicht der kapitalistischen Ausbeutung preisgeben.

---

[1]) An Stelle dieses Abschnittes steht im Autograph: „Keinem Reichstag soll dieses Recht selbständiger Prüfung und Entscheidung durch Vorausbewilligungen geschmälert werden. Ich bin gegen das Septenuat." Der letzte Satz mit Bleistift und Rotstift eingeklammert.

[2]) Durchstrichener Zusatz im Autograph: „Die tatsächliche Einschränkung der Wählbarkeit auf die wohlhabenden Klassen des Volkes ist zu beseitigen durch Einführung von Diäten für die Abgeordneten."

[3]) Im Autograph: „Alle Bürger des Reiches sollen gleich sein vor dem Gesetz. Die Sozialdemokratie soll (nicht durch ein Ausnahmegesetz, sondern, eingeklammert und durchstrichen) auf dem Boden" usw.

[4]) Die Sätze „Mit Erhaltung" bis „auf Militärpersonen" fehlen im Autograph.

[5]) Autograph „schädigen oder vernichten".

Ich[1]) halte für dringend geboten:

1. eine gerechtere Verteilun der öffentlichen Lasten durch stärkere Heranziehung des Großkapitals zu den Steuern[2]);

2. einen bessern Schutz der Landwirtschaft durch wirksame Eingangszölle für ausländische Erzeugnisse;

3. eine energische Förderung des Handwerkerstandes durch Einführung obligatorischer Innungen und des Arbeiterstandes durch beschleunigte Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Wenn mich das Vertrauen der Wähler zum Reichstag abordnet, so werde ich dem Zentrum beitreten und getreu dem Kaiser wie dem Volke im Sinne der angeführten Grundsätze zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes und unserer württembergischen Heimat nach Kräften zu wirken suchen!

Mit Gott für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Ravensburg, den 1. Februar 1887.[3])

Gröber, Staatsanwalt.

Wie wir aus einem Brief des Dekans Eisenbacher erfahren, galt noch am 27. 1. 87 Gröbers Kandidatur keineswegs als sicher. „In Laupheim werden gegen den Staatsanwalt ungemeine Umtriebe gemacht und mit Wahlenthaltung gedroht," ohne Zweifel, um seine Unabhängigkeit zu verdächtigen. Gröber ließ sich dadurch nicht abhalten, seinen Aufruf als Staatsanwalt zu unterzeichnen, schlug aber gleichzeitig den Gegnern diese Waffe glatt aus der Hand durch einen dem Aufruf beigedruckten Zusatz:

„An die Wähler des 15. Wahlkreises. Durch Verfügung der mir vorgesetzten Behörde ist mir der Urlaub, welchen ich zur Abhaltung von Wahlversammlungen nachgesucht habe, gänzlich verweigert worden. Durch diese Urlaubsverweigerung bin ich zwar verhindert, in den Wahlversammlungen persönlich zu erscheinen und mein Programm mündlich zu erörtern; ich bin aber nicht verhindert, eine auf mich fallende Wahl anzunehmen, da Beamte nach der ausdrücklichen Bestimmung der Reichsverfassung keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag bedürfen. Ich werde eine auf mich fallende Wahl annehmen.

Ravensburg, den 5. Februar 1887.

Gröber, Staatsanwalt."

---

[1]) Autograph: „Ich bin gegen alle Monopole (Branntweinmonopol, Tabakmonopol) und halte für dringend geboten" usw.

[2]) Autograph: „2. eine ernstliche Bekämpfung des Wuchers in allen seinen Formen durch Erweiterung und Verschärfung des Reichsgesetzes vom 24. Mai 1880; 3. einen bessern Schutz" usw.

[3]) Autograph: „im Januar 1887".

Die Urlaubsverweigerung, diese gegen den Zentrumskandidaten und Septennatsgegner gerichtete Ausnahme-Maßregel — andern Wahlkandidaten, die nicht mit diesem Makel behaftet waren, wurde der Urlaub anstandslos gewährt — warf den Plan des Wahlfeldzugs im 15. Bezirk über den Haufen und schien die Kandidatur Gröbers ernstlich zu gefährden. „In den weitesten Kreisen der Septennatsanhänger hielt man jetzt die Sache Gröbers für verloren. Auch beim Zentrum verhehlte man sich die Tatsache nicht, daß die Lage überaus ernst geworden sei.“ [1])

Aber es kam ganz anders. Anfang Februar hatte Gröber mit Herrn Kümmel, dem Leiter des „Deutschen Volksblattes“ und des noch weiter verbreiteten „Sonntagsblattes“, eine Besprechung in Stuttgart, „wo er sich eben seinen abschlägigen Bescheid in Sachen des Urlaubs geholt hatte. Er betrachtete es jetzt erst recht als Ehrensache, die gegebene Zusage zu halten. Je länger wir die Lage besprachen, um so mehr wurde es uns zur Gewißheit, daß die empörende Ausnahme-Maßregel beim oberschwäbischen Wähler direkt empfehlend für Gröber wirken müsse, daß man im 15. Wahlkreis daraufhin nach Stuttgart hinunter einhellig antworten werde: »jetzt erst recht«, und daß jene Maßregelung der Gegenkandidatur moralisch und materiell schaden müsse.“

Und diese Rechnung hat sich als richtig herausgestellt. Auf der Rückreise nach Ravensburg konnte Gröber noch einer schleunigst zusammengetrommelten Versammlung in Laupheim anwohnen, auf welcher der amtlich disziplinierte Staatsanwalt in seiner männlich-schönen Erscheinung, mit seiner frischen und klaren, schlichten und volkstümlichen, schneidigen und wuchtigen Rede glänzend abschnitt. Es war das einzige Mal, daß er persönlich vor die Wähler trat, das Weitere konnte er seinen Freunden überlassen und auch seinen Gegnern, welche bei dem meisterhaften Ungeschick des liberalen und gouvernementalen Wahlfeldzugs von 1887 nicht zurückblieben. Daß der Gegenkandidat Baron Ulm-Erbach selbst in Versammlungen auftrat,[2]) daß die Amtsblätter amtlich und außeramtlich dumme Streiche

---

[1]) So Kümmel S. 98 ff, dessen Schilderung des Wahlkampfes im folgenden mehrfach benutzt ist.

[2]) Auch die Poesie hat sich des Falles bemächtigt. Besser gelungen als ein gedrucktes „Wahlzwiegespräch zwischen Michel und Kaspar“ ist eine handschriftliche „Wahlpoesie aus dem 15. Wahlkreis“, die allem Anschein nach (vgl. den Schluß) bei einer Siegesfeier vorgetragen oder gesungen wurde. Sie vergleicht den Riesen Goliath-Ulm, bei dem das Philisterheer steht, der im Land herumfährt und lange Reden hält:

machten und auf höhern Befehl die Aufnahme von Berichtigungen ablehnten, wirkte vortrefflich, gab der Abwehr in den zu Zehntausenden verbreiteten Blättern Kümmels und den zahlreichen Versammlungen der Zentrumspartei hochwillkommenen Agitationsstoff. Kümmel selbst sprach unmittelbar vor der Wahl an dem berühmten Fastnachtssonntag (20. Februar) zweimal in zwei überfüllten Versammlungen. Vormittags, in Tigerfeld, trat noch ein Gegner auf; er ließ sich durch Zwischenrufe und Heiterkeit aus der Fassung bringen und verstieg sich zu der Drohung, den Saal zu verlassen. Der Erfolg war glänzend: Auf den gemütlichen Ruf: „Machet Platz, Männer, daß er naus ka!" bildete sich ein Gasse, durch die er abzog, und ein stürmisches Hoch auf Gröber machte den Schluß. In der Nachmittagsversammlung zu Munderkingen sagte ein Mitglied der Demokratischen Partei Gröber seine Unterstützung zu, und trotz ausdrücklicher Einladung nahm kein Gegner das Wort. Eine Störung brachte nur der Umstand, daß der Fußboden des überfüllten Saales nachzugeben drohte; während der Pause wurde er von unten herauf gesprießt, und dann fuhr man ruhig fort. Der in amtlicher Eigenschaft anwesende Stadtschultheiß hatte bei Beginn mit dem Zaunpfahl der Auflösung gewinkt; Kümmel rechnet es ihm zur Ehre an, daß er den Zwischenfall nicht benutzte, um Schluß zu machen.

Der Fastnachtsmontag brachte Gröber den Sieg mit 10 336 gegen 8796, also mit einer Mehrheit von 1540 Stimmen. In der fieberhaften Atmosphäre der Septennats-Kampagne hatte, wie in ganz

---

Auch sekundiert ihm weit und breit
Die ganze Landes-Obrigkeit,
Kriegskarten, Maler, Polizei
Und Karl Louis Fegers Druckerei —

mit David-Gröber, dem Saul zu verstehen gibt, er möge mäuschenstill zu Haus bleiben.

Der David aber forcht sich nicht,
Er ist auf seinen Kampf erpicht.
So gehn sie aufeinander los,
Da gibt es manchen Hieb und Stoß.
Der David g'winnt die Oberhand
Und streckt den Goliath in den Sand.
Vernehmet nun in diesem Saal
Von der Geschichte die Moral:
Der David sich im Land umtreibt
Und Goliath zu Hause bleibt.
Der Ries' liegt auf dem Kanapee,
Und David reist jetzt an die Spree.

Deutschland, so auch unter den schwierigen Verhältnissen des 15. württembergischen Kreises, die Zentrumspartei ihre Feuerprobe ruhmvoll bestanden. Seitdem gehörte Blaubeuren zu ihrem eisernen Bestand. Die Reichstagswahlen von 1890 und 1893, bei denen Gröber persönlich seine Kandidatur betreiben konnte, zeigen ein ganz anderes Bild, obwohl diesmal wieder demokratische Kandidaten auftauchten. Gröber erhielt wieder 10—11 000 Stimmen, während sämtliche Gegenkandidaten zusammen es noch nicht auf die Hälfte brachten. Er hatte in der Zwischenzeit schon dafür gesorgt, daß man kaum mehr daran dachte, ihn werfen zu können. Über eine Berichterstattungsreise 1889 erzählt er in seinem Tagebuch:

„7. September (1889): I. Vortrag über Reichstag zu Ehingen bei sehr mäßigem Besuch. Stimmung eine sehr gute. 8. September: Nachmittags in Wiblingen vor einer sehr ansehnlichen Versammlung aus der ganzen Umgegend. Abends in Laupheim bei äußerst schwachem Besuch; ein ganzer Tisch voll junger Gegner. Ich beschränke mich deshalb auf Besprechung des Genossenschafts- und des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes. Diese Improvisation einer Versammlung ist mißlungen. 10. September: Vortrag in Oberstadion vor einer schönen Versammlung. Pfarrer Feil erntet mit einem derbhumoristischen Vortrag großen Beifall der Bauern; er sagt u. a.: wenn er (scilicet ego) nicht heiraten will, so heiratet wir ihn, no ghört er ganz uns, und wenn mer uns 's nächst mol grob kommt, so werde mer alleweil gröber, gröber, gröber! 11. September: Vortrag in Hayingen vor gutbesuchter Versammlung. 12. September: Vortrag in Oberstätten, auch hier für den kleinen Ort gutbesuchte Versammlung. Die Leute sind hier wie bei den übrigen Versammlungen recht warm geworden."

Unmittelbar vor den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 unternahm er eine Agitationsreise durch seinen Wahlkreis mit nicht weniger als 15 Versammlungen in neun Tagen, mit denen er sehr zufrieden war: „Sehr gut besucht, lebhafte Stimmung, die beiden letzten Versammlungen die größten, äußerst warme Stimmung in Ehingen, wo sich zahlreiche Wähler aus der ländlichen Umgebung eingefunden haben." Die vier württembergischen Zentrumswahlkreise behaupteten sich im ersten Wahlgang. „Das Kartell ist geschlagen."

1893 stand „der Wahlsieg mangels eines ernsthaften Gegenkandidaten außer Zweifel". Dem Vater berichtet er (16. 6. 93): „Die Anstrengungen meiner Wahlreise durch den 15. Wahlkreis, zu welchen schließlich noch ein Abstecher nach Rottenburg hinzukam, habe ich glücklich überstanden. So werde ich denn in Gottes Namen abermals in den Reichstag kommen, um dort an der großen Arbeit mitzuwirken, die von Jahr zu Jahr ernster und schwieriger zu werden droht. Die

Zunahme der sozialdemokratischen Bewegung bestätigt die Befürchtungen, welche man an die Reichstagsauflösung ziemlich allgemein geknüpft hat. Ob wohl die verblendete Regierung endlich einsehen wird, wohin sie mit ihrer Politik treibt? Der Zentrumssieg im 13. Wahlkreis (Ellwangen usw.) ist eine große Genugtuung für alle Freunde einer entschiedenen Haltung und zugleich eine gute, klare Antwort des Volkes auf die verunglimpfende Erklärung des Grafen Adelmann und seiner bekannten Hintermänner in Ellwangen." Im Januar 1895 (an den Vater 2. 2. 95) hielt er an 14 aufeinanderfolgenden Tagen nicht weniger als 19 Versammlungen ab. „Am schlimmsten war der 8. Tag, wo ich vormittags auf der Höhe des Heubergs im Schnee stecken blieb, obschon das Fuhrwerk mit vier Pferden bespannt war; gücklicherweise waren Schneeschaufeln in der Nähe, die den Wagen und die Pferde wieder flott machten. Bei der Rückfahrt von Wehingen gerieten wir auf dem Gösheimer Staig in einen fürchterlichen Schneesturm, der uns in ernste Gefahr brachte, weil der Weg nicht mehr sichtbar war und schließlich niemand mehr wußte, wo wir uns befanden."

Parlamentarische Lehrjahre

Bei der gleich nach der Wahl erfolgten Versetzung Gröbers nach Heilbronn tauchte die Frage auf, ob durch die Ernennung zum Landrichter sein Mandat erloschen sei, was die Geschäftsordnungs-Kommission schon am 28. März durch mündlichen Bericht verneinte. Eine Beförderung lag eben nicht vor. Eine hochstehende Stelle hatte dem württembergischen Justizministerium nahegelegt, ihn aus dem Staatsdienst zu entlassen, was aber der Minister als direkte Verfassungswidrigkeit ablehnte. Aber schon seine Abberufung von der Staatsanwaltschaft war eine Strafversetzung.[1]) Der Ministerpräsident v. Mittnacht hat es bald darauf ausdrücklich zugegeben mit der Bemerkung: So etwas werde nicht mehr vorkommen.

Als Gröber in den Reichstag eintrat, war er knapp 33 Jahre alt. Daß er sich bereits eingehend mit politischen Fragen beschäftigt hatte, lassen die mir vorliegenden Quellen nicht erkennen; jedenfalls hat die juristische Berufsarbeit ihn ganz anders in Anspruch genommen als die Vorbereitung auf die parlamentarische Tätigkeit. Immerhin läßt sein Wahlprogramm, das ohne Zweifel eigne Arbeit war, annehmen, daß er schon nicht mehr bloßer Dilettant war, sondern wußte, was er wollte und seine politischen Gedanken wohldurchdacht und präzis auszudrücken verstand. Von dem Tatendrang des parlamentarischen Neulings, der nicht rasch genug seine Jungfernrede halten kann und dabei Gefahr läuft, auf dem glatten Parkett des Reichstags zu entgleisen, war er weit entfernt. Wenige Tage nach der Ankunft zu Berlin schrieb er seinem Vater (5. 3. 87): „Ich fühle mich recht als Rekrut, der erst noch den politischen Schritt und Tritt lernen muß." Daran hat sich der junge Volksvertreter gehalten, er hielt sich zurück und ist gerade deshalb um so rascher vorwärts gekommen.

Er bekam zunächst das Quartier seines Vorgängers Pfarrer Utz „bei den Grauen Schwestern Niederwallstraße 8, eine hübsche, ganz passende ruhige Wohnung. Sie haben einige saubere Fremden-

[1]) Vgl. die Festrede v. Kienes beim silbernen Landtagsjubiläum Gröbers im Stuttgarter „Deutschen Volksblatt" Nr. 35 vom 12. Februar 1914.

zimmer, in welchen wir Zentrumsabgeordnete einquartiert werden. Im Haus selbst befindet sich eine Kapelle, was nicht nur für die Geistlichen, sondern auch für mich angenehm ist." Doch siedelte er bald in die Lindenstraße 39 über, „eine recht kleine, aber genügende Wohnung in einem frühern Ursulinerinnenkloster; im Haus befindet sich eine Kirche, was mir recht angenehm ist" (24. 4.). Im folgenden Jahre hatte er ebenfalls in der Lindenstraße eine andere „nicht üble Wohnung im ersten Stock" beinahe gemietet; als ihm aber die Wirtin eine nicht mißzuverstehende Bemerkung über die nächtliche Annehmlichkeit derselben machte, „verzog ich mich auf Nimmerwiedersehen und dankte Gott, daß er mich vor solchen Hausleuten bewahrt hat" (Tagebuch 22. 11. 88). Ganz verkehrt fand er die Berliner Tageseinteilung. „Da vor Mittag 1 Uhr kein Mittagessen zu bekommen ist, um 1 Uhr aber die öffentlichen Sitzungen des Reichstags beginnen und bis 5 oder 6 Uhr abends dauern, so bleibt nur die Zeit zwischen Schluß der Plenarsitzung und Beginn der am Abend ½8 Uhr stattfindenden Fraktionssitzungen zu einer, unser Mittagessen und Abendessen ersetzenden kräftigen Mahlzeit zu benutzen und manchmal ein kleines Frühstück der Plenarsitzung vorausgehen zu lassen. Die Fraktionssitzungen sind bei den wichtigen Fragen, über welche eine gegenseitige Verständigung notwendig ist (Septennat, Kirchenpolitik, soziale Frage) bis jetzt sehr ausgedehnt und anstrengend, z. B. gestern von ½8 bis 10 Uhr abends, heute, wo die Plenarsitzung wegfiel, von 12 bis 4 Uhr nachmittags. Freilich sind diese Fraktionssitzungen überaus anregend und belehrend, die Geistesschärfe und Schlagfertigkeit Windthorsts unübertrefflich, die edle Festigkeit und Entschiedenheit v. Franckensteins bewunderungswürdig" (an den Vater 5. 3. 87). Das Berliner Leben fand er „zwar teuer, doch nicht so übertrieben teuer, als man nach dem Glanz der Großstadt erwartet. Es kommt eben viel darauf an, welche Vergnügungen usw. mitgemacht werden, und in dieser Beziehung bin ich kein Freund von großem Umtrieb, wenn ich auch durch den Besuch von Sammlungen, Ausstellungen usw. und später wohl auch durch einigen Besuch des Theaters etliche Auslagen nicht vermeiden kann" (an den Vater 20. 3.).

Man zog den fleißigen, pünktlichen und eifrigen „Rekruten", der schon für die Osterpause den Wählern in Erbach einen Bericht über die Tätigkeit des Reichstags in Aussicht stellte, sofort zur Arbeit heran. „Im Reichstag gibt es gegenwärtig (24. 4.) viel zu arbeiten, weniger im Plenum als in den zahlreichen Kommissionen. Ich habe seit meinem Hiersein tagtäglich in der Wahlprüfungskommission zu arbeiten gehabt. Morgen hält die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs über Abänderung des Gerichtsverfassungs-

gesetzes eine Abendsitzung, so daß ich froh bin, heute am Sonntag einmal ausschnaufen zu können" (24. 4.)

Aufsehen erregte die Rede, die er am 1. 3. 88 gegen den Gesetzentwurf über Ausschluß der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen hielt.

Er selbst war mit sich zufrieden. „Die Freunde im Zentrum sind hocherfreut und die nationalliberal-konservativen Kartellbrüder sehr »entrüstet«; aus letzterm Umstand darf ich schließen, daß mir Gott eine gute, wirksame Rede verliehen hat, gegen welche die Gegner nichts Sachliches, sondern bloß Persönliches vorzubringen wußten. Ich wurde von Freiherrn v. Franckenstein beglückwünscht, und Windthorst sprach sich überaus anerkennend aus, indem er am folgenden Tag der Kartellmehrheit vorhielt, daß sie »von der meisterhaften Rede des Abg. Gröber auch nicht einen einzigen Satz widerlegen könne«. Sie war im übrigen ein echtes Angstprodukt wie alle Jungfernreden, und ich bin froh, daß ich durch mehrmalige Berichterstattungen aus den Kommissionen etwas ans Auftreten im Reichstag gewöhnt war. Windthorst hatte mir vorher gesagt: Ich wünsche, daß Sie einmal gehörig ins Feuer gehen" (an den Vater 4. 3. 88).

W i n d t h o r s t, von dessen Tischrede bei einem zu seiner Ehre veranstalteten Festessen Gröber in geradezu begeisterten Ausdrücken spricht (an den Vater 18. 1. 88), hat, mit seinem gewohnten Scharfblick auch in Personenfragen, die Tüchtigkeit des neuen Fraktionskollegen rasch erkannt und sich seiner in den wenigen Jahren bis zu seinem Tode entsprechend angenommen. Als Gröbers Kandidatur zum Württembergischen Landtag auftauchte, gab er ihm den Rat, „bei der Agitation zur Wahl und im Landtag sich an keine der auftretenden Parteien anzuschließen und vorerst abzuwarten" — ein Rat, den Gröber getreu befolgt hat. „Auf meine Mitteilung, daß Minister v. Schmid jetzt den Katholiken ausspiele, bemerkte Windthorst lachend: »Das ist ja zum Lachen«" (Tagebuch 14. 12. 88). Wiederholt gibt Windthorst ihm Aufträge. So „die zu erwartende Vorlage wegen Abänderung des Reichsstrafgesetzbuchs § 4 genau zu studieren; er sei gegen jede Abänderung der geltenden Bestimmungen" (ebenda 18. 5.). Überhaupt legte Windthorst Wert auf das Urteil des J u r i s t e n Gröber. So fragte er ihn, „ob ich die Veröffentlichung der Anklageschrift gegen Geffcken für erlaubt halte, die preußischen Juristen halten ihm da nicht stand. Ich entgegnete ihm, daß der Veröffentlichung einer Anklageschrift an sich keine gesetzliche Bestimmung entgegenstehe, daß ich aber die Veröffentlichung der Briefe bzw. eines Auszugs aus denselben in der Anklageschrift allerdings für unerlaubt halte, worauf Windthorst erklärte: »Das sollten Sie mir näher ausführen, es

folgt freilich aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen.« Es scheint also doch, daß an dem Gerücht, Windthorst wolle den Staatssekretär des Reichsjustizamts wegen jener Veröffentlichung der Anklageschrift koramieren, etwas Wahres ist. Kürzlich bemerkte er gegenüber dem Grafen Adelmann mit Beziehung auf mich: »Der hat noch selbständige Ansichten, die ,Andern' von Württemberg sind alle ,infiziert'.« Gelegentlich hieß er mich auch: »den süddeutschen Demagogen«" (ebenda 25. 1. 89). Als er am 16. Mai kaum in Berlin angekommen war, sagte ihm Windthorst: „Wir begrüßen in Ihnen einen willkommenen Bundesgenossen gegen das Invaliditätsgesetz; die Fraktion sollte tunlichst geschlossen gegen dasselbe stimmen; die persönlichen Spitzen, die bei den bestehenden Differenzen innerhalb der Fraktion entstanden, sind gestern abgebrochen worden, aber die Differenzen selbst bestehen fort." Am 21. November sprach er mit Windthorst über die Bewilligung nicht gerade notwendiger Forderungen im Militär-Etat durch Zentrumsmitglieder, insbesondere durch Freiherrn v. Huene. „Auch Windthorst spricht sich höchst mißbilligend über den Bewilligungseifer aus; er stehe in der Budgetkommission allein gegenüber diesen Herren, die sich von ihm nichts sagen lassen; ich solle doch auch den Herren zureden, in dieser Session möglichst zu streichen und im Plenum selbst oder durch ein anderes Fraktionsmitglied energisch auf stärkere Streichungen dringen, damit es nicht immer so aussehe, als ob er allein Streichungen verlange." Am 13. Dezember diktiert Windthorst ihm Wahlempfehlungsbriefe für den Konservativen v. Hammerstein in Bielefeld-Wiedenbrück und für den Domvikar Wenzel in Bamberg, und am folgenden Tage hatte er eine längere Unterredung mit Windthorst, „welcher meine Ansicht billigt, in allen Wahlkreisen Zählkandidaturen des Zentrums aufzustellen und im übrigen wiederholt ein energisches Eintreten für die demokratischen Kandidaten empfiehlt, um das Kartell zu Fall zu bringen. Im Laufe der Unterredung kommt Windthorst auf die Judenfrage und meint: »Die Juden nisten gerne in katholischen Orten, weil die Katholiken faul sind; unsere Geistlichen predigen zu viel von den Vögeln und Blumen des Feldes, die nicht säen und nicht ernten und doch ihren Lebensunterhalt haben. Dies erinnert mich an eine Äußerung unseres Bachem[1]): Die katholischen Geldmänner in Köln haben keinen Unternehmungsgeist, sonst hätten sie schon längst den ganzen Handel von Rheinland und Westfalen beherrscht, während tatsächlich die Kölner Börse einflußlos sei.« Windt

[1]) Der Reichstagsabgeordnete für Krefeld Dr. Karl Bachem, geborener Kölner.

horst kam auch auf Dr. Lieber zu sprechen. Ich bedauerte, daß Lieber so selten im Reichstag sich hören lasse, worauf Windthorst zustimmend bemerkte, es scheine ihm, daß Lieber zu viel zur Vorbereitung auf seine Reden brauche; er (Windthorst) würde, wenn er sich auf seine Reden vorbereiten wollte, auch viel Zeit brauchen, aber er bereite sich gar nicht vor" (14. 12.).

Als es im Juni 1890 zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Windthorst und Lieber wegen der Kommissionsabstimmung über die Militärvorlage kam, hat Gröber mit Erfolg vermittelt. Obwohl er in der Kommission zwar für die Windthorstschen Resolutionen, aber mit Lieber gegen das Gesetz gestimmt hatte, benutzte Windthorst ihn an den folgenden Tagen als Vertrauensperson. „21. Juni. Windthorst fragt mich: »Können Sie schweigen?« und teilt mir mit, der Reichskanzler sei vom Kaiser ermächtigt, im Reichstag die Erklärung abzugeben, daß künftighin ebenso viele Dispositionsurlauber mehr, als nach der Vorlage mehr Rekruten werden, nach zwei Jahren entlassen werden sollen, also jährlich 6000 Dispositionsurlauber mehr. Auf meine Bemerkung, mir genüge eine solche Erklärung, um die Vorlage anzunehmen, erwidert Windthorst mit Nachdruck: »Denken Sie darüber nach, ob's — genügt!«" „23. Juni. Heute meint Windthorst auf meine Anbohrung, ob nicht noch eine Verlängerung der Rekrutenvakanz herausgeschlagen werden könnte, in schroffem Tone: »Das ist nicht möglich, davon ist nicht die Rede.« Er beauftragt mich, die Stimmung der heute angekommenen Bayern zu sondieren; ich soll ihm auch eine genaue Berechnung aufstellen der gegen die Gesetzesvorlage innerhalb des Zentrums stimmenden Abgeordneten. Windthorst vermutet, daß hinter dem Treiben gegen das Zentrum und gegen Caprivi der Reichskanzler v. Bismarck stecke und daß bei Ablehnung der Vorlage Bismarck wieder ans Ruder käme." Gröber sprach dann mit Orterer und den andern Bayern, die „sich unsicher und schwankend, meist übrigens eher gegen als für die Vorlage aussprachen". Sie haben denn auch am 26. Juni in der von 80 Mitgliedern besuchten Fraktionssitzung wie im Plenum gegen die Vorlage gestimmt, während sowohl Gröber wie Lieber dafür stimmten. „Ich habe Windthorst noch niemals so tiefernst und bewegt sprechen hören; mir standen Tränen in den Augen, als ich die Fraktionssitzung verließ." Windthorsts Tod im März 91 hat Gröber schwer getroffen, er „hat uns große Verluste und tiefe Trauer gebracht. Ein Ersatz für den genialen Mann ist nicht vorhanden, wenigstens kein voller, wenn auch viele tüchtige und tatkräftige Führer sich in die von Windthorst bisher übernommenen Aufgaben zu teilen bereit sind" (an den Vater 15. 3. 91).

Außer Windthorst hat Gröber einen wohlwollenden Berater in dem Abg. Hitze gefunden, der ihm (25. 1. 89) sagte, „ich solle mich mehr zum Reden ausbilden, indem ich in der Petitions-Kommission zum Wortführer für die Zentrumsmitglieder mich eigne und häufiger sprechen sollte; v. Mallinckrodt habe seinerzeit die jungen Mitglieder geschult, jetzt müsse jeder sich selber schulen; auch seine Neigung gehe nicht auf vieles Sprechen, es sei aber notwendig zur eignen Übung und zur Repräsentation der Fraktion gegenüber andern Fraktionen; er wünscht auch, ich solle mich mehr mit der sozialen Frage beschäftigen."

Gröber scheint sich allerdings auch nach seiner erfolgreichen „Jungfernrede" noch sehr zurückgehalten zu haben, aber allmählich hat er den Rat Hitzes befolgt und sich an den Erörterungen in den Kommissionen, in den Fraktionssitzungen und auch im Plenum des Reichstags eifrig beteiligt. Im Gegensatz zu einer Menge von Reichsboten, auch Fraktionsgenossen, welche die Bürde ablehnten und mit der Würde sich begnügten, war er immer zur Stelle und erwarb sich das volle Recht, über die „Absentisten" sich zu entrüsten. Ich möchte bezweifeln, daß er jemals ohne wirkliche Entschuldigung eine Sitzung versäumt oder einen übernommenen Auftrag nicht ausgeführt hat. Kein Wunder, daß er bei seiner tüchtigen juristischen Vorbildung, Sachkenntnis und Redegabe schon in den Lehrlingsjahren sich eine Position schuf und aufmerksames Gehör fand bei Freunden und Gegnern. Bei der Generaldebatte über das Sozialistengesetz (5. bis 7. 11. 89) hat er nicht das Wort genommen. Am Schlusse (seines TB.-Berichts) faßt er seine Ansicht in die Sätze zusammen: „Statt die Kirche zu entfesseln und ihre volle Kraft wirken zu lassen neben der Macht des Staates, sucht Bismarck mit seiner protestantisch-modern-mechanischen Auffassung vom Staat lediglich die äußern Machtmittel des Staates wirken zu lassen; die »Lehre« der Sozialdemokratie soll geschont, aber ihre praktisch-agitatorische Tätigkeit unterdrückt oder wenigstens gelähmt werden. Auf der andern Seite soll die Sozialisierung des Staates den Sozialdemokraten die Massen abfangen, als ob man den Teufel mit Beelzebub austreiben könnte. Die vor drei Jahrhunderten begonnene Revolution beginnt ihre letzten Konsequenzen mit innerer Notwendigkeit zu ziehen, und die Parole wird bald offen lauten: katholisch oder sozialdemokratisch." Wenige Tage darauf sprach er wiederholt zu den Anträgen Rickert betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit über verabschiedete Offiziere und die allgemeine Reform des Militärstrafverfahrens (TB. 11. 11. 89), „ein trockenes juristisches Thema, aber von einschneidender praktischer Bedeutung", wie er (14. 11.) seinem Vater

schreibt, dem er, wie noch oft, den stenographischen Bericht übersandte. Hocherfreut war er über den 12. Dezember, „einen Ehrentag für das Zentrum", dessen Anträge, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen, die Aufhebung des Expatriierungsgesetzes („von allen Fraktionen fast einstimmig angenommen und damit vom Reichstag ex professo der Kulturkampf verurteilt") und betreffend Ausdehnung des Art. 6 der Kongo-Akte (Missionsfreiheit) auf die deutschen Schutzgebiete sämtlich angenommen wurden. Im folgenden Jahre (14. 1. 90) sprach er im Plenum über die Prüfung der Wahl des Abg. Websky. Die Kommission beantragte Gültigkeit, Gröber aber setzte durch, daß sie kassiert wurde, wofür auch ein Teil der Nationalliberalen, darunter Bennigsen, stimmte. Am 21. 5. sprach er, nachdem er Sitzungen der Militär- und Wahlprüfungs-Kommission angewohnt hatte, im Plenum zu Rickerts Antrag betreffend das Wahlprüfungsverfahren, „und zwar gegen die Äußerung des Konservativen Müller über den »Unfug der Wahlproteste« und gegen den Antrag Rickert, worüber Rickert sehr ungehalten wird und seiner Erregung durch persönliche Zuspitzungen gegen mich Ausdruck gibt. Abends sagte mir der Deutschfreisinnige Schneider (Vorsitzender der Wahlprüfungs-Kommission), er sei auch wie die meisten seiner Fraktionsgenossen gegen den Antrag Rickert, habe aber demselben nicht geradezu entgegentreten wollen und bedauere, daß Rickert so persönlich gegen mich geworden sei." Am 13. 6. sprach er dann noch zum Entwurf betreffend Änderung des Strafgesetzbuches bezüglich der Bestimmungen über Post- und Telegraphenwesen.

In den zusammenhängenden Tagebuchaufzeichnungen, die Gröber anderthalb Jahre hindurch geführt hat, ist von den Plenarsitzungen und vollends von seinem eignen Auftreten in denselben nur wenig die Rede. Er begriff von Anfang an, daß der Schwerpunkt der praktischen Politik nicht auf der großen Bühne der breiten Öffentlichkeit, sondern in den Beratungszimmern engerer und engster Kreise, meistens hinter verschlossenen Türen liegt; und da hat er mit besonderer Vorliebe immer mehr die Fraktionssitzungen seiner Partei berücksichtigt, für deren innere Geschichte in kritischer Zeit diese Tagebücher eine sehr beachtenswerte Quelle sind. Es sind meistens objektive Berichte, verhältnismäßig selten flicht er eigne Urteile ein und läßt sich selbst zu Worte kommen. In der Wintersession 1888/89 steht das Invaliditätsgesetz im Vordergrund. Sein Protokoll über die beiden Fraktionssitzungen, die sich Ende März damit beschäftigten, füllt nicht weniger als 24 engbeschriebene Seiten. Am ausführlichsten sind die Ausführungen von Franckenstein, Windthorst, Hitze und von Hertling behandelt, seinen eignen Widerspruch gegen

jeden, auch partiellen Reichszuschuß erledigt Gröber in zwei Zeilen. Sorge erregte ihm die Haltung Franckensteins, der „in bemerkbarer Erregung und Gereiztheit gegen Windthorst redete, welcher sehr niedergeschlagen aussieht und seine volle Ruhe bewahrte". Am zweiten Tage der Fraktionsauseinandersetzung erklärt v. Hertling: „Das Gesetz führt zu einer Auflösung aller Verhältnisse, die Verpflichtungen aller gesellschaftlichen natürlichen Kreise werden abgewälzt auf den unpersönlichen Staat; das Gesetz ist in meinen Augen sozialistisch, dessen Konsequenz die sozialdemokratische Gesellschaft; für mich gleichgültig, ob der Sozialismus von unten oder von den Ministern gepredigt wird; in wenigen Jahren hat sich ein wunderbarer Umschwung der Meinungen vollzogen aus dem Manchestertum in den Staatssozialismus." Windthorst sprach sehr ernst: „Ein verhängnisvollerer Schritt ist noch niemals geschehen. Eine Vereinigung zu gemeinsamer Abstimmung wird nicht möglich sein. Der Reichszuschuß ist die Hauptsache; was kann uns berechtigen, für ihn einzutreten, nachdem wir in all den Jahren mit vollster Entschiedenheit gegen den Staatszuschuß uns gewehrt haben? Das Ende dieser Forderungen ist gar nicht abzusehen, wir eröffnen einen praktisch ganz gangbaren Weg zur Ernährung ganzer Klassen aus Staatsmitteln. Der Staat soll alles ordnen, und wir sind im Begriff, diese Entwicklung zu fördern. Die Annahme des Gesetzes könnte die schlimmsten Folgen für die Reichstagswahlen im Westen haben; fallen sie wieder so aus wie die Septennatswahlen, so können wir das Buch schließen oder zum Kartell gehen, wenn wir etwas erreichen wollen."

Am 29. 3. kam es dann zu einem „Redekampf v. Hertling contra v. Franckenstein" in der zweiten Lesung im Plenum, bei dessen Schilderung Gröber sehr entschieden Stellung gegen Franckenstein nimmt. „Während Hertling völlig ruhig, wenn auch scharf seinen Standpunkt präzisierte, redete Franckenstein in sichtlich großer Erregung, in schroffem, barschem Ton und in grober Form. Als durchschlagenden Gesichtspunkt hebt v. Franckenstein hervor: »Ich kann den Arbeitern nicht versagen, was ihnen die Kaiserliche Botschaft von 1881 versprochen hat!« Ein wohlfeiles Argument: Der Kaiser will es. Da könnten am Ende die Abgeordneten besser zu Hause bleiben. Ton und Art seines Vortrags ist mir tief schmerzlich, weil ich daraus die völlige Mißachtung der Überzeugung eines großen, wahrscheinlich sogar des größten Teiles der Fraktion erkenne. Auch Graf Hompesch meinte, v. Franckenstein habe gereizt und hitzig gesprochen, aber er werde sich mit v. Hertling gleich wieder vereinigen, die Sache habe keine ernstere Bedeutung. Auch noch von mehreren andern Fraktionsgenossen höre ich gleichen Ausdruck des Bedauerns über das Auftreten v. Franckensteins. Herr

v. Marquardsen grölt natürlich vor Vergnügen. Warum hat wohl v. Franckenstein nicht einmal gewagt, den wahren Grund seines Votums, den Partikularismus, auch nur beim Namen zu nennen? Mir scheint es einen kleinen politischen Blick zu verraten, um der verhältnismäßig untergeordneten Frage der Organisation willen (für deren Fortbestehen zudem jede gesetzliche Garantie fehlt!) die Hauptsache, das sozialistische Prinzip des Reichszuschusses, anzunehmen, das einmal in die Gesetzgebung aufgenommen, niemals mehr herauszubringen sein wird, aber seine verderblichen Folgen auch in andern Teilen der Gesetzgebung äußern wird. Wenn Herr v. Franckenstein so weiter macht, wird er sich vorzüglich zum Führer einer katholischen Kartellpartei eignen und der kaiserlichen Huld wie Bismarcks Lob nicht ermangeln." „Ausgezeichnet" findet Gröber die Rede Windthorsts am zweiten Tage der Plenardebatte, „welche, bei aller Schonung und Anerkennung der Verdienste v. Franckensteins um die Kommissionsarbeiten, doch mit aller Schärfe den sozialistischen Charakter der Vorlage kennzeichnet und den Aufschub endgültiger Beschlüsse wünscht, bei welchen, w e n n sie fehlgehen sollten, eine Remedur nicht mehr möglich wäre". Bei der Abstimmung hat nur ein Bruchteil des Zentrums mit v. Franckenstein für § 1 der Vorlage gestimmt.

Als Gröber nach der Osterpause am 16. Mai wieder in Berlin ankam, erfuhr er, „daß in der gestrigen Fraktionssitzung die Differenzen in der schönsten, wahrhaft rührenden Weise beigelegt worden seien"; v. Franckenstein habe zuerst beabsichtigt, den Vorsitz der Fraktion niederzulegen, ohne aus ihr auszuscheiden, schließlich aber versprochen, auf seinem Posten auszuharren, solange ihm seine Kraft bleibe. Am folgenden Tage begann die dritte Beratung des Gesetzes, „über deren Ausgang noch niemand sicher ist. Abenteuerliche Gerüchte gehen unter den Abgeordneten, z. B. die Sage, die Regierung wolle zwar das Gesetz vom Reichstag bewilligt haben, gedenke es aber im Bundesrat fallen zu lassen und ad acta zu legen. Vielleicht nur ein preußischer Kniff, um unentschiedene Abgeordnete zur Annahme zu bewegen." Bei der Fortsetzung am 18. Mai „wird die bis dahin ruhig und sachlich gehaltene Debatte durch das Eingreifen des Reichskanzlers in auffälligster, häßlichster Weise gestört ... Als der Abg. Bamberger das Wort erhielt, verließ der Reichskanzler hastig den Saal und ließ sich, während Bamberger scharf gegen den Kanzler sprach, im Foyer mit mehreren Bundesratsmitgliedern photographieren! Ein Beweis für die Achtung Bismarcks vor seinen parlamentarischen Gegnern und vor dem Parlamentarismus überhaupt. Von allen Freunden höre ich die übereinstimmende Ansicht, daß der Kanzler eine wenig glückliche, nach vielen Seiten nur ver-

bitternde, eines großen Mannes unwürdige Rede gehalten hat." Am 19. Mai beschäftigte sich eine Fraktionssitzung u. a. mit den für die 3. Lesung der Vorlage gestellten Abänderungsanträgen. „Zu meinem Vergnügen stellt sich heraus, daß nicht einmal die Kommissionsmitglieder v. Franckenstein, Hitze, v. Gagern usw. über den Inhalt der Vorlage und der Beschlüsse der 2. Lesung sich klar sind bzw. übereinstimmen. Man wird also andern armen Menschenkindern nicht mehr mit dem wohlfeilen Vorwurf der Unkenntnis kommen dürfen." In der Endabstimmung am 24. Mai wurde das Gesetz mit schwacher Mehrheit (185 : 165) angenommen. Vom Zentrum stimmten nur 13 mit Ja, darunter, wie Gröber betont, „11 adelige und 2 bürgerliche Mitglieder, 8 süddeutsche, 5 norddeutsche. Rintelen meinte abends, die dissentierenden Adeligen sollten lieber eine eigne Fraktion bilden, als die Bewegung der übrigen hemmen. Ich meine, es wäre viel besser, wenn man einen größern Teil derselben in Bayern und Württemberg nicht mehr wählen würde."

In der Fraktionssitzung vom 19. Mai brachte Windthorst die Mitteilung zur Sprache, der Reichstag werde den König von Italien bei seinem Besuche in Berlin beglückwünschen. Eine solche noch nie dagewesene Handlung wäre eine Demonstration gegen den Heiligen Stuhl und müßte, sobald sie im Reichstag zur Anregung gebracht würde, vom Zentrum bekämpft werden. v. Franckenstein bemerkte, ein solches Vorgehen des Reichstags stehe nicht zu erwarten; zutreffendenfalls sei er selbstverständlich ebenso dagegen wie Windthorst; eine Überraschung des Reichstags von seiten des Präsidenten sei nicht möglich. Windthorst: „Wenn's gegen u n s geht, ist alles möglich!" In der Fraktionssitzung vom 23. Mai konnte Windthorst mitteilen, in der Plenarsitzung gleichen Tags werde eine Kundgebung zu Ehren des Königs Umberto stattfinden. „Die Fraktion könne dazu nicht schweigen, dürfte sich aber nicht aus dem Saale entfernen, sondern müsse unter aller Rücksichtnahme für den Gast des Kaisers zum Ausdruck bringen, daß die deutschen Katholiken das Vorgehen und Verhalten der italienischen Regierung gegen den Heiligen Vater und den Kirchenstaat mißbilligen; v. Franckenstein stehe gegenwärtig in Unterhandlung mit dem Präsidenten des Reichstags, welcher auf die Erklärung des italienischen Parlaments eine Gegenerklärung vorbereite; er erbitte sich Vollmacht von der Fraktion zu einer entsprechenden Entgegnung im Plenum, die von dem Inhalt der vorgeschlagenen Gegenerklärung abhängen werde. Diese Vollmacht wird einstimmig und mit Begeisterung erteilt. Dem Vorschlag eines (protestantischen) Hospitanten, daß auch die Zustimmung der Hospitanten ausdrücklich hervorgehoben werden solle, wird von

v. Huene widersprochen, als einem ganz ungewöhnlichen Vorgehen. Windthorst bemerkt, er wolle die Erklärung »namens aller Teile des Zentrums« abgeben, womit sich der Hospitant befriedigt erklärt." Im Plenum wurde die Frage friedlich erledigt. Die vom Präsidenten verlesene Erklärung beschränkte sich auf den Ausdruck der Freude „über das zwischen Deutschland und Italien bestehende, den Weltfrieden sichernde Bündnis"; dann erklärte nicht Windthorst, sondern v. Franckenstein, daß man sich der Erklärung des Präsidenten anschließe, aber unter dem Vorbehalt, daß dadurch der Stellung des Zentrums zur Römischen Frage in keiner Richtung präjudiziert werde. „Die vom Zentrum abgegebene Erklärung", fügt Gröber bei, „ist eine Abschwächung des Windthorstschen Vorschlags, hat aber um so größere Wirkung gehabt, als sie durch v. Franckenstein abgegeben wurde, der doch gerade in dieser Session dem Fürsten Bismarck fast zu weit entgegengekommen war." In der Fraktionssitzung vom 24. Mai „hob v. Franckenstein hervor, daß die Fassung der Fraktionserklärung in Sachen Umbertos von Windthorst für gut befunden worden sei; er könne den gestrigen Tag als einen für das Zentrum »nicht unglücklichen« bezeichnen".

Die Erkrankung und der Tod v. Franckensteins (22. 1. 90) ließ dann die Erinnerung an die Zerwürfnisse versöhnend zurücktreten. Das Festmahl zur Feier von Windthorsts Geburtstag fiel aus und in der Fraktionssitzung vom 16. Januar gedachte dieser des erkrankten Vorsitzenden in wärmster Weise: „Wir wissen nicht, welche Katastrophe eintreten wird. Hierin liegt für mich ein ernster Fingerzeig in meinem Alter; vereinigen wir uns in inbrünstigem Gebet zu Gott, daß er unsern Freund rette; brauche nicht zu sagen, was im Falle einer Katastrophe für Bayern und für uns verloren ginge. Das Vermittelnde und Zusammenhaltende im Wesen des Herrn v. Franckenstein kennt jeder von uns und ich am besten; ich bitte um eine besondere Andacht morgen mir zulieb für den teuren Freund. 78 Jahre sind wenigen Menschen beschieden, sind für mich eine besondere Gnade, und ich fühle darin die besondere Pflicht, auszuharren mit allen Kräften. Die Verhältnisse sind jetzt so schwierig wie kaum je, durch gegenseitiges Nachgeben müssen wir die Einigkeit aufrechterhalten, was das Zentrum stark macht, fest zusammenhalten und die Fahne weitertragen, die ruhmvolle; dies ist das beste Geburtstagsgeschenk für morgen. Ich bitte auch alle um Verzeihung für jedes herbe Wort von meiner Seite, im Alter sind die Nerven oft erregt und reizbar, bitte auch um Amnestie für die Zukunft." In der Fraktionssitzung am Tage nach v. Franckensteins Tod kam Windthorst auf diesen Gedankengang zurück: „Wir müssen Ersatz für den

großen Verlust suchen in der Einigkeit in der Fraktion. Niemand wie ich weiß, wie viel wir gerade in dem Verstorbenen als vermittelndem, einigendem Charakter verloren haben; wir wollen auch nicht vergessen, daß die letzte Unterschrift v. Franckensteins unter unserm Wahlaufruf steht." Im Anschluß daran erwähnt Gröber, daß der Kaiser in seinem Beileidstelegramm an den Reichstag v. Franckenstein „einen Mann von vornehmer Gesinnung und wahrem Patriotismus" genannt habe, „der für sein bayerisches und sein deutsches Vaterland allezeit ein warmes Herz hatte", um daran die bittere Bemerkung zu knüpfen: „Und das dem Führer des Zentrums in der Septennatsfrage, dem man 1887 ein vaterlandsfeindliches Verhalten, ehrlose Gesinnung (Unterschlagung von päpstlichen Noten usw.) vorgeworfen hatte! Tempora mutantur."

In den Fraktionssitzungen während des Winters 1889/90 hat Gröber wiederholt das Wort ergriffen. So sprach er (22. 11.) mit Erfolg vermittelnd in der für die Bayern nicht unwichtigen Frage, ob im Arbeiterschutzgesetz die Verwendung von Frauen als „Lastträgerinnen" bei Hochbauten schlechtweg zu verbieten sei. Er bekämpfte die Einschränkung „tunlichst", welche alles in das Ermessen der Polizeibehörde stellte, und befürwortete den Ersatz des Wortes „Lastträgerinnen" durch „Steinträgerinnen", um die in Bayern herkömmliche, verhältnismäßig leichte Arbeit der „Mörtelweiber" nicht unmöglich zu machen. Sehr nachdrücklich trat er auf gegen die Forderung von 4½ Millionen Mark für die „Kaiser-Jacht". Nach den Erläuterungen zum Etat solle sie einmal dienen „für längere Reisen" mit größter Geschwindigkeit, dann aber auch zur „Leitung der Operationen und zur Befehlsvermittlung". Das seien einander widersprechende Zwecke. „Einer dieser Zwecke muß maßgebend sein: die militärische Brauchbarkeit oder die Aufgabe, der Person des Kaisers zu dienen. Davon kann nicht im Ernste die Rede sein, daß das Schiff im Kriege den Kaiser aufnehmen soll, denn man wird den Kaiser nicht den Zufälligkeiten und Gefahren einer Seeschlacht, deren Bedeutung für den Feldzug bekanntlich nicht durchschlagend ist, aussetzen wollen; man wird also nur an eine Verwendung während den Flottenmanövern denken können, zu diesem Zwecke ist aber ein so großes Schiff keinesfalls notwendig; das denkbar schnellste Schiff kann viel billiger hergestellt werden, wenn man davon absieht, daß auch noch die Hofchargen, Geheimräte usw. und die Massen der geschäftsführenden Beamten mit untergebracht werden können. Es ist das Reiseschiff für den Reisekaiser." Die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der verlangten großen Ausgabe bestritt Gröber „nicht sowohl wegen der

bevorstehenden Reichstagswahlen, sondern wegen der allgemeinen Klagen über die hohen Steuern und Zölle, der Belastung gerade der ärmern Teile der Bevölkerung durch die Höhe der indirekten Steuern, der Unzufriedenheit über die heillose Höhe der Militärausgaben. Die Vergleichung mit den Ausgaben, welche andere Völker für ihre Monarchen zu gleichen Zwecken leisten, ist für mich gar nicht maßgebend, sie könnte auch wohl nur dazu führen, den Herren in Preußen zu sagen: »Wenn ihr eurem König eine Freude machen wollt, so tut das in eurem Landtag;« natürlich wird mir eingewendet werden: »Ihr Süddeutschen dürft auch einmal etwas für den Kaiser tun!« — v. Huene: »Gewiß! natürlich!« — Darauf sage ich aber: Der Kaiser ist nicht mein Monarch, mir ist er nur der Bundesfeldherr; mein Monarch ist in Stuttgart, und das Reich hat nicht die Aufgabe, für den Kaiser irgendwelche Aufwendungen zu machen." Das forderte den scharfen Widerspruch des Abg. v. Huene heraus, der „in sehr erregtem Tone" ausführte: „Der Kaiser muß auch von den Süddeutschen hier anerkannt werden; man darf ihn nicht als bloßen Bundesfeldherrn bezeichnen — das Wort stammt noch aus der Zeit des Deutschen Bundes — er hat nach der Reichsverfassung noch ganz andere Rechte. Die Marine ist Reichsmarine, ist kaiserlich, und der Kaiser als Chef der Reichsmarine ist besonders auszuzeichnen.... Wenn meine Wähler mich nicht mehr wählen wollen, so mögen sie sich einen andern suchen, das ist mir ganz gleichgültig. Wohin sollten wir kommen, wenn wir gegenüber der ausdrücklichen Versicherung der Regierung, das Schiff sei auch zu Kriegszwecken bestimmt und geeignet, einfach sagen: Das glauben wir nicht." Am folgenden Tage hat der Reichstag das Kaiserschiff abgelehnt; vom Zentrum stimmten mit Herrn v. Huene dafür nur noch drei Mitglieder. „Während der Sitzung sagte mir Kollege Lucius, er habe Herrn v. Huene noch nie so aufgeregt gesehen wie in der gestrigen Fraktionssitzung. Windthorst sagt mir, ich habe ganz recht geredet, kein Wort sei zu viel oder zu scharf gewesen; Herr v. Huene sei nur deshalb so erregt gewesen, weil derselbe selbst gefühlt habe, daß er im Unrecht sei."

Schon Anfang 89 hatte Gröber in Kolonialfragen, namentlich in Missionsangelegenheiten, erheblichen Einfluß gewonnen. Sofort nach Verteilung der Kolonialvorlage beauftragte ihn Windthorst (24. 1.), die Bestimmung der Kongo-Akte über die Religionsfreiheit und die hierauf bezüglichen parlamentarischen Verhandlungen beim Reichsgesetz betreffend die Rechtsverhältnisse in den Schutzgebieten zusammenzusuchen. In der Fraktionssitzung bekannte Windthorst sich grundsätzlich als Gegner der Vorlage: „Wenn wir völlig frei

wären, nähme ich sie nicht an, aber wir sind nicht frei. Mangel der Freiheit ist uns auferlegt durch unsere Freunde im Lande, welche, angeregt durch Lavigerie, den Heiligen Vater und eignen Eifer (gegen Sklaverei und Sklavenhandel), eine Bewegung veranlaßt haben, welche immer noch intensiver zunimmt und verlangt, daß etwas von Reichs wegen geschehe" — ein Gedanke, der auch in seinen spätern Fraktionsausführungen wiederkehrt. Als bedauerlicher Anfang der Vinkulierung galt ihm — er hat es auch mir gegenüber ausgesprochen — die Kölner Gürzenich-Versammlung, in der die dortige Zentrumspartei in Verbindung mit Angehörigen anderer Parteien in die Antisklaverei-Bewegung eingetreten war. Am Schluß der Sitzung wurde ein Antrag Windthorst angenommen, welcher die Vorschrift der Kongo-Akte über die Religionsfreiheit auf alle deutschen Schutzgebiete ausdehnte. „Diesen Antrag hatte ich, der Aufforderung Windthorsts entsprechend, nach dem Vorgang eines gleichlautenden ältern Antrags Rintelen entworfen. Windthorst ließ sich von mir auch die markantesten Stellen aus den frühern Debatten vorlesen." Auch bei der Errichtung eines Kolonialamtes verlangte Gröber (Fraktionssitzung, TB. 22. 11. 89) nachdrücklich die Sicherung der Missionare aller Orden unter gesetzlicher Festlegung. „Wir dürfen namentlich nicht den Plan vergessen, der früher offen ausgesprochen wurde, die katholischen und protestantischen Missionen räumlich in den verschiedenen Schutzgebieten nach dem Grundsatz der Priorität zu scheiden, d. h. mit andern Worten, alle bessern Gebiete von protestantischen Missionsgesellschaften ausschließlich okkupieren zu lassen." Auch bei dem Nachtragsetat für die Kolonien kam er (10. 5. 90) darauf zurück. „Die Sicherung des Schutzes aller katholischen Orden in den Schutzgebieten durch Gesetz muß immer wieder verlangt werden; nachdem der Antrag auf Ausdehnung der bezüglichen Bestimmung der Kongo-Akte abgelehnt worden ist, weil dieselbe dem Mohammedanismus zugute kommen würde, empfiehlt sich eine Fassung des Antrags, wonach die Gleichberechtigung der Missionen gesetzlich garantiert wird." Und Windthorst versprach: „Sobald Graf Hoensbroech kommt, den ich den Africanus nennen möchte, werde ich dem Antrag Gröber nähertreten." Vorher (20. 1. 90) hatte er sich gegen die Bewilligung für die ostafrikanische Postdampferlinie ausgesprochen; Bedingungen, an die man sie knüpfen könnte, hätten keine dauernde Sicherheit, und die Entscheidung des Reichstags in der Missionsfrage spreche entschieden dagegen.

In der schon erwähnten Fraktionssitzung vom 10. 5. 90 begannen auch die sehr eingehenden Beratungen über den Entwurf betreffend die Friedenspräsenzstärke unter Herabsetzung der Dienstzeit,

die am 6., 10., 20. und 21. Juni fortgesetzt wurde. Gröber hat wiederholt eingegriffen. Kompensationen, führte er (10. 6. 90) aus, seien notwendig, Erleichterungen möglich, ohne die Schlagfertigkeit des Heeres zu beeinträchtigen. „Wir werden auch später in keiner bessern Lage sein, weitern Militärforderungen Widerstand entgegenzusetzen, als heute. Als bloße Träume kann ich die Zukunftspläne des Kriegsministers nicht behandeln. Die ganze Entwicklung der internationalen Verhältnisse drängt zum Aufgebot aller Waffenfähigen; die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit, wie sie der Kriegsminister will, ist eine unerträgliche Last für das Volk und treibt dasselbe nur der Sozialdemokratie in die Arme; gegen die Gefahren des übertriebenen Militarismus müssen wir die Monarchie und das Volk schützen. Wenn wir den Schutz der Interessen des Volkes energisch vertreten, können wir die Auflösung ruhig abwarten; mit der Möglichkeit eines Staatsstreichs zu rechnen, halte ich nicht für tunlich; zwar traue ich dem Kaiser die für einen Staatsstreich nötige Energie zu, aber ich halte ihn für zu gewissenhaft, um ein solches Verbrechen zu begehen." Die Kompensationen durch Herabsetzung der Dienstzeit waren für Gröber und andere Vorbedingung, um für die Vorlage stimmen zu können. Als er (19. 6.) eine Einladung des Kaisers zu einem Ausflug nach der Pfaueninsel erhielt, bemerkte er: „Ich werde dieser Einladung schwerlich Folge leisten können, weil ich sonst im Fall einer Abstimmung für die Militärvorlage in ein falsches Licht käme." v. Huene billigte dies und teilte ihm mit (20. 6.): „In den Kreisen der Regierung sei man in der größten Aufregung über das unsichere Schicksal der Vorlage, und von Caprivi werde alles aufgeboten, um von dem Kaiser die Ermächtigung zu einer entgegenkommenden Erklärung zu erhalten; einer der Hofbeamten habe sich bei Ballestrem nach der Stellung des Zentrums erkundigt und auf dessen Antwort, er könne eine Mehrheit im Zentrum zurzeit nicht zusichern, weil er absolut nicht wisse, wie viele Preußen hinter Lieber stehen, die Hände verzweifelnd über dem Kopf zusammengeschlagen." Über diese Unterredung bekam Gröber durch Lieber, der sich auf Ballestrems Darstellung bezog, genauere Angaben. Am 21. 6. erfuhr er durch Windthorst, daß die Vorbedingung erfüllt werde. Das gab den Ausschlag, und in der abendlichen Fraktionssitzung erklärte Gröber: „Die Überlegenheit des französischen Heeres, zahlenmäßig und artilleristisch, sei nicht zu bestreiten, die Vorlage notwendig, und, nachdem er in der Kommission dagegen gestimmt habe, weil eine entgegenkommende Erklärung noch nicht vorgelegen habe, werde er jetzt, da sie in bestimmter Aussicht stehe, mit Ja stimmen." Daran schloß er eine längere Ausführung, weshalb man mit der ganz bestimmt zugesicherten Ver-

mehrung der Dispositionsurlauber sich vorläufig begnügen, diese erste Nachgiebigkeit der Regierung nicht zurückweisen und einmütig für die Vorlage stimmen könne. Nachdem dann die Regierungserklärung in aller Form abgegeben worden war, hat die überwiegende Mehrheit des Zentrums sich auf den Standpunkt Gröbers gestellt und die Annahme der Vorlage entschieden.

Das württembergische Zentrum

Als Kümmel seine Erinnerungen an Gröber niederzuschreiben begann, hat er als besonders Berufene, bei der Herausgabe einer Lebensbeschreibung mitzusprechen, zwei Landsleute des Verstorbenen genannt. Ich weiß nicht, ob und in welchem Grade diese Hoffnung sich erfüllen wird. Jedenfalls ist der Wunsch berechtigt, daß die tief eingreifende Tätigkeit Gröbers für sein engeres Vaterland einen Darsteller findet, der den ganz eigenartigen, außerhalb wenig bekannten und verstandenen Verhältnissen Württembergs nahesteht. Hier sollen nur die Anfänge dieser Tätigkeit berücksichtigt werden, aus denen die Gründung der württembergischen als eines lebendigen Gliedes der deutschen Zentrumspartei erwachsen ist.

Am 29. 11. 88 richtete Gröbers württembergischer Reichstagskollege Göser ihm eine Anfrage von Stadtpfarrer Mühling in Riedlingen aus, ob er als Kandidat für den Landtag im Oberamtsbezirk Riedlingen auftreten wolle. „Ich kann mich heute noch nicht entscheiden, denn einmal, wer steht hinter Mühling, und sodann, warum den Demokraten Hartmann verdrängen? Göser erzählt mir noch, Weihbischof Reiser (in Rottenburg) habe sich ausgesprochen, er halte es für kein Glück, wenn im Landtag eine Zentrumspartei entstände, weil dadurch die in der Mehrzahl befindlichen Protestanten nur gereizt würden.“ Erst eine Woche später notiert er kurz: „Kollege Göser entscheidet über meine Landtagskandidatur für Riedlingen bejahend. Deus bene vertat.“ In der Weihnachtspause des Reichstags fuhr er in die Heimat, beteiligte sich an einigen Vorbesprechungen, deren Ergebnis „drei Zentrumskandidaturen in Riedlingen, Saulgau, Tettnang als erster schüchterner Versuch einer Zentrumspolitik im Landtag“ waren, und stürzte sich dann kopfüber in die Wahlagitation. Vom 26. Dezember bis zum 6. Januar hat er nicht weniger als 29 Wahlversammlungen abgehalten. Unparteiisch berichtet sein Tagebuch über Besuch, Stimmung und Aussichten mit allerhand bezeichnenden Einzelheiten.

„Ich werde vom Pferde mit dem Wagen umgeworfen, ohne Schaden zu nehmen... Der Pfarrer erlaubt sich zu meinem größten

Schrecken eine arg gefährliche und rohe Äußerung über die Protestanten. . . . Mißlungene Versammlung infolge der Anwesenheit des Oberamtmanns Fischer, welcher während meiner Rede sein Notizbuch herauszieht und aufschreibt, wie er freundlich bemerkt, nur um sein Gedächtnis zu unterstützen. Die Bauern getrauen sich in seiner Gegenwart kaum ein lautes Wort zu reden, und ich selbst fühle mich auch befangen." Wahrscheinlich sehr überflüssigerweise, denn Fischer macht ihm Konfidenzen, wie bei der letzten Landtagsstichwahl die Regierung für den Demokraten gegen den „Ultramontanen" gearbeitet habe, und wie er selbst wegen seines Katholizismus bei der Regierung denunziert worden sei. Einmal ist „die Gemeinde gespalten in Parteien des Schultheißen und des Lehrers", der „sofort nach meiner Entfernung gegen mich zu agitieren versucht" ... „Wie schon angekündigt, werde ich von einem Hartmannianer in längerer Rede angepaukt: früher keinen Urlaub bekommen, woher diese Änderung? Wink von oben? Schreckensbilder konfessionellen Kampfes vorgemacht. Nach meiner längern Entgegnung bringt der Gegner seinen Haupttrumpf: Ein Freund von mir habe geäußert, ich sei eine so vorzügliche Arbeitskraft, daß mich die Regierung mit der Zeit abfangen und auf ihre Seite bringen werde. Angebliche Freundesäußerung bestritten; wenn die Tüchtigkeit eines Kandidaten eine Gefahr für das Volk bilden soll, dann bleibt nur der Rat übrig: Wählen Sie in den Reichstag lauter Esel! Infolge des langen Sprechens fast völlig heiser." Am 4. Januar hält er nachmittags nicht weniger als vier Versammlungen in vier verschiedenen Dörfern. „Todmüde fahre ich nach Riedlingen zurück, wo mir schließlich übel wird infolge der Überanstrengung durch vieles Reden und vielstündiges Fahren in schlechtem Fuhrwerk bei kalter Witterung." Am folgenden Nachmittag wieder drei. Endlich konnte er am 6. Januar in Riedlingen Schluß machen. „Die ungefähr 300 Personen starke, auch von auswärtigen Orten besuchte Versammlung ist sichtlich fortgerissen von dem Vortrag. Ich habe nun das meinige getan, mögen die Wähler entscheiden. Aussichten auf den Sieg, da Hartmann und seine Freunde in den letzten Tagen sehr still geworden sind und Hartmann bei seinem Nachreiten in einzelnen Orten gar keine Versammlungen zustande gebracht haben soll."

Die Siegesnachricht (2678 : 1912 Stimmen) erhielt er gleich nach seiner Rückkehr nach Berlin am 10. Januar. In Tettnang siegte Bueble mit 1941 : 1364, während Kümmel in Saulgau mit 1717 : 2696 unterlag, „ein Wermutstropfen in die Freude über den Sieg Buebles". Mit dem Ergebnis in der Stadt Riedlingen war er schlecht zufrieden. „Ulrich meint, es komme dies von dem am Tag

vor der Wahl erschienenen, allerdings übertriebenen Aufruf des Wahlkomitees, Karl setzt es auf Rechnung des »Neides und Mißgunst gegenüber der Familie Gröber«. Es wird wohl beides richtig sein" (an den Vater 12. 1. 89).

Dem Rat Windthorsts entsprechend, blieb Gröber als Landtagsabgeordneter „wild". Die ältern katholischen Abgeordneten, die ihm kirchenpolitisch näherstanden, gehörten den verschiedenen Fraktionen des Landtags an, der Landes- oder Regierungs-, der mehr liberal gerichteten deutschen und der demokratischen (Volks-)Partei oder Linken an, auch der neugewählte Kollege Bueble ging als „Gast" zu der Linken. Für Gröber war letzteres nach dem vorausgegangenen Wahlkampf ausgeschlossen. Schon vor demselben schreibt er (TB. 19. 12. 88): „Vetter Karl schickt mir einen — offenbar auch für mich bestimmten — an ihn gerichteten Brief des Vorstandes der Volkspartei, Rechtsanwalts Konrad Haußmann, in welchem mir wegen meiner Kandidatur gegen Hartmann Undank gegenüber der Volkspartei, die mich bei der Reichstagswahl unterstützt habe, vorgeworfen und mit öffentlichem Protest gegen diesen Einbruch in ihren Besitzstand sowie mit Repressalien bei den nächsten Reichstagswahlen gedroht wird. »Jetzt aischt!« Möge der nunmehrige Kampf zur Scheidung der Geister im katholischen Lager beitragen und den freisinnigen Katholiken Württembergs, die sich von den protestantischen und glaubenslosen, zum Teil sogar glaubensfeindlichen Führern der Volkspartei in Stuttgart gängeln lassen, die Augen öffnen. Der Kampf bei den Reichstagswahlen gegen die Rechte war freilich leichter als der nunmehrige Kampf gegen die Linke; möge aus ihm ein württembergisches Zentrum hervorgehen." Während des Wahlkampfes und nach der Wahl überschüttete ihn der Stuttgarter demokratische „Beobachter" mit Angriffen, die Gröber in seinem Tagebuch (25. 1. 89) gesammelt hat. Er habe sich verpflichtet, gegen das Septennat zu stimmen, sich aber im Reichstag der Abstimmung enthalten[1]); man könne seine Kandidatur „im Interesse des politischen Rufes des Herrn Reichstagsabgeordneten" nur bedauern; seine Übertreibungen in

[1]) Vor der Entscheidung hatte Franckenstein erklärt: Bei der veränderten parlamentarischen Lage, in welcher eine geschlossene Mehrheit für das Septennat vorhanden sei, werde die Mehrheit des Zentrums sich der Abstimmung über die Heeresvorlage enthalten, weil eine Ablehnung derselben den Schein erwecken könnte, als wolle sie die volle Friedenspräsenzstärke nicht bewilligen. 83 Mitglieder der Fraktion enthielten sich, fast die ganze Fraktion, darunter Gröber. Vor seiner Wahl hatte er sich als Gegner des Septennats erklärt, aber, soweit mir bekannt, nicht versprochen, dagegen zu stimmen. Vgl. oben S. 33.

konfessionellen Fragen seien zu grell, als daß sie nicht von den einsichtsvollen Wählern erkannt würden; in Riedlingen habe er die von der Regierung angegriffene Volkspartei mit der konfessionellen Lanze von hinten in den Rücken gestoßen; er sei „als das liebe Kind der Regierung proklamiert. Der Vetter des Herrn Gröber, Dr. Burkhart in Stuttgart, heiratet des Ministers (des Innern, v. Schmid) Töchterlein! Vor nicht ganz zwei Jahren wurde Gröber der Urlaub zu Wahlreisen verweigert; diesmal hat er es bis zum Regierungskandidaten gebracht... Da der Staatsanzeiger unter den »gewonnenen« Bezirken auch Riedlingen anführt, so darf nun wohl niemand mehr im Zweifel sein, wem Gröber seine Wahl verdankt. Daß das Oberamt und die Schultheißen im Bezirk Riedlingen seit einer gewissen Audienz in Munderkingen für Gröber arbeiteten, wußten wir schon lange. Wo ist nun Charakterlosigkeit? U. A. w. g." Gröber fügt bei: „Die tatsächliche Berichtigung, welche ich hiergegen abschickte, wurde abgedruckt mit dem bloßen Bemerken, es werde dem Korrespondenten überlassen, sich über diese Berichtigung zu äußern."

Daß „des Ministers Töchterlein" bald zu Gröbers Familie in verwandtschaftliche Beziehungen treten werde, war richtig. Am 5. 3. 89 hat Medizinalrat Albert Burkhart, Gröbers Vetter, die Tochter Klara des Ministers v. Schmid geheiratet, in der katholischen Kirche und mit dem Versprechen katholischer Erziehung der Kinder. „Wenn ich nicht", schreibt er seinem Vater (24. 2. 89), „ihm den Gefallen erweisen wollte, brächten mich keine zehn Gäule zu der Hochzeit, bei der ich mich trotz aller forcierten Liebenswürdigkeit der v. Schmidschen Familie doch kaum behaglich fühlen werde." So erschien denn der „Herr Reichs- und Landtagsabgeordnete in einem mit Rücksicht auf die Landtags-Diäten angeschafften kohlrabenschwarzen neuen Frack" (ebenda), fungierte mit der zweiten Tochter des Ministers als Brautführer, scheint sich bei dem hochfeinen Festessen gut amüsiert zu haben, brachte unvorbereitet einen aufoktroyierten Trinkspruch auf den Minister aus, der gerade Geburtstag hatte, „vermochte sich dem Tanze nicht ganz zu entziehen" und trank mit der jungen Frau und ihrer Mutter Schmollis (an den Vater 12. 3. 89 und TB. 5. 3. 89).

Das Familienfest vom 5. 3. 89 entbehrt nicht eines pikanten Beigeschmacks. Der Brautvater hatte den „Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten" längst in seine politische Rechnung eingestellt. Schon zwei Monate, bevor ihm die Kandidatur angeboten wurde, berichtet Gröber seinem Vater (28. 9. 88): „Minister v. Schmid scheint auf meine Kandidatur ein Augenmerk gerichtet zu haben; ich habe schon von verschiedenen Seiten eine Äußerung von ihm

zugetragen erhalten, daß meine Kandidatur, wenn ich der Regierungspartei beitrete, von der Regierung werde unterstützt werden, daß ich einen Referenten für verschiedene Gesetzentwürfe dann abgeben würde, und daß ich nur in der Regierungspartei etwas zu erreichen imstande sei." Trocken fügt er bei: „Die Unterstützung eines Regierungskandidaten durch die Regierung ist selbstverständlich..., ich vermag aber mein Mißtrauen gegen einen Mann von der Vergangenheit v. Schmids nicht zu überwinden." Diesem Mißtrauen hatte er schon früher (an den Vater 16. 8. 88) im Anschluß an die Nachricht Ausdruck gegeben, dem Minister seien mehrere Landtagskandidaturen angeboten worden: „Ich möchte wünschen, daß der Mann seine gehässige Gesinnung gegen die katholische Kirche wirklich abgelegt hätte, wie er jetzt vor der Wahl — angibt; trauen kann ich einem solchen Menschen nicht." Im Herbst erfuhr er von seinem Vetter, „daß der Minister v. Schmid in Ehingen kandidiere, und daß meine Kandidatur in Riedlingen vom Oberamtmann (selbstverständlich auf höhern Befehl!) unterstützt werde, wenn ich gegen die Regierung nur »ein wenig nachgiebig« mich zeigen wollte. Was eigentlich letzteres bedeuten soll, verstehe ich nicht. Komisch ist es jedenfalls, wie sich Herr v. Schmid über eine Kandidatur von meiner Seite den Kopf zerbricht, während ich mir selbst den Kopf hierüber gar nicht zerbreche. Verständlich ist mir allerdings, daß er mich irgendwo unterbringen und Ehingen für sich freihalten will" (an den Vater 20. 10. 88). Unter solchen Umständen war es wohl kaum nötig, daß Windthorst ihn vor dem Minister warnte, desgleichen Graf Adelmann, der ihm (TB. 12. 12. 88) erzählte, v. Schmid sei bei dem Prinzen Wilhelm, bei Minister v. Mittnacht und in den höchsten Kreisen in Stuttgart aufs tiefste verhaßt, weil derselbe in Angelegenheiten der Amerikaner [1]) eine ganz verwerfliche Stellung einnehme und offenbar Premierminister zu werden suche.

Selbstverständlich nutzte die Gegenpartei die Stellung der Regierung zu Gröbers Kandidatur gegen ihn aus. „Trotz meines freisinnigen Programms", schreibt er (3. 1. 89) an den Vater, „wird immer wieder eingewendet, ich sei ein Beamter, Streber usw., der nach dem Vorgang des Ministers v. Schmid vorwärts zu kommen suche." Daß er gegen den demokratischen Mitbewerber von der Regierung unterstützt wurde, ist sehr wahrscheinlich und blieb, wie wir oben sahen, kein Geheimnis.

---

[1]) Gemeint ist der Amerikaner Woodcock, Günstling des in Nizza weilenden kranken Königs von Württemberg. Sein Verhältnis zum König wirbelte damals viel Staub auf.

Trotz aller Artigkeiten blieb Gröbers Verhältnis zu v. Schmid kühl. Bei einem „Renkontre v. Schmid-Mittnacht contra Konrad Haußmann über Verwaltungs- und Verfassungsfragen" bemerkt er: „v. Mittnacht zeigt sich als überlegener Meister im Ironisieren, während v. Schmid grob und aufgeregt wird" (TB. 5. 4. 89). Als er einen Monat darauf (ebenda 8. 5.) mit v. Schmid zusammentrifft, verbreitet sich dieser über die Woodcock-Affäre und den „im Volke als Kampf Mittnacht contra Schmid bezeichneten Streit, der im Grunde nichts anderes sei als der Streit des Königs gegen den Prinzen Wilhelm"; Gröber gibt die ministerielle Darstellung in breiter Ausführlichkeit wieder, ohne ein Wort eignen Urteils beizufügen. Am Schluß machte v. Schmid gute Miene zum bösen Spiel: „Über meine Stellung als Wilder meinte er: »ich habe ganz richtig gehandelt«; namentlich wäre es ein großer Fehler gewesen, wenn ich der Linken, »dieser Gesellschaft«, beigetreten sein würde; das Fraktionswesen im Landtag habe keine große Bedeutung, und am meisten setze derjenige Abgeordnete durch, der am meisten wisse und energisch auftrete."

Vor Tische, d. h. vor der Wahl, schrieb man anders, und die Anerkennung der Wildenschaft Gröbers war sehr einseitiger Natur: Er hatte sich ja zwar der Linken nicht angeschlossen, aber der Regierungspartei ebensowenig. Wie er (3. 2. 89) seinem Vater schreibt, hatte er „keine Lust, in eine der drei Fraktionen einzutreten. Angenehm ist mir meine isolierte Stellung natürlich nicht; ich hoffe aber, so Gott will, den Mut nicht zu verlieren: habe ich keine wahren Freunde und Gesinnungsgenossen im Landtag, so habe ich auch anderseits keine Bevormunder, die den Neuling an ihre alten und veralteten Ansichten festbinden wollen, kann mich ohne Rücksicht auf Fraktionsinteressen und Fraktionsphrasen frei bewegen". Er blieb unabhängig, gegenüber den Fraktionen wie nach oben. Letzteres auch, wenn es nicht ungefährlich war. Derselbe Justizminister, der ihm bei der Reichstagswahl von 1887 den Urlaub verweigert hatte, wendete sich im Landtag gegen Bemerkungen Gröbers in Angelegenheiten seines Ressorts und „sprach dabei mit einer nicht eben hochschätzenden Betonung von dem »Landrichter« Gröber. Sofort verlangte Gröber das Wort und protestierte nachdrücklich dagegen, daß der Minister so von ihm gesprochen habe, da er doch nicht in seiner Eigenschaft als richterlicher Beamter, sondern als Vertreter des Volkes hier weile und spreche. Der Justizminister mußte sich schweigend die Lektion gefallen lassen." [1]) Mit v. Schmid, seinem ehemaligen Gönner,

[1]) So Kümmel S. 141.

hatte er ebenfalls eine „unerquickliche Szene im Landtag. Die Behandlung, die er mir zuteil werden ließ, war eine fortgesetzte Kränkung mit wohlvorbereiteten Grobheiten im Tone der alten »Hyäne von Munderkingen«. Daß ich ihm ruhig zu antworten imstande war, danke ich Gott. Mir ist es übrigens ganz angenehm, daß durch diese Auseinandersetzung Klarheit in manche Dinge gekommen ist" (an den Vater 14. 1. 91).

Imponiert hat ihm der Landtag, in dem er seinen Platz auf der äußersten Linken neben dem Abg. Haußmann-Balingen einnahm, durchaus nicht. Schon vor der Wahl (an den Vater 28. 9. 88) spöttelt er über die volksvertretenden „kleinen Gerngrößen. Hätte man in Württemberg nicht das bißchen Diäten im Landtag, so wäre wohl der Eifer für das Volkswohl nicht so verbreitet und mancher würde sich den Leuten nicht zur Wahl aufdrängen". Wer im Jahre vorher unter bescheidenen Verhältnissen das diätenlose Reichstagsmandat übernommen hatte, durfte so sprechen. Denselben Gedanken spricht er gleich nach dem Eintritt in die Kammer (an den Vater 3. 2. 89) aus: „Die bisherigen Sitzungen sind mit bloßen Wahlen ausgefüllt worden, woraus ich ersehen konnte, welchen Einfluß die Diäten auf eine Behandlung der parlamentarischen Geschäfte ausüben. Was man im Reichstag in einem Tage erledigt, wird hier erst in einer Woche abgemacht, eine Zeitvergeudung, die sich nur aus der Diätenschnapperei vieler Abgeordneten erklärt. Ich konnte nicht unterlassen, wenigstens den Versuch zu machen, eine raschere Geschäftsbehandlung herbeizuführen, und habe deshalb in der zweiten Sitzung bei Festsetzung der Tagesordnung vorgeschlagen, sämtliche Kommissionswahlen auf eine Sitzung anzuberaumen, ein Vorschlag, der, wie vorauszusehen war, mit großem Erstaunen aufgenommen und mit großer Entschiedenheit abgelehnt wurde." Drei Wochen später (24. 2.) illustriert er „den krassen Unterschied zwischen Reichstag und Landtag" und „den württembergischen Schlendrian" durch die Tatsache, daß das Haushalts-Gesetz dem Reichstag gleich am ersten Tage der Sitzungen vorgelegt wurde, im Landtag erst nach der Vertagung, zudem unter dem Vorbehalt eines wichtigen Nachtragsetats, und ihm selbst (Gröber) sei er erst über eine Woche später zugegangen. Nach Schluß des Landtags war er „herzlich froh, aus den Anstrengungen und Aufregungen wieder in die ruhige Bahn des Richterberufs zurückkehren zu können", aber „wenn ich an alle die Gefahren, Sorgen und Bangigkeiten zurückdenke, die mit meiner isolierten Angriffsbewegung gegen altwürttembergische Befangenheit verknüpft waren, so habe ich allen Grund, zufrieden zu sein. Die katholischen Fragen sind in Fluß gebracht, und das erste Erstaunen

über das Wagnis, konfessionelle Fragen im Landtag auch vom katholischen Standpunkt aus zu behandeln, und die Ängstlichkeit und Scheu, als angeblicher »Friedensstörer« in dem ganz unübertrefflich bestellten Verhältnis der Konfessionen auf der »Oase des Friedens« von allen Friedensmaiern und Loyalitätsduslern verschrien zu werden, ist jetzt glücklich überwunden" (an den Vater 1. 7. 89).

Man sieht, Gröber fühlte sich als Hecht im Karpfenteich. Und zwar durchaus nicht bloß in kirchlichen Fragen; auch in sehr weltlichen oder doch mit Kirchenpolitik nur entfernt zusammenhängenden Dingen nahm er kein Blatt vor den Mund, und es kam ihm auch nicht darauf an, ganz allein zu bleiben, z. B. bei seiner Aufsehen erregenden Abstimmung gegen die Erhöhung der Apanage des Prinzen Wilhelm, des spätern Königs. Aber schon sein oben erwähnter Rückblick auf die erste Session zeigt, daß er die Vertretung der katholischen Interessen in erster Reihe als seine Aufgabe betrachtete, so auf dem Gebiet der Schule, der klösterlichen Anstalten und der Parität. Wie, mag man anderswo, z. B. in den Erinnerungen seines Freundes Kümmel nachlesen. Eingehend hat derselbe auch geschildert, wie eifrig Gröber in der ersten Hälfte der 90er Jahre bemüht gewesen ist, die Wahrung der kirchlichen Rechte einer besondern Fraktion anzuvertrauen, Bemühungen, für die sein handschriftlicher Nachlaß manche wohl noch wenig bekannte Beiträge bietet.

Württemberg war, nicht zum mindesten dank der duldsamen und gerechten Gesinnung des Königs Karl, von einem Kulturkampf nach preußischem Vorbild verschont geblieben. Aber an Elementen, die einen solchen herbeisehnten, fehlte es nicht, und die fanatischen Vorstöße des ritterschaftlichen Landtagsabgeordneten v. Gemmingen waren für die katholische Bevölkerung ein Sturmsignal.[1]) Am 30. Oktober 1876 erschienen in Stuttgart etwa 100 Vertrauensmänner zu einer katholischen Landesversammlung, die sich auf ein kirchenpolitisches Programm für die im Dezember bevorstehenden Landtagswahlen einigte. Die Gründung einer konfessionellen Partei und Fraktion war nicht in Aussicht genommen, wurde in der Eröffnungsaussprache des Abg. Rudolf Probst ausdrücklich abgelehnt und ist auch nicht erfolgt, als 13 auf dem Boden des Stuttgarter Programms stehende Kandidaten gewählt wurden, zu welchen noch zwei Vertreter der Geistlichkeit als geborene Mitglieder der Zweiten Kammer traten. Sie unterhielten, wenn konfessionelle

---

[1]) Eingehende Schilderung seines Auftretens und der Abwehr bei Kümmel 171.

Interessen in Betracht kamen, Fühlung von Fall zu Fall, verteilten sich aber auf die verschiedenen Landtagsparteien. Daß dies anders wurde, ist in erster Reihe das Werk Gröbers gewesen. Er hat von Anfang an bewußt und planmäßig, ebenso vorsichtig wie entschieden, die Gründung einer eignen Partei und Fraktion betrieben.

Daß er selbst Wilder blieb, ist ihm dabei zugute gekommen. Politisch stand er wohl der Linken am nächsten, in welcher bereits ein halbes Dutzend Anhänger des Stuttgarter Programms saßen, aber er war als Gegner eines Demokraten gewählt worden, und seitdem hatte sich sein Verhältnis zur Linken nicht verbessert. Am 16. 4. 90 (TB.) unterhält er sich mit dem demokratischen Landtagsabgeordneten Konrad Haußmann und bemerkt, dessen Parteigenosse, der Reichstagsabgeordnete Kercher habe sich entschieden für ein Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten erklärt. Haußmann antwortet „in sichtlicher Verlegenheit: das sei freilich ein Fehler, Kercher sei eben ein einfacher Mann, und sein Gegner, Dr. Göz, habe auch bei den protestantischen Bauern den konfessionellen Standpunkt maßlos betont, so daß Kercher genötigt gewesen sei, dem entgegenzukommen. Es ist etwas Herrliches um die demokratische Prinzipientreue!“ Um dieselbe Zeit (20. 4.) bucht er das Geständnis des Reichstagsabgeordneten v. Münch, was er an Wahlkosten (u. a. 3—4000 Mark für Freibier usw. nach der Wahl) bezahlt habe, mit dem Zusatz: „Also zusammen 6790 Mark kostete die Wahl dem demokratischen Barone!“ Einen Monat später (7. 5.) schreibt er: „Der Abg. Härle ladet mich ein, der Linken beizutreten, im Namen von Ebner, Probst, Haußmann. Ich weise ihn auf die fortgesetzten Angriffe im (Stuttgarter demokratischen) Beobachter hin wegen des »Einbruchs in Riedlingen«; ich halte die Linke für gar keine Partei, sondern nur für die Negation der andern Landesparteien. Härle meint, die ursprüngliche Erbitterung wegen der Landtagswahl werde mit dem Beitritt zur Linken völlig beseitigt sein und die Linke werde gerne meine Anträge unterstützen. Meine Anträge sind eben der Linken, dieser Erbpächterin der Volkstümlichkeit, unangenehm.“ Es war verlorene Liebesmüh, und Ende des folgenden Jahres äußert sich Gröber mit rücksichtsloser Schärfe: „Die Demokraten sind scheint's aus Rand und Band, seit sie sehen müssen, daß die Katholiken nicht mehr blindlings jeden Schreier akzeptieren, den ihnen die Stuttgarter Advokaten als Kandidaten aufdrängen. Ich hoffe, das katholische Volk wird sich immer mehr von dieser charakterlosen und gegen die Kirche so gehässigen Partei abwenden, je mehr der Schwindel der Herren aufgedeckt wird“ (an den Vater 17. 11. 91).

Für seine Person war Gröber schon bei seiner Wahl entschlossener Anhänger der Gründung einer eignen Partei. Bereits am 28. 1. 89

notiert er im TB.: „In der »Frankfurter Zeitung« lese ich in einem Telegramm über eine demokratische Landesversammlung in Stuttgart: Haußmann teilt mit, daß die Abgeordneten Probst und Gröber ein Zentrum im Landtag gründen wollen. Glückverheißende Nachricht, wenn du nur wahr sein solltest!" Wie wenig er aber geneigt war, die Sache zu überstürzen, zeigt eine Aufzeichnung vom folgenden Tage über seine Verhandlung mit dem Kollegen Probst. Dieser meint: „ein Zentrum lasse sich gegenwärtig nicht gründen, weil es an einer entsprechenden Anzahl dazu geeigneter katholischer Abgeordneten fehle; in katholischen Fragen finden sich die katholischen Abgeordneten sowieso zusammen (!). Er selbst könne die Gründung nicht in die Hand nehmen, weil er mit verschiedenen protestantischen Abgeordneten schon seit vielen Jahren eng politisch befreundet sei; ich solle den Versuch unternehmen." Gröber entgegnete vorsichtig: „ich sei zu einem solchen Unternehmen zu jung und im Landtag zu neu, mit den einzelnen Mitgliedern auch zu wenig bekannt; ich bedauere, daß Probst sich nicht entschließen könne, vorzugehen, obgleich die Hetzereien des Evangelischen Bundes und die Bengeleien der Volkspartei bei der Landtagswahl mehr als genügend Anlaß zur Gründung geben; die Hinausschiebung bis zu einer offenen Krisis, wie sie voraussichtlich nach der Thronbesteigung des Prinzen Wilhelm eintreten werde, halte ich für gefährlich, weil dann die Gründung als Kriegserklärung gegen die Regierung und gegen die andern Fraktionen behandelt werde." Probst hielt dem entgegen, eine Kriegserklärung wäre die Gründung schon jetzt. Der Linken, die er ganz übereinstimmend mit Gröber eigentlich nur als „Negation gegenüber der Deutschen und Landespartei" betrachtete, könne Gröber allerdings erst beitreten, wenn die Volkspartei aus ihr austrete. Sein Urteil faßt Gröber zusammen: „Von Probst ist für das Zentrum nichts zu erwarten; er hat seine alten demokratischen Anschauungen noch nicht aufgegeben und ist zu alt, um mit der erforderlichen Wärme und Begeisterung zum Führer und Gründer des württembergischen Zentrums zu passen."

Die weitere Entwicklung hat Gröbers Zurückhaltung durchaus gerechtfertigt. Noch mehr als ein halbes Jahrzehnt hat es gedauert, bis alle Bedenken überwunden waren. Auch in geistlichen Kreisen wurden sie geteilt. Am 18. 4. kann Gröber nur hoffen, die Notwendigkeit einer politischen Schulung des katholischen Volkes gegenüber demagogischer Verführung werde jetzt endlich auch der Stadtpfarrer von Weingarten einsehen, welcher kürzlich in Aulendorf so ängstlich gegen die Gründung von katholischen politischen Vereinen sich gewehrt habe. Und am 24. 4. verzeichnet er die Äußerung eines andern Pfarrers: Die Gründung von Zentrumsvereinen eigne sich

nicht im Oberland, höchstens etwa in Städten; in einer rechten Gemeinde dürfe es eigentlich nur einen katholischen politischen Verein geben, den Pfarrgemeindeverein! Freilich seien die Oberländer Bauern alle etwas demokratisch angelegt, aber es sei doch von den „Demokraten" nichts zu fürchten. Gröber fügt bei: „Und Weingarten mit seiner Schultheißenwahl!" Eine Besprechung von sieben katholischen Abgeordneten beschäftigte sich (2. 5.) mit einzelnen Positionen des Kultusetats, die Parteibildung scheint überhaupt nicht berührt worden zu sein. Den Saulgauer Sieg der Demokraten bei den Wahlen zum katholischen Kirchenstiftungsrat begleitet Gröber mit dem Seufzer: „Wenn nur diese kirchlichen Wahlen den Freunden im Oberland die Augen über ihre Lage öffnen und zur Gründung von Zentrumsvereinen Anlaß geben würden!" (TB. Ende Juli).

Nicht ermutigen konnte ihn eine Versammlung katholischer Geistlicher und Laien aus Ravensburg und dem Riedlinger Bezirk, die sich mit der Frage beschäftigte, ob eine dauernde politische Organisation der Katholiken im Bezirk oder überhaupt notwendig sei. Die Ansichten gingen kraus durcheinander: gegen jede Organisation, gegen Ortsvereine, für Ortsvereine, für Bezirksvereine. „Die Phlegmatiker in Ravensburg scheinen warten zu wollen, bis die Demokraten ihnen über den Kopf gewachsen sind. Das praktische Ergebnis der langen Beratung ist, daß Göser in Ravensburg seinen Vortrag über Invaliditäts- und Altersversicherung halten wird. Im übrigen scheint alles weiter schlafen zu wollen."

Das Jahr 1890 ließ sich nicht besser an. Probst schien der Gründung einer Zentrumsfraktion weniger abgeneigt zu sein als im vorigen Jahre, meinte aber auch, Gröber könne der Linken beitreten, was dieser entschieden ablehnte (25. 4. 90). Vier Tage darauf erfuhr er, ein Abgeordneter, dem man wegen Gründung einer Zentrumsfraktion auf den Zahn fühlte, habe entgegnet: er müsse sich zuvor noch bei hoher Stelle erkundigen. „D. h. bei Minister v. Schmid," fügt Gröber bei; „sind das selbständige Abgeordnete!" Bei einem Ausflug (1. 5.) mit zwei katholischen Abgeordneten ist der eine entschieden für ein Landtagszentrum, der andere bekennt sich ganz zum Zentrum, läßt sich aber von seinen Bedenken gegen ein Landtagszentrum wenigstens zurzeit nicht abbringen. In den nächsten Wochen bucht Gröber sorgfältig die einander widersprechenden Nachrichten gegnerischer Blätter. Am 20. 5. teilt Graf Adelmann ihm im Reichstag mit, Ellwangener Freunde hätten gegen die Gründung Bedenken, die er teile; „die richtige Ellwanger Zentrumspolitik!" Und am 28. 5. erfährt er, Weihbischof Reiser fürchte die demokratische Bewegung nicht, „scilicet seien die »ja auch von Rembold« mißbilligten Zentrumsvereine nicht so notwendig".

Es wäre nicht zu verwundern, wenn diese beständigen Widerstände im eignen Lager Gröber bewogen hätten, vorläufig auf seinen Lieblingsplan zu verzichten. Ob er dies tat, ist nicht festzustellen; sein Tagebuch bricht im Juni 90 ab, und die wenigen Briefe der nächsten Jahre schweigen darüber. Noch Anfang 1893 stand die Angelegenheit so ziemlich auf dem alten Fleck. Von einer Blinddarmentzündung notdürftig wiederhergestellt, reiste Gröber nach Stuttgart, um an einer Besprechung der katholischen Landtagsabgeordneten über Gründung einer Zentrumsfraktion teilzunehmen. Veranstaltet war die Tagung von Rudolf Probst, der seinen Widerstand aufgegeben hatte, und, durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert, telegraphisch die Gründung empfahl. Den Verlauf schildert Gröber eingehend in einem Tagebuch-Bruchstück. Danach war die Stimmung der nach und nach eintreffenden 16 Abgeordneten offensichtlich nicht „zentrumswarm"; als Gröber den Antrag Probst begründet hatte, bekämpften zwei Kollegen, die „kaum ein Wort mit mir sprachen und sich nach Begrüßung weit weg von mir setzten", denselben entschieden. Nur zwei gingen mit Gröber. Einer gab keine Erklärung ab, „alle andern erklären mehr oder minder verklausuliert die Gründung als nicht opportun". Eine förmliche Abstimmung fand nicht statt, aber die Wortführer der Opposition waren „freudestrahlend über ihren Erfolg", zu dem Gröber sie ironisch beglückwünschte. Das einzige magere Ergebnis war der Beschluß, die katholischen Abgeordneten sollten in Zukunft mehr als bisher zusammenkommen, und zwar nicht nur zur Besprechung katholischer Fragen; für Ausführung dieses Beschlusses wurde eine „Einberuferschaft, nicht Vorstandschaft" von drei Personen gewählt. Gleich am nächsten Tage fuhr Gröber zum Reichstag nach Berlin. „Nach dem unglücklichen Verlauf der gestrigen Besprechung bin ich froh, aus diesem Sammelsurium von politischer Heuchelei und Unverstand hinwegzukommen"; in einem Brief an seinen Vater vom gleichen Tage kehrt dieser Ausdruck wörtlich wieder. Als Erfolg konnte er nur „Klarheit der Lage" buchen; dazu gehörte auch, daß Probst und Bueble aus der Linken, Haug aus der Deutschen Partei austraten.

Schon das Jahr 1894 hat eine vollständige Wendung gebracht. Das Treiben des Evangelischen Bundes, der Kampf um die christliche Schule, die Aufrechterhaltung des Verbotes der Männerorden, die Verletzung der konfessionellen Parität taten doch ihre Wirkung, und das nahende Ende des 1889 gewählten Landtags, der im Sommer seine letzte Session abhielt, brachte die Bewegung in Fluß.[1] Un-

[1]) Das Folgende nach Kümmel 200 ff. Vgl. dazu die Festrede v. Kienes zum silbernen Landtagsjubiläum Gröbers, „Deutsches Volksblatt" Nr. 35 vom 12. Februar 1914.

mittelbar vor der Eröffnung des Landtags, am Pfingstmontag, kam es zu der sorgfältig vorbereiteten Doppelversammlung zu Ellwangen. Vor 4000 Menschen „entwickelte Gröber in seiner überaus klaren, verständigen und packenden Art die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses der katholischen Abgeordneten zu einer eignen, der Zentrumsfraktion. Die bisherigen Parteien versagen größtenteils in den Forderungen des katholischen Volkes, besonders die sogenannte demokratische Linke. Es handle sich durchaus nicht um eine konfessionelle Fraktion; dieselbe stehe auf dem Boden christlich-konservativer Anschauung und freiheitlichen, mit der Gerechtigkeit Hand in Hand gehenden Fortschrittes". Vier Leitsätze stellte Gröber, kurz und volkstümlich, als Grundpfeiler des Parteiprogramms auf, und brausender Beifall beruhigte ihn über das, was er einst spöttisch „die richtige Ellwanger Zentrumspolitik" genannt hatte.

Sofort nach der Eröffnung des Landtags traten 15 Abgeordnete zu der neuen Fraktion zusammen. Ihre erste Tat war ein einschneidender Antrag zur Regierungsvorlage der Verfassungsreform, die nach fünftägiger Debatte zurückgezogen wurde; er verlangte Entfernung der sogenannten privilegierten (ritterschaftlichen und geistlichen) Mitglieder aus der Zweiten Kammer, Vermehrung der Mitgliederzahl nach dem Proportionalsystem in größern Bezirken, also ein damals noch sehr wenig bekanntes System, welches heute zum deutschen System geworden ist.

Das halbe Jahr zwischen dem raschen Schluß des Landtags und den Wahlen wurde gründlich ausgenutzt. Am 11. Juli berieten 40 Vertrauensmänner in sechsstündiger Sitzung zu Ulm Programm, Organisation, Statuten und Wahlaufruf. Auch hierbei lag der Schwerpunkt der Arbeit in Gröbers Hand. Im Programm waren zuerst die auf dem Fundament christlicher Weltanschauung ruhenden Grundsätze der politischen Betätigung des Zentrums dargelegt; daran schlossen sich die Folgerungen für die Stellungnahme der Fraktion im Landtag zu allen in Betracht kommenden Fragen des öffentlichen Lebens. Sogar die schärfsten Feinde der Gründung, der „Schwäbische Merkur" und „Der Beobachter", mußten zugeben, daß es wahrhaft volkstümlich gefaßt sei und seine Wirkung auf die Massen nicht verfehlen werde. Gröber erläuterte es Mitte August in einer Stuttgarter Versammlung, in welcher er sich scharf gegen die württembergischen Demokraten wendete, ihnen ihre Haltung in der Ordensfrage, in der Bekämpfung des Wuchers, in Steuerfragen usw. vorhaltend. Große Heiterkeit erweckte sein Spott über die demokratische Wahltaktik im katholischen Oberland und im protestantischen Unterland; er verglich die Wahlredner mit einem Reisenden, der

je nach Umständen die schwarze oder die rote Seite seiner Reisedecke zeige.

Am 17. Januar 1895, am Geburtstage Windthorsts, wurde die neue württembergische Landespartei endgültig konstituiert auf einer wieder von 4000 Personen besuchten Versammlung zu Ravensburg. Gröber war der Hauptredner. „In reichstem Wechsel von tiefem Ernst und prächtigem Humor, von Ausführungen prinzipieller Art und Nutzanwendungen, von wuchtiger Polemik und von überzeugungsvollster Bekenntnisfreudigkeit, am Schlusse sich erhebend in Kraft und Schwung und flammender Begeisterung, war diese Rede sozusagen die Taufrede an der Wiege des schwäbischen Zentrums, zweifellos eine der besten, welche Gröber in seinem Leben gehalten hat... Was er seit sechs Jahren klaren Blickes und unbeugsamen Willens erstrebt, wofür er unablässig gekämpft und gearbeitet hatte, das war jetzt erreicht. Er konnte sich sagen, daß er nicht etwa den Zentrumsgedanken erst künstlich ins Volk hineingetragen hatte; vielmehr hatte er das ausgesprochen und dem zum Durchbruch und glänzenden Erfolg verholfen, was längst in Kopf und Herz des katholischen Volkes geschlummert und auf ein Erwachen gewartet hatte."

Der Wahltag (1. 2. 95) brachte dem Zentrum 16, die Stichwahl zwei weitere Sitze, so daß die Fraktion mit den beiden privilegierten geistlichen Mandaten über 20 Stimmen verfügte. Die Führung übernahm Gröber. Schon vor der Wahl war diese Frage zur Sprache gekommen. Da behandelte er es als selbstverständlich, daß Rudolf Probst, sein früherer Gegner in der Gründungsfrage, Führer der Fraktion werde. Der hochgeachtete Mann war schon vor fast einem Vierteljahrhundert bei der Gründung der deutschen Zentrumspartei beteiligt gewesen und war seit fast 30 Jahren Mitglied des Landtags. Das erledigte sich jedoch durch den Umstand, daß er mit Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter eine Kandidatur ablehnte. So fiel die Würde demjenigen zu, der die Bürde getragen hatte.

Die Landtagsperiode 1895—1901 bezeichnet Kümmel als die Blütezeit des Wirkens des damaligen Abgeordneten von Riedlingen. „Gröber setzte seine ganze volle geistige Kraft und Fähigkeit ein, um an der Spitze seiner Fraktion darzutun, daß es große Ziele und Ideale waren, welchen er und seine politischen Freunde dienten. Er stand in jenen Jahren in der Blüte seiner Männerkraft, und in seiner ursprünglichen Frische und Originalität verfügte er über einen Reichtum von Gedanken, über eine Schlagfertigkeit und Gewandtheit der Sprache, über den köstlichsten Humor, welcher stets wirkungsvolle, schneidige Treffer in der Polemik erzielte, und über die durchsichtigste Klarheit in seinen staatsrechtlichen Ausführungen." Mit Kümmel

den „eingehenden Bericht jener Feder überlassend, welche berufen ist, die Geschichte des württembergischen Zentrums zu schreiben", lasse ich Gröber selbst die Frage beantworten, welchen Zielen und Idealen die von ihm gegründete und geführte Fraktion gedient hat. Er hat die Antwort gegeben am 8. 1. 1905 in der Landesversammlung der württembergischen Zentrumspartei, in derselben Stadt Ravensburg, in welcher er zehn Jahre vorher die Partei aus der Taufe gehoben hatte.[1]) Da zog er aus dem, was die andern Redner diesen 6000 Männern gesagt hatten, die Nutzanwendung: Die Mahnung zur Einigkeit gegenüber dem Ring der Gegner, zur Einigkeit zwischen Wählern und Gewählten, Geistlichkeit und Laien, zwischen den verschiedenen Berufsständen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zum Ausgleich der widerstreitenden Interessen, diesem Hauptgrundsatz der Zentrumspolitik, zum Festhalten am christlichen Geist, der diesen Ausgleich erleichtert und erhält, an der christlichen Freiheit, in welcher die religiöse, die bürgerliche und die wirtschaftliche Freiheit beschlossen ist, an der religiösen Freiheit, welche dem Staat sein Herrschaftsgebiet beläßt, wo die Kirche nichts zu sagen hat, die aber auch in ihrem Gebiet der weltlichen Gewalt nicht unterworfen ist, jener religiösen Freiheit, welche in dem religiös zerklüfteten Vaterlande Freiheit verlangt für alle christlichen Bekenntnisse, welche die katholischen Vertreter des Toleranzantrags für sich nicht mehr verlangen läßt als für andere, an dem christlichen Freiheitsbegriff, der, in seinem unversöhnlichen Gegensatz zum Cäsaro-Papismus wie zur materialistischen Weltanschauung, die Schutzwehr der bürgerlichen und der wirtschaftlichen Freiheit ist. „Unsere Gegner wollen den Staat von der Kirche, die Kirche von der Schule, das Erwerbsleben von der Moral, Kunst und Wissenschaft vom Glauben trennen. Wir sind gegen die Trennung. Wir verlangen ein harmonisches Zusammenwirken von Staat und Kirche, die Verbindung von Kirche und Schule, die Fundierung des Erwerbslebens, der Kunst und der Wissenschaft auf der Grundlage der ewigen und unerschütterlichen Grundsätze des christlichen Glaubens und der christlichen Sitte. Wir verwerfen die Allmacht des Staates. Wir wollen keinen sozialistischen Sklavenstaat mit seiner brutalen Mehrheit. Freilich arbeitet auch der dem Sozialismus in die Hände, der bei jeder Gelegenheit nach Hilfe vom Staate ruft. Der Staat kann nicht alles machen und soll nicht alles machen. Den einzelnen anzuregen, ihn zu organisieren und die einzelnen zusam-

[1]) Eine Bleistiftskizze dieser Rede, das Stenogramm und den Druck im Ravensburger „Oberschwäbischen Anzeiger" hat Gröber in einem besondern Heft vereinigt.

menzufassen auf christlicher Grundlage, das ist das Hauptziel der Zentrumspartei. Wenn wir für die richtige christliche Freiheit kämpfen, dann leisten wir auch unserm Vaterland die beste Treue. Halten wir treu zum Vaterland in der Arbeit für das Gesamtwohl, bleiben wir treu dem Glauben, in dem unsere Väter glücklich gestorben sind, bleiben wir treu dem Vaterland und der Kirche, und schreiben wir in unsere Herzen und über die Verhandlungen der heutigen Parteiversammlung das Merkwort: Einig und frei, furchtlos und treu!"

Das waren Adolf Gröbers Ziele und Ideale. Ihnen hat er gedient in der Volksvertretung seiner Heimat und des Deutschen Reiches, am Schreibtisch wie in zahllosen Versammlungen, treu und furchtlos bis zum Tode.

Am 11. Februar 1914 hat die Zentrumspartei Groß-Stuttgarts eine glänzende Festversammlung veranstaltet, um Gröbers 60. Geburtstag und sein silbernes Jubiläum als Landtagsabgeordneter zu begehen.[1]) Während er selbst durch den Reichstag in Berlin festgehalten wurde, hielt sein „Waffenbruder" v. Kiene die Festrede, ihm den Dank aus tiefstem Herzensgrunde darbringend „für seine unverdrossene und reichgesegnete Arbeit im Land und im Reich, für das, was er uns ist, was er uns gegeben und fortgesetzt gibt". Es sei mir gestattet dieses Zeugnis seines treuen Mitarbeiters zu ergänzen durch die Worte eines norddeutschen Freundes. A. Pieper, der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, der Gröber so viel verdankte, auf dessen Veranlassung dieses Buch entstanden ist, hat ihm damals (Berlin 9. 1. 14) geschrieben: „Ihr Leben ist aufgegangen in Ihrem öffentlichen Wirken; Sie leben nicht sich selbst. Mühe, Leid und das tägliche Sorgen und Bangen wird gerade Ihnen Gott nicht nehmen können, denn darin liegt das Wesen der irdischen Prüfungszeit, das Reifen des innern Lebens in irdischer Schale. Aber Er kann in Ihnen immer mehr die Kraft wachsen lassen, all das geruhigen Sinnes, im Gottvertrauen und im Bewußtsein Ihres vorgezeichneten Berufs zu überwinden. Aus der Kraft solcher Persönlichkeit erwächst dann das Gedeihen und Gelingen Ihres Lebenswerkes und für Sie persönlich reiches Lebensglück. Gott gab Ihnen das Herz, der Anwalt des Volkes, insbesondere Ihrer katholischen Württemberger zu werden. Die herzliche Liebe, die Sie da gefunden haben, könnte allein schon als schönster Lohn einer schweren Lebensarbeit gelten. Richten Sie sich oft auf in dem Glücksgefühle, daß so viel herzliche Liebe in dankbarer Treue auch von den Kleinen und Schwachen, die ganz auf Sie bauen, Ihnen entgegengebracht wird. Insbesondere auch im Volksverein, der sich Ihrer besondern Liebe dankbar erfreut."

[1]) Ausführlicher Bericht im „Deutschen Volksblatt" Nr. 35.

Presse- und Vereinstätigkeit

Vorausgeschickt sei eine mir von Herrn Dr. A. Pieper übersandte Bemerkung:

„Gröber war eine Tatnatur, die das Leben unmittelbar zu gestalten strebte. Schon als Richter lag ihm die Reflexion und wissenschaftliche Abhandlung nicht. Bald fand er seinen Beruf als Staatsmann und in diesem Berufe mehr Aufgaben, als er bewältigen konnte. Was er aber angriff, darauf vereinigte er sein ganzes Interesse. Überall wurde er auf einen Führerposten gedrängt. Was er studierte, erwägte, schriftlich niederlegte, diente dieser lebengestaltenden Arbeit. So schuf er die Geschäftsordnung des Württembergischen Landtags, ein Meisterstück, ebenso die der Katholikentage. Seit 1914 war er mit Vorarbeiten für eine neue Geschäftsordnung des Reichstags befaßt. Vor allem arbeitete er an den wichtigsten Gesetzentwürfen von Grund auf. Er war einer der eifrigsten Benützer der Reichstagsbibliothek. Darum veranstaltete er 1908 die Einrichtung des Sozialen Archivs in Berlin durch den Volksverein; fast allein hat er dieses mit seinen Aufträgen der Aktensammlung beschäftigt, ebenso fast allein es ständig benützt. Außerdem führte er seine eignen Akten. Außer den stenographischen Berichten über seine Reden im Plenum sind deshalb zu beachten seine Mitarbeiten in den wichtigsten Kommissionen." [1])

---

[1]) Mitteilung von Herrn Dr. Rabeneck (M.Gladbach): An größern Kommissionsberichten verfaßte Gröber m. W. 1883 im Reichstag über die Militärvorlage; der Bericht ist keine bloße Wiedergabe der Verhandlungen, sondern eine selbständige Darstellung der Gründe für und wider. 1917 im Verfassungsausschusse des Reichstags über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Reichsverfassung. Die bedeutenden Kommissionsberichte über Steuern in Württemberg, worin die fremde Gesetzgebung und die Literatur von Gröber herangezogen sind, stammen aus den Jahren 1895 und 1901. Der erste Bericht (324 S.) wurde erstattet zum Gesetzentwurf betreffend die Einkommensteuer, der zweite (153 S.) zum Entwurf betreffend Gemeindesteuer und Einkommensteuer, die 1895 an Verfassungsfragen gescheitert war. An der endgültigen Fassung dieser Gesetze würde eine Aktenforschung Gröbers Autorschaft weithin feststellen. Insbesondere kommen hier in Betracht Materialsammlungen zu großen Gesetzen, die als Anlagen zu den Kommissionsberichten gedruckt sind. — Eine seiner wichtigsten Materialsammlungen wird unten beim Toleranzantrage (Abschnitt „Im Reichstage") zur Sprache kommen.

Wenn Gröbers Name in einem Schriftsteller-Verzeichnis überhaupt begegnet, so wird er mit einer kurzen und unvollständigen Notiz erledigt.[1]) Er hat allerdings manchen Band für den Druck geredet, was man in den betreffenden stenographischen Berichten des Reichstags usw. nachlesen kann, und was er für den Druck schrieb, ist auch nicht so ganz wenig, aber man muß es mühsam in Sammelwerken, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen zusammensuchen, in denen es mit oder ohne seinen Namen veröffentlicht wurde. Einiges wurde schon erwähnt, hier weiteres, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

---

[1]) Keiters Literatur-Kalender für 1914 kennt nur Einzeldrucke einer Reichstagsrede Gröbers vom 8. 1. 92, und von zwei Reden zur Reichsfinanzreform. Genauere Titel: Die Wahrheit über die Reichsfinanzreform Rede in der Sitzung der württembergischen 2. Kammer vom 6. 8. 09, und: Nochmals die Wahrheit über die Reichsfinanzreform. Antwort auf die gegnerischen Angriffe in der Sitzung der württembergischen 2. Kammer vom 7. 8. 09, beide Stuttgart, „Deutsches Volksblatt", 4 und 3 S. Weitere Flugschriften: Die Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuches für den Arbeiterstand. (38 S.) Stuttgart 1897, J. Roth, später Volksvereins-Verlag; wohl Bearbeitung einer Rede, die er 1897 auf der Katholikenversammlung zu Landshut gehalten hatte. — Kampf gegen den Umsturz; Rede in der Reichstagssitzung vom 9. 1. 95 (92. Heft der „Katholischen Flugschriften zur Wehr und Lehr"). (63 S.) Berlin 1895, Germania-Verlag. — Das neue Vereinsgesetz, ein Schlag gegen Recht, Gerechtigkeit und Freiheit. Rede in der Reichstagssitzung vom 8. 4. 08. (16 S.) Stuttgart, Volksblatt-Verlag. — Der „neue Kurs" in der Reichspolitik. Rede in der Reichstagssitzung vom 28. 2. 07. Stuttgart 1907, „Deutsches Volksblatt". — Als besondere Beilagen zum „Volksblatt" wurden gedruckt: Gröbers Abrechnung mit Dr. Hieber. Rede bei Beratung der Vereinsgesetzanträge in der württembergischen 2. Kammer am 9. Mai 1908, und: Adieu, meine Herren! Rede gegen die von den Liberalen und Sozialdemokraten beliebte Hetze gegen die Reichsfinanzreform in der 9. Sitzung des Reichstags am 11. Dezember 1909. — Der Etatsrede Gröbers in der Sitzung der württembergischen 2. Kammer vom 1. Februar 1911 widmete das „Deutsche Volksblatt" mit der Überschrift: „Was ist von dem Modernisteneid zu halten?" das ganze 2. und fast das ganze 3. Blatt vom 3. Februar 1911. — Ohne seinen Namen erschien 1898 im Verlag des „Deutschen Volksblatts": Politische Zeitfragen in Württemberg; zwanglos erscheinende Hefte. Nr. 1: Der Zentrums-Initiativantrag betreffend die Schul- und Ordensfrage vom 5. April 1898. Über Gröbers Autorschaft siehe unten S. 77. Den weitaus größten Teil der 190 Seiten starken Schrift beanspruchen die Verhandlungen der württembergischen 2. Kammer am 11., 13. und 14. Mai 1898. Gröber selbst sprach am ersten Beratungstag 2½ Stunden und hielt am letzten Tage die Schlußrede. Beide Reden zusammen füllen über 80 Seiten. Der Antrag wurde mit 58 : 22 Stimmen einfach abgelehnt.

Gröbers ausgedehnte Verbindungen mit der Presse setzten natürlich bei der württembergischen Presse ein. Wie mir sein Freund Kümmel mitteilt, „schrieb Gröber schon von seinen Referendarjahren an für das »Deutsche Volksblatt« eine stattliche Anzahl von Beiträgen über politische, kirchenpolitische, religiöse, literarische und andere Gegenstände. Mitglied des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft »Deutsches Volksblatt« war er seit etwa 1888, und als solcher hat er stets gewissenhaft die äußere und innere Entwicklung des Verlags und seiner Organe verfolgt." Während seines Aufenthalts in Rottweil machte Kümmel ihm Vorschläge über Einrichtung einer Druckerei daselbst behufs Gründung eines katholischen Blattes (Brief 29. 10. 77). Im folgenden Jahre (20. 4. 88) dankt er ihm für einen „sehr praktischen Gedanken" für den von ihm herausgegebenen Kalender. Gröber ist ein eifriger Mitarbeiter am „Deutschen Volksblatt" geblieben. Am 23. 8. 88 schreibt ihm Konviktspräses L. Lürken im Auftrage Kümmels, derselbe beabsichtige, Gröbers „Entgegnung gegen die Geigersche Schmähschrift zunächst im »Volksblatt« erscheinen zu lassen und dann sofort in Broschürenform herauszugeben". Dies verzögerte sich; am 4. 10. schickt Kümmel ihm Notizen von zwei Medizinalräten über Hysterie, die offenbar mit diesem Gegenstand zusammenhängen, mit dem Versprechen, die Entgegnung werde in nächster Woche erscheinen. Gerichtet war sie gegen eine Schrift des Tübinger Oberbibliothekars Geiger über die selige Elisabeta Betha von Reute, die Patronin des katholischen Oberschwabens.[1])

Anfang 89 (TB. 2. 1.) hatte er am „Volksblatt" manches auszusetzen, aber im Laufe des Jahres verzeichnet sein Tagebuch (4. 8. 89) außer der umfangreichen Entgegnung gegen Geiger, die in den Nrn. 280—82, 286 des Jahrgangs 88 und Nr. 12—21 des Jahrgangs 89 erschien, noch Serien über Bewilligung zu konfessionellen Zwecken im württembergischen Staatshaushalt (1889, Nr. 112—14 und 116) und über die Paritätsrechnerei der „Reichspost" (1889, Nr. 149, 151—56), sowie einen Besuch der Kilianskirche in Heilbronn, (1889 Nr. 175, 176) mit einer „Schilderung der den Katholizismus verhöhnenden Karikaturen auf dem Kiliansturm, welche der Stiftungsrat in seiner »Toleranz« wiederherstellen ließ. Ein Gegenstück zu dem gegenwärtigen

---

[1]) Eingehend behandelt diese Kontroverse neuerdings Kümmel im „Volksblatt" 1921, S. 248—258. In Broschürenform sind Gröbers Aufsätze nicht erschienen. Damit wird es sich erklären, daß sie in den Literaturkalendern nicht erwähnt werden, auch nicht in verschiedenen Aufsätzen, die in letzter Zeit zum 500. Jahrestag des Todestages der sel. Betha veröffentlicht wurden, „Historisch-politische Blätter" Bd. 165 (1920) S. 80, „Stimmen der Zeit", Februarheft 1921, S. 389.

Angriff der »Reichspost« auf die Inschriften der neuen Glocken auf dem Schönenberg bei Ellwangen, welche dem protestantischen Schnüffler als ein beklagenswerter »Fortschritt im Marienkultus« erschienen, während die alten drei Glocken »nur auf Jesus und seinen Schutz« hingewiesen haben sollen. Von den 6 neuen Glocken haben allerdings 4 auf Maria bezügliche Inschriften, aber auch schon eine der alten Glocken trug das bekannte Sub tuum praesidium confugimus, was der Protestant natürlich nicht verstanden hat. Gute Artikel hierüber im »Volksblatt« Nr. 174, 175, 177." Jetzt werde das „Volksblatt" für einige Zeit auf seine Zusendungen verzichten müssen, aber am 24. 11. 89 hat es schon wieder seine Aufmunterung zur Reichstagswahl und seine Zurückweisung des „Beobachter"-Ausfalls gegen die bayerische Zentrumsfraktion gebracht, welche sich vom Verfassungseid losgesagt habe, und im Frühjahr 1890 (DV. 27. 4. und 23. 5.) arbeitet er Artikel gegen die württembergische Volkspartei aus. Auch Artikel über die Freiheit der Orden in den deutschen Kolonialgebieten, von denen er in einem Brief an seinen Vater spricht (9. 12. 89), werden aus seiner Feder geflossen sein.

Am 28. November (? undeutlich) 90 teilt Kümmel ihm mit, seine Rede auf der Ulmer Katholikenversammlung [1]) werde im „Volksblatt" und dann in einer Broschüre erscheinen. Im Juni 1891 brachte das „Volksblatt" (Nr. 131, 135, 136) aus Gröbers Feder zwei Leitartikel „Zur Ordensfrage" und „Bischöfliche Worte zur Ordensfrage". Dazu schreibt mir Kümmel: „In der ersten württembergischen Katholikenversammlung zu Ulm vom 23. auf 24. November 1890, bei welcher Gröber die Rede über die Ordensfrage in Württemberg [2]) gehalten hatte (nebenbei gesagt der Glanz- und Höhepunkt der Versammlung), hatten über 18 000 katholische Männer beschlossen, die Regierung darum anzugehen, daß sie endlich einmal von dem ihr zustehenden Recht der Zulassung von Männerorden im Lande Gebrauch mache; Kultusminister v. Sarwey erwiderte einige Monate später mit ent-

---

[1]) Auf einer Visitenkarte dankt der greise Bischof Hefele von Rottenburg Gröber „bestens für die treffliche in Ulm gehaltene Rede". Gröber besuchte die Versammlung mit seinem Vater, dem er (2. 12. 90) schrieb: „Hier (in Berlin) ist unter allen Freunden der größte Jubel über das außerordentliche Gelingen des Ulmer Tages. Die warme Stimmung sollte nun freilich überall gehörig ausgenutzt werden, zur Gründung und Erweiterung katholischer Vereine." Genaues über die beiden Ulmer Katholikentage von 1890 und 1901 bei Kümmel (Forts.) S. 49, 59. Die Rede Gröbers auf dem Tage von 1901 wird hier „eine Laienpredigt erhebendster Art" genannt.

[2]) S. 53 ff der von Kümmel unter dem Titel „Der Katholikentag von Ulm" bearbeiteten Verhandlungen.

schiedenem Nein: die protestantische Mehrheit sei nicht damit einverstanden und dürfe nicht beunruhigt werden. Unter den Gegenausführungen im »Deutschen Volksblatt« standen die beiden Artikel Gröbers obenan: die rechtliche Unhaltbarkeit wie die Unwahrheit der Stellung des Ministers, welcher selbst ein notorischer Katholiken- und Ordensfeind war, ist darin meisterhaft gekennzeichnet."

Bezeichnend für das Verhältnis der beiden Freunde in Preßangelegenheiten ist ein Briefwechsel aus dem Jahre 1893. Das „Volksblatt" hatte eine ministeriell beeinflußte Erklärung in Sachen der Jahrtags-Stiftungen gebracht, auf welche Gröber eine Entgegnung einsandte. Gegen diese erhob Kümmel (Brief an Gröber 27. 12. 93) Bedenken. Die Erklärung sei keine grundsätzliche Rechtfertigung des Regierungsstandpunktes in dieser Frage, „doch das ist Deine Sache, und ich bin weit entfernt, Dir nahezulegen, von dem materiellen Inhalt Deiner Entgegnung etwas wegzunehmen;" aber hinsichtlich der Form hatte der „Verantwortliche" ein Recht, gehört zu werden. „Lieber verehrter Freund, laß mich Dir offen sagen: so hitzig, satirisch hast Du mir noch kein Manuskript geschickt wie dieses." Gröber antwortete (29. 12.) in sehr entschiedenen Wendungen. Inhaltlich sei ihm die Erklärung, seitdem er den Verfasser kenne, „noch widerwärtiger als vorher; daß ein Katholik für den rechtlich allein verantwortlichen Minister einen solchen Dienst auf sich nimmt, ist für mich besonders widerlich. Meine Entgegnung trifft in dem Knappen auch den Ritter, sie trifft jene heuchlerische Politik, welche unter dem Vorgeben gesetzmäßigen und verabredungsmäßigen Handelns die Kirche überall bevormundet und bedrückt, und die sich mit ausgesuchter Heimtücke überaus gerne »katholischer« Organe bedient." Aber dann fährt er fort: „Was die Form der Entgegnung betrifft, so kannst Du ja alles, was Dir »persönlich« zu sein scheint, streichen. Aber verwässere mir die Geschichte nicht zu arg, daß noch etwas satirisches Salz übrigbleibt. Und nun genug für heute! Die Verhältnisse im Reiche werden immer schlimmer, im Reichstag immer schwieriger, und die Verantwortung und Anstrengungen, die auf dem Zentrum lasten, immer größer; wenn man sich dann noch mit den Leuten im eignen Lager gegenseitig abplagen muß, geht das bißchen Geduld, was unsereiner hat, nur gar zu bald aus. Darauf bitte ich Dich nicht nur im »Volksblatt«, sondern auch in Deinem memento ad altare freundschaftliche Rücksicht nehmen zu wollen."[1]) Es stände besser um die deutsche Presse, wenn Redakteur und Mitarbeiter sich stets so die Meinung sagten und dann verständigten. „Die Antwort Gröbers", schreibt mir

[1]) Ein Teil des Briefes gedruckt bei Kümmel (Forts.) S. 157.

Kümmel, dem ich die Kenntnis dieses Briefes verdanke, charakterisiert ihn trefflich; geradezu rührend klingt der Schluß. Mir ist dieser Brief der persönlich wertvollste unter allen, nämlich denjenigen, die er mir zu überlassen die Güte hatte."

Kümmels Kollege Eckard verhandelte Ende 1892 mit Gröber wegen Herausgabe einer Schrift: „Der katholische Volksverein in Württemberg; Reden der Abgeordneten Dr. Lieber in Neckarsulm und Gröber in Horb; zugleich ein Rückblick auf die württembergische katholische Bewegung", deren Verlag eventuell der Volksverein übernehmen solle; ferner wegen einer Broschüre mit Gröbers Reden über Orden und Jesuiten und im Frühjahr 1898 wegen einer weitern Schrift: „Politische Zeitfragen in Württemberg", Nr. 1: „Der Zentrums-Initiativantrag betreffend die Schul- und Ordensfrage vom 5. April 1898" (Briefe an Gröber 26. 11. 92, 23. 12. 92 und 18. 5. 98). Natürlich blieb er mit Kümmel auch in direkter Verbindung. Anläßlich des 60. Geburtstags Gröbers veröffentlichte Kümmel im Jahrgang 1915 seines „Katholischen Volks- und Hauskalenders" einen Aufsatz, über den Gröber gemütlich quittiert (2. 9. 14): „Daß der »Freund« die Butter aufgestrichen hat, kann jeder sehen; deshalb hoffe ich, daß es niemanden den Magen verdirbt, wenn er die Empfindung bekommt, daß die Butter zu dick aufgestrichen ist."

Aber auch für andere, wahrscheinlich viele andere Blätter und Zeitschriften ist Gröber tätig gewesen. Gelegentlich schickt er dem „Ipf", einem kleinen württembergischen Blatt, einen Artikel. Er steht in vertraulichen Beziehungen zu Frankenberg, dem leitenden Redakteur der Berliner „Germania", welcher er wiederholt Berichte über Kommissionssitzungen des Reichstags zur Verfügung stellt, so einen ausführlichen Bericht über die Sitzung der Militär-Kommission vom 6. 6. 90 (TB.). Noch 1907 fertigt er für den Verlag der „Germania" eine umfangreiche Broschüre „Zentrum und neuester Kurs" (Schreiben des Direktors Müller 16. 12. 07).[1])

Im Frühjahr 89 bedauert er, daß die „Kölnische Volkszeitung" einen Artikel von ihm „in sehr verstümmelter Form" gebracht habe, was freilich — ich war damals leitender Redakteur des Kölner Blattes — bei unsern ewig bedrängten Raumverhältnissen entschuldbar gewesen sein mag. Das hat ihn jedoch nicht abgehalten, auch später für sie zu schreiben; so (TB. 23. 6. 89) einen Paritätsartikel. Später dankt ihm der Verlag (30. 9. 03) für einen Bericht über den schweize-

---

[1]) Gröbers Reichstagsrede vom 28. 2. 07 ist unter dem Titel „Der neue Kurs in der Reichspolitik" im Verlag des „Deutschen Volksblattes" 1907 erschienen. (32 S.)

rischen Katholikentag; leider sei derselbe größtenteils schon erledigt gewesen, doch werde der Bericht über den Festabend gern verwertet, und 1909 (8. 11.) dankt ihm der Verleger für seine Zusage, für die Jubiläumsnummer der „Kölnischen Volkszeitung" einen Aufsatz „Ein Thema aus dem Arbeiterschutz" zu schicken. Er war Mitarbeiter an den „Akademischen Monatsblättern" und dem „Jahrbuch des Verbandes der katholischen Studentenvereine", dem er ja selbst angehörte (Brief Dr. Hoebers).

Gröber war ein geschätzter Mitarbeiter des Staatslexikons der Görresgesellschaft. Er war schon an der ersten, mit Ausnahme des 5. (Schluß-)Bandes von Dr. Bruder herausgegebenen Auflage beteiligt. Am 16. 12. 92 schreibt er seinem Vater, „er sei noch in Berlin festgenagelt, weil er zu einer Arbeit für das Staatslexikon die reichhaltige Bibliothek des Reichstags benützen müsse". Der 3. und 4. Band (1894 und 1895) enthalten von ihm die Artikel Justizverweigerung, Kaiser, Religionsverbrechen, Reservatrechte. Nach Bruders Tode (26. 5. 96) übernahm Julius Bachem die Redaktion des großen Unternehmens, das in wenigen Jahren drei weitere Auflagen erlebte. Wenn er Gröber (4. 10. 97) für einen Artikel „Zentrum und Handwerkerfrage" dankt, der „sehr wirkungsvoll ist und eventuell auch später noch gute Dienste leisten wird", so ist hier wohl ein Zeitungsartikel, nicht ein Aufsatz für das Staatslexikon gemeint. Dagegen hat er Gröber, mit einem manchmal drollig wirkenden Gemisch von Entschiedenheit und Verbindlichkeit, für die 2. Auflage in Anspruch genommen. An der Wende des Jahrhunderts (23. 12. 1900) geht er ihn an, die Revision des von dem mittlerweile verstorbenen Abg. v. Huene verfaßten Artikels „Heerwesen" zu übernehmen; „ich tue es etwas zaghaft, denn ich weiß, wie viel Sie zu tun haben; da aber erfahrungsgemäß die vielbeschäftigten Leute etwas tun, trage ich Ihnen die Bitte doch vor". Zu seiner Freude war er schon am letzten Tage des Jahrhunderts im Besitz der Zusage, und setzte als äußersten Termin der Ablieferung den 1. Juli 1901 fest. Mit Gröbers Programm für die Behandlung der verschiedenen das Heerwesen behandelnden Artikel (Kürzung der geschichtlichen Einleitung des v. Hueneschen Artikels usw.) war er ganz einverstanden. Aber die Ausführung des Programms machte eine lange Reihe von Briefen erforderlich. Der Termin wurde überschritten, die Herdersche Verlagshandlung drängte um Manuskript und der Redakteur drängte auch, was sich bei einem alphabetisch geordneten Werke auch beim besten Willen nicht vermeiden ließ; „es tut mir sehr leid, wenn ich so fleißige Leute drängen muß! Aber der Redakteur des Staatslexikons ist ein Mensch, der selbst keine Ruhe hat und andern keine Ruhe lassen darf" (6. 6. 1901).

Sechs Wochen nach dem Termin (13. 8. 1901) konnte er Gröber den Empfang des Artikels „Heerwesen" anzeigen; „ich finde die Arbeit vortrefflich. Allerdings ist sie sehr lang, viel länger als der v. Hueneſche Artikel. Vielleicht können Sie selbst einiges streichen, wenn der Korrektur-Abzug vorliegt". Gröber ging darauf ein, und am 4. 10. war der Fall „bestens erledigt; ich bitte nun freundlichst um die noch ausstehenden Artikel »Justizverweigerung« und »Kaiser«," die Gröber schon für die 1. Auflage geschrieben hatte. In den nächsten Monaten kam es noch zu einem Meinungsaustausch über verschiedene andere, in das militärische Gebiet einschlagende Artikel. „Der Artikel »Militärwesen« sieht allerdings erschreckend umfangreich aus, aber wir wollen abwarten, wie er sich im Satz macht; zudem enthält er ja drei Artikel. Also besten Dank! Als Ihr Manuskript ankam, war ich gerade im Begriff, Ihnen noch weitern Ausstand anzubieten. Mein lieber Vetter Karl hatte mir nämlich gesagt, ich bringe Sie mit dem Staatslexikon um, und das war mir in die Glieder gefahren! Um alles in der Welt möchte ich Ihrer Gesundheit nicht schaden; wir haben die tüchtigen Kräfte, welche der liebe Gott uns noch gelassen hat, so bitter nötig... Verzeihen Sie die neue Belästigung. Sie haben ja jetzt Ihr Pensum für die 2. Auflage in der Hauptsache erledigt. Denken Sie an mich übeldranigen Menschen, der ich noch zu allem andern mindestens 2½ Jahr die schwere Last der Redaktion tragen und all den Ärger schlucken muß, der damit verbunden ist" (5. 4. 1902). Man sieht: Jul. Bachem hat Mitarbeiter wie Gröber nicht nach seinem Rezept behandelt: „Ich schreibe an säumige Mitarbeiter höchstens drei Briefe: einen sehr höflichen, einen minder höflichen und einen groben." [1])

Die neue Belästigung, von der Bachem vorstehend spricht, hat er „nur mit Zittern" zu Papier gebracht: „Von verschiedenen Seiten wird mir nahegelegt, einen kleinen Artikel über Lieber in das Staatslexikon zu bringen. Natürlich kann ihn nur ein Fraktionsgenosse schreiben, und zwar einer, der ihm sehr nahe gestanden hat. Ich denke an den Abgeordneten Gröber, wage es aber kaum, den Vielgeplagten darum anzugehen. Sollten Sie selbst nicht geneigt sein, so gewinnen Sie mir, bitte, einen andern, Ihnen geeignet erscheinenden Fraktionsgenossen." Es sind Wünsche geblieben. Niemand kann dies mehr als ich bedauern, denn auf Wunsch Jul. Bachems bin ich selbst als Lückenbüßer eingetreten, ohne Fraktionsgenosse gewesen zu sein, fast ohne Vorarbeiten und mit gänzlich ungenügendem Material. Erst

---

[1]) Cardauns, Julius Bachem und die Görresgesellschaft, in der ersten Vereinsschrift der Görresgesellschaft für 1919, S. 66.

viele Jahre später ist mir Liebers Nachlaß zugänglich geworden und hat mich in den Stand gesetzt, die im Staatslexikon verübte Versündigung an seinem Andenken einigermaßen wieder gutzumachen.[1])

Aus einer Mitteilung der Herderschen Verlagshandlung füge ich noch bei: „Gröber verfolgte das literarische Leben mit warmem Interesse, besonders sahen wir das auch vor und beim Entstehen unseres Konversationslexikons, wo wir wiederholt seinen Rat erfahren durften. Für das Staatslexikon (3. Auflage) hat Gröber die folgenden Artikel bearbeitet: Heerwesen; Justizverweigerung; Kaiser; Marinewesen; Militarismus; Militärwesen des Deutschen Reiches; Religionsverbrechen; Reservatrechte; Zeugenbeweis; Zeugnispflicht und Zeugniszwang. Bezüglich des Artikels »Militarismus« macht Herr Dr. Sacher aufmerksam, daß hier Gröber die schon von Herrn Sickenberger ausgesprochenen Gedanken über das Verhältnis von Militarismus und Sozialismus neu geformt und schärfer ausgeprägt habe."

Außerordentlich großes Interesse hat Gröber von Anfang an den Beratungen entgegengebracht, die auf Einrichtung einer Zentralstelle für kirchliche Statistik abzielten.[2]) Seine parlamentarische Tätigkeit hatte ihn über die Unentbehrlichkeit statistischer Erhebungen für die gesamte Staatsverwaltung überzeugt und sein klarer Verstand sagte ihm, daß auch für die Kirche eine wohlorganisierte amtliche Statistik von größtem Nutzen sein müsse. Freudig stimmte er daher dem folgenden, auf der Katholikenversammlung von Osnabrück (1901) gestellten Antrage bei: „Die 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Osnabrück empfiehlt auf das wärmste zunächst die Errichtuag eines deutschen Bureaus für kirchliche Statistik als Glied der anzustrebenden internationalen Anstalt." Der Antrag brachte nur einen Wunsch zum Ausdruck, ohne über die Durchführung Aufschluß zu geben. Erst nach mehreren Jahren griff ein Fachmann, der Jesuitenpater H. A. Krose, den Plan auf und gab ihm konkrete Gestalt. („Zur Frage der Errichtung eines Bureaus für kirchliche Statistik" in den „Historisch-politischen Blättern" 1904, Bd. 134, S. 830 ff.) Gröber setzte sich mit P. Krose in Verbindung und bewog ihn zur Ausarbeitung einer Denkschrift, die am 1. Mai 1905 namens des Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands der Bischofsversammlung zu

---

[1]) Philipp Veit und Ernst Lieber, in der zweiten Vereinsschrift der Görresgesellschaft für 1920. Eine größere Arbeit über Liebers Jugendzeit bis zu seinem Eintritt in das parlamentarische Leben wird hoffentlich bald erscheinen.

[2]) Das Folgende nach gütiger Mitteilung von P. Krose S. J. (Bonn).

Fulda überreicht wurde. Die Bischofsversammlung äußerte sich zunächst ablehnend: „Der Episkopat Preußens (Schreiben des Kardinals Kopp vom 3. Juli 1905) glaubt bei aller Anerkennung der Wichtigkeit einer statistischen Zentralstelle für das katholische Deutschland seinerseits diese Angelegenheit weder in die Hand nehmen noch amtlich fördern zu können, sondern sie dem privaten Eintreten geeigneter Kreise überlassen zu müssen." Gröber ließ nicht locker und schrieb an P. Krose am 17. Juli 1905: „Vielleicht läßt der Bescheid die Auslegung zu, daß er keineswegs die Veröffentlichung statistischer Nachrichten durch die bischöflichen Ordinariate verneinen will. Dann könnten die Ordinariate veranlaßt werden, zunächst einmal die von ihnen tatsächlich gesammelten Nachrichten zu veröffentlichen. Die Verarbeitung wäre dann Sache »des privaten Eintretens«....... Könnten Sie nicht für jede deutsche Diözese feststellen, ob und in welchem Umfange bisher die in Betracht kommenden Tatsachen veröffentlicht worden sind? Eine solche Zusammenstellung, versehen mit dem nötigen Kommentar, würde am Ende doch auch die Bischöfe von der Notwendigkeit erweiterter Veröffentlichung überzeugen." Gröber bestimmte auch P. Krose, für das „private Eintreten" eine Organisation zu schaffen. Aber es war keine leichte Aufgabe, ohne jede amtliche Unterstützung eine Zusammenstellung des gesamten Tatsachenmaterials zustande zu bringen. Um so größer war daher Gröbers Freude, als P. Krose im Juli 1908 den ersten Band des „Kirchlichen Handbuches" der Öffentlichkeit übergeben konnte. Dies warme Interesse hat er dem Handbuch bis an sein Lebensende bewahrt.

Im letzten Brief, datiert von Bad Ditzenbach (Württemberg) vom 22. September 1919, dankt er für die Übersendung des 8. Bandes „mit seinem außerordentlich interessanten und reichhaltigen Inhalt. Schade, daß die 3. Abteilung über Zeitlage und kirchliches Leben nicht mehr den ganz besonders wichtigen und vielfach erfreulichen Abschluß des Verfassungswerkes in Weimar bringen konnte."

So großen Wert Gröber auch auf das Handbuch legte, so verlor er doch den ursprünglichen Plan, die Schaffung einer amtlichen Zentralstelle, nicht aus dem Auge und unterstützte daher die Bemühungen P. Kroses mit Rat und Tat. Die weite Verbreitung des Handbuches, die begeisterte Aufnahme, die es in allen katholischen Kreisen, in der Presse, namentlich bei der Geistlichkeit gefunden hatte, schufen allmählich eine günstigere Atmosphäre. Der Episkopat führte einen gleichlautenden, im wesentlichen nach den Vorschlägen des P. Krose ausgearbeiteten statistischen Fragebogen in allen Diözesen ein und hinterlegte die Ergebnisse bei einer provisorischen Zentralstelle in Breslau. Aber ihren vollen Nutzen konnte

die Einheitlichkeit und Gleichartigkeit der Statistik nur erreichen, wenn die Ergebnisse veröffentlicht und damit die Möglichkeit der Vergleichung geboten wurde. 1915 beschloß das Zentralkomitee, trotz der schweren Zeiten, dem Episkopat erneut eine Denkschrift betreffend die Errichtung einer Zentralstelle zu überreichen, mit deren Ausarbeitung wiederum P. Krose betraut wurde.

Diesmal hatten die Bemühungen vollen Erfolg. Kardinal v. Hartmann nahm sich der Sache mit Eifer an und die Fuldaer Bischofsversammlung beschloß am 15. August 1915, eine amtliche Zentralstelle mit einem hauptamtlich angestellten Leiter in Köln einzurichten. Als Organ für die Veröffentlichung der Ergebnisse wurde das „Kirchliche Handbuch" bestimmt. Hocherfreut schreibt Gröber am 18. September 1916 bei Übersendung des 6. Bandes an P. Krose: „Das sind zwei bedeutende Fortschritte, aus denen sich weitere Verbesserungen Ihres Werkes ergeben werden."

Auch sonst bietet der Briefwechsel manches Interessante. Die aufrichtige Anhänglichkeit Gröbers an die Kirche geht besonders aus dem folgenden Briefe vom 31. Juli 1914 hervor: „Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Übersendung des äußerst interessanten Aufsatzes über das sittliche Elend der Diaspora.[1]) Das Bild ist tieftraurig, aber nicht überraschend; es zeigt deutlich, was das katholische Volk seiner Kirche zu verdanken hat. Die geringe Kinderzahl der Mischehen wäre einer besondern Besprechung bei Erörterung des Geburtenrückganges wert."

Wie die Presse hat auch das Vereinsleben in Gröber einen opferwilligen Freund und Förderer gefunden, wobei er sich nicht auf politische Organisationen (wovon schon gehandelt wurde) und Mitgliedschaft an vielen religiösen Vereinen beschränkte (wovon später die Rede sein wird). Wie treu er seinem Tübinger Studentenverein geblieben ist, zeigt der Umstand, daß er noch als Reichstagsabgeordneter eine Vereinsordnung für den Philisterverein Alamania ausarbeitete (TB. 21. 8. 89). Um dieselbe Zeit (ebenda 17. 10.) suchte und mietete er ein neues Zimmer für den Katholischen Leseverein seines Wohnortes Heilbronn, der ihn dann (ebenda 6. 1. 90) zum Vorsitzenden wählte. Mitte Juli 89 hat er in Frankfurt a. M. mit Porsch und andern Juristen als Schriftführer teilgenommen an der Vorstandssitzung des Katholischen Juristenvereins. Sein Tagebuch berichtet darüber: „Hauptgegenstand: die Bearbeitung der in dem Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches berührten kirchlich-religiösen

[1]) Die Diaspora im Lichte der Statistik, „Stimmen aus Maria-Laach" Jahrg. 1913/14, 87. Bd., S. 397 ff.

Fragen. Für die Bearbeitung haben sich äußerst wenige Mitglieder angemeldet, vielleicht in der Voraussicht, daß doch alle Mühe vergeblich sein wird, eine wesentliche Änderung des Entwurfs, wie solcher von der protestantisch-liberalen Wissenschaft ausgearbeitet ist, herbeizuführen, vielleicht auch aus Mangel an Eifer und Interesse. Bei der Frage, inwieweit die Regelung der Landesgesetzgebung zu überlassen sei, stimmen alle Anwesenden darin überein, daß tunlichst wenig der Landesgesetzgebung vorbehalten werden möge, da letztere — wie in Hessen, Württemberg, Baden — derartige Fragen nur vom kleinsten, kleinlichsten und katholikenfeindlichsten Standpunkt aus zu behandeln gewöhnt sei." Später hat der Juristenverein sich mit der Görresgesellschaft verschmolzen, in deren Staatslexikon die betreffenden Fragen Behandlung gefunden haben. Große Aufmerksamkeit hat er der Vorbildung des Nachwuchses der Zentrumspartei in den Windthorstbunden gewidmet. Auf dem ersten deutschen Sodalentag zu Mannheim (1902) sprach er über die Geschichte der Marienverehrung, besonders in Deutschland, in einer Versammlung von Präsides für Akademiker-Kongregationen (1905) über die Bedeutung der Studentenpastoration für das soziale Leben.[1]) An den Sitzungen, welche der Augustinusverein für die katholische Presse in Berlin abhielt, wird er mehr als einmal teilgenommen haben. In dem Bericht über die Septembersitzung von 1901 („Augustinus-Blatt" Nr. 9) steht ein derbes Sprüchlein Gröbers über Berliner Schandstücke. Der Kölner Abgeordnete Roeren hat ihm „für die mir ganz aus der Seele gesprochenen kräftigen Worte" freudigste Anerkennung ausgesprochen (Brief Roerens 1. 10. 1901). Am 25. 2. 1904 dankt Gröber Herrn Verleger Lensing (Dortmund) für ein Glückwunschtelegramm des Vereins und fügt bei: „Ich kann meinerseits nur wünschen, daß die vortrefflichen Beziehungen zwischen Zentrumspartei und Augustinusverein, wie sie heute bestehen, dauernd erhalten bleiben, zum Wohle der guten Sache, der beide dienen."

Auch an einer Versammlung des Katholischen Lehrerverbandes in Essen hat er teilgenommen und sie als Erster Vorsitzender der Katholikenversammlung (1906) in deren Namen begrüßt. In Heilbronn war er der einzige von den verschiedenen katholischen Beamten, der an den Sonntags-Abenden des Gesellenvereins teilnahm.[2]) Herrn Prälat Pieper verdanke ich folgende Ergänzung:

---

[1]) Verhandlungen der Mannheimer (S. 587) und der Straßburger Generalversammlung der Katholiken Deutschlands (S. 539).

[2]) Mitteilung des Herrn Pfarrers Kneer zu Schneidheim (Württemberg), der 1887—93 Hilfspriester in Heilbronn war.

Die Arbeiter-Enzyklika Leos XIII. regte in Württemberg die Gründung katholischer Arbeitervereine an, deren Ausbreitung auf die Reorganisation der Jugendvereine stark zurückwirkte. Der geistliche Redakteur am „Deutschen Volksblatt" in Stuttgart, Joseph Eckard, war von 1892 bis zu seinem Tode 1906 die Seele der Arbeitervereinsbewegung, aus welcher der jungen christlichen Gewerkschaftsbewegung die stärkste Förderung erwuchs. Eckard fand von Anfang an bei Gröber volles Verständnis und nachhaltige, wirkungsvolle Unterstützung; ein persönliches Hervortreten in den Arbeitervereinen durfte dem vielbeschäftigten Politiker unnötig und unangebracht erscheinen, da der rastlose, erleuchtete Eifer Eckards, sein hervorragendes Organisationstalent und der außerordentliche persönliche Einfluß dieses edlen Priesters die segensreiche Entwicklung der Arbeitervereine sicherstellten. In den Geschäftsführerkonferenzen des Volksvereins in Württemberg versäumte Gröber als Landesvertreter keine Gelegenheit, den Vertrauensmännern und Geschäftsführern die Empfehlung und Förderung der Arbeitervereine wie der übrigen sozialen Standesvereine als eine wichtige Aufgabe des Volksvereins an das Herz zu legen. Im gleichen Sinne trat er in den Vorstandssitzungen des Volksvereins stets dafür ein, daß dessen Zentralstelle in M.Gladbach, das Werk des Verbandes Arbeiterwohl aufnehmend, die Ausbreitung und insbesondere den innern Ausbau der gesamten katholischen sozialen Standesvereine förderte durch Herausgabe der „Präsides-Korrespondenz" (seit 1901), Veranstaltung der Sozialen Kurse in M.Gladbach wie im ganzen Lande, Erprobung neuer Methoden der Vereinsarbeit, insonderheit durch Herausgabe, zumeist auch Abfassung einer reichhaltigen sozialen, staatsbürgerlichen, apologetischen und religiösen Vereinsliteratur. Gröber trat desgleichen von Anfang an rückhaltlos ein für die um die Mitte der 90er Jahre erstehenden christlichen Gewerkschaften; wenn der Volksverein in dem Gewerkschaftsstreite, trotzdem ihm dadurch jahrzehntelang äußere und innere Schwierigkeiten erstanden, unbeirrt für die christlichen Gewerkschaften eintrat, so war Gröber nächst Franz Brandts und Franz Hitze im Vorstande des Volksvereins die stärkste Stütze dieser festen Haltung. Er war tief durchdrungen von der Einsicht, daß eine Reorganisation der Gesellschaft nicht von oben herunter oder von außen her gemacht werden könne, daß sie vielmehr letzten Endes organisch hervorwachsen müsse aus den einzelnen Berufsständen in Erneuerung urwüchsigen Gemeinschaftslebens; als dessen bevorzugte Pflanzstätten sah er die katholischen Standesvereine an. Darum war er ihnen von ganzem Herzen zugetan.

Der Versammlungsredner

„Es gibt kaum eine katholische Stadt in Württemberg, in der Gröber nicht schon als Redner aufgetreten ist. Bei keiner großen Parteiversammlung hat er gefehlt.“ [1]) Aber er hat sich wahrlich nicht auf das Schwabenland beschränkt. Seitdem das Licht des jungen Württembergers auf den Leuchter des Reichstags gestellt wird, beginnt man ihn nach allen Strichen der Windrose zu rufen, zu politischen und Katholiken-Versammlungen. In besondere Affektion nahm ihn Würzburg, die Einladungen des Fränkischen Zentrumsvereins u. a. bilden ein stattliches Päckchen. Er selbst notiert: „1893 Rede für Kandidat (des Zentrums zum Reichstag) Neckermann, 1903 Rede für Dr. Thaler.“ Dazwischen liegt ein Dankschreiben (19. 12. 99) für seine Zusage, vor den „aus dem katholischen Arbeiterverein Würzburg herausgewachsenen christlichen Gewerkschaften über die Frage zu sprechen: Was muß der christliche Arbeiter vom Bürgerlichen Gesetzbuch wissen?“ Wenn der Dompfarrer Dr. Braun (2. 12. 04) ihn bittet, bei einer Durchfahrt durch Würzburg im Volksverein über die Schulfrage zu reden, so verfehlt er nicht, beizufügen: „Sie sind ein recht geplagter Mann; aber Ihr Andenken und Ansehen ist in Würzburg so gut und groß, daß Sie es verzeihen müssen, wenn man immer wieder auf Sie zurückkommt.“ Wenn der geplagte Mann gekommen ist, so ist er nicht zum letzten Male gekommen, denn im Februar 1912 ist er wieder in Würzburg gewesen, und wer weiß, wie oft sonst noch.

Würzburg lag wenigstens auf dem Wege von Heilbronn nach Berlin. Anderswohin hat Gröber es noch weniger bequem gehabt. Am Sonntag nach Pfingsten 1904 erschien er zu dem großen Verbandsfest der katholischen Vereine Dortmunds (Brief Lensings 7. 5. 04). Seitdem kam die Einladung zum Verbandsfest Jahr für Jahr, 1907 (Brief Lensings 18. 4. 07) mit dem Bemerken: „Ich quäle Sie nicht gerne, aber meine Leute in unserm Bezirk brennen

---

1) So Kiene auf der Stuttgarter Festversammlung zu Gröbers 60. Geburtstag 1914.

vor Begier, Sie mal wieder zu sehen und zu hören, sie lassen nicht locker, Sie immer wieder von neuem zu bitten." In Gröbers Nachlaß liegt ein umfangreiches Manuskript mit Aufschrift von seiner Hand: „Einigkeit der Katholiken, Rede in München", wohl die Rede, die er im April 1899 in der Volksvereinsversammlung im Münchener Kindl-Keller hielt. Am 23. 2. 13 hat er sogar in Oldenburg einen Vortrag über die Aufgaben der Zentrumspartei gehalten.[1]) Wenn das Komitee zur Erbauung der Canisiuskirche in Wien ihn bitten ließ, auf einer dortigen Festversammlung eine Rede zu halten, so war das wirklich etwas viel verlangt, und Dr. Schädler leitet denn auch seinen Brief (22. 12. 1900) resigniert ein: „Trotzdem ich von vornherein annehmen muß, nicht zu reüssieren."

Ein einigermaßen vollständiges Verzeichnis der Reden Gröbers und Einladungen zu solchen würde in die Hunderte gehen und ein wenigstens für m e i n e Zeit und Arbeitskraft aussichtsloses Bemühen sein; als geborener Kölner fühle ich das Bedürfnis und die Dankbarkeitspflicht, zusammenzustellen, was er für meine Vaterstadt geleistet und auch, was man in K ö l n, nicht immer bescheiden, von ihm erwartet hat. Einladungen liegen mir vor vom Vizepräsidenten und Präsidenten des Katholischen Volksvereins Köln, zu unterscheiden von dem Volksverein für das katholische Deutschland (Briefe 3. 12. 93 und 28. 4. 12), zu Vorträgen über den Jesuitenantrag und die Duellfrage im Anschluß an die Ausführungen des Kriegsministers im Reichstage; namens des geschäftsführenden Ausschusses der Kölner Zentrumspartei vom Generalsekretär der Rheinischen Zentrumspartei Dr. Jörg (1. 4. 04); von demselben (undatiertes Telegramm) zu einer Versammlung für ganz Westdeutschland und zu einer großen Versammlung, bei welcher der Abg. Roeren über die gegnerische Parole „Wider Jesuitismus und Ultramontanismus" sprechen und das große Gebiet der Sozialpolitik nur streifen werde (8. 6. 03); von Dr. E. Wirtz zum Kölner Vertretertage der Windthorstbunde Deutschlands (28. 4. 05); zu einer Wahlversammlung im Kölner Landkreisvorort Nippes (25. 10. 10); vom Männerverein zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit, der in Köln seine Verbandszentrale hatte (12. 5. 14). Karl Trimborn bat ihn wiederholt um sein Erscheinen in Köln zur Unterstützung bei den dortigen Reichstagswahlen, 1895, 1896 und 1903.

---

[1]) Skizze Gröbers im Nachlaß. Dieselbe Mappe (Aufschrift Gröbers: „Reden") enthält noch eine Menge von Aufzeichnungen (Entwürfe, Lesefrüchte usw.), darunter ein starkes Manuskript über Freiheit und Autorität (Kirchliche Lehre. Angriffe auf die Autorität. Mittel zur Kräftigung. Nichtachtung). Einzelnes ausgeführt, das meiste nur skizziert.

Das allerdankbarste Andenken hat Gröber bei seinem Kölner Besuch anläßlich der Reichstagswahl vom 13. Januar 1896 hinterlassen. Als Kandidat war Karl Trimborn aufgestellt, der schon seit der gemeinsamen Studentenzeit in Leipzig mit Gröber befreundet war, und wir hatten die allerdings schwache Hoffnung, das Kölner Mandat, das schon zwölf Jahre vorher in der Stichwahl verteidigt werden mußte, diesmal im ersten Wahlgang zu gewinnen. Die etwas schüchterne Einladung an den Mann, „dessen Arbeitslast und unbegrenzte Opferwilligkeit ihm den Anspruch verschafft hat, mit zudringlichen und überflüssigen Wünschen verschont zu bleiben", hatte ich selbst übernommen, aber ich wußte genau, was ich tat, als ich die Überzeugung aussprach, „daß Sie für unsern gemeinsamen Freund gerne etwas tun werden, wenn Sie können". Pünktlich war er zur Stelle. Wie er sich auf die letzte Versammlung vor der Wahl vorbereitete, mag die schöne Erinnerung zeigen, die sein Gastfreund Verleger Franz Bachem in einem an mich gerichteten Briefe aufgefrischt hat: [1])

„Am Sonntagnachmittag machte er ganz allein einen Spaziergang durch die innern alten Stadtteile von Köln. Dabei geriet er in die engen Gassen am Rhein vor und hinter dem Heumarkt. Er erzählte mir später, wie er in diesem Wirrwar der Gassen und Gäßchen in früh hereinbrechender Abenddämmerung sich völlig verlaufen habe, schließlich sich aber doch zur Bürgergesellschaft zurechtfand. Er erschien infolgedessen etwas verspätet in der Versammlung und benutzte sein kleines Erlebnis zu einer wirksamen Einleitung seiner Rede. Ratlos sei er in den stillen Gassen umhergeirrt. Plötzlich seien ihm zwischen den engen alten Häusern am Himmel die Spitzen der Domtürme aufgetaucht, die zum Himmel wiesen und ihm selbst ein Wegweiser in der Stadt wurden, so daß er bald in die rechte Richtung kam. Er führte dieses Bild in packender Weise aus: Die beiden, wie zwei Finger zum Himmel und zur Ewigkeit weisenden Türme als Richtschnur unseres Lebens! Es ist mir lebhaft in der Erinnerung, welch großen Eindruck in der Riesenversammlung dieser warme religiöse Sinn des schwäbischen Zentrumsführers damals auf alle Zuhörer machte, als er in seinem mächtigen wallenden Bart mit lebhaften Augen begeistert sprach. Der Erfolg ist bekannt. Trimborns Wahl erfolgte andern Tages mit großer Mehrheit."

---

[1]) Nach Gröbers Wahl zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags teilweise gedruckt in der „Kölnischen Volkszeitung" Nr. 670 vom 27. 8. 17.

Wie dankbar wir ihm waren, konnte Gröber in der prächtigen Siegesversammlung am Abend der Wahl erkennen: Neben Trimborn war er der Held des Tages. Als ich meine Ansprache mit dem Spruch einleitete:

Zu Köllen, da sprach der alte Dom:
Nun kommt zu meinen Schwellen
Und danket Gott, daß er euch half
Behalten das heilige Köllen —

erscholl am Vorstandstisch ein lautes Bravo aus dem Munde Gröbers; er wird an die „wie zwei Finger zum Himmel weisenden Türme" des Domes gedacht haben.

„Am Abend des Versammlungstages", schreibt Franz Bachem weiter, „weilte er im Kreise meiner Familie und schrieb sich auf Wunsch der Damen des Hauses, die mit ihm ob seines ehelosen Standes vorher gescherzt hatten, in unser Gästebuch ein. Er tat es ohne langes Besinnen in folgender Weise:

Habt Mitleid mit mir, ihr edlen Frauen,
Ihr Schönen vom „hilligen Köllen",
Es kann nicht alles Ehemänner sein,
Man braucht auch Junggesellen:
Die einen zur Empfehlung des Glücks
Unter des sanften Pantoffels Stempel,
Die andern aber als — „Jammerbild"
Zum — „abscheulichen Exempel"!

12. Januar 1896.
Am Vorabend der Wahl von Karl Trimborn zum Reichstag.
Gröber.

„Aus dieser Probe seines Humors ist zu ersehen, wie der im Privatverkehr überaus lebensfrohe Schwabe so manche dem Rheinländer verwandte Töne anschlug und sich selbst verulkte.

„Es war 10 Jahre später, als er wieder bei uns einkehrte. Er kam von M.Gladbach zurück, wo gerade eine bedeutungsvolle Feier stattgefunden hatte. An diesem Abend war er ganz besonders aufgeräumt. Man merkte aus seinem ganzen Wesen die Befriedigung über das große Werk, an dessen Vollendung er teilgenommen, und das kam in sprudelnder Laune zum Ausdruck. Seine zweite Eintragung in unser Gästebuch an jenem Abend lautet: Am Tage der Einweihung des neuen Geschäftshauses des Volksvereins für das katholische Deutschland. 6. November 1906. Gröber, M. d. R."

Gröber auf den katholischen Generalversammlungen

Die Glanz- und Höhepunkte seiner außerparlamentarischen Beredsamkeit waren die jährlichen Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands. Schon ehe er einer ihrer regelmäßigen Besucher und beliebtesten Redner wurde, hat er die Bedeutung dieser gewaltigen „Heerschauen" erkannt. Als er im Sommer 1889 an der Vorstandssitzung des Katholischen Juristenvereins zu Frankfurt a. M. teilnahm, kam die Rede auf die bevorstehende Versammlung in Bochum. Einer der Herren bezeichnete sie als einen grundverfehlten Gedanken und ein totgeborenes Kind, und „mehrfach wird die Befürchtung ausgesprochen, daß der Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern die Versammlung vor ein schlimmes Dilemma stellen werde und daß es besser wäre, sie statt in Bochum in Frankfurt a. M. abzuhalten". Es würde kaum möglich gewesen sein, bis zum Versammlungstag (25. August) die Verlegung durchzuführen, und gleich nach Schluß der Bochumer Versammlung (TB. 25. bis 29. August) konnte Gröber hochbefriedigt in sein Tagebuch eintragen: sie sei „trotz allen Befürchtungen durchaus gelungen verlaufen, was zweifellos wesentlich der unermüdlichen und geschickten Führung durch Windthorst zu verdanken ist. Windthorst hat schon am Begrüßungsabend die Direktive gegeben, indem er durch die Aufforderung an die Presse, auf jedes für Andersgläubige verletzende Wort scharf aufzupassen, allen diesbezüglichen Extravaganzen vorbeugte und die Spekulationen auf eine Einmischung in die zu Bochum schwebenden Streitigkeiten zwischen den Bergarbeitern und ihren Arbeitgebern entschieden zurückwies, unter Verweisung auf die zu erwartenden Ergebnisse der Untersuchung. Hertling und Wendt am gleichen Tag und in derselben Versammlung Schulter an Schulter kämpfend ist die beste Illustration für die von den Gegnern behauptete Spaltung innerhalb des Zentrums, denn Wendt und Hertling standen sich vor kurzem im Reichstag beim Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz gegenüber. Das wichtigste Ergebnis ist die Gründung eines Verbandes der katholischen Volksschullehrer".

Drei Jahre später, 1892, trat er in Mainz zum ersten Male als Redner auf. Die Einleitung seines Themas „Die Männerordensfrage in der oberrheinischen Kirchenprovinz" ist ein gutes Beispiel, wie der Redner es anzufangen hat, um sofort mit seinem Publikum Fühlung zu gewinnen und es dann nicht bloß hören, vielleicht sich langweilen, sondern beständig lebendigen Anteil nehmen zu lassen. Er begann nämlich mit einem malerisch beschriebenen Spaziergang in seiner schwäbischen Heimat. Dort liegt auf Hohenzollernschem Boden das Benediktinerkloster Beuron, dessen „Mönche 1875 verbannt wurden, 1887 wieder zurückkehren durften; wenige Monate vor ihrer Rückkehr hatte der Reichstag — wohlgemerkt der Kartell-Reichstag — eine Eisenbahn beschlossen, um den Verkehr nach Beuron zu erleichtern (Heiterkeit), natürlich nur zu strategischen Zwecken und mit Zustimmung des Zentrums". Und nun folgte eine drastische Schilderung: Dicht beim Kloster steht der schwarzrote und der rotgelbe Grenzpfahl. Bis zur Donaubrücke geht die württembergische Gesetzgebung, welche Missionen von Mönchen zuläßt, „aber wenn sie diese religiöse Wohltat dem Volke gespendet haben, dann müssen sie schleunigst hinausmarschieren". Nicht einmal das ist auf der benachbarten Höhe erlaubt, wo das badische Musterländle mit seiner überwiegend katholischen Bevölkerung beginnt. Dort war ein gesetzgeberischer Akt nötig für das Zugeständnis, daß „in Notfällen" ein Mönch in Baden die Sakramente spenden dürfe. Die weitere Schilderung der Wirtschaft in Baden wurde beständig durch Heiterkeit und Beifall unterbrochen: Das prächtige Bureaukratenstücklein, daß ein bayerischer Kapuziner, der eine Prozession aus Bayern nach dem badischen Wallfahrtsort Walldürn führt, dort „nur predigen und seinen bayerischen Landsleuten Beicht hören dürfe, nicht aber den Badensern. Den Bayern hat der bayerische Kapuziner die Sünden abnehmen dürfen, den badischen Sündern hat die badische Regierung die Sünden behalten. Das ist ein badisches Reservatrecht"; oder die famose Geschichte von dem Franziskaner aus Triberg, der „nach längern Erwägungen zwar sein erstes heiliges Meßopfer in Baden darbringen darf, aber nur in einer stillen Messe". Nun, in Baden ist man wenigstens „konsequent bis zum Exzeß", während in Hessen der „Rechtszustand" besteht, daß zwar Männerorden existieren, aber keinen Tag sicher sind, aufgelöst zu werden. Und so konnte Gröber die Lage in den an der oberrheinischen Kirchenprovinz beteiligten Staaten in dem Vers zusammenfassen:

In Preußen — erträglich,
In Hessen — kläglich,

In Württemberg — traurig,
In Baden — — schaurig.[1])

Nach dieser Einleitung war es kein Wunder, wenn Gröber für seine weitern sehr ernsten Ausführungen geschichtlicher und rechtlicher Natur die größte Aufmerksamkeit fand. Er war denn auch mit sich zufrieden und schrieb vergnügt seinem Vater (4. 9. 92): „Die Mainzer Anstrengung war bei der großen Hitze und bei der schlechten Akustik des gewaltigen Saales keine kleine, ich habe sie aber gut ausgehalten. Bischof Haffner hat mir besonders herzlich zu meiner Rede gratuliert, und andern Tags war ich mit dem englischen Bischof Patterson, Domkapitular Dr. Komp aus Fulda, den Professoren Schröder und Pohle aus Washington, meinem Kollegen aus dem Reichstag Spahn u. a. bei Bischof Haffner zur Tafel geladen. Ich habe auch sonst recht interessante Bekanntschaften gemacht: Pater Odilo Wolf von Beuron, Abg. Pfarrer Wacker aus Baden, Nationalrat Decurtins aus der Schweiz usw.. Der herrliche Verlauf ist wieder ein Beweis für die Einmütigkeit der deutschen Katholiken; Württemberg war stark vertreten und fand allerwärts viel Anerkennung für sein Vorangehen in der katholischen Bewegung. Wenn Württemberg eine geeignete größere katholische Stadt besäße, könnten wir die nächstjährige Versammlung in Württemberg halten. Die Geistlichkeit in Ravensburg sollte die Frage ernstlich in Erwägung ziehen" — ein Gedanke, der allerdings nicht verwirklicht worden ist.

Trotz dieses vielversprechenden Anfangs kam Gröber in den nächsten Jahren nicht wieder, aber man hatte ihn nicht vergessen. Die Kölner Rednerkommission lud ihn zu einer Rede ein (12. 7. 94) über die Zweikampffrage oder ein anderes, von ihm vorzuschlagendes Thema. Sogar als Erster Vorsitzender war er in Aussicht genommen für den Fall, daß der Wunsch, einen Bayer als solchen zu gewinnen, nicht verwirklicht werden könne (Brief von Jul. Bachem 3. 7.), was sich aber durch Orterers Zusage erledigte. In München (1895) sprach er über das Christentum als Grundlage des staatlichen Lebens, beginnend mit der Erklärung, er rechne sich zu den „politischen Arbeitern", nachdem unmittelbar vor ihm ein Handarbeiter, sein spezieller Landsmann, der Schlosser Schirmer, als Vertreter der Handarbeiter gesprochen habe, schließend mit einem feurigen Aufruf, „die größte patriotische Tat zu vollführen, indem wir dem deutschen Volke den christlichen Glauben erhalten".

---

[1]) So im stenographischen Bericht. Bei Kümmel (Forts.) S. 157 sind die Prädikate für Württemberg und Baden vertauscht.

Für Dortmund (1896) wurde Gröber zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Er nahm die Wahl an, als erster Württemberger in einer westfälischen Versammlung, nachdem vor ihm schon Baden, Nassau und Bayern an die Reihe gekommen waren, und führte sich unter stürmischem Beifall „in der Stadt der Arbeit" als „Sohn eines Arbeiters" ein. Es war eine Massenversammlung, wie Deutschland wohl noch keine gesehen hatte. In der ersten öffentlichen Sitzung stellte Gröber fest, daß tags vorher auf dem Verbandsfest der katholischen Vereine Dortmunds, der „Ouverture der Generalversammlung", in den Sälen des Fredenbaum und in dem anstoßenden Garten 22—25 000 Menschen anwesend waren; die dritte öffentliche Sitzung begann mit seiner Mitteilung, der ungewöhnliche Andrang habe zu einer Nebenversammlung in der Hobertsburg genötigt, „ein Ereignis, welches in der Geschichte der Generalversammlungen noch gar nie dagewesen ist", und in seiner Schlußrede konnte er verkünden, daß der Besuch in Dortmund die bisher am stärksten besuchte Kölner Generalversammlung weit übertroffen habe. Gröber ließ sich durch die Schwierigkeiten, die mit dem Massenandrang verbunden waren, nicht aus der Fassung bringen. Er hat die geschäftlichen wie die öffentlichen Sitzungen ruhig, sachlich, nur mit knappen Bemerkungen in den Verlauf eingreifend, geleitet und den Beweis erbracht, daß der gefeierte Redner auch ein guter Vorsitzender war. Er hat seine schwierige Aufgabe „bis zur Erschöpfung seiner physischen Kräfte erfüllt", und war am dritten Tage „total heiser".[1]) Daß diese Tagung in einer überwiegend nichtkatholischen Industriestadt ohne jede Störung verlief, dafür hatte er in seiner Eröffnungsansprache gesorgt durch die nachdrückliche Betonung der Notwendigkeit, den konfessionellen Frieden in dieser „nichtpolitischen, sondern religiösen Versammlung" streng zu wahren, durch ein freundliches Wort an die Andersgläubigen und an die gegnerische Presse. In der zusammenfassenden Schlußansprache meinte er, vielleicht habe er die Zeit der Zuhörer mehr in Anspruch genommen, als recht war; tatsächlich hat er nicht länger gesprochen, als man von dem Präsidenten erwarten durfte, während er bei frühern Gelegenheiten als Redner die vorgeschriebene Grenze von 20 Minuten erheblich überschritten haben dürfte; aber bei einem Redner wie er gab man gern weniger darauf acht, wie lange er sprach, als was er sagte.

1897 sprach Gröber in Landshut in einer öffentlichen Sitzung über die Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuches für den Mittelstand in der Landwirtschaft, wobei er die gründliche Belehrung über

---

[1]) Kümmel (Forts.) S. 70.

ein an sich trockenes Thema an geeigneten Stellen glücklich zu beleben verstand.[1]) Weiter in Krefeld (1898) über die Staatskunst der Katholiken Deutschlands (besonders ihrer Vertreter, der Zentrumspartei, deren Charakter als politischer, nicht konfessioneller Partei er scharf hervorhob), 1899 in Neisse über den Volksverein für das katholische Deutschland, nachdem er schon vorher in der Versammlung der katholischen Arbeitervereine gesprochen hatte; 1901 in Osnabrück über die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche.

Die Rede, welche Gröber am 26. 8. 1903 auf der (50.) Jubiläumsversammlung zu Köln hielt, gehört zu den sachlich bedeutendsten, welche die lange Geschichte der Generalversammlungen aufzuweisen hat. Sie füllt im stenographischen Bericht nicht weniger als 19 große Druckseiten, ist aber in anderer Form gedruckt worden, als sie gehalten wurde; in einer Anmerkung wird mitgeteilt: „Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit wurde in dem Vortrag ein erheblicher Teil des tatsächlichen Stoffes übergangen; in dem folgenden Bericht ist der für den Vortrag gesammelte Stoff vollständig mitgeteilt." Thema war „die Behandlung der sozialen Frage, insbesondere der Sozialpolitik auf unsern Generalversammlungen". Der Vortrag dessen, was Gröber hierfür zusammengetragen hatte, wäre weit über die übliche Zeitgrenze hinausgegangen, und für die oratorische Wirkung auf die zu seinen Füßen sitzenden Tausende wird die Kürzung vorteilhaft gewesen sein; aber auf diesen Augenblickserfolg kam es weniger an als auf die Wirkung der schwarz auf weiß festgelegten Arbeit Gröbers; dieses aus dem Vollen schöpfende gedrängte Kompendium dessen, was der deutsche Katholizismus seit stark einem halben Jahrhundert, bahnbrechend, richtungweisend, auf sozialpolitischem Gebiete geleistet habe, besitzt auch heute, in den Geburtswehen einer neuen sozialen Ära, noch seinen Wert. Einleitend verweilt Gröber länger bei dem Nachweis, daß das Jahr 1848, das Geburtsjahr der Versammlungen, gleichzeitig das Geburtsjahr einer durch sie eingeleiteten katholischen Sozialpolitik Deutschlands gewesen ist, daß mithin die Katholiken Deutschlands die Behandlung der sozialen Frage noch früher in die

---

[1]) Als er aufmerksam gemacht wurde, „daß er aus der Fülle der Einzelheiten zu viel mitteile", meinte er gemütlich: „Meine Herren! Ich kann auch schließen. Ich lasse alles übrige Detail beiseite, vielleicht habe ich später Gelegenheit, darüber etwas zu veröffentlichen." Die Zuhörer nahmen diese Ankündigung mit stürmischem Bravo und Händeklatschen auf, und der Vorsitzende meinte, man werde ihm gewiß nicht gram sein, daß er den Redner länger habe reden lassen, als eigentlich die Zeit ist, und regte an, die Rede separat drucken zu lassen. Vgl. oben S. 73.

Hand genommen haben als beispielsweise Liebknecht und Bebel. Gleich am ersten Tage der Mainzer Versammlung (3. 10. 48) wurde ja beschlossen, den sozialen Zweck in ihr Programm aufzunehmen, und § 7 der Satzung bestimmte: „Die Generalversammlung soll zur Hebung der herrschenden sozialen Mißverhältnisse und Übelstände nach Kräften beitragen"; durch welche Mittel der leiblichen Not des Volkes zu steuern sei, wird in § 8 bestimmt. Gleich am folgenden Tage behandelte die Frage mit gewaltigem Eindruck ein Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, der westfälische Pfarrer und spätere Mainzer Bischof Freiherr v. Ketteler, und der Vorsitzende, der badische Professor Buß, faßte das Ergebnis zusammen in dem Satz: „Wir müssen verkünden den Sozialismus des Christentums, aber nicht mit Worten, sondern mit lebendiger Tat, mit Hingebung und Opfern, wie ihn der Redner aus Westfalen als unsere Pflicht gezeigt hat." Als Eigentümlichkeiten dieser Mainzer Vorgänge hebt dann Gröber hervor: „Die soziale Frage wird in ihrer tiefsten Bedeutung als eine sittlich-religiöse Frage erfaßt und als die größte, schwierigste Aufgabe der Gegenwart erkannt. In dem christlichen Feldzug gegen die sozialen Übel trägt die Sturmfahne voran ein gottbegnadeter Priester, dessen Herz warm schlägt für die Armen und Schwachen, für die Kleinen und Bedrückten. Schon die erste Generalversammlung tritt in Fühlung mit den Vertretern des Volkes. Mit der theologischen Behandlung verband sich die sozialpolitische." Daran schließt Gröber die Darlegung, wie aus dem Mainzer Samenkorn der Baum der deutschen katholischen Sozialpolitik erwächst, in den Versammlungen selbst, im Reichstag, in zahllosen Vereinen, im Verband Arbeiterwohl, im Volksverein usw. usw. Zum Ausgangspunkt kehrt er zurück, indem er aus Kettelers Mainzer Dompredigt über die katholische Lehre vom Eigentumsrecht die Worte zitierte: „Ich fürchte nicht die sozialen Übel, denn ich weiß, daß die Welt zwar ohnmächtig ist, sie zu heilen, daß aber die Lehre, das Leben und die Gnade Christi stark genug ist, um die Welt aus ihren Angeln zu heben; ich fürchte nur die Gottlosigkeit, die Ungläubigkeit, die Unchristlichkeit"; und dann schloß er unter stürmischem Beifall und Hochrufen, indem er den Segen Gottes herabrief auf unsere wackern katholischen Arbeiter, den ehrbaren Handwerkerstand, die mutigen Kämpfer im Bauern- und Kaufmannsstand, auf „alle, die redlich mitarbeiten an der Wiedererlangung eines christlichen Arbeiterrechtes und an dem Wiederaufbau einer christlichen Gesellschaftsordnung".

Über die bedrängten Umstände, unter welchen er diese Rede vorbereitete, hat Gröber in eigenartiger Form Aufklärung gegeben. Köln scheint der richtige Ort gewesen zu sein, um ihn dichterisch an-

zuregen, denn wie 1895 hat er auch 1903 hier den Pegasus bestiegen. Herr Robert Bachem, dessen Gast er war, schreibt mir: „Wir hatten alle verfügbaren Zimmer für Gäste zur Verfügung gestellt, für Herrn Gröber ein schönes helles Zimmer, aber unsere Tische waren übermäßig in Anspruch genommen. Meine Frau, die sich jeder Schwierigkeit gewachsen zeigte, nahm kurzerhand ein Bügelbrett, zwei Böcke darunter geschoben und eine Tischdecke darauf, das mußte als Tisch dienen. Auf diesem Tische hat dann Gröber seine vorzügliche Rede zurechtgebügelt. Dies zur Erklärung des beifolgenden Gedichtes, das wir zu den schönsten Eintragungen in unser Gästebuch zählen."

Zur Erinnerung an die Tage der 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Köln vom 23. bis 27. August 1903.

Zum Jubelfest in Köln am Rhein
Zog ich mit strengem Auftrag ein,
Dem Volk zu zeigen mit Bedacht,
Wie sozial man stets gedacht
Auf allen Katholikentagen;
Die große Aufgab' war fast zum Verzagen.
Wohl lag in meines Koffers Enge
Das Redematerial in Menge,
Doch war ich sorgerfüllt, Unheils gewärtig,
Denn, ach, die Rede selbst — war noch nicht fertig.

Da nahm mich auf in sein Gezelt
St. Gereon, der Glaubensheld.
Der gab mir Mut und Kraft und Stärke
Und süße Ruh zum schweren Werke,
Zum Redebügeln auch ganz nett
Ein veritables Bügelbrett,
Dazu manch fröhlich rheinisch Glas,
Ein lieb Geplauder über dies und das,
Frau Bachem-Sieger als Patron:
Dank, Dank, St. Gereon!

Nun hab ich fest drauflos gebügelt,
Der Rede Drang vielfach gezügelt,
Und legt „schon" eine Stund vor dem Termin
Der Rede Schluß zum Bügeln hin.
Was ich da schwarz auf weiß wollt sagen,
Hab rasch zur Festhall ich getragen.
Dort harrten Volk und Präsident
Auf schöner Reden langsam End;
Mir schien es nicht bestimmt auf Erden,
Für heut die Rede los zu werden.

Doch die Versammlung faßt Beschluß,
Daß noch die Rede steigen muß;
Drauf ich mit sauersüßer Miene
Betret gehorsam die Tribüne.
Was ich da nunmehr hab gesprochen,
Wie viele Fehler ich dabei verbrochen,
Darüber mögen andre klagen;
Ich bin so froh und frei zu sagen:
„Es lief das Volk mir nicht davon!
Evivva Gereon!"

Gröber, M. d. R.

Nicht oft wird auf einer Generalversammlung ein Redner mit solchem Jubel begrüßt worden sein wie Gröber, als er in Straßburg (1905) über die Quellen des religiösen Lebens und ihre Wirkungen in der katholischen Kirche sprach. Und was er sagte, gehört zu dem Packendsten, was jemals auf diesen Tagungen gesagt wurden ist. Geschickt erinnerte er daran, daß der treffliche Domkapitular Lennig, der die Einladung zur ersten Versammlung in Mainz (1848) ergehen ließ, im Mainzer Priesterseminar ausgebildet worden sei, „das untere der Leitung zweier ausgezeichneter Männer aus dem Elsaß stand, des zu Straßburg geborenen Bischofs Colmar und Liebermanns, des nachmaligen Generalvikars von Straßburg". Und heute „zum ersten Male in Elsaß-Lothringen! Zum ersten Male in der wunderschönen Stadt!" Wie mag es ihm ans Herz gegriffen haben, als er, ein Jahr vor seinem Ende, es erleben mußte, daß diese deutsche Westmark wieder unter Fremdherrschaft geriet!

1906 wurde Gröber in Essen wieder zum Präsidenten gewählt, gerade ein Jahrzehnt nach der Dortmunder Versammlung. „Es waren zehn Jahre schweren parlamentarischen Kampfes in zwei Parlamenten, und ich setze sie mir, ungefähr wie Kriegsjahre, doppelt auf das Lebenskonto," aber „solange noch ein Rest von Kraft übrigbleibt, darf unsereiner es nicht zurückweisen, den Rest noch einzusetzen". In seiner Eröffnungsrede vergaß er die Damen nicht, deren Bedeutung für die Versammlungen mit der fortschreitenden Organisation der Frauenbewegung wachse. „Einstweilen können wir den Damen nichts weiter bieten als »eine besondere Abteilung im Zuhörerraum«. Das ist wenig, es wird aber von Herzen gewährt." Wiederum trat er als Anwalt des Friedens unter den Konfessionen auf. „Wir verhandeln lediglich die gemeinsamen katholischen Angelegenheiten. Durch diese einfache Methode vermeiden wir es, mit Andersgläubigen in einen Konflikt zu kommen. Ich kann nur den nichtkatholischen Versammlungen den Rat geben: sie mögen ihre

eignen und nur ihre eignen Angelegenheiten behandeln." In der Schlußrede empfahl er für die Arbeit in den katholischen Vereinen nochmals aufs nachdrücklichste die Wahrung des konfessionellen Friedens. „Nicht weniger als vier Redner haben daran erinnert, daß man auch mit Andersgläubigen zusammen arbeiten müsse für große gemeinsame Güter. Einig haben alle diesen Gedanken betont: keine konfessionelle Polemik, friedliches positives Zusammenarbeiten der Konfessionen — das ist die Aufgabe der Gegenwart. Nicht immer leicht wird uns ein solches Zusammengehen werden; aber wenn es gelingt, dann wäre die allergrößte Wohltat dem deutschen Volke erwiesen. Das gemeinsame Vaterland — ist es nicht wert, daß man Streitpunkte, deren Bedeutung ich keineswegs herabsetzen will, zurücktreten läßt gegenüber dem gemeinsamen Gegner? Daß man nicht dem Gegner die Freude macht, den lachenden Dritten zu spielen?" Daran schloß er die Mahnung zum sozialen Frieden. Er verlangte „die volle, nicht bloß juristische, sondern auch wirtschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit dem Arbeitgeberstand, in dem Koalitionsrecht der Arbeiter, das man dem Arbeiter nicht versagen kann, wenn die Gesetzgebung den Arbeitgebern das volle Koalitionsrecht gewährt. Und die praktische Anwendung der Entwicklung dieses Gedankens hat ja neuerdings in dem Abschluß von Tarifverträgen einen großen Fortschritt bekundet. Das sind die wahren Friedensdokumente im wirtschaftlichen Kampfe". Daß das Koalitionsrecht nicht bloß von einer Seite mißbraucht werden kann und daß Tarifverträge nicht immer Friedensdokumente zu sein brauchen, wird er sich schon damals nicht verhehlt haben, aber an seiner grundsätzlichen Überzeugung von ihrer Notwendigkeit und Nützlichkeit hätten auch unsere Erfahrungen seit der Revolution schwerlich etwas geändert.

In den folgenden sechs Jahren hat Gröber nur ein einziges Mal (Breslau 1909) gefehlt. Als er 1907 in Würzburg das Thema „Katholizismus und wirtschaftliches Leben" behandelte, wird den meisten Zuhörern die merkwürdige Erinnerung neu gewesen sein, daß schon auf der Würzburger Versammlung von 1864 paritätische Arbeitskammern gefordert worden sind. In Düsseldorf (1908) beteiligte er sich in einer geschlossenen Sitzung an der Beratung der neuen Satzung, an deren Zustandekommen er einen großen Anteil hatte; er äußerte sich hier dilatorisch, aber sympathisch über die Zulassung von Frauen als Vollmitglieder der Versammlungen. Für Augsburg (1910) war er schon bei der Vorbereitung tätig, indem er als Mitglied des Zentralkomitees in der entscheidenden Sitzung der Rednerkommission erschien. Als das Ereignis der Versammlung könnte man seine Rede über den sozialen Klassenkampf bezeichnen, wirkungsvoll eingeleitet durch

den „ersten römischen Generalstreik", bei dem die Plebejer Roms auf den heiligen Berg ziehen, aber sich mit den Patriziern vertragen, nachdem ihnen der kluge Menenius Agrippa die schöne Geschichte von den gegen den Magen rebellierenden Gliedern des Körpers erzählt hat. Die Rede war ungewöhnlich lang, aber nichts weniger wie langweilig. Das bewies schon der ununterbrochene Kontakt mit der Zuhörerschaft, der sich in zahllosen Äußerungen der Zustimmung und Heiterkeit kundgab, und als Gröber unter „langandauerndem, sich immer wieder erneuerndem Beifall" schloß, konnte der Vorsitzende sagen: „Wir haben nur einen Gröber, den modernen Menenius Agrippa." Seitdem hat er in den großen öffentlichen Sitzungen nicht mehr das Wort ergriffen. Sehr anziehend sprach er bei der Begrüßungsfeier in Mainz (1911), mit einer Fülle von Mainzer und Württemberger Erinnerungen, und in Aachen (1912) in der Versammlung des Sekretariats Sozialer Studentenarbeit richtete der allmählich zum Alten Herrn Gewordene noch einen frischen Appell an die Jungen, die zukünftigen Führer des katholischen Volkes, für die vor allem die Katholikenversammlungen eingerichtet worden seien. „Die Studenten sollten so fröhlich sein als nur möglich, keine Kopfhänger, solche müßte man in katholischen Gegenden nicht suchen. Die größte Freude aber komme erst nach vollbrachter Pflicht. Studieren, ernst studieren soll der Student. Nicht allein Fachstudium der Brotstudenten sei notwendig, exzellieren müßten sie, sonst würden sie eingebuttert. Die Jahre des Studiums seien ein Privileg, von dem später Rechenschaft abgelegt werden müsse. Durch Jugendfrische zur Männerkraft!"

Das war Gröbers Abschied. Auf der Tagung zu Metz (1913), der ersten und letzten in der wiedergewonnenen und jetzt wieder verlorenen lothringischen Grenzmark, ist er nicht mehr erschienen, und als 1914 die Versammlungswoche vor der Tür stand, brach der Weltkrieg aus.

Einer besondern Würdigung bedarf noch zum Schluß dieses Abschnitts seine Tätigkeit im Zentralkomitee für die Generalversammlungen, die ich Herrn Franz Bachem (Köln) verdanke. Bei den Vorbereitungen zur Kölner Generalversammlung (1903) hatte sich die Unzulänglichkeit der alten Geschäftsordnung klar herausgestellt. Auf einer Sitzung des Zentralkomitees in Mainz wurde ein Ausschuß eingesetzt, bestehend aus den Herren Justizrat Karl Custodis (Köln), Verleger F. X. Bachem (Köln) und Generaldirektor Dr. Pieper (M.Gladbach), um für die Änderung der Geschäftsordnung der Generalversammlung und des Leitfadens für das Zentralkomitee Vorschläge auszuarbeiten.

Hier setzte Gröbers hingebende Tätigkeit ein. Er war der erste, der am 25. Januar 1904 dem Ausschuß Anträge zur Geschäftsordnung einreichte. Sie wurden mit solchen von Franz Brandts (M.Gladbach) der Zentralkomiteesitzung vom 20. August 1904 in Regensburg unterbreitet und das Ergebnis als Antrag des Zentralkomitees an die 51. Generalversammlung gebracht. Gröber wurde bei dieser Gelegenheit dem Ausschuß hinzugewählt. In jenen Beratungen entstand zum ersten Male eine geordnete Satzung der Generalversammlung und ein übersichtlicher Leitfaden für das Lokalkomitee nebst einer sogenannten besondern Anweisung. Gröber war die Seele des Ganzen. Die Straßburger Generalversammlung (1905) konnte von dieser Arbeit schon Nutzen ziehen.

Gröbers ausgeprägtem Sinn für Klarheit und Übersichtlichkeit genügte aber diese Form immer noch nicht. Die Erfahrungen der folgenden Generalversammlungen wurden auf sein Betreiben von dem sogenannten Mainzer Ausschuß 1911 und 1912 noch einmal sorgfältig durchgearbeitet, neue Bestimmungen eingefügt usw. Gröber selbst hat dieser Sache außerordentlich viel Zeit gewidmet. An ein Ausschußmitglied schrieb er (14. 4. 12): „In der Beilage übersende ich Ihnen das Manuskript zu einer Neuordnung für die Generalversammlung. Ich konnte die Arbeit leider erst in den Osterferien ausführen, da mir die Parlamentsarbeit keine Zeit hierzu ließ. Ich habe auch manche rein redaktionelle Änderungen vorgenommen zur Beseitigung von Wiederholungen, Ersatz unnötiger Fremdwörter, Umstellung einzelner Paragraphen, Zusammenfassung zusammengehörender Bestimmungen u. dgl."

Er hatte noch die Freude, die meisten seiner Abänderungsanträge sowohl vom Ausschuß wie vom Zentralkomitee angenommen zu sehen, so daß die letzte gedruckte Ordnung der Generalversammlungen, Ausgabe von Juni 1912, den Abschluß seiner hingebenden Arbeit bildete.

Diese endgültige Ordnung lag zum ersten Male der Vorbereitung zu den Versammlungen in Aachen (1912) und Metz (1913) zugrunde. Die nachfolgende für Münster (1914) beschlossene Generalversammlung kam durch den Ausbruch des Krieges nicht zur Ausführung.

Soziale Arbeit
Tätigkeit im Volksverein für das katholische Deutschland

Was Gröber auf diesem Gebiete gewesen ist und geleistet hat, möge statt meiner ein anderer sagen, der viele Jahre hindurch, als Generaldirektor des Volksvereins, in enger persönlicher Fühlung mit ihm zusammen gearbeitet hat und wie wenige berufen sein dürfte, als Zeuge für sein Wirken und die tiefinnerlichen Beweggründe desselben zu dienen. Herr A. Pieper stellt mir den folgenden Abschnitt zur Verfügung.

In Adolf Gröber lebte das tiefe Gefühl des Verwachsenseins und der Schicksalsverbundenheit mit seinem Volke, insbesondere mit seinen Glaubensgenossen. Darum erachtete er sich im Gewissen verpflichtet zur Arbeit, und wo es erforderlich war, zum Kampfe für das Volk. Wo er Zurückgesetzte, Bedrückte, Schwache und Hilfsbedürftige fand, da trat er als Anwalt, Helfer und Beschützer entschieden auf ihre Seite, denn die Starken würden sich schon selbst zu helfen wissen. In dem Maße, als er zunächst in seinem Heimatlande, dann im Reiche zu Führerstellen berufen wurde, wuchs in ihm mit dem Gefühle väterlicher Verantwortung die Achtung vor dem Volke, dessen Freiheiten und Rechte, auch die erst werdenden, dessen Wohl und Wehe ihm heilig und ehrfurchtgebietend galten. Er kannte aus reicher Erfahrung die Schwächen, Fehler und Unzulänglichkeiten der Kleinen und Schwachen; er beschönigte sie nicht, er ließ sich durch sie nicht von seinem Ziele abbringen. Nie aber hat von ihm jemand aus Enttäuschung oder Verbitterung ein abfälliges, wegwerfendes Urteil über das Volk oder eine Absage an dasselbe gehört; ebensowenig, daß er solchen Unmutsäußerungen zugestimmt hätte. Vielmehr wies er sie stets ruhig zurück mit dem Hinweise darauf, daß wir nun einmal verpflichtet sind, zu helfen, insbesondere aber auch zu bilden, zu erziehen, zu bessern, wo das Volk noch nicht selbst das Rechte, dazu auch seine Pflichten erkannt hat.

Sein Volk war ihm denn auch nicht die Masse, auf deren Schultern er als Politiker seine staatsmännischen Aufgaben löste; er sah in ihm auch nicht bloße Schutzbefohlene, denen er, wie die Sorgen so die

Verantwortung, das Denken und Streben abzunehmen habe. Er wollte dem Volke durch Zusammenschluß und Arbeitsgemeinschaften dazu helfen, daß es durch Selbstbildung, Selbstschulung und Selbsterziehung fähig werde, sich selbst zu helfen in der Verwaltung seiner Angelegenheiten. Wie ein rechter Vater seine Kinder, so wollte er seine Volksgenossen zu männlicher Selbständigkeit erziehen. Güte und Strenge, Ernst und Scherz standen ihm dafür in frischer Ursprünglichkeit zu Gebote. Das Beste aber, was er in dieser Bildungs- und Schulungsarbeit bot, war seine Persönlichkeit und das Beispiel seiner Hingabe an die Gemeinschaftsarbeit. In seinem Volke war er verwurzelt und wie in einer Volksfamilie bodenständig. Dessen Sache zu führen, war ihm nicht Liebhaberei noch auch ein freier Entschluß, den er aus schwerwiegenden Rücksichten auf sein persönliches Wohlergehen hätte rückgängig machen können. Er wußte, daß es sein Beruf sei. Darum war ihm keine Arbeit zu viel, auch nicht zu gering und unbedeutend.

So war Gröber im echten Sinne sozial, ein Gemeinschaftsmensch. Dieser soziale Sinn gab seiner politischen Arbeit die Seelenkraft warmblütigen organischen Lebens, die sich nicht genügen läßt an der äußern Regelung der Rechts- und Staatsordnung, die vielmehr das Volkstum mit seinen Lebensgemeinschaften von Familie, Berufsstand, Volksgemeinschaft zu wecken und zu pflegen sucht als das Reich der Seele, in dem das Volk erst wahrhaft glücklich wird und sich behaglich in Staat und Nation einbettet. Deshalb suchte er in der gesamten Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung den Gemeinschaftsgeist zur Geltung zu bringen, ihm auch deutlichen Ausdruck zu sichern. Darum stützte und förderte er den Ausbau der Sozialreform, weil er ihre grundlegende Bedeutung für das gesamte Staats- und Volksleben anerkannte. Soweit die soziale Gesetzgebung nicht staats- oder zivilrechtliche Fragen zu regeln hatte, die sein parlamentarisches Arbeitsgebiet waren, überließ er die Verantwortung für die Kleinarbeit der sozialen Gesetzgebung seinen befreundeten Kollegen; in allem wesentlichen aber erarbeitete er sich den Einblick und Überblick, bewahrte er sich auch mitentscheidenden Einfluß auf den Gang der Sozialpolitik sowohl unter seinen Gesinnungsgenossen und in seiner Partei, wie auch im Reichstag und im Landtage. Draußen im Lande förderte er eifrig alle berufsständische Organisations- und Gemeinschaftsarbeit.

Keinen Augenblick ist er sich unklar gewesen über seine Haltung zur Arbeiterbewegung. Auch hier leitete ihn sein tiefer sozialer Instinkt. Seiner Stellungnahme gab großes Gewicht die Tatsache, daß er unabhängig von allen wirtschaftlichen und sozialen Sonderbestrebungen dastand, daß er es verstand, alle Einzelfragen mit sittlichem

Pathos einzustellen in ihre organische Verbundenheit mit der Volksgemeinschaft und mit dem Gemeinwohl. Der Ausgleich der Interessen war ihm nicht bloß eine politische Notwendigkeit, ein Erfordernis der parteipolitischen Führung; er war ihm nicht schon gegeben durch äußere Zugeständnisse an Rechten und wirtschaftlichen Gütern, durch Zuweisung von Pflichten; ihm war er der Ausdruck eines Gemeinschaftsgeistes, der im staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenleben eine vom Schöpfer in die Menschennatur gepflanzte Lebensgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit sieht, nicht aber eine bloße zur Harmonie gebrachte Interessenvereinigung, in der jeder letztlich nur auf seinen persönlichen Eigennutzen aus ist. In der christlichen Gesellschaftsordnung sah er diese Auffassung gewährleistet, im alten Liberalismus und im Sozialismus erblickte er dagegen die Träger des Einzel- oder Massenindividualismus, die beide das naturhafte Gemeinschaftsleben zersetzen.

Bei solcher organischen Auffassung vom Gemeinschaftsleben des Volkes würde Gröber als Politiker sich als in einem luft- und wärmeleeren Raume lebend empfunden haben, hätte er nur in den für ihn als Abgeordneten abgegebenen Wahlstimmen, nur im Zulauf und Beifall der Versammlungsbesucher Fühlung mit dem Volke gehabt. Die lebendige Gemeinschaft mit diesem konnte ihm nur ein Verein bieten, der an keine Grenzen von Bundesstaaten, Ständen oder Sonderinteressen gebunden war, der im Grunde ein Volksbildungs- und ein sozialer Verein war. Alles das fand er im Volksverein für das katholische Deutschland. Dieser ist der einzige Verein geblieben, zu dem er ein seelisches Verhältnis hatte, an den ihn aber auch das Pflichtbewußtsein und die Liebe eines Vaters band.

Gleich bei der Gründung am 24. Oktober 1890 wurde er zum Mitglied des Gesamtvorstandes gewählt, kurz darauf zum Landesvertreter in Württemberg ernannt. Bereits 1894 wurde er in den geschäftsführenden engern Vorstand berufen. Damit trat er in das freundschaftliche Verhältnis zur Familie des Vorsitzenden Franz Brandts im Josephshause zu M.Gladbach, wo die Sitzungen des engern Vorstandes stattzufinden pflegten. In Franz Brandts und in dem 20 Jahre jüngern Adolf Gröber begegneten sich zwei Männer, die verwandt waren in tiefster religiöser Lebensauffassung und in edler Hingabe an den Aufbau des Gemeinschaftslebens. Beide waren Persönlichkeiten von starkem Eigenwuchse, aufrechte Männer von unbeugsamem Rechts- und Freiheitssinn, von tiefster Wahrhaftigkeit, aber auch Männer, die aus Großmut dem Ganzen zu dienen verstanden, deren Herzensgüte sich dabei nicht durch Enttäuschungen, durch den Widerstand aus menschlicher Kurzsichtigkeit, Engherzigkeit, Weltfremdheit

irremachen und die Freude an ihrem Lebenswerke vergällen ließ. Gröber war mit Brandts einig in der tiefen Auffassung des Volksvereinsgedankens dahin, daß in ihm gemeinschaftsbildende, alle sozialen und staatsbürgerlichen Gliederungen des Volkskörpers erneuernde, in der Religion Christi wurzelnde Lebenskräfte geweckt und gepflegt werden sollen. Er sollte eine Pflanzstätte des zu erneuernden Gemeinschaftslebens sein, keine bloße Zweckorganisation, die dem, der den Verein in die Gemeinde einführt, nur den Apparat und die Hilfsmittel bietet, um die unabweisbaren Aufgaben des aufgewühlten öffentlichen Lebens zu erledigen: Abwehr der sozialistischen Agitation, Gewinnung der öffentlichen Meinung für die sozialpolitischen Forderungen des Tages, Verteidigung der christlichen Sozialreform, Agitation für die unentbehrlichen sozialen Vereine und Berufsorganisationen. Viel zu viele im Lande sahen nur diese äußerliche Unentbehrlichkeit des Volksvereins bei der Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsordnung, bei der Durchführung von außen aufgedrängter Reformen. Gröber war es, ebenso wie Brandts, Hitze, Trimborn und der M.Gladbacher Zentralstelle, um das Wecken sozialen und staatsbürgerlichen Gemeinschaftslebens zu tun, das nur dort wachsen kann, wo Männer und Frauen die Lebensgemeinschaft von Familie, Berufsstand, sozialer und staatsbürgerlicher Volksgemeinschaft, Nation in seelischer Ergriffenheit tief erleben und nun beginnen, in unermüdlicher Arbeit aus sich heraus und um sich herum Gemeinschaftsleben aufzubauen. Ähnlich so wie Vater, Mutter und Kinder die Lebensgemeinschaft der Familie als ein Reich der Seele auferbauen, in dem sie aus sich verschenkender Liebe miteinander und füreinander streben und arbeiten, einander vertrauen, Treue, Liebe, Hilfsbereitschaft entgegenbringen, dadurch einer dem andern menschlich etwas werden, einer im andern sich wiederfinden. Gerade diese tiefe Auffassung des sozialen Volksvereins gewann Gröbers Herz, ließ ihn als Mitglied des Vorstandes mit seltener Treue und Gewissenhaftigkeit über das äußere Erstarken, über den innern Ausbau der Vereinstätigkeit im Lande wie an der Zentralstelle wachen, alle Angriffe auf den Geist und Kurs des Vereins abwehren. Alle schweren Sorgen der beiden Vorsitzenden und der Zentralstelle hat er geteilt, bei allen großen Entscheidungen wurde er zu Rate gezogen.

Nach dem Tode von Franz Brandts erachtete es denn auch der Vorstand als selbstverständlich, daß Gröber als Zweiter Vorsitzender im Präsidium seinem Freunde Trimborn zur Seite trat. So war er einer der Väter des Vereins, denen im Vorgefühl einer grundstürzenden Wende der Zeit diese soziale Gesamtorganisation die Verkörperung einer lebenserneuernden großen Idee war, gleich bedeutsam

für die Erhaltung der Ehrfurcht vor der Religion wie für die Zukunft von Volk und Vaterland. Auch in ihm war dieser Gedanke so prophetisch klar erschaut, mit so wuchtigem Ethos ergriffen, so schöpferisch erfaßt, daß daran alle jüngern Mitarbeiter sich aufrichteten und stärkten.

Aus alledem ist verständlich, daß Gröber als Führer der Katholiken seines Heimatlandes den Volksverein in den Vordergrund des öffentlichen Lebens stellte und dessen Tätigkeit als Landesvertreter leitete. Kurz nach der Gründung fand am 23. und 24. November 1890 in Ulm ein württembergischer Katholikentag statt, zu dem 20 000 Männer herbeiströmten. Die verweigerte Zulassung von Männerorden, Angriffe auf die konfessionelle Schule hatten diese Massenkundgebung veranlaßt; die Beschlüsse wiesen aber auch hin auf die Aufgaben im sozialen Leben. Die württembergischen Katholiken hatten noch keine Organisation der Zentrumspartei, ein erst wenig entwickeltes Vereinsleben. Der Ulmer Tag löste das stürmische Verlangen nach einer katholischen Gesamtorganisation aus. Gröber erwählte als solche den Volksverein, weil er ein gesamtdeutscher und ein sozialer Verein war. Von diesem erwartete er stille aufbauende Arbeit in Bildung und Schulung, wozu ein parteipolitischer Verein sich weniger geeignet erwiesen hätte. Der Verein fand im Lande günstige Aufnahme. Am Ende des ersten Vereinsjahres 1891 zählte er hier bereits 13 000 Mitglieder, die 1895 auf 20 000 stiegen; das waren 17 v. H. der katholischen Männer über 21 Jahren. Lange Zeit stellte damit Württemberg die stärkste Beteiligung am Verein. Auch dessen Versammlungstätigkeit war reger als in andern Landesteilen. Neben öftern kleinen Ortsversammlungen wurden Bezirks- und größere Hauptversammlungen gehalten, die oft ob der zuströmenden Massen Nebenversammlungen anberaumen mußten. Gröber bestellte selbst die Kreisgeschäftsführer, berief sie zu Konferenzen, die er leitete. Hier schulte er sie in der Kleinarbeit, beriet mit ihnen das Jahresarbeitsprogramm, hielt Rückschau auf die getane Arbeit. Das alles brachte dem einer Schreibhilfe entbehrenden vielbeschäftigten Politiker eine überaus große Arbeitslast; die nachgelassenen Aktensammlungen lassen einen Blick zu in die gewissenhafte Genauigkeit seiner Landesgeschäftsführung, in sein liebevolles Eingehen auf die persönlichen und zuständigen Einzelverhältnisse der Kreisgeschäftsführer, in das wohldurchdachte Bildungs- und Schulungsprogramm, in den regen Verkehr mit der Zentralstelle in M.Gladbach. Als nach 15 Jahren ein württembergischer Landessekretär angestellt wurde, der diese Kleinarbeit übernahm, behielt Gröber die Landesvertretung bei. Um die berufsständische Organisation zu fördern, bestellte 1898 die Geschäftsführerkonferenz je einen Bauern-, Handwerker- und Arbeiteranwalt im Ehrenamte,

welche sich insbesondere um die Ausbreitung des ländlichen Genossenschaftswesens, um die Durchführung der Organisation des Handwerks auf Grund des Handwerkergesetzes von 1897, um die Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung und um die Förderung der christlichen Gewerkschaften in einer Zeit verdient machten, da diese Organisationsbewegung auch in Württemberg noch in den Anfängen lag. 1894 war das Jahr der Gründung der Zentrumsfraktion im Württembergischen Landtag und der württembergischen Zentrumspartei; sie war auch eine Rückwirkung der Sammlungs- und Bildungsarbeit des Volksvereins.

Der Volksverein blieb Gröber als dem Führer der Katholiken Württembergs zeitlebens der wichtigste Verein. Einmal, weil er ein allgemeiner Verein war, berufen, über alle einseitigen und gegensätzlichen Standesinteressen und über allen Partikularismus der Bundesstaaten hinaus das Gemeinschaftsbewußtsein der organischen Verbundenheit aller Deutschen im Volksganzen zu wecken und zu pflegen. Sodann, weil er ein Bildungs- und Schulungsverein war, der an seiner weitausgebauten Zentralstelle einen Stab von wissenschaftlichen Beamten, eine sozialwissenschaftliche Bibliothek und Auskunftstelle, dann einen wachsenden Verlag aufwies und imstande war, großzügige und in die Tiefe gehende Bildungsarbeit zu leisten. Daß aber der anerkannte Führer den Verein in seinem Heimatlande selbst organisierte und leitete, bis zu seinem Tode dessen Landesvertreter blieb, hat diesem in Württemberg eine Förderung gegeben, die nicht größer zu denken war. Die hohe Auffassung, welche Gröber vom Volksvereinsgedanken hatte und auf Volksvereinsversammlungen, auf den Konferenzen der Geschäftsführer verkündete, ließ ein Hinabgleiten der Volksvereinsarbeit in den Ortsgruppen der meist kleinen Gemeinden des Landes nicht zu. Als Vermächtnis Gröbers an seine katholischen Heimatgenossen wird darum der Volksverein in Württemberg stets in Ehren stehen.

* * *

Es sei mir gestattet, dieser großzügigen Schilderung noch einige Einzelheiten aus Gröbers rastloser Arbeit für den Volksverein beizufügen. Als 1890 in Mainz, Koblenz, Köln engere Besprechungen stattfanden über die Gründung eines katholischen Gesamtvereins, der zu den Irrtümern und Umsturzbewegungen der Zeit Stellung nehmen sollte, wurde auch Gröber eingeladen. Er konnte an den Beratungen nicht teilnehmen, die zur Gründung des Volksvereins führten, verfolgte sie aber mit größter Aufmerksamkeit und sammelte die ihm zugehenden Rundschreiben des vorbereitenden Komitees. Karl Bachem (Brief vom 30. 9. 1903) erbat sich Übersendung dieser „Akten betreffend

Gründung des Volksvereins" und erhielt sie auch. Später gingen sie in das Archiv des Volksvereinshauses über. Wiederholt erwähnt Gröber Reisen zu Versammlungen des Vereins in Briefen an seinen Vater (15. 4. 92 und 27. 5. 94, Reisen nach Würzburg und Ulm). Die Jahresversammlungen des Vereins, die bekanntlich mit den großen Katholikentagen verbunden werden, erfreuten sich stets eines Besuchs von Tausenden — in Osnabrück mußte 1901 wegen kolossalen Andranges eine Nebenversammlung abgehalten werden — und Gröber hat sie so ziemlich jedes Jahr als einer der beliebtesten und wirkungsvollsten Redner besucht. Er begrüßte sie als Erster Vorsitzender der Katholikentage von Dortmund (1896) und Essen (1906), hielt bald kurze Ansprachen, bald ausführliche Reden, so in Krefeld (1898), Osnabrück (1901), Mannheim (1902), Regensburg (1904), Straßburg (1905), Würzburg (1907), Augsburg (1910). Mehrfach knüpfte er dabei wirkungsvoll an die sozialpolitische Vergangenheit der betreffenden Städte an, so in Düsseldorf (1908) und Mainz (1911). Manche dieser Reden sind gründlich vorbereitete Abhandlungen, die als Dokumente der sozialen Arbeit der deutschen Katholiken weit über den Volksverein hinaus Bedeutung besitzen, so die umfangreichen Ausführungen über die Verpflichtung des Volksvereins zur Verteidigung der christlichen Ordnung, wobei „er seinem Thema häufig auch humorvolle Lichter aufzusetzen wußte" (leider nur kurzer Auszug in den Verhandlungen Straßburg 1905, S. 513), über die apologetische Aufgabe des Volksvereins (Mannheim 1902, Augsburg 1910). Aber er verstand es auch, sich kurz zu fassen. Auf dem Katholikentag zu Neisse (1899) wurde die dritte öffentliche Versammlung ausnahmsweise mit der Versammlung des Volksvereins zusammengelegt. Bei äußerst beschränkter Zeit kam Gröber als letzter Redner zu Wort, hatte nicht viel Zeit zur Verfügung und unterhielt sich darüber mit seinen Zuhörern in ergötzlicher Weise: „Die Zeit drängt. Ich will recht viel von dem Vortrag, den ich halten wollte, unter das Pult fallen lassen und nur noch einen Gesichtspunkt ausführen. (Ach, ach!) — Hilft nichts, meine Herren! (Stürmische Rufe: Weiter reden!) Ja, wenn Sie es absolut haben wollen." In Mannheim (1902) hat sein württembergischer Landsmann Graf Rechberg-Rothenlöwen den Vorkämpfer des Volksvereins in besonderer Weise geehrt. Auf dem Begrüßungsabend gedachte er der gewaltigen Versammlung zu Ulm (1901), „wo sich 30 000 Männer versammelt haben, um in der Schulfrage ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben. So eine Versammlung kommt nicht leicht zustande. Hierzu gehört eine vorhergehende Organisation. Diese Organisation besteht bei uns im katholischen Volksverein, der sehr gut organisiert und überall ausgebreitet ist. Das verdanken wir einem

Manne, den Sie alle kennen, dem Herrn Abg. Gröber." Natürlich beteiligte er sich auch in hervorragender Weise an den Volksvereinsversammlungen seiner engern Heimat; über die Hohenzollernsche Landesversammlung in Hechingen (14. 11. 1909), bei welcher er über die soziale Seite der Reichsfinanzreform sprach, hat er sich ein eignes Heft angelegt. Die Errichtung eines württembergischen Landessekretariats ist durch ihn veranlaßt worden (Jubiläumsrede von Kienes im „Deutschen Volksblatt" Nr. 36 vom 13. 2. 14).

Gröber im Reichstag

Die Reichstagslehrjahre sind für Gröber eine Zeit angestrengtester Arbeit gewesen. Sein Richteramt behielt er bei, und gelegentlich (TB. 15. 8. 89) klagt er über „angestrengten Strafkammerdienst". Dazu kam seine Wahl in den Württembergischen Landtag und die rasch wachsenden Anforderungen, die man in Vereinsangelegenheiten und in der Wahlagitation an ihn stellte. Die musterhaft pünktliche und gewissenhafte Beteiligung an den Verhandlungen des Reichstags war wahrlich nicht der einzige Karren, an dem er zu ziehen hatte, und während und nach den zahllosen Sitzungen war er noch fleißig mit der Feder als Berichterstatter für die Presse tätig, welcher er auch außerparlamentarische Beiträge schickte. Mitglied verschiedener Kommissionen war er längst. In die Petitions-, Rechnungs- und Wahlprüfungskommission wurde er am 29. 10. 89 wiedergewählt, desgleichen in den Vorstand der Fraktion. Letzterer scheint allerdings damals nur eine bescheidene Bedeutung gehabt zu haben, wenigstens äußert Graf Ballestrem einmal, er habe eigentlich nur den Wahlaufruf zu unterzeichnen; immerhin wird es bezeichnend sein, daß Gröber ihm als einziges württembergisches Mitglied angehörte. Zu den schwäbischen Kollegen stand er anscheinend nicht in engern Beziehungen. Er äußert sich abfällig über adelige Absentisten, speziell über den Grafen Adelmann, erkennt aber bei anderer Gelegenheit auch an, daß derselbe tüchtig mitarbeite, und läßt sich häufig von ihm unterrichten. Wie rasch er sich das Vertrauen anderer hervorragender Kollegen erwarb, haben wir bereits gesehen. Auch politische Gegner haben früh seine Bedeutung anerkannt. Dafür liegen denkwürdige Zeugnisse vor in Briefen seines Vetters Albert Burkhart, der bei dem württembergischen Minister v. Schmid Hausarzt war und dann dessen Schwiegersohn wurde. Am 19. 3. 88 schreibt er an Gröbers Vater: „Den großen Erfolg Adolfs im Reichstag (nämlich bei seiner oben erwähnten Jungfernrede) habe ich mit größter Freude vernommen; zudem war ich aus Veranlassung des Ministers mit den Reichstagsabgeordneten Grub und Stälin von Calw zusammen, welche mit großer Aner-

kennung von Adolf sprachen und behaupteten, derselbe werde jedenfalls mit der Zeit nicht bloß dem Zentrum, sondern dem ganzen Reichstag zur Zierde gereichen. Es werde schon seit einiger Zeit wahrgenommen, wie Herr v. Franckenstein sich mit Vorliebe an Adolf wende in den Pausen oder vor Beginn wichtiger Abstimmungen." Und im folgenden Jahre bezieht er sich (1. 8. 89) auf das Urteil eines hohen württembergischen Beamten: „Schon öfter hat er, wenn er auf Adolf zu sprechen kam, stets mit aller Wärme, um nicht zu sagen Begeisterung, über das hervorragende Talent und den unbeugsamen Charakter Adolfs gesprochen. Außerdem weiß er ganz genau, wie hoch mein Schwiegervater über Adolf denkt und öffentlich urteilt."

Die wärmste Anerkennung fand Gröber bei seinen Fraktionsgenossen. Hier einige Zeugnisse, die sich leicht vermehren ließen. Karl Trimborn dankt ihm (Brief 3. 7. 97) für die Übersendung seines Steuerberichts, „dieses umfassenden Werkes" „gewaltiger Mühe", aus dem er „die Grundzüge Eurer Steuerreform kennen lernen" will. Diesen Steuerbericht nennt Karl Bachem (Brief vom 20. 7. 97) „ein pyramidales Werk". Bei der Feier seines 50. Geburtstags (11. 2. 04) feierte Graf Ballestrem ihn als „einen der hervorragendsten Männer und als eine Zierde des Reichstags", der stets für seine Überzeugung eingetreten, bei dem „die juristische Bildung durch seinen gesunden Menschenverstand bewahrt geblieben sei vor juristischer Einseitigkeit". Roeren nennt ihn (Brief 6. 4. 11) den „eigentlichen Spiritus rector der Strafprozeßkommission". In der Festrede zu seinem 60. Geburtstage hat sein Landsmann Kiene sich über seine Reichstagstätigkeit zusammenfassend geäußert: Hervorzuheben seien seine Arbeiten, Reden und Anträge auf dem Gebiete der Gewerbeordnung zugunsten der Handwerker, in der Arbeiterfürsorge und der Arbeiterschutzgesetzgebung, beim Zolltarif und bei den Handelsverträgen, bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, sodann bei Schaffung des Reichsvereinsgesetzes. Er war langjähriger Referent für den Heeresetat, Spezialreferent für die Militärvorlage von 1893. Unvergeßlich seien seine Anträge und Ausführungen für Beseitigung des Jesuitengesetzes, die Begründung des von ihm in der Hauptsache ausgearbeiteten Toleranzantrags. Als Reichstagsabgeordneter sei er vom württembergischen Ministerium in die Kommission für Vorbereitung der Strafprozeßreform berufen worden. Den größten Vertrauensbeweis hat seine Fraktion ihm gegeben, indem sie ihn während seiner Krankheit (20. 8. 17) als Nachfolger Peter Spahns zum Vorsitzenden wählte. Er ist es bis zu seinem Tode geblieben.

Am 28. 7. 1909 verband die Gattin seines Freundes Karl Trimborn, welcher er ein Buch geschickt hatte, mit ihrem Dankbrief eine

eindringliche Mahnung. „Wenn ich denke, daß Sie (nicht nur im Reichstag, sondern auch) noch im (württembergischen) Landtag sein müssen, dann bekomme ich Sorge für Ihre Gesundheit. Hoffentlich werden Sie sich eine gut bemessene Ferienzeit gönnen oder sich im Interesse der guten Sache dazu zwingen. Ich habe gemerkt, daß die zu eifrigen Herren zu leicht vergessen, daß Gott selbst die Grenzen der menschlichen Kraft gesetzt hat und auch den Mahnruf der Abspannung und der Jahre in seiner Vorsehung uns vernehmen läßt. Nun wird Herr Rat denken: So! man erfreut jemand mit einem schönen Geschenk, und erhält dafür postwendend eine ungeziemende Predigt! Sehen Sie, Ihre Erfahrungen, Ihre Beziehungen, Ihr Einfluß werden länger noch Früchte für das Reich Gottes tragen, wenn Sie ein besserer Gärtner wären für den Bau Ihres Lebens, das Gott gepflanzt hat in seinem irdischen Garten. Jetzt, denke ich, könnte ich auch Amen sagen. Möge Gott Sie segnen und Ihre Kräfte stählen, noch lange Jahre; aber bitte, wirken doch Sie auch mit dieser Gabe."

1917 hat G. Haßl[1]) „Momentaufnahmen" von „zwei Schwerstarbeitern" entworfen. Der eine ist Generalleutnant Gröner, der Chef des Kriegsamts, der andere Gröber. „Um 6 Uhr früh sieht man ihn täglich bei der heiligen Messe. Von 7 bis 8½ Uhr wird der große Einlauf erledigt. Kurz vor 9 Uhr sieht man die ehrwürdige Gestalt, »den Berliner Weihnachtsmann«, zum Wallotbau schreiten. Hier hat er das größte Arbeitszimmer. Ich durfte einmal dort eine Arbeitsstunde mitmachen. Da habe ich gelernt für mein Lebtag! Und wie mag von ihm erst geschafft werden hinter den verschlossenen Türen der Kommissionen, der Fraktion, im Schreib- und im Sprechzimmer! Wie im Plenum, das kann man von der Tribüne aus beobachten. Ist sein Platz leer, so findet man ihn in der Wandelhalle im eifrigen Gespräch mit dem oder jenem Fraktionsführer oder auch mit einem der vielen Bittsteller, die ihn nicht bloß schriftlich angehen. So wird's etwa 3 Uhr, bis er zu frugalem Mittagessen in der Reichstagswirtschaft sich einfindet. Nach halbstündiger Pause geht's wieder weiter in der Arbeit. Plenar-, Ausschuß- und Fraktionssitzungen und zum Schlusse wieder Arbeit auf seinem Reichstagszimmer. ½11 war's, als er endlich Feierabend erhielt. Da fand er sich noch zu zwanglosen Besprechungen mit Parteifreunden ein zum Abendessen. Und das bestand — nach 15stündiger schwerer Arbeitszeit? Aus zwei Glas Bier und einem Rollmops in der Größe eines halben Herings nebst einem Stück Rübenbrot. Vor der Polizeistunde, 11 Uhr, ging's nach Hause. Der neue Tag bringt neue Arbeit: Schwerstarbeiterlos!"

[1]) Im „Deutschen Volksblatt" Nr. 108 vom 10. Mai 1917.

Zu bedauern ist, daß so wenig eigne Äußerungen Gröbers über seine Wirksamkeit im Reichstage vorliegen, abgesehen natürlich von seinen Tagebüchern, die aber ja leider nur wenige Jahre umfassen. Wie willkommen wären hier seine politischen Briefe gewesen, die jedenfalls noch in großer Zahl vorhanden sind. In den Briefen an seinen Vater — dem einzigen größern Komplex, der mir vorliegt — spricht er einmal (12. 2. 93) flüchtig von seiner starken Inanspruchnahme durch die Arbeiten in der Subkommission der Militärkommission und in der Budgetkommission. Zufällig erhalten ist das eigenhändige Konzept eines Briefes an Karl Trimborn (Heilbronn, 7. 10. 1903) über eine Besprechung, die er mit Spahn bei einem Besuch in Leipzig gehabt habe; sie bezog sich hauptsächlich auf das Anwachsen der gegen das Zentrum gerichteten polnischen Bewegung, die eine nicht unerhebliche Gefahr bedeute, auf die Befürchtung einer weitern Verschärfung des unnötigen Gegensatzes zwischen Zentrum und polnischer Fraktion, und auf die Frage, ob Spahn wieder ein Mandat für das Preußische Abgeordnetenhaus übernehmen solle, was Gröber warm befürwortet. Das ist eine Ausnahme, und im wesentlichen sehe ich mich auf eine Durchmusterung der Aktenmassen des Reichstags beschränkt, die freilich nur eine oberflächliche sein kann.

Und da ist man erstaunt über die Fülle der Gegenstände, denen er sein Interesse zuwendet, um sie in zahllosen Fällen auch im Plenum zu behandeln, nicht selten als Antragsteller. Er spricht zum Postetat (10. 2. 94); befürwortet das Verbot der Ehescheidung wegen Geisteskrankheit, das denn auch ins Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen wurde (26. 6. 96); auf seine Anregung gibt Staatssekretär Nieberding eine Erklärung ab über Revision der Konkursordnung (20. 3. 95); beim Etat der Heeresverwaltung sekundiert er dem liberalen Abg. Paasche, der gegenüber Bebel die überhandnehmende Verrohung auf das Wachsen der Irreligiosität zurückgeführt hatte (3. 3. 99); spricht über Entschädigung Freigesprochener (3. 2. 04); beim Etat des Reichseisenbahnamts rügt er den rücksichtslosen Wettkampf durch Verkehrsumleitungen, worauf das Haus einen entsprechenden Beschluß faßt (25. 2. 04); spricht gegen häufige Uniformänderungen (5. 3. 04); äußert Bedenken gegen Entschädigungen für Verluste im Hereroaufstand (22. 4. 04), später (10. 5. 07) hat er Entschädigungen abgelehnt; wendet sich gegen die Lehre von der „Diskontinuität" des Reichstags (13. 12. 05); spricht zur Abänderung der Strafprozeßordnung nach deutschen, nicht englischen Anschauungen (12. 3. 07); sehr scharf zum Vereinsgesetz (8. 4. 08); bekämpft die Ostmarkenzulage (4. 5. 08); wünscht Aufräumen mit der alten Ständeverfassung Mecklenburgs, hält jedoch Eingreifen des Reiches nicht für

zulässig (11. 1. 10); bekämpft entschieden die Versetzung von Reichsbeamten in Kattowitz, welche für polnische Kandidaten gestimmt haben (20. 1. 10); spricht zum Gerichtsverfassungsgesetz (15. 1. 10); befürwortet entschieden die Zulassung von Juden zu Offiziersstellen, aus gesetzlichen und Paritätsgründen (27. 2. 11); bei den Marokkodebatten betont er: Über Kriegserklärung entscheide der Kaiser, aber Souverän im Reiche sei er nicht, nicht der Herrscher, sondern der erste Diener; alle Rechte dem Kaiser und alle Lasten dem deutschen Volke, das gehe nicht an (10. 11. 11); bekämpft ein Erbrecht des Reiches (17. 2. 12); gibt eine Erklärung ab über das „Hofgehen" der Sozialdemokraten, falls ein Sozialdemokrat in das Reichstagspräsidium gewählt werde (20. 2. 12); mahnt beim Spionagegesetz zur Vorsicht (26. 11. 13).

Anträge, bald allein, bald mit andern, oft erfolgreich, hat er in Menge eingebracht: Auf Einschränkung des Hausierhandels (1. 2. 95); stärkere Nutzbarmachung der Fonds der Alters- und Invalidenversicherung für den landwirtschaftlichen Kredit und den Bau von Arbeiterwohnungen (18. 2. 95); Antrag zur Vorlage betreffend Bestrafung des Sklavenhandels und -raubes, angenommen (20. 5. 95); zur Verwendung von Militäranwärtern, fast einstimmig angenommen (18. 2. 97); Antrag, den Postvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Württemberg dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Erledigung vorzulegen, wird von der Budgetkommission abgelehnt (4. 3. 02); zur Geschäftsordnung darf nur nach freiem Ermessen des Präsidenten und nicht länger als fünf Minuten gesprochen werden (5. 12. 02); den Reichskanzer zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem Untersuchungs- und solchen Gefangenen, deren Handlung keine ehrlose Gesinnung bekundet, Selbstbeköstigung und Beschäftigung in einer ihrem Bildungsgrad angemessenen Weise zu gestatten, angenommen (27. 2. 04); Resolution betreffend Vergebung von staatlichen Arbeiten und Lieferungen, einstimmig angenommen (18. 4. 04); Resolution betreffend jährliche Vorlegung der Entschließungen des Bundesrats über Beschlüsse des Reichstags, angenommen (März 05), Antrag betreffend Bestechung von Privatbeamten (10. 3. 05); Antrag zum Notetat betreffend Teuerungszulagen für Beamte (18. 3. 07); Antrag betreffend Haftung für Schäden, die durch Kraftfahrzeuge angerichtet werden (12. 2. 08).

Eine Spezialität des gedienten Juristen war das militärische Strafverfahren. Gemeinsam mit Marquardsen sprach er den Wunsch aus, das in nächste Aussicht gestellte Militärstrafgesetzbuch möge sich dem Zivilstrafgesetzbuch möglichst anschließen (3. 3. 94); auch sonst hat er häufig zu diesem Gegenstand das Wort ergriffen, so im Dezember 97 und März 98; der Antrag, in § 97 MStrGB. (Verfehlung

gegen Vorgesetzte) die Minimalstrafsätze erheblich zu verringern, kam gegen die Rechte zur Annahme, trotz Widerspruch des Admirals Tirpitz und des bayerischen Bevollmächtigten v. Endres (6. 5. 04). Später hat er auch das traurige Kapitel der Soldatenmißhandlungen behandelt (6. 2. 08).

Als Student hatte Gröber sich einmal mit einer bei ihm ungewöhnlichen Härte über die Unsitte des Zweikampfes geäußert, welcher ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen war. Als reifer Mann ist er wiederholt gegen den militärischen Zweikampf aufgetreten, dessen Fortbestand, trotz den gesetzlichen Bestimmungen, den Mann des Rechts tief empörte. Am 15. 1. 1901 hatte der Kölner Reichstagsabgeordnete Trimborn eine Interpellation begründet: Was ist dem Bezirkskommandeur und den Mitgliedern des Ehrenrats zu Köln geschehen, welche entgegen einer Königlichen Kabinettsorder die Frage an Offiziersaspiranten gestellt haben, wie sie sich grundsätzlich zum Zweikampfe stellten? Nach diesem Inquisitorium waren die Aspiranten bei der Offizierswahl zurückgewiesen worden! Am 26. 2. kam Gröber bei der Etatsberatung darauf zurück. Er streifte einen vielbesprochenen Skandal bei und nach einer Kaisersgeburtstagsfeier in Mörchingen und zerpflückte dann die wunderbare Theorie des Kriegsministers: der Zweikampf sei zwar unzweifelhaft strafbar, aber der Reichstag habe ihn „anerkannt", indem er eine ihn vorschreibende Allerhöchste Verordnung über die Ehrengerichte in die Reichsverfassung aufgenommen habe; „wir stehen also", hatte der Kriegsminister gemeint, „durchaus nicht auf dem Standpunkte einer Offizierspraxis, sondern auf gesetzlichem Boden". Gegenüber diesem Fündlein appellierte Gröber „an den Kriegsherrn, ob diese Auslegung die richtige ist". Den ersten Teil der Ausführungen Gröbers konnte General v. Goßler befriedigend dahin beantworten, der Kölner Fall sei durch Bestrafung der Schuldigen erledigt. Was er im übrigen zur Duellfrage vorbrachte, war ein Produkt der schiefen Stellung, die sich von selbst aus dem Widerspruch zwischen militärischer Praxis und Strafgesetz ergab; das Weitere überließ Gröber dem Kölner Kollegen Bachem.

Beim Militäretat unterzog Gröber (17. 2. 11) das ehrengerichtliche Verfahren einer deutlichen Kritik. Kurz bevor der Ausbruch des Weltkrieges dem Unfug des einerseits verbotenen, anderseits erlaubten und vorgeschriebenen Offiziersduells ein Ende machte, hat Gröber (13. 3. 14) eine eigne Interpellation begründet. In Metz war ein Leutnant, der sich in seiner Familienehre schwer verletzt glaubte, erschossen worden; zehn Stunden, nachdem der Ehrenrat, unter Milderung der Kampfbedingungen, einen Ausgleich ab-

gelehnt, aber ein ehrengerichtliches Verfahren als notwendig bezeichnet hatte. Dieser empörende Fall gab Gröber Anlaß zu einer einschneidenden Kritik des ehrenrätlichen Verfahrens, ausmündend in den Satz, „daß der Zweikampf im Offiziersstande als eine eigentliche offizielle Einrichtung besteht", eine Einrichtung, die gegen das göttliche Gebot und gegen die Staatsordnung in grober Weise verstoße und so rasch wie möglich abgeschafft werden müsse.

„Wenn es sich bloß um so ein Dutzend Offiziersleben im Jahre handelte, könnte man sagen: Nun gut, wenn ihr nichts Gescheiteres zu tun wißt, dann tut, was ihr nicht lassen könnt. Aber es handelt sich auch um das kolossale öffentliche Ärgernis, das durch die Duelle verübt wird, und noch mehr durch die offizielle Einrichtung, die es einem gleichsam zur Pflicht macht, das zu tun, was allen verboten ist. Wie will man vom Bürger Gehorsam gegen das Gesetz verlangen, wenn man gleichzeitig den Zweikampf einer bestimmten Klasse von Bürgern geradezu auferlegt? Wenn auf jeden Monat nur ein Fall kommt, so ist das schlimm genug. Denn der Nachteil dieses schlechten Beispiels geht weit über den betreffenden Monat hinaus. Ist es nicht gefährlich, in einen Weinberg jedes Jahr zwölf Rebläuse hineinzusetzen? Die zwölf jährlichen Duelle — ich gebe zu, im Verhältnis zu der großen Zahl der Offiziere eine kleine Zahl! — wirken eben zerstörend, was nur zerstörend heißt. Unsere Zeit hat ein feines Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, und nichts ist so sehr in die Überzeugung aller Schichten des Volkes eingedrungen als die Forderung der Gleichheit vor dem Gesetze. Wir richten die Bitte an den Bundesrat, an die deutschen Fürsten und Regierungen, mit dem Reichstage zusammenzugehen in dem Kampfe gegen das Duell. Nur von einer einmütigen Bekämpfung durch Bundesrat und Reichstag, durch Fürsten und Völker ist ein voller Erfolg zu erwarten."

Als Redner nahm Gröber kein Blatt vor den Mund, aber auch bei derber Polemik blieb er „parlamentarisch" — ein Ausdruck, der freilich nach den flegelhaften Gepflogenheiten, die sich in den letzten Jahren in deutschen Parlamenten eingebürgert haben, den Boden verloren hat. Nur in einem Zwischenfall sind ihm, wenn man will, ausnahmsweise die Pferde durchgegangen. Das war in der Reichstagssitzung vom 19. 3. 08. Der amtliche Bericht nimmt davon keine Notiz, zur Debatte gehörte er ja auch nicht, und der Schultheßsche Geschichtskalender beschränkt sich auf die Bemerkung: „Während der Rede des Abg. Erzberger bricht im Hause und auf den Tribünen Heiterkeit aus, von der Journalistentribüne soll ein Zwischenruf gefallen sein. Darauf ruft Gröber: Wieder oben, oben, die Schornalisten, dieselben Saubengels, die neulich unterbrochen haben. Infolgedessen führen die Journalisten Beschwerde beim Präsidenten und stellen einige Tage die Berichterstattung ein, bis Abg. Gröber eine Erklärung abgibt und die Beleidigung zurückzieht." Nun ja, das von Gröber

gewählte Epitheton hat einen sehr kräftigen schwäbischen Erdgeschmack; anderseits ist es ihm nicht eingefallen, die ganze Journalistentribüne in dieser Weise zu apostrophieren, und ob es angezeigt war, einen Generalstreik zu veranstalten, ist mindestens zweifelhaft; vielleicht hat sogar mancher Berichterstatter gedacht, diesem oder jenem „Kollegen" könne diese Titulatur nichts schaden.

Weniger bekannt als diese dramatische Episode ist ein um Jahre später fallender Teilstreik der Presse. Am 22. 3. 17 erwähnte Staatssekretär Helfferich im Reichstage, fünf wegen der Papierverteilung verärgerte Zeitungen hätten seine gestrige Rede nicht gebracht. Das gab Gröber Anlaß zu einer sehr ernsten und würdigen Geschäftsordnungsbemerkung, worauf Vertreter der übrigen Parteien im gleichen Sinne sprachen.

An den Beratungen über die Heeresvorlagen im engern Sinne hat Gröber sich, soweit ich sehe, nicht mehr so lebhaft wie während der „parlamentarischen Lehrjahre" beteiligt. 1893 (8. 7.), als die Reichstagsauflösung eine Mehrheit für die Capriviſche Militärvorlage ergeben hatte, wendet er sich kurz gegen die Erhöhung der Friedensstärke, worauf der Reichskanzler antwortet; 1899 tritt er bei den Verhandlungen der Budgetkommission über die Militärvorlage für Erhöhung der Etatsstärke der Bataillone ein. Zu den Flottenvorlagen nimmt er in eingehenden und sehr beachtlichen Ausführungen in der Kommission (27. 3. 1900) wie im Plenum (6. 7. 1900) Stellung. Den Vorwurf, die Zentrumsmitglieder der Flottenkommission hätten gegen den Fraktionsauftrag gehandelt, hat er in der Berliner „Märkischen Volkszeitung" (29. 3. 98) zurückgewiesen. Bei der Beratung des Marineetats Ende Februar 1905 hat er an den parteipolitischen Umtrieben im Deutschen Flottenverein schneidende Kritik geübt. Im ganzen wird man sagen können: Er so wenig wie andere Mitglieder seiner Fraktion hat die Augen verschlossen gegen die Schatten, welche der Weltkrieg vorauswarf; er hat die zwingende Notwendigkeit erkannt, der furchtbaren Gefahr durch Rüstung zu Wasser und zu Lande zu begegnen, und demgemäß gehandelt.

Windthorst, dem langjährigen Leiter der Zentrumspolitik, wird eine Äußerung zugeschrieben, die mir übrigens zweifelhaft vorkommt: als seine Nachfolger kämen nur zwei Personen in Betracht, Lieber und Gröber. Lieber hat bekanntlich die Nachfolgerschaft angetreten, Gröber nicht. Er hat auch schwerlich danach gestrebt. Er war nicht ehrgeizig, wenn auch selbstbewußt, nicht bescheiden in dem Sinne, daß er sich selbst verkleinerte, aber weit entfernt davon, sich vorzudrängen, und daß er kein Staatsmann großen Stils war, wird er sich selbst nicht verhehlt haben. Daß er aber Fähigkeit und Ethos zur Teilnahme

an der Führung der Fraktion in hohem Maße besaß, davon war die Gesamtheit überzeugt; er war ein führendes Mitglied des Vorstandes, ein ständiger nächster Berater des jeweiligen Vorsitzenden. Als ein hervorragender Führer des Zentrums ward er auch von den Parteien und nicht zuletzt von der Regierung erachtet und beachtet. Im Gefühle dieser ihm zugewachsenen Verantwortung fehlte Gröber denn auch nie in einer Fraktionssitzung, verließ sie auch bei längster Dauer nie vor deren Schluß. Für die Stellung des Fraktionsvorsitzenden, die ihm erst nach 30jähriger Parlamentstätigkeit zufiel, brachte er hervorragende Eigenschaften mit: einen Idealismus, dem die Sache über alles ging, eine riesige Arbeitskraft, aber es fehlte ihm eine Eigenschaft, die für den Leiter unentbehrlich, für den Vorsitzenden schwer entbehrlich ist: das disponierende Talent, die Fähigkeit, im Detail andere für sich arbeiten zu lassen, worin Windthorst Meister war, mit zunehmendem Alter und wachsender Kränklichkeit auch mehr und mehr die Leichtigkeit des Verkehrs mit den Kollegen. Er zog sich zurück, arbeitend vom frühen Morgen bis in die späte Nacht, sein Arbeitszimmer im Reichstagsgebäude war unter dem Namen „der Dachsbau" bekannt. Diese Mängel ändern nichts an dem ungeheuern Verdienst, das er sich ein Menschenalter hindurch als Mitglied des Reichstags, und wahrlich nicht bloß um seine Fraktion, erworben hat, nichts an der Bedeutung, die alle Parteien ihm beimaßen.

Ohne eigentlicher Debatter zu sein, war Gröber einer der beliebtesten Redner des Reichstags. Stets hatte er das Ohr des Hauses, mochte er knappe Bemerkungen zur Geschäftsordnung machen oder große Fragen in stundenlanger Rede behandeln. Im letztern Falle wußte man im voraus, daß er sich sorgfältig vorbereitet und mit einem gewaltigen Material gepanzert hatte, von dem er gründlich Gebrauch machte, ohne trocken und langweilig zu werden, wohl disponiert, lebendig, oft mit drastischem Humor, Zwischenrufe herausfordernd, die er dann schlagfertig beantwortete. Er ist viel angefeindet worden, im Hause wie in der Presse, aber man nahm ihn immer ernst.

Bei aller Vielseitigkeit hat Gröber natürlich am liebsten und gründlichsten Dinge behandelt, die dem Gerechtigkeitsgefühl und Herzen des hochpatriotischen, tiefreligiösen und tief sittlich gestimmten Mannes am nächsten lagen, kulturelle Fragen, wie man heute zu sagen pflegt. Dafür einige Beispiele.

Die Einleitung zu seiner Rede über die sogenannte Umsturzvorlage (9. 1. 95) war gegen links wie gegen rechts gerichtet. Ignaz Auer, einer der wenigen Humoristen der Sozialdemokratie, dürfte selbst geschmunzelt haben, als Gröber ihn als den „sanften Heinrich" im Gegensatz zu dem „feurigen Cherub" Bebel schilderte.

„Während Herr Bebel auf Grund eines Fraktionsbeschlusses schweigt, quält sich Herr Auer drei Stunden herum, um uns den Unterschied zwischen einer braven und einer bösen Sozialdemokratie nachzuweisen" — was er weiter zu diesem Kapitel sagte, ist recht lehrreich für die heutige Balgerei zwischen Gemäßigten, Unabhängigen und Kommunisten. „Wo bleibt denn da die Solidarität der Arbeiterinteressen, das gemeinschaftliche Panier der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit?" Anderseits hielt er eine sehr deutliche Abrechnung mit Herrn v. Stumm, dem Scharfmacher, der „für die Überwindung der Sozialdemokratie als einziges Mittel die eiserne Hand" verlangt und „ein reichhaltiges Programm von scharfen Gesetzesvorschlägen angeführt hat". Die Stellung seiner eignen Fraktion zur Umsturzvorlage sei schon durch die Erklärung des gesamten Zentrums zum Sozialistengesetz von 1878 gegeben: Verurteilung der sozialdemokratischen Agitation religionsfeindlicher und strafwürdige Ziele verfolgender Art, ernste Erwägung eines Rechts- (nicht Ausnahme-) Gesetzes, positive Maßregeln zur Abhilfe unleugbar vorhandener Mißstände im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Festhaltend an diesem Standpunkte, beantrage seine Fraktion Kommissionsberatung. Dabei verfehlte er nicht zu betonen: Ungefähr um die gleiche Zeit, wo die Motive der Vorlage behaupteten, die vorgeschlagenen Änderungen der geltenden Gesetze „brauchten den Boden des allgemeinen Rechts nicht zu verlassen", habe der Bundesrat beschlossen, entgegen dem Beschlusse des Reichstags das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten aufrechtzuerhalten! „Sind etwa die katholischen Orden nicht wert, daß man sie des gleichen gemeinen Rechts würdigt wie die Revolutionäre?" Da sei das Mißtrauen und die Befürchtung gerechtfertigt, daß die Vorlage nicht etwa als eine Art neues Sozialistengesetz gedacht sei, sondern auf alle Parteien Anwendung finden werde, die sich in Opposition gegen die jeweils herrschende Richtung stellen. Dann ging er zur Einzelkritik der Vorlage über; der Schwerpunkt liege in den vorgeschlagenen Änderungen zum bürgerlichen Strafgesetz, ohne daß deshalb die Änderungen des Preßgesetzes und des Militärstrafgesetzbuchs lediglich einfache Konsequenzen oder von ganz nebensächlicher Bedeutung wären; namentlich liege ein tiefer Einschnitt in die Preßverhältnisse vor. Die größten Bedenken hatte er gegen die Kautschukbestimmungen der Vorlage. Da werden Handlungen mit Strafe bedroht, welche „auf den gewaltsamen Umsturz der Staatsordnung gerichtet sind"; „bezüglich des Wortes Umsturzbestrebungen lassen uns die Motive gänzlich im Stich"; „es scheint, daß die Vorlage gleichsam einen Hochverrat zweiter Klasse konstruieren will"; der Paragraph, welcher das Anpreisen und Als-erlaubt-Darstellen von Verbrechen und bestimmten Vergehen unter Strafe stellt,

führe einen ganz neuen Begriff in unser gemeines Strafrecht ein und könne auch liberale Universitätslehrer wie Professor Ziegler treffen, der von Revolution oder Staatsstreich als letztem Rettungsmittel in einem tyrannisch regierten oder anarchisch sich auflösenden Staate gesprochen habe; „da ist keine Grenze mehr von Erschaffung der Welt bis zum Jüngsten Tage, auch die zukünftigen Verbrechen sind noch unter die Bestimmung gefaßt." § 30 zum Schutz von „Religion, Monarchie, Ehe, Familie und Eigentum" gehe noch weit über die abgelehnte Strafgesetznovelle von 1875 hinaus. „Welche Religion ist gemeint? Die christliche? Die des Konfuzius? Buddha? Mohammed? Die des Herrn von Egidy?" Und „wie wollen Sie den Leuten des gemeinen Volkes verbieten, dasselbe zu sagen und zu treiben, was Professoren sagen oder tun? Sie sind nicht den hundertsten Teil so schuldig wie jene deutschen Professoren, welche dieselben Lehren schon seit Jahrzehnten als wissenschaftlich feststehend in ihren Hörsälen und Schriften bezeichnen", wofür als drastische Beispiele Häckel und Döring angeführt wurden. Durchaus zutreffend war Gröbers Hinweis auf den fortwährenden Wechsel des Eigentumsbegriffs, während die Bemerkungen über die Schutzbestimmungen für Familie und Ehe nicht auf gleicher Höhe standen. Als der Staatssekretär des Reichsjustizamts Nieberding sich gegen die Deutung einer seiner Äußerungen verwahrte, hat Gröber seinen „Irrtum" sofort zurückgenommen.

Am 10. 5. 95 hat Gröber nochmals zur Umsturzvorlage das Wort ergriffen. Den Verdacht, es handle sich nur um ein Scheinmanöver, nach dessen Scheitern ein neues Sozialistengesetz kommen werde, wies er „mit voller Entschiedenheit" zurück, insoweit die Person des Reichskanzlers in Betracht komme; über das „Entgegenarbeiten" anderer Stellen äußerte er sich viel zurückhaltender. Der preußische Minister des Innern habe die Vorlage in einer Weise begründet, „von der ich sagen muß: sie hätte zur Begründung eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie gepaßt", was Herr Bebel sich sofort zunutze gemacht habe; in diesem Zusammenhang prägte Gröber das geflügelte Wort vom „Schweineglück" der Sozialdemokraten; „wenn sie in einer mißlichen Situation sich befinden, dann kommt eine möglichst ungeschickte Rede vom Bundesratstisch und macht den Herren das Konzept ihrer Reden." Ebenso unangenehm wird es Herrn v. Köller gewesen sein, als Gröber gegen seine verächtliche Behandlung des Reichstags Stellung nahm, der Vorlagen der Regierung zustimmen und die Gelder bewilligen könne oder auch nicht, aber ob er mit den Gründen der Regierungen übereinstimme, das könne diesen im großen und ganzen gleichgültig sein. Unter schallender Heiterkeit fertigte er Herrn v. Köller ab: „Da sind wir also so eine Art Gesetzgebungs-

automat, wo man auf der einen Seite Vorlagen hineinwirft, und auf der andern Gesetze herauszieht, nur mit dem einen Unterschied, daß man nicht einmal einen Diätennickel hineinzuwerfen braucht, um die Gesetze herauszukriegen." Gelinder ging er mit dem preußischen Justizminister um, der dem Zentrum Belehrungen über den Verzicht auf seinen frühern Grundsatz erteilte, daß gegen ungerechte Gesetze nur passiver Widerstand erlaubt sei. „Ich wundere mich, wie ein Jurist von der Bedeutung des Herrn Justizministers so die maßgebenden Fragen durcheinander werfen konnte. Die eine lautet: was ist sittlich erlaubt?, die andere: was ist strafbar?" Am Schlusse wies Gröber nochmals darauf hin, daß in manchen Kreisen der Wunsch eines neuen Sozialistengesetzes vorhanden sei, und warnte die Sozialdemokraten davor, durch tief verletzende Ausfälle gegen die christliche Überzeugung, die im Grunde nichts anderes als Gotteslästerungen seien, den Freunden von Ausnahmegesetzen die schärfsten Waffen in die Hand zu geben.

Über die berühmte Lex Heinze und den mit ihr getriebenen Schwindel hat Gröber am 13. 3. 1900 sich kürzer gefaßt, als er sonst zu reden pflegte, aber mit drastischer Wirkung. Er begann mit einer Abschlachtung der Berliner und Münchener Protestversammlungen, speziell des Professors Eberlein, der geklagt hatte: „Wir können nach § 184 angeklagt werden und verurteilt wegen Werken, welche unserm reinsten Empfinden entsprungen sind"; nach § 184, der sich nur auf unzüchtige Bilder und Schriften bezieht! Die Münchener Versammlung hatte die Vorlage in Bausch und Bogen als ein „Attentat auf die deutsche Freiheit" verurteilt und in einer Resolution sich zu dem Witz verstiegen, unter der Herrschaft eines solchen Gesetzes würde München aufhören, München zu sein. Gegenüber der Behauptung, in unser Strafgesetz werde ein unbestimmter Begriff eingeführt durch Strafbestimmungen gegen Bilder und Schriften, welche das Schamgefühl gröblich verletzen, verwies er auf das Ausland: Niederlande, Neuyork, Italien, Frankreich, Österreich und Norwegen. Das schönste war der Nachweis, daß bei frühern Beratungen über diesen Punkt liberale Abgeordnete verschärfende Bestimmungen befürwortet hätten, darunter Herr Beckh; „und heute stellt er (Beckh) sich vor uns hin und erklärt seinen Jupiterzorn über die beabsichtigte Verschlechterung des Strafgesetzbuchs". Zu der Forderung Bassermanns, die Kunst müsse frei sein, bemerkte er mit tiefem Ernst:

In gewissem Sinne will ich das unterschreiben. Aber sie darf nicht frei sein wollen von den allgemeinen Gesetzen der Sitte und des Rechts. Das nenne ich nicht mehr Freiheit, sondern Frechheit. Man kann den Künstlern ebensowenig wie andern Menschenkindern gestatten, sich von allen Gesetzen

frei zu erachten und zu tun, als wenn sie an gar kein Gesetz des Rechts und der Moral gebunden wären. Wissenschaftliche Freiheit und Freiheit der Kunst: wohin kommen wir, wenn für die Künstler und wissenschaftlichen Forscher die gewöhnliche Moral nicht mehr gelten soll? Und dazu kommen die Politiker, welche von vornherein ihrerseits den Anspruch geltend machen, daß die Politik mit der Moral nichts zu tun habe. Und schließlich kommen noch alle die höhern gesellschaftlichen Kreise und beanspruchen für sich auch wieder eine eigne „Herrenmoral". Für wen gilt dann noch die allgemeine Moral? Für das gewöhnliche, arme Volk, das man mit dieser gemeinen Moral noch in Gehorsam halten will. Mit einer solchen Theorie ist die Ordnung der Gesellschaft nicht aufrechtzuerhalten; wenn die obern Schichten von dem Gottesgebot sich freimachen wollen, dann ist die Gesellschaft überhaupt reif zum Untergang, weil ihre Zügellosigkeit immer weiter in die untern Schichten durchsickert.

Bei Fortsetzung der Debatte (15. 3.) rechnete er mit dem Kollegen Müller-Meiningen ab, der sich so bitter beklagte, er müsse im Reichstage beinahe allein den Kampf für Literatur und Kunst führen, der auch den Künstlern Schlappheit vorgeworfen habe, jetzt aber immer von einer ganz von selbst aus den Kreisen der Künstler und Literaten hervorgegangenen Bewegung spreche. Seine derbe Blumenlese aus den bittersten Klagen auch linksstehender Blätter über öffentliche Schamlosigkeiten auf der Bühne mündete aus in ein Zitat aus der sozialdemokratischen „Münchener Post", die nach einer Aufführung der berüchtigten Dame von Maxime im Münchener Gärtnertheater von „frechem Kreischen Pariser Grisetten, beinschlenkerndem Cancan, französischem Kaviar, saftigsten Zoten" geredet hatte; er wunderte sich dann über das Verhalten der Herren von der Sozialdemokratie, die so entrüstet von Prostitution und von Verführung durch Angehörige der wohlhabendern Schichten reden, aber nicht die Konsequenz daraus ziehen, dieser Korruption möglichst entgegenzuwirken. An den Geschäftsordnungsdebatten bei der Fortsetzung der Beratung am 16. 3., bei welcher es zu vier namentlichen Abstimmungen kam, hat er sich ein halbes Dutzend Mal beteiligt.

Eine oratorische Glanzleistung war die Rede, die Gröber am 28. 2. 1907 zum Etat für die deutschen Schutzgebiete hielt. Das war nach den „Hottentottenwahlen", nach dem Spuk, welchen die Auflösung des Reichstags entfesselt hatte, eine Auflösung, für welche der Abstrich an der Regierungsvorlage für Südwestafrika den durchsichtigen Vorwand gebildet hatte. Gröber benutzte diese Gelegenheit zu einer vernichtenden Kritik der aus ganz andern Gründen erfolgten Auflösung, des Reichskanzlers Grafen Bülow und des vom „Bülowblock" in der Wahlagitation betriebenen Unfugs. Es war keine improvisierte Polemik, vielmehr hatte Gröber ein ungeheures Material aus parla-

mentarischen Verhandlungen, Aufrufen, Äußerungen der Presse usw. zusammengetragen, aber die Art, wie er diese Stoffmassen verwertete, war ein Meisterstück. Es füllt im stenographischen Bericht fast 40 Spalten, aber nicht oft ist das Haus einer Dauerrede mit einer solchen Anteilnahme gefolgt. Einige hundertmal wurde sie durch Zustimmung, stürmische Heiterkeit, Widerspruch, Zurufe unterbrochen, aber Gröber ließ sich dadurch nicht stören, gruppierte sein Material mit einem Geschick, das keine Langeweile aufkommen ließ, und fertigte die Zwischenrufer schlagend ab. Seine Ausführungen gegen Bülow und seine Myrmidonen, gegen den nationalliberalen Führer Bassermann, über „antinationale" Budgetabstriche durch ganz andere Leute als die „Reichsfeinde" vom Zentrum, über die Wutausbrüche der gegnerischen Presse, die Verbindung der konfessionellen Hetze mit einer verlogenen „nationalen" Agitation, über die zahllosen sozialdemokratischen Wahlbündnisse liberaler Glashausbewohner, welche die Zentrumspartei wegen seiner viel seltener begegnenden Bündnisse mit Steinen bewerfen — das alles kam, bei bitterm Ernst und stachligem Sarkasmus, doch auch wieder mit einer solchen Fülle guter Laune heraus, daß man getrost annehmen darf, Gröber habe diesmal auch unter seinen Widersachern recht viele Lacher für sich gehabt. Das Zentrum hat im Reichstag gewiß manchen größern, bedeutungsvollern, erhebendern Tag erlebt, aber einen vergnügtern als diesen 28. Februar schwerlich.

In einer großen Etatsrede vom 11. 12. 09 nahm er sich den Kollegen B a s s e r m a n n vor, der sich zur Entschuldigung des badischen Großblocks (Liberale und Sozialdemokraten) auf das böse Beispiel des Zentrums berufen hatte. Wie auch bei anderer Gelegenheit diente er mit einer bis in die 70er Jahre zurückgehenden Liste liberaler Wahlbündnisse mit Sozialdemokraten, und konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, „daß Herr Bassermann sich zwar für seine Person formell gegen den badischen Großblock erklärt, in der Sache aber ihn für die andern Bundesstaaten und das Reich empfohlen hat". Überaus peinlich für Bassermann war Gröbers Kritik seiner Ausführung, für die Wiederholung der Kulturkampfperiode fehle jeder Boden; er und seine Freunde gönnten der katholischen Kirche jede Freiheit, die sie brauche — derselbe Herr Bassermann, der Ende 1906 erklärte, die Parole der Reichstagswahlen sei „Los von Rom", und nach Schluß der Blockperiode auf dem nationalliberalen Parteitag am 4. Juli 1909 wehmütig fragte: „Das Resultat der Blockwahlen ist beseitigt. Wer wird noch einmal wie Fürst v. Bülow den Kampf gegen Rom wagen?", der dann unter einem „minutenlangen Beifallssturm" prophezeite: „Bülow wird der Kanzler bleiben, der nochmals in großer Stunde den

Kampf gegen Rom gewagt hat." Auch wegen der Bezeichnung des Zentrums als konfessionelle Partei — ein altbeliebtes Thema, das damals durch die Koblenzer Osterdienstagsversammlung wieder einmal aufgefrischt worden war — bekam Bassermann die erforderliche Belehrung. Dazwischen nahm Gröber sich den Sozialdemokraten Scheidemann vor, der dem Zentrum seine Haltung bei der Hinrichtung des spanischen Anarchisten Ferrer vorgerückt hatte; neben Scheidemann bekamen auch die Herren vom Goethebund und ihre Gesinnungsgenossen, die sich an dem albernen Ferrer-Entrüstungsrummel beteiligt hatten, ihr Teil. Bei den ausführlichen Belehrungen über die Reichsfinanzreform, die Durchführung der Tabaksteuer, das Verhältnis der direkten und indirekten Abgaben konnten sich Sozialdemokraten und Liberale in die Kosten des Verfahrens teilen, wobei Bassermann wieder in der vordern Reihe stand. Gröber schloß in guter Laune: „Wir freuen uns, keineswegs isoliert zu sein. (Ah! links.) Sie, meine Herren von der Linken, können dann, wenn Sie wollen, den Großblock bilden. Adieu, meine Herren!" (Große Heiterkeit.)

Bei der Etatsberatung am 6. 12. 12 hielt Gröber seine vielbemerkte Jesuitenrede. Er verwahrte die Zentrumspartei gegen den Vorwurf, daß für sie hinter dieser konfessionellen Frage alle übrigen Interessen zurückständen. Es handle sich um die Frage der Gewissensfreiheit und der staatlichen Gleichberechtigung der Konfessionen und auch um die hochpolitische Frage des Verhältnisses von Reichs- und bundesstaatlicher Gewalt. Keiner der Vorredner habe die Gründe des Jesuitengesetzes berührt, auch der Reichskanzler habe nur erklärt: Wir haben ein Gesetz, und danach müssen sie sterben, dieselben Jesuiten, von denen ein Vierteljahrhundert lang bis 1872 auch nicht ein einziger sich gegen die Staatsgesetze oder die öffentliche Ordnung verfehlte. Das habe schon am 4. Juni 1872 der bayrische Liberale Völk „vollständig zugegeben", aber der gewiß loyale Antrag Mallinckrodts, über Haltung und Wirksamkeit der Jesuiten Erhebungen zu veranstalten, sei von der Kommission abgelehnt worden. „Man wollte keine Untersuchung, man wollte sie auf Grund bloßen Verdachts verfolgen, und diesen Zustand will der Bundesrat aufrechterhalten wissen." Unter schlagender Berücksichtigung der Verhandlungen von 1872 erbrachte er den „unwiderleglichen Nachweis, daß die Jesuiten nicht wegen Handlungen, sondern wegen ihrer Gesinnung verfolgt worden sind", im Gegensatz zu einem anerkannten Grundsatz des modernen Rechts. Es war ein Kampfgesetz und „hätte deshalb auch in dem Augenblick fallen sollen, als die Kulturkampfgesetzgebung zum Abbau gebracht wurde". Dann hat der Übergang des Reiches zur Kolonialpolitik den seltsamen Rechtszustand zuwege gebracht, daß

„die Niederlassungen der Jesuiten im Reichsgebiet als staatsgefährlich verboten, im Schutzgebiet zugelassen" sind. Viermal hat der Reichstag die Aufhebung des Gesetzes beschlossen, aber der Bundesrat hält, auch nach dem Wegfall des § 2, „an dem Rumpf des Gesetzes mit einer Zähigkeit und Begeisterung fest, die einer bessern Sache würdig wäre". Weiter ging Gröber zu einer Kritik der Anwendung des Gesetzes über, die je nach Bundesstaaten und Zeitumständen ganz verschieden sei, wobei der preußische Geheimerlaß von 1872 mit seinem wundervollen Stil und seiner kindlichen Unwissenheit in der katholischen Sakramentenlehre zu den gebührenden Ehren kam. Mit beißendem Hohn behandelte er den Bundesratsbeschluß vom 28. 11. 12, der angeblich keine Verschärfung oder gar eine Milderung enthalte, tatsächlich aber „nicht nur jede priesterliche, sondern auch jede religiöse Tätigkeit gegenüber einem andern als verbotene Ordenstätigkeit" bezeichne. Den Hinweis auf die protestantische Mehrheit in Deutschland wies er mit der Warnung zurück: „Die Regierung mag sich hüten, an die Massen zu appellieren und den Wechsel zu unterschreiben, den diese Herren dann präsentieren werden." Er berief sich unter großer Heiterkeit auf den nationalliberalen Kollegen Bassermann, der sich in einer „penibeln Zeit", nämlich zwischen Haupt- und Stichwahl in Saarbrücken, gegen Ausnahmegesetze ausgesprochen habe, auf die Anerkennung der Wirksamkeit der Gesellschaft Jesu durch hervorragende Männer. Einen Sturm von Heiterkeit entfesselte die Erinnerung an einen nationalliberalen Kollegen, der eine Jesuitenanstalt in Japan bewundert und harmlos fragt: „Können Sie nicht auch in Deutschland so etwas unternehmen für die dort studierenden Japaner?" und erst nachträglich fällt ihm ein, daß sowas in Deutschland verboten ist. „Dieser Repräsentant des Reichstags ist unser liebenswürdiger Vizepräsident Dr. Paasche, derselbe Herr, der gesagt hat: wir stimmen dem Beschluß des Bundesrats zu." Zum Ausgangspunkt zurückkehrend, verbat er sich die Äußerung des Reichskanzlers, das Zentrum wolle die Jesuitenfrage zum Eckstein seiner Politik machen: „Mag er den Feldzug des Unrechts fortsetzen, das ist seine Sache. Aber das kann er selbst nicht glauben. Der Eckstein unserer Politik ist nicht die Jesuitenfrage, sondern die Gerechtigkeit; die Gerechtigkeit ist das Fundament des ganzen Staates; die Gerechtigkeit fordert die volle und unbeschränkte Gleichberechtigung und Gewissensfreiheit der Katholiken. Die verfolgten Jesuiten mögen ihren Leidensweg weitergehen, solange es Gott gefällt. Wir aber kämpfen mit Gottes Gnade so lange, bis das Unrecht beseitigt ist."

Durch seine Bemühungen um die Aufhebung des ersten Kulturkampfgesetzes hat Gröber sich den wohlverdienten Dank der Gesellschaft

Jesu erworben. Schon 1903, als die Aufhebung des § 2 in Aussicht stand, dankt ihm der Provinzial P. Schäffer „im Namen des ganzen Ordens und der deutschen Provinz insbesondere herzlichst für all die Mühen und Opfer, welche Sie schon seit Jahren auf sich genommen haben, um uns die Rückkehr zu erkämpfen" (Brief 6. 7. 03). Nach der Aufhebung des § 2 folgte „ein herzliches Vergelt's Gott" (13. 3. 04). Selbstverständlich „gehören Sie und Herr Spahn insigniter zu den Benefactores (des Ordens).[1]) Wüßten Sie nichts, mit dem ich Herrn Spahn eine besondere Freude machen könnte? Ich zerbreche mir vergeblich den Kopf darüber — bei Ihnen habe ich schon lange verzweifelt."

Unzertrennlich ist Gröbers Name mit dem Toleranzantrag des Zentrums vom 23. 11. 1900 verknüpft. Gröber hat ihn zusammen mit vier Kollegen (Lieber, Pichler, Spahn und K. Bachem) eingebracht, aber mit Recht hat einer von ihnen[2]) Gröber als den „geistigen Vater und begeisterten Vertreter" des Antrags bezeichnet. Schon am 5. 12. kam der Antrag im Reichstag zur Verhandlung. An diesem Tage hat Gröber die Vertretung Lieber und Pichler überlassen, aber mit Feuereifer beteiligte er sich an den Verhandlungen des vom Plenum eingesetzten Sonderausschusses von 28 Mitgliedern. Pichler schreibt darüber in seinem Kommissionsbericht:

Nun begann Gröbers stille Arbeit. Stundenlang saß er namentlich an sitzungsfreien Tagen im Fraktionszimmer, ganze Reihen von Gesetzessammlungen und andern Büchern vor sich, um die einschlägigen Bestimmungen aus der Gesetzgebung aller deutschen Bundesstaaten zusammenzutragen.

Am 14. 3. 1901 nahmen die Ausschußberatungen ihren Anfang. Erster Wortführer des Zentrums war fast bei allen Punkten Abg. Gröber. Als treuer Freund stand ihm Justizrat Dr. Karl Bachem zur Seite. Alle Fragen, welche auf dem einschlägigen Gebiete der kirchenpolitischen Gesetzgebung von Bedeutung sind, wurden aufgeworfen, der katholische Standpunkt zu denselben von den beiden genannten Zentrumsrednern mit juristischer Klarheit und Schärfe dargelegt — gerade diese juristische Argumentation machte auf die Gegner den stärksten Eindruck.

Das Hauptverdienst am Kommissionsbericht hat Pichler (Brief 2. 6. 01) Gröber zugeschrieben.

Ergänzend bemerkt das Vorwort zu Heiners Buch: „Der sogenannte Toleranzantrag"[3]): „In der Zusammenstellung aller Gesetze und Verordnungen über die Religionsübung im Deutschen Reiche und den

---

[1]) Über die ihm ausgestellte Urkunde vgl. Kümmel S. 226.

[2]) Prälat Pichler, Immortellenkranz auf Gröbers Grab, in der Münchener „Allgemeinen Rundschau" vom 13. 12. 19.

[3]) Mainz 1902. Separatabdruck aus dem „Archiv für katholisches Kirchenrecht", 82. Band, 2. Heft.

einzelnen Bundesstaaten besteht der Hauptwert dieses Werkes; eine ähnliche Sammlung gab es bisher nicht. Der mühevollen Aufgabe der Zusammenstellung unterzogen sich die Reichstagsabgeordneten Gröber und Pichler. Erst aus dieser Zusammenstellung gewinnt jeder ein Bild von den unhaltbaren Zuständen, die in den meisten deutschen Einzelstaaten bezüglich der Religions- und Kultusfreiheit bestehen." Zum Schluß spricht Heiner den beiden Herren seinen Dank „für die freundliche Überlassung des ganzen Materials" aus.

Erst 1902 trat der Reichstag auf Grund des von Pichler erstatteten Kommissionsberichts in die Beratung des Entwurfs ein. Am 29. 1. 02 war der Abg. Bachem — Ernst Lieber sah damals dem Tode entgegen — der Wortführer des Zentrums. Gröber ergriff nicht das Wort, aber mit Recht durfte ihn Abg. v. Savigny (4. 2.) zu dem Anfangserfolg beglückwünschen. „Ihrer unermüdlichen Tätigkeit und Ihrem politischen Einfluß ist vor allem dieser bedeutsame Erfolg zu danken. Das katholische Deutschland kann es Ihnen nie genug vergelten, daß Sie bahnbrechend auf diesem Wege vorangegangen sind." Erst Anfang Mai wurde die zweite Beratung fortgesetzt. Gröber hat zweimal kurz zu den §§ 2 und 3 (religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen und Austritt aus einer Religionsgemeinschaft) gesprochen (3. und 5. 5.). Am 5. 6. wurde der Entwurf in dritter Beratung mit 163 gegen 60 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen, noch am gleichen Tage hat Savigny Gröber telegraphisch beglückwünscht.

Die letzten Jahre

Als der Weltkrieg ausbrach, hatte Gröber bereits das 60. Lebensjahr überschritten, und nicht spurlos war die Zeit an dem Manne vorübergegangen, der den Spruch inserviendo consumor verkörperte. Er war schon nicht mehr der Alte, war alt und müde geworden. Es muß für ihn eine schwere Zeit gewesen sein. Daß er trotz zunehmender Schwäche und Krankheit, trotz dem furchtbaren Ringen der Kriegsjahre, trotz der jammervollen äußern und innern Niederlage von 1918 nicht die Hände in den Schoß legte, sondern durchhielt und retten half, was noch zu retten war, das ist vielleicht höher zu bewerten als alles, was er geleistet hatte in den Jahren der Kraft.

Als Parlamentarier ist er zunächst zurückgetreten, wie auch die Volksvertretung zurücktrat. Solange die deutschen Waffen Sieg auf Sieg erfochten, kam der Reichstag nur selten und kurz zusammen, um die Milliardenkredite fast einstimmig und ohne Debatte zu bewilligen. Auch Gröber schwieg mit seltenen Ausnahmen. In den ersten Kriegsmonaten weilte er längere Zeit in Berlin, um in der Stille an der Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags zu arbeiten, die er nach dem Vorbild der von ihm geschaffenen württembergischen neu zu gestalten im Sinne hatte. Diese Lieblingsarbeit, zu der er umfassende Vorarbeiten machte, hat er nicht vollenden können, da ihn später andere Kriegssorgen und -aufgaben mehr und mehr in Anspruch nahmen.

Im Frühjahr 1915 begann der Reichstag längere Tagungen abzuhalten, in denen auch die Kommissionen wieder mehr in Tätigkeit traten. Eine besondere Bedeutung gewann in der Kriegszeit die verstärkte Budgetkommission, in der einer der fleißigsten Mitarbeiter Gröber war. Da die Beratungen über die politische und militärische Lage regelmäßig für vertraulich erklärt wurden, ist der Anteil Gröbers für die Öffentlichkeit nicht erkennbar geworden. Es ist aber kein Geheimnis, daß er stets für eine energische Kriegführung eintrat und die Kriegspolitik des Reichskanzlers Bethmann Hollweg sehr bedenklich fand. So trat er im Herbst 1916 entschieden für den unbeschränkten U-Bootkrieg ein und gab im Hauptausschuß des Reichstags die Erklärung

ab, daß seine Partei keine Einwendungen erheben würde, wenn die Oberste Heeresleitung den uneingeschränkten U-Bootkrieg für notwendig erachten sollte. Am 5. 3. 17 beteiligte er sich im Hauptausschuß des Reichstags an der Aussprache über das Bündnisangebot an Mexiko und verteidigte den Staatssekretär Zimmermann gegen die Angriffe des Sozialdemokraten Ledebour. Kurz darauf richtete er namens des Zentrums die Anfrage an die sozialdemokratische Fraktion, ob sie mit dem Verhalten Ledebours einverstanden sei, worauf Scheidemann entgegenkommend antwortete (20. 3.).

In den Fragen der innern Politik während des Krieges bemühte sich Gröber besonders um die Milderung der Härten des Belagerungszustandes, der Zensur, der Schutzhaft und anderer Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten. Großes Interesse brachte er dem Hilfsdienstgesetz entgegen, an dessen Beratung im Hauptausschuß und Plenum er sich eifrig beteiligte. Auch in den ständigen Ausschuß von 15 Mitgliedern, der auf Grund des Gesetzes berufen war, die Ausführung vorzubereiten und zu überwachen, trat er ein und war darin häufig auch während der Unterbrechung der Verhandlungen des Reichstags längere Zeit tätig. Eifrig beteiligte er sich an der Beratung der sogenannten Verfassungsanträge, die im Frühjahr 1917 aus der Mitte des Reichstags eingebracht waren. In der Besprechung der innern Politik, die am 15. und 16. 5. im Plenum stattfand, vertrat er sehr entschieden die Notwendigkeit, für den Kriegsminister eine praktisch ausführbare Verantwortung zu schaffen, während sie jetzt nur auf dem Papier vorhanden sei, und wendete sich scharf gegen die schroffe Haltung des Kriegsministers, von dem als quantité négligeable behandelt zu werden, das Haus sich nicht länger gefallen lassen könne. Im Verfassungsausschuß übernahm er die schriftliche Berichterstattung über die Beratungen; an diesem Bericht arbeitete er, bis er zusammenbrach, und kaum von seinem Krankenlager aufgestanden, schrieb er mit dickem Verband um den verbrannten rechten Arm weiter an dem Ausschußbericht über Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seines Stellvertreters, Rechte des Reichstags und seiner Mitglieder. Zur weitern Beratung im Reichstag ist der Bericht nicht mehr gekommen. Gröber war inzwischen durch Überarbeitung geschwächt in seiner Wohnung einem Ohnmachtsanfall zum Opfer gefallen, währenddessen an einem nebenstehenden Lichte sich seine Kleidung entzündete, und trug schwere Brandwunden am Arm davon. Einige Wochen hütete er das Bett in Berlin und nach seiner Überführung in das württembergische Bad Ditzenbach hat er sich auch hier unter sorgfältigster Pflege nur langsam erholt und wurde erst im folgenden Jahre wieder arbeitsfähig. So kam es, daß er sich an der Abstimmung über die

vielumstrittene Friedensresolution des Reichstags (19. 7. 17) nicht beteiligen konnte, in der Abstimmungsliste wird er als „krank" aufgeführt. An der Inszenierung der Resolution hat er starken Anstoß genommen. Später (2. 9. 17) hat er sich in einem Schreiben an Verleger Lensing (Dortmund) wie folgt geäußert:

„Der ganze Streit ist überflüssig, weil die Aktion des Reichstags mit seiner Friedensresolution durch die päpstliche Friedensnote überholt ist. Der sachliche Inhalt der Reichstagsresolution und der Resolution (des Reichsausschusses) ist nicht gleichbedeutend, aber der Unterschied ist auch nicht so groß, wie meistens angenommen wird. Die Reichstagsresolution verzichtet auf Annexionen und Kriegsentschädigungen, fordert aber Freiheit der Meere; der Reichsausschuß verlangt politische Sicherung und Gewährleistung wirtschaftlicher Weiterentwicklung, welche keinesfalls ohne die Freiheit der Meere, d. h. die Beseitigung der Seeherrschaft Englands möglich ist. Dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die wirkliche Erlangung der Freiheit der Meere für Deutschland unendlich wichtiger wäre als alle Annexionen und Kriegsentschädigungen. Zugleich ergibt sich daraus, daß England auf ein solches »Friedensangebot« niemals eingehen kann und daß daher die ganze Friedensaktion des Reichstags eine aussichtslose, ein totgeborenes Kind war."

Ferner finde ich in einem Exemplar der vom 5. 3. 18 datierten Flugschrift „Der Reichstag und der Friedensschluß", von Dr. Müller-Meiningen, ein Blatt mit einer Notiz von Gröbers Hand: „Gedanken der Friedensresolution vom 19. Juli 1917, welche dauernde Bedeutung haben, sind die Forderungen z. B.: Freiheit der Meere, Schaffung internationaler Rechtsorganisationen, Ablehnung der wirtschaftlichen Absperrung nach dem Kriege. Von nicht dauernder Bedeutung die Erklärung gegen Gebietserwerbungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen." Ob er mit Ja oder Nein gestimmt haben würde? Nach seinem Schreiben an Lensing könnte man letzteres annehmen, die vorstehende Notiz lautet ruhiger, ein mit ihm eng befreundeter Herr hat mir erklärt, er würde zugestimmt haben, ein anderer hat dies stark bezweifelt.

Das Schicksalsjahr 1918 hat Gröber wieder auf seinem Posten gefunden. In seinem Nachlaß findet sich eine Menge von ihm angelegter Sammelhefte mit den Aufschriften: Neuestes Friedensprogramm der deutschen Regierung nach Payers Rede (gemeint ist die Stuttgarter Rede des Reichskanzler-Stellvertreters Payer vom 12. 9. 18); Österreichische Friedensanregung 14. 9. 18; Antrag bezüglich des Völkerbundes; Kanzlerkrisis usw. Zwischen allerhand Drucksachen enthalten diese Hefte viele zum Teil politisch erhebliche Briefe

an Gröber, von ihm selbst eine Menge von Aufzeichnungen über Vorstands- und Fraktionssitzungen des Zentrums, interfraktionelle Besprechungen, Sitzungen des Haupt- und Reichshaushaltsausschusses, fast ausnahmslos aus dem September 1918. Die Hoffnung auf wertvolle Aufschlüsse über Gröbers Stellung vor dem großen Zusammenbruch bestätigt sich nicht. Es sind ganz flüchtig mit Bleistift hingeworfene Protokollentwürfe, zuweilen kaum leserlich; seine eignen Ausführungen pflegt er nur mit wenigen Worten anzudeuten oder er schreibt gar bloß seinen Namen ohne jeden Zusatz.

Beispielsweise beschränkt er in seinem Protokoll über eine Besprechung im Auswärtigen Amt (21. 8. 18) sein eignes Eingreifen auf ganze fünf Worte: „Für sofortige Ratifizierung der Verträge", nämlich mit Rußland.

In die letzte Septemberwoche fällt der Rücktritt des Reichskanzlers v. Hertling, vorbereitet durch die Aussprache im Hauptausschuß des Reichstags vom 25. 9. 18, welche Gröber mit einer längern Ausführung eröffnete. Ihr Gedankengang ist sofort in der Presse veröffentlicht worden. Die Disposition hat Gröber eigenhändig auf drei Quartblättern, ausnahmsweise mit Tinte und in sorgfältigerer Schrift, zu Papier gebracht, ohne Datum und Namen, aber ein Blick in die Preßberichte, zu deren Kontrolle und Ergänzung sie hier folgen möge, zeigt sofort, daß es sich um seine eigne Rede vom 25. 9. handelt:

I. Militärische Lage. „Stimmung" unter dem Eindruck der Mißerfolge im Westen stehend. Vertrauen in die Kraft und Tapferkeit unserer Truppen, Heer und Marine, und in deren geniale Führung, daß sie uns schützen werden in dem furchtbaren Kampfe gegen die auf unsere Vernichtung sinnenden Feinde. Feinde niederringen, zeigen, daß wir nicht (Lücke). Gestrige Darlegung des Generals Wrisberg nicht genügend. Vertrauliche Erörterungen notwendig über wesentliche Punkte, die nicht oder wenigstens nicht genügend behandelt wurden: Gründe der Mißerfolge, Aussichten für die Weiterführung des militärischen Kampfes.

II. Moralische Widerstandskraft unserer Truppen hängt wesentlich zusammen mit der moralischen Widerstandskraft der innern Front, und diese vor allem bedingt durch Einheit und Geschlossenheit der innern Front, von der Einigkeit zwischen Regierung und Volk.

1. Bisherige Bemühungen haben zu einer weitgehenden Übereinstimmung bezüglich der Ziele, die verfolgt werden müssen, geführt. Payersche Rede enthält ein Programm, das unter voller Verständigung zwischen der Reichsleitung und Obersten Heeresleitung die Richtlinien zieht und in der Auslegung, die wir gestern gehört, eine brauchbare Unterlage für ein gemeinsames Aktionsprogramm auch für die Parteien bildet. Wir anerkennen es als ein Verdienst des Herrn Reichskanzlers, daß er diesen großen Erfolg erzielt hat, und wir sind bereit, auf den Boden dieses Einigungsprogramms zu treten.

2. Aber mit der Feststellung des Programms ist nicht alles getan. Es kommt vor allem darauf an, daß die Durchführung desselben erfolgt, und in dieser Beziehung können und wollen wir nicht verschweigen, daß die bisherige Regierungspolitik leider gar manche Wünsche unerfüllt gelassen hat.

Haupthindernis der Zwiespalt zwischen politischer Leitung und den Maßnahmen der Militärbehörden, der erschwerend (? undeutlich) wirkt und den denkbar schlechtesten Eindruck einer widerspruchsvollen Politik macht und von den Feinden nur allzuleicht als eine unehrliche Politik hingestellt werden kann.

Den Reichskanzler trifft dabei keine Schuld. Aber es muß ausgesprochen werden, daß es höchste Zeit, die letzte Stunde ist, diesen Widersprüchen ein schleuniges Ende zu machen und mit vereinten Kräften dafür zu sorgen, daß diejenige Politik auch durchgeführt wird, über die Reichskanzler und Reichstag einig sind.

III. Einzelne Klagen.

1. Ostpolitik. Finnland: keine Garantie Deutschlands für die Monarchie; wie Griechenland. Randstaaten: Selbstbestimmungsrecht der Völker (von hier ab undeutlichere Schrift, die Lesung hier und da zweifelhaft). Zufriedenheit erstreben, beste Sorge für den Bestand. Wahrung der Wünsche dieser Völker bezüglich ihrer Verfassung und Verwaltung. Zivilverwaltung einführen. Kein Aufzwingen des deutschen Sprachunterrichts. Freier Verkehr mit deutschen Abgeordneten! Kein „Verbot gegen Zentrumsabgeordnete"!! Damit beste Vorarbeit für dauernde Gestaltung und bleibenden Anschluß an Deutschland. (Am Rande beigefügt:) Payer. Keine dynastischen Interessen entscheidend. Erfolg des Reichskanzlers an maßgebender Stelle gegen die Personalunion ausgefallen!

2. Im Innern. Loyale Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes. Freie Versammlungen über Wahlrecht. Schleunige Aufhebung des Erlasses des Kriegsministers. Reichskanzler ist, wie wir wissen, damit nicht einverstanden. Er findet im Reichstag den festen Rückhalt, um alle Widerstände zu brechen. (Folgen noch einige mit Bleistift beigefügte Worte:) Nach Erfolg (?) Payer.

Daß es Gröber nicht eingefallen ist, die Stellung des Reichskanzlers erschüttern zu wollen, unterliegt keinem Zweifel. Am gleichen Tage, an welchem er sprach, hat ein westdeutscher Freund ihm geschrieben: „Mit Ihrer Stellung zum Reichskanzler ganz einverstanden: wir dürfen an seinem Sturz nicht mitwirken, weil dann das Zentrum rettungslos auseinanderfällt." Und dazu stimmt, was ihm wenige Tage darauf (29. 9.) ein ostdeutscher Führer der Zentrumspartei schrieb: „Hierzulande versteht kein Mensch, warum denn Hertling gehen muß und wer das besser machen soll. . . . Über Deine Auffassung war ich mir ja klar." Gröber ist wie stets so auch in diesen kritischen Tagen ein ehrlicher Freund des Reichskanzlers gewesen. Immerhin kann man der Meinung sein, daß die scharfe Kritik, die er mit seiner Vertrauenskundgebung verband, das Gewicht der letztern

verringerte und die Stellung Hertlings nicht verbesserte. Der Reichskanzler selbst ist dieser Meinung gewesen und hat ihr auch in schonender und freundlicher Form Ausdruck gegeben.

Noch vor Ende des Monats fiel die Entscheidung: Graf Hertling entschloß sich zum Rücktritt, und am 3. Oktober erteilte ihm der Kaiser in schmeichelhaftester Form die nachgesuchte Entlassung aus seinen Ämtern.

In das kurzlebige Kabinett des Prinzen Max von Baden wurde auch Gröber als Staatssekretär berufen; ohne bestimmtes Ressort übernahm er einzelne Aufträge. Auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 15. 10. 18, laut welcher (Zusatz zum Gesetz über den Kriegszustand vom 4. 12. 16) „der Obermilitärbefehlshaber alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten Stellvertreter trifft", hat der neue Reichskanzler ihn am folgenden Tage zu seinem Vertreter für diesen Geschäftsbereich bestellt. Außerdem wurde ihm die Zensur überwiesen. Es soll ihm eine gewisse Genugtuung bereitet haben, daß er als Sohn eines Handwerkers es bis zum Staatssekretär gebracht habe. Jedenfalls hat er sich nicht mit dem Titel begnügt, sondern mit gewohnter Gewissenhaftigkeit gearbeitet. Sammelhefte tragen die Aufschriften von seiner Hand: „Kriegszustand, Handhabung der Zensur"; ein hoher Beamter im Reichsamt des Innern hat sich mit größter Anerkennung über seine Tätigkeit in Zensurfragen geäußert, über die er im Reichstag vortrefflich sprach, und wie mir einer seiner Kollegen versichert, hat er im Kabinett eine bedeutende Rolle gespielt. Aus derselben Quelle erhalte ich die Mitteilung, bis zum Ende sei er Gegner der Abdankung des Kaisers gewesen. Aus den letzten Tagen seines Staatssekretariats werden ein paar Zettelchen stammen, auf denen er mit Bleistift bemerkt hat: „Erneutes Kämpfen bei unwürdigen Bedingungen noch möglich? Es kann noch schlimmer für uns werden. Standpunkt der nationalen Ehre. — Kaiser hat parlamentarisch regiert." Der Einladung zum Empfang beim Kaiser am 21. 10. ist er auch gefolgt.

Am 26. 10. 1918 vertrat Gröber im Reichstage die Anträge der Mehrheitsparteien betreffend Änderungen der Reichsverfassung (Kriegserklärung und Friedensverträge bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, Gegenzeichnung desselben bei Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine, bei Ernennung usw. der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents Gegenzeichnung der betreffenden Kriegsminister, die dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich

sind). Gröber erklärte namens der Reichsleitung, dieselbe werde im Bundesrat für die Annahme eintreten. Gleich an den Anfang stellte er den Satz: „Wer einen so schweren Krieg miterlebt hat, der kann nicht im Zweifel darüber sein, daß die Verantwortung für einen solchen Krieg nicht auf die Schultern einer einzelnen Person, und mag sie noch so hervorragend sein und noch so gewissenhaft ihres Amtes walten, gelegt werden kann. Diese grenzenlosen ungeheuren Opfer an Gut und Blut müssen gebracht werden vom ganzen Volk; ein Krieg kann heute nur geführt werden, wenn er ein wahrer Volkskrieg ist, daraus folgt, daß er auch nur mit Zustimmung des Volkes und seiner Vertreter geführt werden kann."

In Nr. 509 der Berliner „Germania" vom 31. 10. 18 veröffentlichte Gröber mit seinem Namen zur Verteidigung der Regierungspolitik einen Artikel „Der tiefere Sinn unserer Verfassungsänderungen", den man als das politische Glaubensbekenntnis seines Lebensabschlusses bezeichnen darf. Er lautet (mit einigen Kürzungen):

Unsere Verfassungsänderungen von heute sind im Grunde nichts anderes als die natürliche Fortsetzung einer seit langem vorhandenen Entwicklung und als der Abschluß einer im Reichstag seit langem vorhandenen Vorbereitung. . . . Die ungeheure Entwicklung unserer Bevölkerungszahl und unseres Wirtschaftslebens vor allem in den letzten Jahrzehnten vergrößerte und vervielfältigte die politischen Aufgaben des Staates in ungeahnter Weise, diese Aufgaben nahmen einen Umfang und eine Vielgestaltigkeit an, die gebieterisch eine Verteilung auf breitere Schultern erforderten, als sie der alte Obrigkeits- und Beamtenstaat bot. Woher sollte man diese Kräfte nehmen, wenn nicht aus der Mitte des Volkes? In der Richtung aber hat das Deutschland der letzten 50 Jahre viel versäumt. Gewiß war die Volksvertretung vorhanden, die am Gesetzgebungsrecht mitzuwirken berufen war, aber diese Grenze wurde mit einer Strenge innegehalten, daß die konsequente Weiterentwicklung der Parlamentsrechte, die ja im Grunde nur die Rechte des Volkes sind, fast vollständig gehemmt wurde. Es fehlte vor allem die Durchdringung der Regierungsmaschine mit den lebendigen Kräften aus der Mitte des Volkes.

Nicht überall in Deutschland war das in gleichem Maße der Fall. Im Süden insbesondere hatte man durch eine liebevolle Pflege des Volksbildungswesens den Aufstieg des Tüchtigen aus den untern Schichten in Heer und Beamtenschaft in weitem Umfange gefördert. . . . Das Verhältnis zwischen breiter Masse und Beamtentum, zwischen Soldat und Vorgesetztem ist dort infolgedessen ein ganz anderes als im Norden Deutschlands. Je mehr wir vom Süden nach dem Norden, vor allem nach dem Nordosten fortschreiten, um so mehr finden wir, daß Beamtentum und Offizierkorps Domänen einer bevorzugten Klasse sind. . . . Die Folge ist der große Mangel lebendiger Fühlung mit dem Volk im Norden, ist der Boden, auf dem sich Verfassungszustände so lange erhalten konnten, die eigentlich vom Zug der Zeit längst überholt waren.

Das wirtschaftlich emporgewachsene, politisch reif gewordene Volk hätte seit langem nicht mehr in dem Maße auf die Teilnahme allein an der Gesetzgebung beschränkt bleiben dürfen, es hätte mindestens seit Jahrzehnten auch die Verwaltung immer mehr durchdringen müssen. Das Zentrum hat sich dafür stets eingesetzt, es hat vor allem jede Gelegenheit benutzt, auf die Unzuträglichkeiten hinzuweisen, die sich aus den absolutistischen Resten in unserm Verfassungsleben im allgemeinen und in unserer Verwaltung, besonders in der Heeresverwaltung ergaben. (Gröber exemplifiziert hier auf das „hermetisch verschlossene Kämmerlein eines Militärkabinetts", die preußische „katholikenfeindliche Kabinettsorder" von 1844, betreffend Kindererziehung in Mischehen protestantischer Offiziere, den Duellunfug, den jetzt beseitigten Mangel eines wirksamen Einflusses des Parlaments auf die Personalien im Heer, und fährt fort:) Diese letztere Neuerung ist eine der praktisch bedeutendsten Fragen, die in diesen Tagen beschlossen wurden. Sie kann aber doch nur in Norddeutschland als wirklich einschneidend empfunden werden. Es handelt sich ja lediglich um Beseitigung eine Sonderstellung, einer absolutistischen Machtfülle des Nordens im Gegensatz zum Süden, und für diese Beseitigung habe ich mich eingesetzt, solange ich die Ehre habe, dem Reichstag als Mitglied anzugehören.

Damit soll die Bedeutung der Errichtung des Volksstaates im ganzen keineswegs minder hoch angesetzt werden. Er ist eine echt deutsche Einrichtung. . . . Erst seit der Reformation, welche das oberste kirchliche Regiment in die Hände der Fürsten spielte, gelangte der Absolutismus zur Herrschaft. . . . Der Zug der Zeit geht weiter in der Richtung der Vermehrung der Volksrechte, und es ist unsere Pflicht, die Entwicklung mit Rat und Tat zu begleiten und zu beeinflussen. Dabei kommt uns als Katholiken insbesondere zugute, daß unser Glaube die Frage nach der besten Staatsverfassung durchaus offen läßt. Wir können von ihm aus so gut Aristokraten wie Demokraten sein. Letzten Endes entscheidend dürfen wir immer nur das höchste Interesse des Vaterlandes finden. Jede Staatsform ist in sich zulässig und gerecht, wenn durch sie der wesentliche Zweck des Staates, das Gemeinwohl, erfüllt werden kann, und die Staatsform ist die beste und im Einzelfall erstrebenswerte, die diesem Gemeinwohl am vollkommensten gerecht wird. Das aber scheint unter den heutigen Umständen ohne Zweifel diejenige zu sein, die eine erweiterte Mitwirkung des Volkes an allen Entscheidungen über sein Dasein und seine Entwicklung ins Auge faßt. Und das ist es, was wir in den letzten Wochen in die Wege geleitet haben.

Diese Ausführungen sind nicht ohne Widerspruch von konservativer und konservativ gerichteter katholischer Seite geblieben. Wohl am schärfsten äußerte sich die „Kreuzzeitung": „Je mehr der Herr Staatssekretär zu Worte kommt, desto mehr kehrt er den Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten hervor. Hindern die Protestanten etwa das Eintreten für die Interessen des Vaterlandes? . . . Gleichzeitig aber müssen wir gegen diese verhetzende Propaganda der Herren süddeutschen Staatssekretäre energisch protestieren, wenn sie jetzt in der

Zeit der großen Not nicht nur den Süden gegen den Norden, sondern auch noch den Katholizismus gegen den Protestantismus ausspielen. Das ist ein frevelhaftes Spiel gegen das protestantische Preußen. Das ist die Losung der äußern und innern Feinde." Mit Recht hat ein westdeutsches Blatt („Kölnische Volkszeitung" Nr. 864 vom 2. 11.) dazu bemerkt: „Die »Kreuzzeitung« treibt Politik nach den alten Rezepten des Evangelischen Bundes. Sie scheut sich nicht, das unselige Wort vom »innern Feind« wieder aufleben zu lassen. Das ist ein frevelhaftes Spiel." Verneinen dagegen kann man die Frage: War es richtig, daß der neue Staatssekretär die Verteidigung der Regierungspolitik in der Presse führte, mit Namen und Titel, und mit solchen, wenn auch in der Form maßvoll gehaltenen Ausführungen? Eine Anregung, den Artikel in einem Flugblatt des Volksvereins zu verbreiten, hat ein Mitglied des Vorstandes sehr zurückhaltend beantwortet und Gröber die Entscheidung überlassen. Inzwischen kam die Revolution; die Angelegenheit war damit erledigt.

Beim Ausbruch der unseligen Revolution vom 9. 11. 18 wurde Prinz Max von Baden durch den Sozialdemokraten Ebert als Reichskanzler abgelöst. Ebert ließ noch am gleichen Tage Gröber wie andere Staatssekretäre durch den Geh. Legationsrat Simons bitten, „die Geschäfte seines Amtes im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung bis auf weiteres fortzuführen". Am nächsten Tage aber wurde schon die Revolutionsregierung der „Volksbeauftragten" (aus drei Mehrheitssozialisten, drei Unabhängigen Sozialdemokraten) eingesetzt, unter welcher von den bürgerlichen Staatssekretären des Kabinetts Max von Baden nur Erzberger im Amte blieb, um die Waffenstillstandsangelegenheiten weiter zu bearbeiten. Bei aller „demokratischen" Gesinnung überzeugter Monarchist und entschlossener Gegner der Sozialdemokratie, hat Gröber es vorgezogen, Berlin zu verlassen. Auch mag man zweifeln, ob er der neuen Lage gewachsen gewesen wäre, wenn Ebert sein dauerndes Verbleiben in der Regierung gewünscht hätte. Wohl aber trat er 1919, zu Beginn seines Todesjahres, als einer der württembergischen Abgeordneten in die Deutsche Nationalversammlung ein.

An den Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar nimmt Gröber teil in voller geistiger Frische und erfolgreicher Tätigkeit, als anerkannter Führer und Sprecher seiner Fraktion und in enger Fühlung mit Vertretern anderer Parteien. Einem Schreiben seines Fraktionskollegen Prälaten Mausbach vom 3. 11. 20 entnehme ich die folgende lebendige Schilderung:

Mir ist der Verkehr und die Zusammenarbeit mit Gröber eine der teuersten Erinnerungen an die schwere und doch nach mancher Richtung schöne Zeit in

Weimar. Gröber hat damals seine ganze seelische und körperliche Arbeitskraft mit der ihm eignen, unvergleichlichen Pflichttreue und Selbstlosigkeit zusammengefaßt und eine opferfreudige Ausdauer in vielseitigster Tätigkeit bewiesen, die wir jüngere Mitglieder der Fraktion stets bewundern mußten. Neben der Leitung der Fraktion und der maßgebenden Beteiligung an allen hochpolitischen Einzelfragen war es besonders die Arbeit des Verfassungsausschusses, die ihn als hervorragenden Juristen, als erfahrenen Politiker, als begeisterten Patrioten, vor allem aber als den treuen, altbewährten Vertreter der religiösen Freiheit und der Rechte der Kirche aufs stärkste in Anspruch nahm. Abgesehen von den monatelangen Sitzungen des Ausschusses reihten sich zahlreiche vertrauliche Besprechungen mit Vertretern anderer Fraktionen und der Regierung aneinander, in denen er zäh, energisch und unermüdlich die Rechte der Kirche und der christlichen Schule aus dem Zusammenbruch zu retten und nach Möglichkeit zu sichern suchte. Wohl empfand er die Schwere der Verantwortung und den Druck der Gesamtlage; aber wenn wir nach den entscheidenden Sitzungen abends denselben Weg nach Hause gingen, gab sich stets sicheres, ruhiges Gewissen, ja oft genug ein dankbares Aufatmen oder ein vergnügtes Schmunzeln bei ihm kund — angesichts der schlimmern Befürchtungen, die er nach seinen kulturpolitischen Erfahrungen gehegt hatte. Trotz solch ermüdender Arbeit sah man Gröber am andern Morgen stets in aller Frühe an der Kommunionbank; ihm war die persönliche Verbindung des Ora et labora ebenso selbstverständlich wie die Beseelung der politischen Arbeit mit sittlichen Gedanken und Zielen.

In den Plenarsitzungen ist er Dutzende Male, häufiger als früher im Deutschen Reichstag, aufgetreten. Er war der Sprecher des Zentrums. Gleich in der zweiten Sitzung (7. 2. 19) beantragte er unter allgemeiner Zustimmung, die Wahl der drei Vizepräsidenten in einem Wahlgang zu erledigen. Ganz knapp, die Einzelheiten der endgültigen Verfassung zurückstellend, sprach er zu dem Entwurf betreffend die vorläufige Reichsgewalt, dessen § 1 unmittelbar nach seinen Ausführungen angenommen wurde (10. 2). Bei der Besprechung der Erklärung der neuen Reichsregierung sprach er kurz, würdig, mit warmer vaterländischer Gesinnung:

Schwere Tage sind über unser Volk hereingebrochen. Hochgemut zu denken und zu fühlen, war uns ein leichtes in den Jahrzehnten unseres Aufstiegs. Heute ist es schwerer, aber um so ehrenwerter und notwendiger. Wir sehen in der Nation und im Staat unentbehrliche und darum gottgewollte Ordnungen. Jede Nation, die ihren natürlichen Pflichten gerecht wird, erfüllt eine Mission im Dienste der Menschheit. Wir glauben an eine solche Mission für unser braves deutsches Volk, und unser Glaube ist durch die Kriegsjahre nur geläutert. Darum ist unser oberster Leitstern an dieser Stelle der Gedanke der Pflichterfüllung gegen Volk und Vaterland. Die Hauptaufgabe für uns ist die Schaffung von Friede und Ordnung, von Brot und Arbeit. Ein baldiger Friede ist eine absolute Notwendigkeit. Unsere Kriegsgefangenen müssen so rasch wie möglich ihren Familien zurückgegeben werden.

Die besetzten Gebiete müssen frei werden von der Abschnürung durch die feindliche Besatzung. Die Grenzgebiete im Osten und Westen müssen die schwere Sorge um ihr Schicksal endlich los werden. Das deutsche Wirtschaftsleben muß, so rasch es nur angeht, wieder aufgerichtet werden können. Das ist ein Vorgang, der noch nie vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet und mehr als vier Monate nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhält. Der Waffenstillstand ist dafür kein Ersatz, um so weniger, als seine Verlängerung von vier zu vier Wochen nur unter immer schwerern Bedingungen gegenüber einem immer schwächer werdenden Volke geschieht. Wir nehmen unsere Feinde nur beim Wort, wenn wir die Unversehrtheit des deutschen Gebiets auf Grund der Wilsonpunkte fordern. Das urdeutsche Saargebiet darf unter keiner Form von Deutschland getrennt werden. Über den deutschen Charakter von Danzig kann wahrhaftig nicht gestritten werden; Oberschlesien hat niemals zu Polen gehört, und seine Erhaltung ist eine Lebensfrage wegen der Kohlen. Wir erklären uns mit den koalierten Parteien gegen jede französische und polnische Annexionspolitik. Wir protestieren gegen den Plan, den Deutschen Kaiser vor ein ausländisches Gericht zu stellen, ein Versuch, der nur die Bedeutung hat, Deutschland zu beschimpfen. Wir fordern die Gründung eines Völkerbundes, der möglichst alle Nationen umfassen soll. Aber ein Völkerbund, der auf Ungerechtigkeit und Gewalt aufgebaut ist, trägt den Todeskeim in sich. Das aggressive Vorgehen der Polen gegen deutsche Landesteile ist um so verwerflicher, als gleichzeitig ein Feind der gesamten Kulturwelt gegen uns anstürmt, der Bolschewismus. Gegen beide Feinde braucht das deutsche Volk eine Volkswehr. Wenn je, so empfinden wir heute den Mangel einer zuverlässigen Truppe, und um so mehr müssen wir heute unserer Armee den Dank leisten für den Schutz, den sie uns in jahrelangem bittern Kampf gewährt hat.

Am 18. 2. stand die Interpellation Vögler (Vorlegung einer Denkschrift über die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission) zur Debatte. Gröber hat sie, unter lebhafter Zustimmung der Mehrheitsparteien, vortrefflich abgefertigt. In wenigen Worten begründete er (25. 2.) den von ihm mit Vertretern anderer Parteien eingebrachten Entwurf über Bildung einer vorläufigen Reichswehr. Der Antrag Gröber und Genossen betreffend Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen gelangte ohne Debatte in drei Lesungen zur Annahme (1. 3.), desgleichen (10. 4.) der gemeinsame Antrag, einen Ausschuß für die Friedensverhandlungen einzusetzen, in welchen auch er (15. 4.) gewählt wurde.

Nach einer vierwöchigen Pause ergriff Gröber gleich in der ersten Sitzung (12. 5.) das Wort, um „im herbsten Schmerze über das Unglück unseres Vaterlandes" die Stellungnahme der Zentrumsfraktion zu den Friedensbedingungen darzulegen:

Diesen Vertrag lehnen wir ab. Am 5. November hat Staatssekretär Lansing der deutschen Regierung mitgeteilt, die feindlichen Regierungen seine

bereit, Frieden zu schließen auf Grund der vom Präsidenten Wilson verkündeten Grundsätze; nur zwei Grundsätze waren dabei ausgenommen: die Freiheit der Meere und die Wiederherstellung der besetzten Gebiete. Die feindlichen Regierungen haben uns also eine ausdrückliche, rechtsverbindliche Zusage gemacht. Was aber jetzt uns vorgelegt ist, das läßt von den Wilsonschen Punkten auch nicht mehr den geringsten Schein und Schatten übrig. Es enthält sogar das gerade Gegenteil davon. Das ist ein Wortbruch in der vollsten Bedeutung des Wortes. Wo ist noch eine Spur von Achtung vor der Nationalität des deutschen Volkes und vor seinen Rechten? Rein deutsche Gebiete werden an Polen, Frankreich und Belgien zugeteilt. Wo bleibt die Wahrung der alten nationalen Ansprüche gegen Deutsch-Österreich, das verhindert werden soll, sich Deutschland anzuschließen? Bezüglich der Kolonien hat Wilson verlangt eine „freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung". Diese Unparteilichkeit wird jetzt dadurch gewahrt, daß man alle Kolonien Deutschland wegnimmt und unter die Alliierten verteilt. Hand in Hand mit diesen gewaltigen territorialen Verlusten geht die Entwaffnung. Noch ungeheuerlicher scheinen mir die finanziellen Bedingungen zu sein, und am allerschlimmsten sind die wirtschaftlichen, welche allen Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen. Endlich wird noch verlangt, daß der Deutsche Kaiser und eine Anzahl politischer und militärischer Führer an ein Gericht unserer Feinde ausgeliefert werden müssen. Eine solche Zumutung weisen wir mit Entrüstung zurück. Der Friedensvertrag stellt sich in seiner Gesamtheit dar nicht als ein Rechts-, sondern als ein Gewaltfrieden voll Unrecht und Haß, voll von Keimen neuer Gewalttaten und Ungerechtigkeiten, als eine Quelle neuen Völkerstreites und endloser Kämpfe. In der Gesamtwirkung kann seine Bedeutung nur sein, dem deutschen Volke das Schicksal von Irland zu bereiten oder vielleicht ein noch traurigeres Schicksal. Das Vertrauen auf die Grundsätze der Gerechtigkeit und Freiheit, der Glaube an Ehre und Treue der Menschheit muß die tiefste Erschütterung erleiden, wenn die Feinde ein Volk niedertreten können, nachdem sie so lange Gerechtigkeit und Freiheit zugesichert haben. Gegen die drohende Gewalt muß die ganze Menschheit, soweit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, den entschiedensten Protest erheben.

Die Annahme dieser „Friedens"bedingungen ist bekanntlich unter eisernem Druck erzwungen worden. Auch Gröber hat sich gefügt. Warum, hat er am entscheidenden Tage (22. 6.) gesagt:

Wir sind, was unsere Erklärung vom 12. Mai anbelangt, nicht anderer Ansicht geworden. Wir halten an der Überzeugung fest, daß der Friedensvertrag in sehr wesentlichen Bedingungen sich nicht vollständig erfüllen läßt. Wenn wir bereit sind, eine Zustimmung zum Vertrag im ganzen auszusprechen, so kann das nur bedeuten, daß wir mit die Verpflichtung übernehmen, den Vertrag, soweit es menschenmöglich ist, auszuführen, aber nicht eine Verpflichtung anzuerkennen, daß alle Bestimmungen im einzelnen durchführbar, erträglich sind und als solche von uns übernommen werden. Aber diesen kaum erfüllbaren Bedingungen gegenüber stehen Tatsachen, die wir in Rechnung stellen müssen. Der Friede bringt Hunderttausende von Gefangenen

zurück. Die Hungersnot wird beendigt. Der Friede kann uns allein die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues für Deutschland bringen. Er bietet auch die Möglichkeit, unsere deutsche Einheit, wenn auch in geschwächtem Umfang, aufrechtzuerhalten und damit die Grundlage und Voraussetzung unserer ganzen künftigen politischen Entwicklung zu wahren. Aber unsere Zustimmung findet eine unüberschreitbare Grenze in der Rücksicht auf die nationale Ehre. Wir können nicht die Lüge anerkennen, Deutschland sei der allein schuldige Urheber an all dem Elend des Krieges. Und wir weisen auch zurück die Schmach und Schande der Auslieferung deutscher Angehöriger an feindliche Kriegsgerichte. Die Ehre des deutschen Volkes preiszugeben, das kann uns kein Mensch zumuten. Uns leitet in dieser schweren Stunde allein die Liebe zum Vaterland, dessen Ehre wir erhalten wollen.

Dann wurde der Antrag Schulz-Gröber, die Nationalversammlung möge sich mit der Unterzeichnung des Vertrags einverstanden erklären und der Regierung ihr Vertrauen aussprechen, mit starken Mehrheiten gegen 138 bzw. 89 Stimmen bei 5 bzw. 69 Enthaltungen angenommen.

Ein maßgebendes Mitglied des Verfassungsausschusses, hat er auch mehrfach erfolgreich in die Plenarverhandlungen über die Verfassung eingegriffen. Seinen Anträgen entsprechend wurde nach ganz kurzer Begründung Abs. 4 Art. 45 betreffend den Völkerbund gestrichen (5. 7.), die Aufnahme der Aufhebung der militärischen Ehrengerichte in die Verfassung mit großer Mehrheit angenommen (10. 7. und 30. 7.). Am 16. 7. stimmte er gegen die Abschaffung der Todesstrafe, deren Beibehaltung mit kleiner Mehrheit (153 : 128 Stimmen) beschlossen wurde. Nach Art. 164 sollten die Familienmitglieder der im Jahre 1918 regierenden Landesherren auf 15 Jahre von der Wahl als Reichspräsident ausgeschlossen sein; bemerkenswert ist die Entschiedenheit, mit welcher Gröber, der „Demokrat“, der zeitlebens Monarchist geblieben ist, sich dagegen aussprach; daß die Ausschließung, und zwar ohne Zeitgrenze, mit ganz geringer Mehrheit (128 : 117) angenommen wurde, konnte er freilich nicht verhindern (22. 7.). Zum dritten Abschnitt der Grundrechte (Religion und Religionsgesellschaften), für welchen Mausbach Berichterstatter war, hat er sich fast gar nicht geäußert, abgesehen von einer kurzen Bemerkung über das Besteuerungsrecht der Religionsgesellschaften (17. 7.); beim vierten Abschnitt (Bildung und Schule) vertrat er (18. 7.) nachträglich den Kompromißantrag mit den Worten:

Tiefgehende uralte Gegensätze der Weltauffassung lassen sich in friedlicher Weise nur auf dem Boden der Freiheit lösen, nicht auf dem Boden der Majorisierung, des gesetzlichen Zwanges. Diese Auffassung hat schon 1871 unser alter Führer Windthorst klipp und klar ausgesprochen. Schon damals hat er vorausschauend erklärt: nur auf dem Boden der Freiheit lassen sich die Gegensätze

überwinden und friedlich ausgleichen. Wer für die eigne Weltauffassung und Konfession eine gesicherte Freiheit verlangt, der muß auch bereit sein, sie auch der gegnerischen Anschauung zu gewähren. Der Kompromißantrag sucht diese Auffassung zu verwirklichen, indem er berücksichtigt wissen will: die Auffassung der Anhänger der Konfessions-, der Simultan- und einer bekenntnisfreien Schule. Entscheidend für die Gliederung und Gestaltung der Volksschule soll der Wille der Eltern und der übrigen Erziehungsberechtigten sein. Die Eltern haben ihre Kinder von Gott erhalten, sie sind in ihrem Gewissen für die Erziehung verantwortlich, sie haben auch die maßgebende Entscheidung in der Gestaltung und Gliederung des öffentlichen Schulwesens zu treffen. . . . Dem Religionsunterricht legen wir eine große Bedeutung bei. Schon der Verfassungsausschußantrag verlangt ihn als ordentliches Lehrfach, mit dem wertvollen Zusatz, daß er nach den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt werden soll. Unser Kompromißantrag baut diese Bestimmungen weiter aus, namentlich auch die Vorschrift, daß die Eltern ihre Kinder aus dem Religionsunterricht fernhalten können. Er nimmt von der Verpflichtung, den Religionsunterricht zu geben, diejenigen Schulen aus, die sich als bekenntnisfreie, als rein weltliche bezeichnen. Freilich bauen wir die Konsequenz auch in der Richtung aus, daß, wenn ein Ersatz stattfindet, in der Form eines religionsgeschichtlichen Unterrichts oder einer allgemeinen Sittenlehre, den Eltern die Befugnis eingeräumt ist, ihre Kinder von dem Besuche fernzuhalten.

Den gleichen Standpunkt hat er, obwohl gewiß Anhänger der Konfessionsschule, auch noch am 31. 7. in einer gegen einen Fraktionsgenossen gerichteten Bemerkung vertreten: „Wir erblicken in dem Kompromiß ein Friedenswerk, das überflüssige und gefährliche Kämpfe auf dem Schulgebiete vermeiden kann. Wir sind in der Mehrheit der Fraktion überzeugt, daß alles dazu angetan ist, friedlich zusammen zu arbeiten in gemeinsamem friedlichen Wettbewerb, zu einer guten Schulung unserer deutschen Jugend zum Besten des Vaterlandes."

Noch am 20. 8., am Tage vor dem Schluß der Weimarer Verhandlungen, hat Gröber zum Erbschaftssteuergesetz gesprochen. Auch während der Berliner Tagung der Nationalversammlung ist er noch tätig geblieben bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit. Daß diese Grenze nahelag, hat er sich selbst nicht verhehlt, nur seine stählerne Energie und die Gleichgültigkeit gegenüber dem persönlichen Befinden hielt ihn noch aufrecht.

Gröber als Mensch und Christ

Wer mit Gröber nur in seinen letzten Jahren verkehrt hat, könnte leicht zu einem einseitigen Urteil über seinen Charakter gekommen sein. Unter dem Druck der Zeitereignisse und der wachsenden Arbeitslast, die der zuckerkranke alternde Herr nur mit dem ganzen Aufgebot seiner Willenskraft bewältigen konnte, m u ß t e er oft den Eindruck eines in sich zurückgezogenen, tiefernsten Mannes machen. Das wird mir durch mündliche und schriftliche Mitteilungen auch seiner liebsten Freunde und wärmsten Verehrer bestätigt. Einer derselben spricht von der „Resignation, die über seinem Alter lag. Entschädigt aber hat ihn das Himmelreich seines religiösen Lebens", ein anderer von seiner „Verschlossenheit"; ein dritter bemerkt, in der allerletzten Zeit sei er „bis zur Erschöpfung überangestrengt, körperlich leidend, zermürbt, gebeugt" gewesen.[1]) Aber ganz falsch wäre es, derartige Eindrücke zurückzudatieren. Die Schilderung seines Jugendlebens wimmelte von Beweisen, daß er, eine heitere Natur, Abwechslung, Gesellschaft und Vergnügen liebte und für materielle wie geistige Genüsse empfänglich war. Er hat die leichtsinnige Periode rascher als andere junge Leute überstanden, ist schon als angehender Beamter ein solider Herr mit einfacher Lebensführung, und seine Solidität wächst mit den Jahren und den Pflichten, aber dabei blieb er das Gegenteil eines menschenscheuen, sittenrichtenden Sonderlings. Schon die vorausgehende Darstellung hat manche Beweise gebracht, daß er, als Richter wie im parlamentarischen Beruf, freundlich, gesellig und gefällig war. Der liebevollen Schilderung Kümmels (Forts. S. 167), der ihn so gut kannte, entnehme ich weitere Beiträge:

In ungezählten Fällen, wo es galt, eine gute Sache zu fördern, hat Gröber sich nicht umsonst bitten lassen um Rat und um moralische oder auch materielle Unterstützung. Er erachtete es als Pflicht, mit der Wählerschaft, welche ihn in den Reichstag bzw. in den Landtag entsendet hatte, in steter Fühlung zu bleiben. Jeder Wähler möge, so sagte er immer wieder, ungeniert brieflich

[1]) So Kümmel (Forts.) S. 117.

oder auch mündlich sich an ihn wenden. Hunderte und Tausende hat er in den drei letzten Jahrzehnten persönlich gehört und ihnen Bescheid erteilt. Hunderte und Tausende von Briefen aus der Mitte des Volkes hat er geduldig, nachsichtig und immer teilnahmsvoll durchgelesen, und wo es ihm immer möglich war, direkt oder später indirekt beantwortet.[1])

Die Antworten Gröbers waren durchaus keine sogenannten „Kanzleitröste"; sachlich ging er oft recht ausführlich auf den Inhalt ein, und formell sprach sein warmes Herz in Ernst wie in gelegentlichem Scherz aus ihnen zum Leser. Eine Sammelausgabe würde ein ganzes Buch geben, das in der bunten Mannigfaltigkeit seines Stoffes wie in der echten, kernigen und oft gemütlichen Form den sprechendsten Beweis dafür bildete, in welch inniger, nicht selten herzlicher Beziehung Gröber zum katholischen Volke stand.

Wenn anstrengende Beratungen glücklich erledigt waren, so liebte es Gröber, im vertrauten Kreise noch zu gemütlicher Unterhaltung zusammenzusitzen, und da konnte seine heitere Laune und seine frische, natürliche Fröhlichkeit solch eine Stunde unvergeßlich machen. Gern erzählte er dieses und jenes Erlebnis heiterer oder ernster Art; noch lieber ließ er andere erzählen; auch der einfachste Mann aus dem Volke hatte bei solchen Gelegenheiten das Herz auf der Zunge.

Gröber besaß gar nichts vom Standesdünkel und der Steifheit, welche so manchen höherstehenden Beamten, auch Parlamentarier nicht ausgenommen, im persönlichen Verkehr ungenießbar machen. Auch hierin war er Demokrat im besten Sinne. Aus Heilbronn wird uns berichtet: „Gern trank Gröber abends in einer Weinwirtschaft ein Glas Wein, nie über ein bestimmtes bescheidenes Quantum. Er setzte sich dabei niemals allein an einen Tisch, wenn andere Gäste da waren, sondern zu denselben hin, und plauderte mit ihnen gemütlich, wenn es auch nur sogenannte gewöhnliche Leute waren, Weingärtner, Handwerksleute, Bauern usw. Daher auch seine Kenntnis der Volksseele." Vor etwa zwölf Jahren glaubte er sich einige Zeit des Alkoholgenusses enthalten zu sollen. Soviel mir bekannt ist, kehrte er nach Jahresfrist wieder zum regelmäßigen Genusse eines Glases Wein bei Tisch und abends in Gesellschaft zurück. Er erklärte mir, er könnte einfach den großen Anforderungen an seine Arbeitskraft und seine Nerven sonst nicht wie bisher standhalten.

Wenn er durch Aufklärung, Belehrung und Beratung nützen konnte, hielt er sicherlichk nicht zurück. Auch juristische Berufsgenossen erbaten sich in Zweifelsfällen Ausunft; sie haben an Gröbers Kollegialität niemals umsonst appelliert. In geradezu rührender Weise bewährte sich dieselbe, als er am späten Abend nach der Heimkehr von einer anstrengenden Versammlung von einem Kollegen in einer Rechtsfrage um seine Meinung gefragt wurde; er war übermüdet und nervös und lehnte in höchst unzweideutiger Weise ab, auf die Sache ein-

[1]) Wie gewissenhaft er seine riesige Korrespondenz behandelte, zeigt ein Blick in seinen Nachlaß. Tausende von Briefen hat er in Dutzenden von großen Umschlägen geordnet, auf denen er Namen und Wohnort der Absender sorgfältig vermerkte, und gewöhnlich steht auf den Briefen das Datum der Antwort.

zugehen. Wer aber in aller Morgenfrühe mit ein paar Büchern unter dem Arm zu dem Kollegen kam, ihm erklärte, er habe sich die angeregten Fragen überlegt und die einschlägige Literatur zu Rate gezogen, das war Adolf Gröber.

Die Weiblichkeit konnte sich nicht des gleichen Entgegenkommens erfreuen wie sein männlicher Bekanntenkreis. Ein ihm durchaus wohlgesinnter Gewährsmann hat mir zugegeben, Gröber habe „es mit den Damen nicht gekonnt", auch einmal, mit der Faust auf den Tisch schlagend, von Weiberkram gesprochen; daß er als Zwanzigjähriger über „Gansblumen" spöttelte, wurde schon erwähnt. Der Zweifel Kümmels (Forts. S. 191), ob er tanzen gelernt und jemals einen Ball mitgemacht habe, ist allerdings unberechtigt, richtig aber, daß er „für den Verkehr mit Damen wenig Sinn und Anlage hatte" und „für Sentimentalitäten, Cour- und Komplimentemachen oder gar für Liebeleien nicht zu haben war". Immerhin „verstand er bei vorkommenden Gelegenheiten, sich Damen gegenüber ritterlich und liebenswürdig zu benehmen", sogar, wie wir gesehen haben, in gebundener Rede, wobei es ihm auch auf einen Scherz über sein eignes Junggesellentum nicht ankam.

Und Junggeselle ist er geblieben, trotz seines ausgeprägten Familiensinns, trotz der Verehrung für seine braven Eltern, die ihm das Beispiel einer glücklichen Ehe gaben, trotz beständigem Zureden seines Vaters. „Mehr als einmal", berichtet Kümmel (Forts. S. 238), „hat Gröber senior mir gegenüber diesen Punkt angeregt; er glaubte sogar das Vertrauen in mich setzen zu können, daß ich auf seinen Adolf einwirken könnte. Einige Male machte ich Anspielungen, aber der Herr »stellvertretende Staatsanwalt« antwortete völlig ausweichend mit einem mehr oder weniger boshaften Scherzworte." Anderseits schreibt mir einer seiner norddeutschen Intimen: „Ich habe stets die Auffassung gehabt, daß er glaubte, schon in Württemberg soviel neue Aufgaben zu lösen zu haben, daß er Pflichten gegen eine Familie zu erfüllen nicht die Zeit finde. Ein gemeinsamer Freund sagte nach einem Besuch in Heilbronn, die kalte, nüchterne Häuslichkeit Gröbers habe ihm im Mitgefühle für den Freund geradezu wehe getan. Auch in Berlin hatte er kein irgendwie anheimelndes Wohnzimmer gewählt. Er wäre in der Fraktion, im Verkehr mit Menschen nicht so isoliert gewesen, hätte weit eingreifender Menschen innerlich fördern können, hätte er irgendwelches Familienleben gesucht, wenn auch nur mit einer Verwandten, in dem er rein menschlich Licht und Wärme empfing." Darüber mag man streiten. Vielleicht hat Kümmel (a. a. O. 238) recht, wenn er meint, seine Ehelosigkeit sei „aus dem Innersten seiner Persönlichkeit herausgewachsen". Nahe liegt die Vermutung, daß seine zweifellos feststehende Neigung zum Ordensstand daran beteiligt war.

Das Junggesellenthema hat Gröber noch bei einer andern Gelegenheit als bei seiner Eintragung in das Kölner Gästebuch in dichterischer Form angeschlagen, und zwar in einem Dialektgedicht, dem einzigen mir bekannten aus seiner Feder. Zwischen den Briefen an seine Eltern liegt eine gedruckte Glückwunschkarte, mit einer Einrahmung, die ein Seeufer mit Hütte, Kahn und einigen Vögeln darstellt. Dazu hat Gröber das folgende hübsche Gedicht an einen ungenannten Freund geschrieben, das nach der Schlußzeile in das Jahr 1890 fällt:

Dös Kartebildle hôt en Sinn
Mit seinem schtille See,
Auf dem e Schwâ so pfludret drinn,
E Ente steigt in d' Höh;
Wo neabe Binse, Büsch und Reis
E Kahn mueß leer dô liege,
Und mitte zwische Blütesträuß
E Schpätzle sich därf wiege;
Wo hinter Bäum am Wasserschtrand
E Fischerhäusle winkt,
Und in der Luft sich übers Land
E wilder Adler schwingt.
  Dös ischt e Bild von unsrer Zeit
Und au von unsrem Leabe,
Und i will gern, wenn es di freut,
D' Erkläring derzu geabe:
  Wie hättet's guet dô unterum
Dia Schwane, Gäns und Ente,
Wenn sie vorm Adler obedrum
Im Friede leabe könnte.
  Wia glückle unser Volk — i bitt!
  Wär'n in der Höh Raubvögel nit.
Wia liable liegt dear See dô drâ
So schpiegelglatt und mächtig,
Wia mueß dös Fahre auf dem Kah
So luschtig sei und prächtig.
Einschteige tuet doch niemet heut,
Zum Häusle fahrt koi Pärle,
Weil — 's Häusle klei und d' Ufer weit
Und 's Wasser gar so gfährle.
  Guck! Bedächtge Junggeselle
  Meidet sottige Wasserstelle.
Deam Wasser kehrt de Buckel nâ
Dear junge Schpatz, der Schlengel;
Bindt nit mit Gäns und Ente â,
Hockt auf seim Blütestengel:

Philosophisch luegt er in aller Ruh'
Fromm mit oim Aug nôm Himmel zu,
Mit dem andre — 's ist scheußle! —
Nôch irdische Blütesträußle.
Wôhr isch! Bei der Schpatzejugend
Findt ma selte reine Tugend.
Jôwôhl! Dös Bildle ischt nit schleacht,
Denk, was es dir will sage.
Mach schnell die Nutzanwendung reacht
In deine junge Tage.
Und wia dear glitzig goldne Rand
Dös Bildle tuet umringe,
So soll der goldne Freundschaft Band
Anno 90 uns umschlinge.

Der gute Humor, der uns aus diesen Versen entgegenweht, gehörte zu seinem Wesen. Überall macht er sich Luft, in seinen Briefen und Tagebüchern wie in seinen öffentlichen Reden. Aus den letztern ließe sich eine stattliche Anzahl von Äußerungen zusammenstellen, die unter die geflügelten Worte gehören und zuweilen, wenigstens in engern Kreisen, auch zu solchen geworden sind. Manche wurden schon angeführt. Unvergessen ist es in Württemberg geblieben, daß er über die schlechte Behandlung des Zentrums im Landtag mit den Worten scherzte, „der Landtag ist keine Haußmannsbude", d. h. keine Domäne seines intimen Gegners Haußmann von der Demokratischen Partei, oder „das Zentrum ist kein Fragekasten". In seiner Schlußrede auf der Essener Katholikenversammlung von 1906 hat er die Ankündigung, am folgenden Tage werde der kuriose „Zehngebote-Hoffmann" in Essen eine Rede halten, mit dem Diktum glossiert: „Armer Bebel, der einen solchen Nachfolger bekommt." Er konnte auch das werden, was sein Name andeutet. Ein paar wenig bekannte Stücklein dieser Art erzählt mir Herr Haßl. Als Gröber in einer Rede den Abg. Enneccerus erwähnt, wird er aus der Korona mit dem Zuruf unterbrochen: „Man sagt nicht Ennécerus, sondern Enneccérus"; Gröber antwortete: „Nein, mein lieber junger Mann, man sagt wohl Rhinózerus, aber nicht Rhinozérus". Der junge Mann hatte aber recht gehabt. Und wenn im Landtage wieder einmal von Württemberg als der „Oase des Friedens" geredet wird, repliziert Gröber: „Von dieser Oase sind bloß noch die Kamele übrig, die daran glauben."

Dieser Mann der Arbeit für andere war, je länger je mehr, in seiner ganzen Lebensführung anspruchslos, mäßig, enthaltsam, ohne gerade Asket zu sein; nicht bescheiden in dem Sinne, daß er sich selbst verkleinert hätte, legte er Wert auf seine Erfolge, aber renommiert

hat er damit nicht, obwohl er dazu wahrlich mehr Anlaß gehabt hätte als so mancher Renommist. Für Beförderungen und Auszeichnungen rührte er keinen Finger, und er wurde in dieser Hinsicht auch durchaus nicht verwöhnt. Kümmel (Forts. S. 192) glaubt: „Eine Ordensauszeichnung hat er nicht erhalten, er hätte sie wohl kaum auch getragen." Das ist wohl nicht richtig: Am 8. 12. 16 bescheinigt ihm das Ordenssekretariat in Stuttgart „den Rückempfang des verliehen gewesenen Ritterkreuzes des Kronenordens zum Ordensschatz"; aber das wird eine Ausnahme gewesen sein. Gefreut wird es den Heimatliebenden haben, daß der Gemeinderat seines Geburtsorts 10. 2. 14 einstimmig beschloß, ihn „für seine ersprießliche Tätigkeit für Stadt und Bezirk, für das engere und weitere Vaterland, wie überhaupt für sein außergewöhnliches Schaffen und Wirken auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, das Ehrenbürgerrecht der Oberamtsstadt Riedlingen zu verleihen, welche stolz darauf sein darf, einen Mann wie Gröber ihr eigen zu nennen". Seinem Wunsch, daß ihm neben den Gräbern seiner Eltern eine Grabstätte vorbehalten bleibe, entsprach der Kirchenstiftungsrat Weingarten (7. 7. 97) mit dem Bemerken, daß „die Vaterstadt des hochverdienten und hochverehrten Herrn sich die Ausführung dieses Wunsches zu Ehren anrechnet; wir hoffen und wünschen, daß E. H. noch viele dutzendmal froh und gesund in Ihre Heimatstadt kommen werden". Auffallend könnte es erscheinen, daß ihm eine äußere Ehrung von höchster kirchlicher Stelle nicht geworden ist. Kümmel (Brief 18. 4. 1900) wird den Grund richtig darin finden, „daß gewisse politische Rücksichten es in Rom nicht ratsam erscheinen lassen, daß die Führer der Katholiken in politicis mit den Ehren und Ordenszeichen bedacht werden, welche den Auszeichnungen der militärischen Führer und Feldherren entsprechen" — ein Gedanke, für den Gröber volles Verständnis gehabt haben dürfte.

„Nach zeitlichem Gewinn", schreibt derselbe Freund (Forts. S. 192), „hat Gröber so wenig gegeizt als nach äußern Ehren. Das Vermögen, das er von seinen Eltern ererbt hatte, verwaltete er umsichtig und war persönlich sparsam. An Unternehmungen und Spekulationen gewinnsüchtiger Art hat er sich niemals beteiligt. Hätte er seine politische Stellung und Erfahrung ausnutzen wollen, so hätte er unschwer Millionen »verdienen« können. Gröbers Brusttuch ist auch in dieser Beziehung tadellos rein geblieben: seine wahrlich nicht allzu große Hinterlassenschaft ist hierfür das beredteste Zeugnis. Mit dieser finanziellen Selbstlosigkeit hat Gröber eine ebenso ausgiebige als der Öffentlichkeit streng verborgene Wohltätigkeit geübt." Gern füge ich bei: Kürzlich hat ein hochgestellter Politiker, der nicht zur Zentrumspartei

gehört, meine Frage, ob er auch Gröber zu den Leuten mit „absolut weißer Weste" rechne, lebhaft bejaht.

Abgeneigt der „Augenlust, Fleischeslust und Hoffart des Lebens", hat Gröber auch in edlern geistigen Genüssen sich Beschränkung auferlegt. Ein norddeutscher Freund schreibt mir: „Beeinträchtigt wurde die Ausweitung seines jungen Geisteslebens dadurch, daß in den kleinbürgerlichen Verhältnissen seiner engern Umgebung keine starken, mit den großen Problemen der Seele und des Geistes erfolgreich ringenden Persönlichkeiten ihn an sich zogen. So wandte er seinen Idealismus der Berufserfüllung zu und über diese hinaus dem Kampf für Recht und Freiheit seines angestammten Volkes, insbesondere seiner in ihrer Minderheit unterschätzten und zurückgedrängten Glaubensgenossen. Diese Aufgabe forderte aber seine ungeteilte Kraft und heroische Liebe. Sie machte ihn einsam. In Berlin kam er über den nüchternen Fraktionsstammtisch nicht hinaus. In den Ferien suchte er die Einsamkeit. Das eiserne Pflichtgefühl war es, das ihm in vorgeschrittenen Jahren, da er das Geistesringen der Zeit in nächster Nähe erlebte, nunmehr verwehrte, sich in geistige Weite hinauszuarbeiten. Aus Gesprächen am Tische der Familie Brandts ersah ich seine tiefe geistige Empfänglichkeit. So oft dann Brandts mit Liebhaberei für die Hebung des geistigen Bildungsstandes der Katholiken eiferte, stimmte ihm Gröber leuchtenden Auges zu. Er schien uns Jüngere darum zu beneiden, daß wir früh ins Weite hatten schauen können." Das ist richtig. Er war durch und durch Volksführer und Politiker, und abgesehen vom Mangel an Zeit wird ihn auch seine scharf ausgesprochene juristische Veranlagung abgehalten haben, systematisch an der Ausweitung seines Geisteslebens zu arbeiten oder doch Blumen am Wege zu pflücken in Wissenschaft, Kunst und Literatur. Seiner Jugendleidenschaft für die Bühne scheint er vollständig entsagt zu haben. Die Dürftigkeit seines sonst so ausführlichen Berliner Tagebuchs in dieser Hinsicht beruht gewiß nicht auf Zufall. Zu dem Piglheinschen Panorama Jerusalem und die Kreuzigung Christi schreibt er (TB. 20. 1. 89): „Ein Bild moderner Malerei und modernen Lebens und Strebens überhaupt: Die großen Ideen fehlen, zum Teufel ist der Spiritus und geblieben ist die Virtuosität in der Malerei des Naturlebens, der Lichteffekte, des Materiellen"; zu der Millöckerschen Operette „Der arme Jonathan" (TB. 9. 5. 90): „Ein modernes Lumpenzeug ohne Moral: ein beständiges Spielen mit dem Selbstmord und dem Ehebruch, zum Schluß als Quentchen von Moral etwas vom Segen der Arbeit" — das wird so ziemlich alles sein.

Wie den Jüngling hat auch den Mann der Zauber der Alpenwelt gelockt. Begeistert war er von seinem Aufenthalt in Bad Obladis

bei Prutz in Tirol (Briefe an den Vater 24. und 29. 8. 91), wo er nochmals 1893 weilte (ebd. 26. 7. und 6. 8.). 1903 wurde er in dem herrlichen Obermais bei Meran erwartet (Telegramm von Karl Bachem 23. 3. 04). Seit 1897 haben ihn geistliche Übungen ein über das andere Mal nach Feldkirch in Vorarlberg geführt.

Sein Liebling war das schön gelegene Badeörtchen Ditzenbach im Filstal (württembergischer Donaukreis). Der dortige Pfarrer Haßl (heute in Riederwangen), der viele Jahre in engem Verkehr mit ihm stand, verpflichtet mich durch Übersendung von persönlichen Erinnerungen, deren ersten Teil er überschreibt: „Gröber vor Gott ein Kind"; dann geht er zur Schilderung des Lebens über, das Gröber in Ditzenbach führte:

„Ein besonders reiches Kapitel bildet: Gröber und die Freude. Als der »schwarze, finstere« Gröber war er verschrien von vielen, welche ihn nicht kannten oder zu fürchten hatten. Die ihn kannten, sahen die Freude aus seinen Augen leuchten. Wie ein Kind konnte er sich freuen an Kleinigkeiten, an einem unscheinbaren Blümlein, an einem seltenen Stein usw. Er hatte dafür ein merkwürdig scharfes Auge, entdeckte diese Dinge, wo Hunderte achtlos daran vorübergingen. Besonders eifrig sammelte er die am Albabhang häufig sich findenden Versteinerungen von Pflanzen, Schnecken, Ammoniten. Davon ward eine ganze Sammlung im Bad (Ditzenbach) angelegt. Er liebte die herrliche Gottesnatur. Täglich machte er seinen ausgedehnten Waldspaziergang meist in Gesellschaft von einigen Vertrauten. Aber im Wald durfte es kein »Geschwätz« absetzen. Wer das nicht wußte, der fuhr mit Fragen bös ab. An den Spaziergang reihte er nicht ungern die Einkehr in ein gutes Gasthaus. Er liebte einen guten Tropfen. Oft sangen wir zwei da die Moritat vom »Sabinchen«. Er markierte dabei die Drehorgel.

„Große Freude hatte er auch an Tieren. Mein Pinscher Ami war sein Liebling. Er ging außer mit mir nur mit Gröber, von dem er meist bei der Einkehr eine Wurst erhielt. Ami holte Gröber auch immer am Bahnhof oder im Zimmer ab, wenn man ihm sagte: Gröber kommt!

„So sparsam Gröber für sich für gewöhnlich war, lud er doch oft seine Freunde nach Heilbronn, Stuttgart, Berlin oder auf sein Zimmer ein, wo er dann nur den besten Wein auftischte.

„Seine treue Anhänglichkeit war rührend. Während meiner Krankheit besuchte er mich täglich und widmete mir jedesmal eine Stunde. Dabei war er voll Teilnahme und Zartgefühl. Während seines schweren langen Leidens übte er in vollendeter Weise: Lerne leiden, ohne zu klagen. Er machte noch seine Scherze darüber. Daß ich ihn

im Oktober 1917 aus Berlin vom Krankenlager holte, das sonst sein Sterbebett geworden wäre, dankte er besonders. So vornehm und zurückhaltend er in Annahme von Gaben sonst war, so dankbar zeigte er sich für die von vertrauten Freunden erhaltenen.

„Gewaltigen Eindruck machte es immer, wenn Gröber in den Ferien in einer Volksversammlung sprach. Als die ergreifendsten Reden sind mir in Erinnerung die zu Kriegsausbruch an die versammelte Gemeinde, die Krieger zumal. Diese Worte zündeten mehr als alle damaligen Aufrufe und brachten jeden Mann in der Frühe des andern Morgens zum Tische des Herrn. »So haben wir noch keinen sprechen hören, das ist wahr, was der sagt, jetzt glaube ich wieder an unsern Herrgott«, das war das Urteil auch der rotesten Lazarettinsassen, als Gröber bei der Weihnachtsbescherung 1917 zu ihnen vom Gottvertrauen sprach.

„Er war auch ein großer Schweiger. Keine Macht der Erde brachte ein Wort über seine Lippen, das ein Geheimnis verraten hätte. Er konnte auch scharf ablehnend werden. »Mit dem bin ich fertig,« sprach er einmal über einen Reichstagskollegen, der ihm in der Arbeit versagte. Im Landtag war er gefürchtet, auch von gewandten Rednern. »Der haut einen glatt in die Pfanne, wenn er ausholt,« war einmal das Urteil eines Liberalen.

„Unvergeßlich ist mir, wie Gröber auf Spaziergängen 1913 die Katastrophen des Weltkriegs und der folgenden Revolutionen voraussagte. Sein Urteil über den Kaiser faßte er zusammen: »Der ist ein Autokrat durch und durch.« (**Was ihn nicht gehindert hat Wilhelm II. treu zu bleiben.**)

„Von ihm nahestehender Seite, politischen Freunden, war mir wiederholt geklagt worden, er lasse sich nichts sagen, folge nicht, auch wo es an seine Gesundheit, selbst Leben gehe; ich solle ihn hiervon kurieren. Es brauchte keine große Kur. Er ging auf alles ein, nur mußte man es ihm entsprechend beibringen und sein Vertrauen besitzen. Ähnliche Erfahrungen machten während seiner Krankheit auch Ärzte und Schwestern. Mochte er auch manchmal in seinen langen Bart brummen: »Diese Gewalttätigen«, er folgte. In besonders schwierigen Fällen mußte man die Sache so deichseln, daß er zu schieben wähnte, während er der Geschobene war. Einige hatten schon gemeint, mit diesem eigensinnigen Manne sei nicht gut Kirschen essen, wenn er folgen solle — ich habe auf die angenehmste Manier mit ihm viele Pfund Kirschen gegessen." —

Eine anmutige Ergänzung bildet ein beigelegter „Bericht über Leben und Wirken unseres Gröber in Ditzenbach" nach Erzählungen einer dortigen Schwester.

„Gröber kam seit 15 Jahren regelmäßig einmal jährlich nach Ditzenbach und verbrachte daselbst seine ganzen Ferien. In den letzten Jahren, als seine Gesundheit mehr Kräftigung und Erholung nötig hatte, kam er jährlich zweimal. Das Zimmer 29 hatte er immer inne und wünschte es auch; es war klein und einfach, hatte aber eine herrliche Aussicht. Die Schwester Oberin kündigte einmal auf die Ankunft Gröbers einem hohen Beamten das Zimmer bzw. wies ihm ein anderes an; Gröber pflegte in solchen Fällen bei seinem Kommen zu fragen: »Wen haben Sie heute wieder hinausgeschmissen?«

„Gröber hat, soviel er an Zeit von der Erholung und Unterhaltung übrig hatte, dauernd gearbeitet, auch in seiner Krankheit. Die Korrespondenz von einem halben Jahre müsse er erledigen, sagte er einmal, in Berlin komme er nicht dazu.

„Unser Gröber war kindlich fromm. Als er nach dem schweren Unglücksfall in Berlin ganz entkräftet in Ditzenbach angekommen und die erste Nacht ganz schlecht verlaufen war, wollte er am andern Morgen zur heiligen Kommunion herab in die Hauskapelle. Die Schwestern überlisteten ihn, ehe er sich's versah, war der Geistliche mit dem Allerheiligsten da und zugleich die Schwester mit einem schön geschmückten Altärchen. Monatelang empfing er nun, ans Bett gefesselt, täglich die heilige Kommunion und freute sich innig darauf. Auch die Mutter Gottes liebte und verehrte er sehr. Gern ging er zum Wallfahrtskirchlein Ave Maria bei Deggingen, dreiviertel Stunden weit. Als er im letzten Jahre immer wieder von Berlin gedrängt wurde durch Telegramme, er möge doch kommen, machte er einen Abschiedsbesuch, ausnahmsweise allein, und blieb lange aus. Es war der allerletzte. Seine Krankenspaziergänge, welche kurz sein mußten, machte er meistens auf den nahen Kreuzberg.

„Seine Stimmung war vor der Revolution gut, nach derselben fühlte man, daß er innerlich gebrochen war. Das Geringste freute ihn. Oft hat er mit sichtlichem Vergnügen einen Vorfall aus Berlin erzählt. Er begegnete einer Schar noch nicht schulpflichtiger Kinder. Eines derselben trat aus der Reihe, schaute ihn mit großen Augen an und fragte: Bist du der Weihnachtsmann? Er erklärte ihm, wer er sei, darauf wieder ein Knixchen und zurück zu den andern. In seinem Krankenurlaub überreichte ihm die Oberin auf seinen Namens- oder Geburtstag in einem Korb eine Schar eben aus dem Ei geschlüpfter Entchen, deren größtes ein kleines Plakat angebunden trug mit der Aufschrift: Wir gratulieren! Das hat ihn mächtig gefreut.

„In gesunden Tagen suchte er nach dem Nachtessen am liebsten das Poststübchen auf und freute sich dort in lustiger Tafelrunde am Stammtisch. Auch beim Heu-Andres trank er nach einem größern

Spaziergang gern einen guten Tropfen, bei Backstein-Käs, Rettich und Grammophonmusik. Groß war seine Naturliebe. Jeden Morgen nach dem Bad und mittags nach der Ruhe machte er einen Spaziergang. Oft ging er auf den Berg nördlich Ditzenbach an den Punkt, wo man die drei Kaiserberge Hohenstaufen, Rechberg, Stuifen sehen konnte, und war jedesmal ganz begeistert. In jeder Vakanz pflegte er eine größere Tour zu machen, meist eine Chaise benützend, wo er sich dann ganz seinem Froh- und Natursinn überließ.

„Mit den Kurgästen war er freundlich, hielt sich aber im übrigen zurück, machte z. B. nie Besuche auf den Zimmern, weil er ungestört arbeiten und sich erholen wollte, hatte aber insofern großes Interesse an den Kurgästen, als er mit der Oberin oft von den Spaziergängen sprach, die sie den Gästen empfehlen sollte. Regelmäßig ging er Sonntags mit den andern Kurgästen in die Dorfkirche, stellte sich unter die Leute und betete mit erbauender Andacht.

„Im Verkehr mit den Schwestern war er anfangs unnahbar. Sie hatten eine gewisse Furcht vor ihm. Immer mehr aber machte dieselbe einer unbedingten Verehrung Platz. Als Vater wurde er von den Schwestern verehrt, Vater wurde er auch genannt. Er nahm sich um das Bad und seine Entwicklung aufs wärmste an, ließ bei wichtigen Unternehmungen Superior und Generaloberin vom Kloster Untermarchtal kommen und besprach sich mit ihnen; er war auch schuld, daß der Verwaltungsrat des Bades gegründet wurde zur Entlastung der Oberin, wo er selbst Vorsitzender wurde. Für alles, auch für den kleinsten Dienst, war er dankbar. »Sie tun mir, was Sie an den Augen ablesen können.« Er ließ sich aber auch in seiner letzten schweren Krankheit leiten und folgte wie ein Lamm. Als er von Berlin lange nichts mehr schrieb, wurden die Schwestern unruhig und nahmen richtig an, daß die schlechte Ernährung den Heilungsprozeß verzögere. Kammerer Haßl, den ein eigens dazu inszeniertes wichtiges Geschäft nach Berlin führte, brachte den Kranken mit, aber in einem Zustande, der das Schlimmste befürchten ließ. Der Arzt schüttelte den Kopf. Der Zuckergehalt war auf 8 Prozent gestiegen. Die Schwestern taten alles, hielten eine neuntägige Andacht, am neunten Tage war der Zucker auf 1½ Prozent gesunken und bald war das Schlimmste überwunden, die Brandwunde heilte jetzt rasch. Gröber selbst sagte, er wäre nicht mehr gesund geworden, wenn er nicht aus Berlin geholt worden wäre. Nun nahm er die Ditzenbacher Bäder, zuerst Arm-, dann Vollbäder.

„Eine Szene aus der Krankenzeit verdient festgehalten zu werden. Nach der ersten schlechten Nacht erzählte er der Schwester Oberin: »Schwester, heute nacht um 12 Uhr habe ich mich gerichtet« (zum

Sterben); er wäre gern gestorben, nachdem er die Klosterfrage gelöst habe; damals habe er gesagt: »Ich danke dir, o Gott, jetzt ist mein Ziel erreicht.« Dabei sah er die Oberin an mit jenem treuherzigen sanften Blick aus den großen schwarzen Augen, der allen, die mit ihm verkehrten, unvergeßlich ist. Die Oberin fügte hinzu: Er war ein Heiliger.

„Weihnachten darauf drängten ihn die Schwestern, er möge den Verwundeten — Ditzenbach war während des ganzen Krieges Reservelazarett — eine Ansprache halten, »wir Schwestern wollen Sie auch einmal hören«. Darauf er: »Ihr wollt nur die Neugierde befriedigen.« Schließlich hielt er doch eine Ansprache an die Soldaten unter Anwesenheit der Ärzte und Schwestern in dem reich geschmückten Saale, und zwar wunderschön, so daß alles wie elektrisiert war. Der letzte Satz lautete: »Als Motto wollen wir für die Zukunft festhalten: Wenn wir Gott nicht verlassen, verläßt uns Gott auch nicht.«

„Die Schwester Oberin versprach ihm bei seinem letzten Abschied, bis zum nächsten Besuch das Zimmer 28 an Zimmer 29 anschließen zu lassen, damit er auch den Balkon benutzen könne und mehr Raum habe. Die Arbeit war gerade vollendet, da kam das Telegramm aus Berlin: Gröber tot." —

Dem Bilde Gröbers würde ein wesentlicher Zug fehlen ohne tieferes Eingehen auf seine religiöse Entwicklung. Wer ohne Kenntnis der spätern Stadien derselben die Auszüge aus seinen jugendlichen Aufzeichnungen liest, wird gewiß nicht auf den Gedanken kommen, daß er tiefe religiöse Bedürfnisse hatte. Er ist ein ziemlich leichtsinniger junger Mensch — vereinzelt begegnet auch ein leicht fertiger Vers — und religiöse Dinge werden kaum berührt. Nach der Lektüre dieser vielfach unerbaulichen Blätter ist man erstaunt, daß er als Student einem katholischen Vereine beitritt und im Falle Sohm eine Lehre seiner Kirche ebenso geschickt wie entschieden verteidigt. Dabei bleibt er ein fideler Bruder Studio. In den Briefen des praktischen Juristen tritt immer mehr der ernste, gereifte, streng kirchlich gesinnte Mann hervor. Als er Reichstagsabgeordneter wird, freut er sich, in einem Hause zu wohnen, in dem täglich das heilige Meßopfer dargebracht wird, und sein Tagebuch läßt erkennen, daß er für seine Kirche nicht nur aus Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch aus fester Überzeugung und mit warmem Herzen eintritt. Er beginnt sich für mystische Dinge zu interessieren. 1888 schreibt er für das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt" eine Verteidigung der guten Betha,[1]) für die ihm Notizen

---

[1]) Briefe von Kümmel oder in dessen Auftrag an Gröber 23. 8. und 4. 10. 88. TB. 4. 12. 88: „Heute die Ergänzung zum Manuskript über die Schmähschrift Geigers gegen Elisabetha Bona an Kümmel abgegangen." Vgl. oben „Presse- und Vereinstätigkeit".

über Hysterie geschickt werden. Am Neujahrstag 1900 unterhält er sich mit dem Stadtpfarrer Zeller von Weingarten über „die Stigmatisierten und deren Visionen, Mitteilungen über das Jenseits usw." Zeller äußert sich abfällig zu Brentanos Emmerich-Aufzeichnungen. Das erinnert ihn an eine Mitteilung, Hettinger habe in den Angaben der Emmerich eine ganze Reihe von Irrlehren gefunden, und er gibt zu: „Weder die Emmerich noch Brentano waren Professoren der Dogmatik, und manche Aufzeichnung mag nicht so genau, wie manche Auffassung der Leidenden nicht so scharf gewesen sein, wie es die Sätze eines dogmatischen Lehrbuches sein müssen. Auch mag Brentano, was Kollege Höfer einmal hervorhob, mehrfach die Leidende gedrängt, unbewußt auf deren Darlegungen eingewirkt haben. Das alles kann meine Freude an den herrlichen Visionen der demütigen Emmerich nicht stören; gegen Professorenweisheit bin ich zudem überaus skeptisch." Soviel mir bekannt, hat er diese in letzter Zeit so lebhaft erörterte Frage nicht weiter verfolgt; hätte er es getan, so würde er heute wohl noch größere Bedenken gegen Brentanos Emmerich-Aufzeichnungen haben; die Freude an den Betrachtungen der Emmerich über das bittere Leiden Christi brauchte er sich deshalb ebensowenig verderben zu lassen wie so mancher kritische Vertreter der „Professorenweisheit". Aber Anzeichen mystischer Überspanntheit finden sich in seinem Nachlaß nicht, und bei all seinem kirchlichen Eifer hält er Maß. Wie vornehm der Student vorgeht in der Kontroverse mit Professor Sohm, wie entschieden er im Wahlkampf die polemische Entgleisung eines katholischen Pfarrers verurteilt, haben wir schon gesehen. Seine Entschiedenheit im Eintreten für die konfessionelle Parität, für die kirchlichen Ansprüche auf freie Bewegung, in der Schul- und Ordensfrage, läßt nichts zu wünschen übrig, aber er ist kein konfessioneller Fanatiker, und seine Polemik hält sich in den Grenzen der Verteidigung, man müßte denn seine gemütlichen ironischen Bemerkungen über die vielen Ablaßkästen Tetzels und Lutherreliquien in Wittenberg (TB. 9. 12. 88) als konfessionelle Angriffe betrachten. Er ist kein Judenfreund, bekämpft aber das Schächtverbot, und der feurige Vorkämpfer des Toleranzantrags fordert die kirchliche Freiheit nicht nur für die eigne, sondern ohne Einschränkung für alle christlichen Konfessionen.

Seine Frömmigkeit war echt und tief innerlich. Ein Frömmler, der sein religiöses Leben in aufdringlicher Weise zur Schau trägt, ist er nie gewesen. Er wohnte, in Stuttgart wie in Berlin und Ditzenbach, gern in einer klösterlichen Anstalt, unter deren Dach tagtäglich Messe gelesen wurde, und tagtäglich nahte er in späterer Lebenszeit dem Tische des Herrn. Man erzählte sich von ihm, er habe Kapuziner

werden wollen,[1]) und ein Ordensmann habe ihm nachdrücklich zu Gemüte geführt, er könne außerhalb eines Ordens mehr für die Sache Gottes tun als im Mönchsgewand. Einer von den „Kapuzinern ohne Kutte", von denen er auf der Mannheimer Katholikenversammlung von 1902 in der Sitzung des Volksvereins sprach, hat er mitten in der unruhigsten aller Welten, der politischen, mitten im Strudel einer atemraubenden Tätigkeit, soweit Beruf und immer neue an ihn herantretende Pflichten es gestatteten, anspruchslos und fromm wie ein echter Mönch gelebt.

In seinem Nachlaß liegen drei starke Hefte, die er selbst mit den Aufschriften versehen hat: „Religiöses. I. Vereine. II. Exerzitien. III. Religiöse Gedanken." Ein braver Kölner Landsmann hat mir einmal triumphierend erzählt, er sei Mitglied von einem halben Hundert oder noch mehr Vereinen. In Gröber hatte er einen Konkurrenten. Er ist Ehrenmitglied des Katholischen Gesellenvereins Heilbronn, des Katholischen Arbeitervereins daselbst; am Heilbronner Cäcilienverein scheint er sich nicht musikalisch beteiligt zu haben, denn er ist nur als „passives Mitglied" eingetragen. Seit 1886 ist er „mit dem Ordensnamen Fidelis" Mitglied des Dritten Ordens des hl. Franziskus,[2]) seit 1891 des St.-Raphaelsvereins zum Schutz der Auswanderer, seit 1899 „Salesianischer Mitarbeiter" zur Förderung der Sittlichkeit; dazu kommt noch ein halbes Dutzend Aufnahmescheine von Gebetsvereinen und eine Menge von Statuten, Zeitungsausschnitten und Notizen über die Gesellschaft für christliche Kunst, den Bonifatius-, Vinzentius-, Borromäusverein, verschiedene Missions- und Andachtsvereine, bei denen er vermutlich Mitglied war, für die er sich jedenfalls interessiert hat, wie schon die sorgfältige Aufbewahrung der vielen Zettelchen beweist.

Die Sammlung „Religiöse Gedanken" enthält zahlreiche Lesefrüchte, vorzugsweise aus der Stadt Gottes der Maria von Agreda, geordnet nach den Rubriken Messe, Tod, Die Armen, Die heilige Kommunion,

---

[1]) In seinem Nachlaß liegt noch eine Bescheinigung über seine Aufnahme in den Kapuziner-Meßbund vom 12. 10. 1909.

[2]) Sein „Aufnahmezeugnis" (Nachlaß) ist ausgestellt von Herrn Pfarrer Schwarz in Herrenzimmern. Nach demselben wurde er mit dem Ordensnamen Fidelis „eingekleidet" am 12. September 1886 (bestätigt bei Kümmel S. 238). Die „Profeß" legte er nach einer beigefügten Notiz am 21. Juli 1889 ab. Wohlgemerkt handelt es sich nicht um einen Orden im engern Sinne mit Ablegung von eigentlichen Gelübden, sondern um den in der „Regel" ausdrücklich als „weltlicher" bezeichneten Orden; sie verpflichtet die Mitglieder nur zu Tragung bestimmter Abzeichen, einfacher Lebensführung, gewissen Andachten, Fasten, „wohlwollender Liebe" usw.

Kirchenbesuch, Gebrauch des Einkommens, Enthaltsamkeit in Speise und Trank, Überwindung des Fleisches, Sanftmut, Hoffnung, Gebet, Gebet zu Maria, Demut usw. Bemerkenswert ist ein Blättchen über Sonntagsheiligung. Im Anschluß an einen Satz des Rundschreibens Leos XIII. über die Arbeiterfrage schreibt er: „Beziehen sich diese Worte zunächst nur auf die körperliche Arbeit, so leiden sie gleichwohl Anwendung auch auf die geistige Arbeit, bei welcher das Bedürfnis nach Ruhe und religiöser Erhebung mindestens nicht geringer ist als bei der körperlichen Arbeit. Ich will deshalb in Zukunft an Sonn- und Feiertagen die — berufliche oder politische — geistige Arbeit des täglichen Lebens aussetzen, also das Studium juristischer und politischer Fragen, das Sammeln von Materialien für diese Zwecke und die Ausarbeitung derartiger Aufsätze unterlassen und alle Bücher und Akten meiden, es seien denn Schriften religiöser Erbauung und Belehrung. Deus meus, super omnia amo te. Heibronn, Jakobi 25. Juli 1898." Darunter steht noch ein Satz aus einer Reichstagsrede des Freiherrn v. Hertling (4. Mai 1878): „Je ernster die Sonntagsheiligung gehalten wird, desto erfolgreicher wird sich auch die Arbeit in der Woche gestalten." Man kann getrost annehmen, daß die Wochenarbeit Gröbers unter diesem Sonntagsvorsatz nicht gelitten hat; eher kann man befürchten, daß er recht oft in die Lage gekommen ist, ihn zu brechen, weil er nun einmal, bei allem Pflichtgefühl und aller Arbeitsfreude, auch beim besten Willen die allerdringendsten Aufgaben an den sechs Wochentagen nicht bewältigen konnte. Er war an Sonntagen fast stets in der Reichstags-Bibliothek zu finden.

In der dritten Abteilung liegt ein an Gröber gerichteter Schmähbrief mit dem Poststempel Stuttgart, 3. Oktober 97:

> Jeglichen Schwärmer schlagt mir ans Kreuz im 30. Jahre.
> Kennt er erst einmal die Welt, wird der Betrogne ein Schelm!
>
> Goethe.

> Einstmals warst du ein Schwärmer, nun bist du ein Heuchler geworden,
> Eitler ehrgeiziger Tropf! Schließ nun ins Kloster dich ein!
>
> Cajus.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß diese liebenswürdigen Distichen zur nachträglichen Feier der Tage geschrieben sind, in welchen Gröber sich „ins Kloster einschloß", denn mit dem 18. 9. 97 beginnen Gröbers Aufzeichnungen über seine geistlichen Übungen im Exerzitienhaus der Jesuiten in Feldkirch, sechs kalligraphisch geschriebene Heftchen aus den Jahren 1897—1901 und 1905. Vielleicht würde sogar dieser zornschnaubende Stuttgarter seine Epitheta gemildert haben, wenn er die Feldkirchener Tagesordnung Gröbers und seine Auszüge aus den Vorträgen der die Exerzitien abhaltenden Patres

gelesen hätte. Es sind die üblichen ernsten Betrachtungen über das Ziel des Menschen, die Ewigkeit, die Sünde, die Nachfolge Jesu Christi, den Tod, Christi Leiden, die Liebe Gottes zu den Menschen usw., dazwischen einige Notizen über Gröbers Lektüre in Betrachtungsbüchern; vielleicht hätte der Zensor sich dabei gelangweilt, weil solche Dinge nun einmal über seinen Horizont gingen, vermutlich hätte er Gröber nach wie vor für einen Schwärmer gehalten, aber einen Anlaß, ihn Schelm und Heuchler zu titulieren, hätte er darin nicht gefunden, und die wenigen persönlich gefärbten Sätze, die Gröber einflicht, hätten ihn veranlassen können, ihm den „eitlen ehrgeizigen Tropf" abzubitten, denn sie sind eher geeignet, ihn der übertriebenen Demut anzuklagen. So seine „Vorsätze vom 9. 8. 1900: 1. Ich will mich bemühen, die unnützen Gedanken auszuschlagen; 2. ich will Demütigungen aufsuchen; 3. diese Vorsätze will ich an jedem Freitag wiederholen und am ersten Freitag des Monats die Notizen aus den Exerzitien durchlesen zu Ehren des göttlichen Herzens Jesu." Oder die Vorsätze von 1899: „Ich will im folgenden Jahre mich ganz besonders bemühen, d e m ü t i g und l i e b e v o l l gegen den Nächsten zu sein, keine Ehrenstelle innerhalb oder außerhalb des Parlaments suchen; in den politischen Fragen mich im Zweifel den Ansichten der Freunde anschließen, in allen nicht die Religion betreffenden Fragen auf eine Geltendmachung abweichender eigner Ansichten gegen die Mehrheit meiner Freunde verzichten, einer persönlichen Abneigung gegen Vertreter abweichender Ansichten keinen Raum und Ausdruck geben; andern, insbesondere politischen Gegnern, im persönlichen Verkehr und im Gebet möglichst viel Gutes erweisen. Diese Vorsätze will ich alle Wochen wieder nachlesen, namentlich vor der Beicht" — hier kann man ernstlich zweifeln, ob die Unterwerfung unter die Mehrheit der Freunde als Grundsatz aufgestellt werden darf und ob Gröber selbst in der Folgezeit sich dieses Maß von Fraktionsdisziplin dauernd zur Richtschnur gemacht hat. An der Wende des Jahrhunderts hat einer der besten lebenden Schriftsteller der Schweiz, Georg Baumberger, seine eignen Exerzitien in Tisis bei Feldkirch in einer „psychologischen Skizze" geschildert.[1]) Er schließt: „Die Zeit wird kommen, wo es dem gebildeten Katholiken Bedürfnis der Seele und des Körpers zugleich ist, eine tieferſehnte geistige Sammlung und Erneuerung und gleichzeitig physische Abspannung und Erholung, die Exerzitien mitzumachen, gleichwie der deutsche Zentrumsführer Gröber es alle Jahre tut, gleichwie der unsterbliche Pasteur es getan hat."

Nach seinem Tode hat Kümmel über Gröbers schon erwähnte

[1]) In der Stanser „Schweizerischen Rundschau" 1900/1901, S. 40 ff.

Zugehörigkeit zum Dritten Orden auf Anfrage eine Auskunft erteilt, die mit der Überschrift „Eine Erinnerung an Adolf Gröber" im „Franziskusblatt" (Alt-Öttingen) veröffentlicht wurde.[1]) Hier heißt es:

„In Rottweil (also schon in den 80er Jahren) besuchte der junge, stramme, bildschöne Gerichtsassessor Sommer und Winter jeden Tag ohne Ausnahme die Frühmesse und empfing alle acht Tage die heiligen Sakramente. Seit der Enzyklika des Papstes Pius X. über die öftere Kommunion hat Gröber jeden Tag die heilige Kommunion empfangen und alle acht Tage gebeichtet. Wenn er in Stuttgart als Landtagsabgeordneter weilte, machte er täglich seine Besuchung zum heiligsten Sakramente; in den ersten Jahren regelmäßig zur Mittagsstunde, wo sonst niemand in der Kirche zugegen war. Später nahm er Wohnung im Hause der Barmherzigen Schwestern in der Silberburgstraße, wo sich eine eigne Hauskapelle befindet. Auch in Berlin und Heilbronn[2]) blieb er dieser Übung treu.

„In seinem persönlichen Leben war er anspruchslos wie ein wahrer Ordensmann. An öffentlichen Vergnügungen, Konzerten, Schauspielen, Opern usw. oder gar an Bällen hat er niemals teilgenommen.[3]) Mehrere Jahre lang enthielt er sich völlig aller geistigen Getränke, bis der Arzt es ihm zur Pflicht machte, etwas Wein zu trinken. Auf Ehren, Titel und Auszeichnungen hat er nichts gegeben.[4]) Seine Werke der Wohltätigkeit wußte er so sorgsam zu verbergen, daß fast niemand etwas davon ahnte. Gebetet hat Gröber viel; gesprochen hat er aber nur selten und nur mit ganz intim Befreundeten über eigentlich religiöse Dinge, um so mehr über die großen kirchenpolitischen und kirchlichen Fragen und Sorgen der Zeit."

---

[1]) Ich finde sie in Nr. 386 der (Kölner) „Rheinischen Volkswacht" vom 6. November 1920.

[2]) Aus der Heilbronner Zeit erzählt mir Pfarrer Kneer: Bei einer Besuchung des Allerheiligsten in der Stadtpfarrkirche zu Heilbronn „mühte sich ein kleiner Ministrant ab, die Begräbnisglocke zu läuten. Er brachte es nicht fertig. In seiner Not wandte er sich an Gröber, den er nicht kannte, mit der Bitte, ob er ihm nicht beim Läuten helfen möchte. Ohne Besinnen stand Gröber auf und zog mit dem Büblein an dem Strang". Das „Büblein" war der in Heilbronn geborene spätere Pfarrer Weber in Hildburghausen. Er hat die Geschichte gemütlich im „Volksblatt" erzählt. Kümmel (Forts. S. 204).

[3]) Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß dieser Satz sich nur auf die reifern Jahre Gröbers bezieht, nicht auf die Jugendzeit.

[4]) In seinem TB. (21. 6. 89) bemerkt er zu „einer auffallend großen Anzahl von Ehrungen" für die Abgeordneten der Zweiten (württembergischen) Kammer: „Ein Zeichen für das Niveau der Selbständigkeit unserer Abgeordneten; übrigens schmachtet noch manch ein Knopfloch nach so einem farbigen Bändel, an dem alte Kinder in politicis sich verlustieren."

Ende und Angedenken

Im Oktober 1919 hatte Gröber, das Reichstagsgebäude verlassend, auf der Straße wieder einen Ohnmachtsanfall, der nicht ohne eine Kopfverletzung ablief. Es wird ein Vorbote des Gehirnschlags gewesen sein, der im folgenden Monat seinem Leben ein Ziel setzte. Von den Beweisen der Teilnahme und ernsten Sorge, die bei ihm einliefen, seien erwähnt ein Telegramm des Verwaltungsrats und des Schwesternkonvents von Ditzenbach und ein Schreiben des Reichspräsidenten Ebert (20. 10.), der sich freut, „daß Ihre Wiederherstellung in vollem Gange ist" und hofft, „daß Sie in einigen Tagen Ihre verdienstvolle Tätigkeit wieder werden aufnehmen können". Besonders gefreut haben wird ihn eine Depesche vom 1. 11. 19, die er sofort beantwortete: „Die beim dritten schwäbischen Katholikentag in Ulm versammelten Männer und Frauen gedenken in Dankbarkeit des sturmerprobten Bannerträgers des Katholizismus in Württemberg, entbieten ihm herzliche Grüße und beten zu Gott, daß er ihm baldige Genesung schenken möge. Im Auftrage der Präsident Dr. Sedlmayr." Er hat sich einige Wochen geschont, aber kapituliert hat der Nimmermüde noch immer nicht. Hier zwei Zeugnisse aus seinen allerletzten Tagen.

Im November 1919 versandte Herr Paul Ebel, Prokurist des Verlags der „Deutschen Juristenzeitung", ein gedrucktes Rundschreiben: Am 1. Januar 1920 trete die „Deutsche Juristenzeitung" in ihren 25. Jahrgang ein; die Angestellten derselben möchten Herrn Dr. Otto Liebmann, den Begründer und Leiter der Zeitschrift, „mit einem Stammbuch der führenden Geister der deutschen Juristenwelt, der Verwaltung und der Öffentlichkeit überraschen"; Adressat werde um einen eigenhändigen Beitrag zu diesem Stammbuch gebeten. Auf die Rückseite hat Gröber mit fester schöner Hand geschrieben:

„Zu den Wunden, an denen das deutsche Volk in seinem Unglück leidet, gehört die vielfache Zerstörung alten Rechts. Es gilt neues Recht aus der Tiefe der Rechtsüberzeugung des Volkes zu schöpfen und eine volkstümliche Grundlage für die Ordnung der neuen Zeit zu schaffen. Möge die hochverdiente Deutsche Juristenzeitung dieser

Aufgabe der innern Erneuerung des deutschen Volkes ihre Aufmerksamkeit und Mitarbeit zuwenden. Wohl hat der Zusammenbruch des deutschen Volkes betrübende Krankheitserscheinungen im deutschen Volksleben gezeigt, dennoch liegt kein Grund vor, an dessen Wiedergenesung zu verzweifeln, denn Gott hat die Völker des Erdkreises heilbar gemacht, und der treuen Sorge wird der Erfolg nicht versagt sein. Berlin, den 17. November 1919. Gröber, Staatssekretär a. D., Mitglied der Nationalversammlung."

Die Wiederaufnahme der Arbeit gab er noch immer nicht auf. Tags darauf richtete er an den Prälaten Dr. Mausbach folgendes Schreiben, eines seiner letzten, vielleicht d a s letzte:

„Berlin, 18. November 1919. Hochverehrter Herr Kollege! Ihr Brief vom 11. d. M. hat lange Zeit gebraucht, bis er in meine Hände kam. Der Parteitag mußte auf unbestimmte Zeit verschoben werden, weil die Verkehrssperre ein rechtzeitiges Eintreffen der Mitglieder unmöglich machte und in der bevorstehenden Tagung der Nationalversammlung bis zu den Weihnachtsferien eine Pause nicht mehr zu erwarten ist. Ich denke aber, daß die Weihnachtspause Gelegenheit geben wird, wenigstens nach Weihnachten, also etwa in der ersten Hälfte des Januars, den Parteitag abzuhalten, der freilich eine dringende Notwendigkeit geworden ist. Ich bedaure lebhaft, daß es Ihnen bisher nicht möglich war, an den Arbeiten der Nationalversammlung in Berlin teilzunehmen; es wäre so viel und so Wichtiges mit Ihnen zu besprechen, was sich brieflich nicht gut erledigen läßt. (Folgen eine Personalangelegenheit und eine kurze Bemerkung über die Stellung der Bischöfe zu den Verfassungsbestimmungen und dem „angeblichen Steuereid".) Meine Gesundheit ist wieder so weit hergestellt, daß ich ausgehen kann und an den demnächst wieder aufzunehmenden Sitzungen der Nationalversammlung mich werde beteiligen dürfen. Mit besten Grüßen und hoffentlich auf baldiges Wiedersehen Ihr ergebenster Gröber."

Das Wiedersehen war ihm versagt. Am Morgen des 19. November hatte er in der Kapelle der Grauen Schwestern, in deren Krankenhaus er wohnte, wie jeden Tag die heilige Kommunion empfangen. Mittags ging er zum Reichstag und besprach mit dem Bureaudirektor Jungheim geschäftliche Angelegenheiten. Im Laufe der Unterhaltung sprach Geheimrat Jungheim ihm seine Anerkennung aus für die Pflichttreue, mit der er selbst heute, am sitzungsfreien Bußtag, im Reichstag erschienen sei. Gröber antwortete: „Zweimal hat der Tod bei mir angeklopft, ich bin gerüstet. Ich habe das Meine getan, an den Jungen ist es, weiter zu arbeiten. I c h k a n n n i c h t m e h r." F. W. Weber, der Dichter des Zentrums, hat auf seinem Todesbett wörtlich dasselbe

gesagt.[1]) Dann sank er zurück, der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Am Abend wurde die Leiche im Krankenhause der Grauen Schwestern aufgebahrt, am Ende der Woche in den Reichstag zurückgebracht. Beileidskundgebungen an seine Fraktion trafen sofort in Menge ein, deren ungewöhnlich warmer Ton deutlich erkennen ließ, daß es sich um etwas ganz anderes als die Erfüllung einer konventionellen Pflicht handelte. Auch die Sozialdemokraten haben sich nicht ausgeschlossen, weder ihre Fraktion noch der Reichskanzler Bauer und der Reichspräsident Ebert. „Tieferschüttert" telegraphiert der letztere: „In ihm verliert die Zentrumsfraktion, die Nationalversammlung und mit ihr das deutsche Volk einen der verdienstvollsten Parlamentarier, der durch viele Jahrzehnte in selbstlosester Hingabe für das gemeinsame Interesse des Vaterlandes gewirkt hat." Und Bauer feiert ihn als „Mann von lauterer, aufrechter Gesinnung, unermüdlicher Arbeitskraft und aufopfernder Liebe für unser Vaterland". Es war eine allgemeine Huldigung ohne Unterschied der Partei.

Die Zentrumsfraktion hielt schon am 20. November zu seinen Ehren eine Trauersitzung ab, in welcher ihr bisheriger Zweiter, durch Gröbers Tod Erster Vorsitzender, Karl Trimborn, des treuen, vielgeliebten Führers gedachte, der gestorben ist an der Stätte, wo er Tag für Tag gewirkt hat, des großen, edlen Charakters, des aufrechten Mannes, der im Leben hielt, was er in Worten verkündete. Am 22. November veranstaltete das Zentrum einen Trauergottesdienst, am folgenden Tage eine Trauerfeier unter der Kuppel der Wandelhalle des Reichstags. Fehrenbach, der Präsident der Nationalversammlung, legte namens derselben am Sarge einen Kranz mit einer Ansprache nieder, dann hielt Trimborn dem Toten die Gedächtnisrede:

Unsere Trauerfeier gilt dem Manne, der eine der markantesten Erscheinungen, einer der fähigsten und eifrigsten Arbeiter in diesem Hause gewesen. . . . Für uns Mitglieder der Zentrumsfraktion bedeutet sein Hinscheiden in diesen ernsten, schweren Zeiten einen wahrhaft unersetzlichen Verlust. Aber nicht auf die Fraktion und Partei beschränkt sich dieser Verlust und diese Klage. In Kundgebungen innigster Teilnahme haben alle Parteien mit dem Präsidenten und der Regierung des Deutschen Reiches ihr Beileid uns zum Ausdruck gebracht und den Schmerz über den Verlust dieses Mannes für Parlament und Vaterland. . . .

Adolf Gröber war ein Volksmann im wahren Sinne des Wortes. Aus kleinen Verhältnissen hervorgegangen, lernte er frühzeitig mit dem Volke

[1]) Schwering, F. W. Weber 384.

fühlen, wurde er vertraut mit den Nöten und Bedürfnissen des Volkes, deren Rechnung zu tragen er als eine Hauptaufgabe seiner parlamentarischen Tätigkeit betrachtete.

Bei all seinen parlamentarischen Arbeiten kannte Adolf Gröber wie die Zentrumspartei, der er aus innerster Überzeugung angehörte, nur ein Endziel: das Wohl des großen deutschen Vaterlandes und seines engern Heimatlandes Württemberg. In dem Begriff „Wohl des Vaterlandes" lag für ihn, wie für uns, eingeschlossen die richtige Bedeutung und das rechte Verhältnis von Staat und Kirche und Gesellschaft. Das Wohl des Vaterlandes ruhte nach seiner wie unserer Überzeugung gleichermaßen auf einer kraftvollen Staatsordnung wie auf der Freiheit der Kirche und der sozialen Gerechtigkeit. Die Anwendung dieser Grundsätze auf die wechselnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer ständigen Verbesserung für alle Volksschichten sah er als seine Aufgabe im öffentlichen wie im privaten Leben an.

So wurde allmählich die parlamentarische Betätigung sein eigentlicher Beruf, Lebensberuf, in dem er, wie wenige, gänzlich aufging.

In den Windthorstschen Traditionen aufgewachsen, war er, seinen Grundsätzen unerschütterlich treu, eine lebendige Verkörperung des Zentrumsgedankens, wie Lieber, mit dem ihn enge Freundschaft verband und den er getreulich unterstützte.

Dabei kamen ihm ein umfassendes, solides juristisches Wissen, scharfes Urteil und gesunder praktischer Sinn, vor allem aber eine unermüdliche, schier unverwüstliche Arbeitskraft trefflich zustatten. Klarheit und Sicherheit in der Auffassung erleichterten ihm die Entscheidung, die er dann mit großer Zähigkeit auch durchzusetzen suchte. Dazu verfügte er über eine eindrucksvolle Form der Rede, die immer sachlich und zuweilen mit schlagfertigem süddeutschen Humor gewürzt war.

Ganz besonders charakteristisch war die Selbstlosigkeit und das hohe Pflichtgefühl, das ihn ja auch noch am letzten Tage seines Lebens in den Reichstag führte. In diesem Hause hat der Tod seinem arbeitsreichen Leben ein Ende gemacht, er ist buchstäblich in den Sielen gestorben.

Selbstlosigkeit und Pflichtgefühl entsprangen bei Gröber einer tief religiösen Lebensauffassung. Die Religion war ihm nicht ein Feierkleid, sie war ihm die Sonne, die seinem Leben beglückende, fruchtbare Wärme, die auch seiner Arbeit selbstloses Pflichtbewußtsein verlieh. Erkenntnis und Bekenntnis, Glauben und Leben gingen bei ihm Hand in Hand. . . . Und weil er die beglückende und befruchtende Bedeutung der Religion für sein eignes Leben kennen gelernt hatte, darum strebte er aus innerster Überzeugung und mit allen Kräften danach, unter Wahrung ehrlicher Toleranz, die Religion auch im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen und auch aus Gründen des Volks- und Staatswohls der Kirche die nötige Freiheit für ihr Wirken zu sichern.

Der Krieg traf ihn schwer. Sorgenvoll blickte er in die Zukunft des Vaterlandes und der Partei, deren Einigkeit zu erhalten ihm besonders am Herzen lag. Ja, würden die Lippen, die sich im Tode geschlossen haben, zu einem

letzten Appell an seine Fraktions- und Parteigenossen noch einmal sich öffnen können, es würde wohl nur diese Mahnung aus seinem Munde kommen: Seid einig, einig, einig!

Nun ist er heimgegangen. Stumm ist sein Mund, das Auge erloschen. Aber als leuchtendes Vorbild wird er immer lebendig vor uns stehen, als der edle Bannerträger opferbereiter Liebe zum Vaterlande, als glänzendes Beispiel gewissenhaftester Erfüllung der parlamentarischen Pflichten, als immer anspruchsloser, hilfsbereiter, wohlwollender Berater und Freund!

Nun lassen wir dich ziehen, teurer, treuer Freund, zur letzten Fahrt in die geliebte schwäbische Heimat. An der Seite deiner Eltern sollst du ausruhen vom Kampfe des Gottesstreiters und von den Mühen und der Arbeit für Gott und Kirche und Vaterland.

Über deinem Grabe aber und über deinem Namen soll aufleuchten das Wort als unvergängliches Zeugnis:

Du hast den guten Kampf gekämpft, den Lauf vollendet, den Glauben bewahrt. Möge dir hinterlegt sein die Krone der Gerechtigkeit auf ewig!

In feierlichem Zuge wurde die Leiche nach dem Anhalter Bahnhof geleitet und nach dem heimatlichen Weingarten übergeführt. Schriftlich hatte er den Wunsch hinterlassen, neben den Gräbern seiner Eltern bestattet zu werden.

Gröber hat eine „gute Presse" gehabt. Daß Zentrums- und katholische Blätter sein Andenken feierten mit aufrichtigem Schmerz und wärmster Dankbarkeit, versteht sich von selbst, auch in vielen Einzelheiten decken sich ihre Nachrufe. Die „Germania" betont seine Verdienste während seines fünfwöchigen Staatssekretariats und nach demselben:

Gröber wurde der besondere Auftrag, die Kommission zu leiten, die erforderliche Änderungen im Schoße der Regierung vorbereitete. Wer diese Verhandlungen mitgemacht oder sonstwie näher kennen gelernt hat, weiß, einen wie großen Einfluß Gröber damals ausgeübt hat, weniger ungestüm vorwärts drängend, als vor Übermaß und Überstürzung warnend — denn der Demokrat Gröber war kein Republikaner oder gar Umstürzler, sondern ein aufrechter, königstreuer Mann, der nur den Forderungen der Zeit gerecht werden wollte, nichts weiter. Er hat sich auch deshalb gegen die sozialdemokratische Forderung auf Abdankung des Kaisers gesträubt, solange es überhaupt möglich war. Als dann die Revolution unsere ganze Reichsverfassung über den Haufen geworfen hatte, wurde Gröber einer der umsichtigsten Mitarbeiter an der Wiederaufrichtung des neuen Staatsgebäudes. Er hat keine Mühe und Arbeit gescheut, seine reichen Erfahrungen in den Dienst des deutschen Volkes zu stellen, und die dadurch bedingte Überlastung ist es wohl auch zum guten Teil mit gewesen, die seinen wiederholten Zusammenbruch herbeiführen half. Wenn wir heute nach einer politischen Umwälzung ohnegleichen das deutsche Volk nicht im Sumpf versunken finden, dann werden wir Gröber und seiner Wirksamkeit an dieser Rettung ein nicht geringes Verdienst zuschreiben dürfen. Die Zen-

trumsfraktion unter seiner Führung war es, die das deutsche Land und das deutsche Volk vor dem sichern Untergang durch eine entschlossene Politik zu retten wußte.

Gröber war in seinem ganzen Tun und Lassen das Abbild eines echten, überzeugten Katholiken und Zentrumsmannes; er war ein Politiker vom guten alten Schlage, ein Mann der Ideale, der aufrichtig bedauerte, daß unser politisches Leben immer mehr von wirtschaftlichen Interessen getragen wurde, und daß die Zeit dahin strebte, den idealen Schwung der Weltanschauung aus ihr zu verdrängen. Das Eintreten für unsere Ideale, für die religiöse Freiheit aller Konfessionen, für die politische Freiheit aller deutschen Stämme und Staatsbürger und für die wirtschaftliche Freiheit aller Erwerbsstände war und blieb ihm Aufgabe der Zentrumsfraktion. Von seiner Hand rührte der erste Entwurf der neuen Parteisatzungen her. Leider hat er den Reichsparteitag, den er mit großer Umsicht vorbereitet hatte, nicht mehr erleben können. Mitten in der Arbeit hat ihn der liebe Gott abberufen.

Auch die „Kölnische Volkszeitung" gedenkt des hervorragenden Anteils, den Gröber, „die Arbeitsbiene des Reichstags und der Fraktion", am Zustandekommen der neuen Richtlinien für die Parteiarbeit genommen habe. Weiter entnehme ich ihrem Nachruf:

Es gab nur ganz wenige Parlamentarier, die bei Freund und Gegner eine gleich große Volkstümlichkeit errungen hatten. Für uns in der Zentrumspartei aber war Gröber seit langen Jahren einer der Führer, auf dessen Wort die Massen draußen im Lande und die Gewählten des Volkes mit gleich begeisterter Hingabe hörten. Und wenn man einstens in der Parteigeschichte des Zentrums neben Windthorst die Namen unserer Besten setzt, dann wird man unter den Ersten den Namen Gröber lesen. Die Bezeichnung Demokrat trifft vielleicht Gröbers politische Art am besten, nur muß das Wort in seinem guten, alten Sinne genommen werden. Und er sah dabei weder auf Partei noch auf konfessionelle Schranken. In der ganzen schwäbischen Demokratie und im Freisinn saß kein so echter Demokrat im rechten Sinne wie Gröber.

Die Lauterkeit seines Charakters und die aufopfernde Selbstlosigkeit seines politischen Schaffens, die nichts für sich und alles nur für die von ihm vertretene Sache verlangt, hat Gröber auch bei seinen Gegnern große Achtung und Autorität verschafft wie wenigen. . . . Gröber war eine tiefreligiöse Natur. Sein ganzer Lebenswandel war von dieser tiefinnerlichen Religiosität getragen. So steht sein Bild vor uns: ein kindlich-gläubiges Gemüt, ein opferwilliges, glaubensfreudiges Leben, treue Pflichterfüllung im Großen wie im Kleinen, Einsetzen der Persönlichkeit für das erkannte Wahre, für die Ideale in Kirche und Staat, warmes Herz für die Interessen des Volkes, ein moderner katholischer Politiker. Das Gebet der dankbaren Katholiken Deutschlands folgt ihm nach.

Auf den gleichen Ton sind zahllose Nachrufe in befreundeten Blättern abgestimmt, mögen sie in diesem oder jenem Teile Deutschlands erscheinen. Man nehme beispielsweise die „Saarpost", den

„Aachener Volksfreund", die „Koblenzer Volkszeitung" zur Hand oder die „Schlesische Volkszeitung" (Breslau) und die „Neisser Zeitung", die Dortmunder „Tremonia" und das „Westfälische Volksblatt" (Paderborn) oder das „Fränkische Volksblatt" (Würzburg), die „Augsburger Postzeitung" und den „Badischen Beobachter" (Karlsruhe) nebst Dutzenden von Tageblättern nördlich und südlich der Mainlinie — die ist bei der Beurteilung Gröbers nicht zu erkennen gewesen.

Und das gleiche gilt von der Presse, die ihm politisch und kirchlich fern stand. Wo man die Blätter der verschiedenen Parteien vom 19. November und den nächstfolgenden Tagen aufschlägt, findet man wohl hier und da zurückhaltende und kritische Bemerkungen, aber durchweg warme Anerkennung und tiefe Hochachtung. So in Berlin in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", dem Regierungsblatt, in der „Post" wie im „Berliner Tageblatt", von der „Deutschen Tageszeitung" bis zum „Vorwärts". Das sozialdemokratische Zentralorgan sieht in ihm „eine der markantesten Persönlichkeiten unserer parlamentarischen Bühne. Menschlich kann dem Verstorbenen manche gute Eigenschaft nachgesagt werden, sein Charakter sicherte ihm stets die volle persönliche Hochachtung auch seiner politischen Gegner". „Obwohl er gewohnt war, kein Blatt vor den Mund zu nehmen," schreibt der „Berliner Lokalanzeiger", „und scharfe Pfeile nach rechts und links abzuschnellen, genoß er auch bei andern Parteien allgemeine Achtung, weil niemand zweifelte, daß er es immer ehrlich meinte. Er gehörte zu den seltenen Menschen, bei denen Worte und Handlungen stets in Übereinstimmung standen." Die „Berliner Abendpost" sieht in Gröber „keinen politischen Führer großen Stils. Er war und blieb der schwäbische Kleinbürger, der sich allerdings . . . eine geachtete Stellung zu erringen verstanden hat. Der alte, knorrige, verschlossene Junggeselle fühlte sich nur wohl, wenn er verfassungsmäßig gewährleistete Volksrechte verteidigen konnte. Seine demokratische Ader lehnte sich gegen jede Unterdrückung auf. Dabei kannte er weder parteipolitische noch konfessionelle Rücksichten. Für die Rechte der Katholiken, Protestanten und Juden trat er mit gleichem Eifer ein." In der „Vossischen Zeitung" liest man: „Nicht nur das Zentrum, auch die übrigen Fraktionen der Nationalversammlung verlieren in dem Verstorbenen einen ihrer ältesten Kollegen, der sich seit mehreren Jahrzehnten trotz bestimmtester Betonung seines persönlichen politischen Standpunktes die Sympathien aller Mitglieder des Parlaments zu sichern verstand. . . . Wie kaum ein anderer hat er das Amt des Abgeordneten bewertet. Tagtäglich konnte man ihn in seinem Arbeitszimmer im Reichstage zwischen Akten und Büchern finden. Sein ureigenstes Wesen war die Bescheidenheit, wie er auch

ein fast klösterlich strenges Dasein führte." An der Wasserkante bezeugt ihm die Bremer „Weserzeitung": „Er war der treueste Diener seiner Partei. Aber er war durch jahrzehntelange Arbeit dahin gelangt, daß er das Ganze um der Partei willen nie vergaß. Er war der fleißigste Abgeordnete nicht nur um des Zentrums, sondern auch um der Ehrfurcht willen, die er vor seinem Berufe hatte." Und fern im Süden waren auch die Organe seiner intimsten Gegner gleicher Meinung. Er hat ihnen oft das Leben sauer gemacht, und dann haben sie ihn nicht geschont, aber stolz auf ihren Landsmann waren sie doch. Die „Württembergische Zeitung" zählt ihn zu den bedeutendsten Erscheinungen der alten Garde der deutschen Parlamentarier, zu den einflußreichsten Führern des Zentrums. „In Württemberg war er eigentlich der Führer, wenn es darauf ankam. . . . Er war darin ein echter Schwabe. Übrigens nicht nur darin, sondern überhaupt in seiner ganzen Art. . . . Wer im andern Lager steht, wird wohl einige Vorbehalte machen, aber alles in allem genommen steht so viel fest: Gröber war als Mensch und Politiker das, was man eine Persönlichkeit nennt." Der „Schwäbische Merkur" aber, der doch manchen Span mit ihm gehabt hatte, hat zwar manches an ihm auszusetzen, ließ sich aber dadurch nicht hindern, ihm ein würdiges Denkmal zu setzen:

Schwaben hat nicht viele Parlamentarier hervorgebracht, die in demselben Maße wie Gröber der persönlichen Eignung zu diesem Berufe sich erfreuten. Mit einem guten juristischen Schulsack, mit einer Rednergabe, die alle Töne beherrschte, das Pathos wie die trockne Sachlichkeit, akademische Höhe wie schlichte, oft gar derbe Volkstümlichkeit, beißenden Sarkasmus wie jovialen Humor, wuchtigen Ernst wie leichte Plauderei, verbanden sich ein rastloser Fleiß und nie ermüdende Arbeitskraft, scharfe Beobachtung und gutes Gedächtnis, die Fähigkeit, in jedem Stoffgebiet sich leicht und rasch heimisch zu machen, Weitblick und taktische Klugheit, und, was vielleicht das letzte Geheimnis seiner Gewalt über die Gemüter war, eine tiefe innere Leidenschaft für seine Sache, eine Leidenschaft, die zuzeiten die Glut des Fanatismus annehmen konnte. Man nehme dazu die Patriarchengestalt seiner äußern Erscheinung, das ausdrucksvolle Auge, den wallenden Vollbart, und man versteht, wie dieser Mann einen fast beispiellosen Einfluß sich erobern und festhalten konnte.

Konrad Haußmann, der Führer der württembergischen Demokratie, hat sich selbst wie seinen Landsmann und Gegner geehrt, als er im „Stuttgarter Beobachter" schrieb:

Gröber war eine der hervorragendsten und charaktervollsten Erscheinungen unter den deutschen Parlamentariern. Er ist der echte schwäbische Berufsparlamentarier gewesen. Er brachte für die parlamentarische Tätigkeit außergewöhnliche Gaben mit: eine fast nie versagende Beredsamkeit, die mühelos

und ungekünstelt alle Seiten der Rhetorik beherrschte, er wurde nie monoton. Seine Ausschußreden ohne alle pathetischen Mittel waren besonders wirksam und geschickt. Vom Richterberuf brachte er eine sachliche Gründlichkeit mit, die niemals bureaukratisch und ängstlich wirkte. Sein juristisches Wissen war sicher und klar, und diese Schulung ermöglichte ihm die Einarbeitung in neue Stoffe. Ich habe gerade über diese Eigenschaft Worte lebhafter Anerkennung für Gröber aus dem Munde von Eugen Richter gehört. Gröber war durch nichts abgelenkt. Er war ohne Streberei und Ehrgeiz. Das Wort Ora et labora war wie auf ihn gemünzt.

Wenige Wochen nach seinem Ende hat ein jüngerer Fraktionskollege, Dr. Herschel, im Berliner „Tag" (Nr. 275 vom 11. 12. 19) ein plastisches Bild des alten Gröber entworfen, wie er in seinen letzten Jahren gewesen ist:

Ein Greis, trotzdem er knapp die Mitte der 60er Jahre überschritten hat. Wirklich ein Patriarch, wie der Präsident der Nationalversammlung bei der Gedächtnisfeier im Reichstag ihn genannt hat. In der Erscheinung und im Wesen. Tief herab auf die Brust wallt ein weißer, breiter, nicht sonderlich gepflegter Bart. Das Haupthaar ist über der hohen Stirn und am Scheitel gelichtet, sonst noch voll. Zu der weißen Umrahmung stehen in seltsamem Gegensatz zwei ganz dunkle, dichte, buschige Brauen. Sie gäben dem Antlitz etwas Finsteres, wären nicht die großen braunen Augen darunter. Wie verschieden können die doch blicken! Seelenvoll und trutzig, treuherzig, schwärmerisch, manchmal ganz versonnen, doch auch weltklug und rechnend. Sie können drohen und blitzen. Wenn er dann wieder schmunzelt, sieht er aus wie ein lieber Großpapa. Trotzdem er Junggeselle war. Lueger hat einmal gesagt, Soldaten, Geistliche und Politiker sollten nicht heiraten. Gröber hat sich daran gehalten.

Manchmal blicken die braunen Augen ironisch. Das war die häufigste Form, in der Gröber Kritik übte, und die mildeste. Er konnte auch sehr liebenswürdig schalkhaft lächeln. Dagegen werden nur sehr wenige ihn laut lachen gesehen haben.

Schwere Ohnmachtsanfälle hinderten ihn leider nicht, wider ärztlichen Rat sich weiter Übermenschliches zuzumuten. Er konnte eben auch eigensinnig sein. Als die Umwälzung kam, übernahm er manches von ihr, den Achtstundentag für sich aber nicht. So mußte der geschwächte Körper unterliegen. Er hat in den letzten Jahren nicht nur viel gestrebt, sondern auch viel gelitten.

So einfach wie sein Wesen war auch seine Kleidung. Kein Schmuckstück, kein Ring. Die Sachen schlotterten ihm etwas am Leibe, weil er unter der Kriegsernährung erheblich an Gewicht verloren hatte. Den verwetterten, breitrandigen Schlapphut zog er stets tief in die Stirn. Mit dem wallenden Barte, in einem alten Mantel, sah er aus wie Odin der Wanderer oder wie Knecht Rupprecht, wenn er durch die Straßen von Weimar oder in Berlin von der Niederwallstraße nach dem Hohen Hause ging.

Er hatte eine wohltönende Stimme. Der schwäbische Dialekt gab ihr noch mehr Anheimelndes und Gemütliches. Die Abgeklärtheit seines Wesens und seines Urteils zeigte sich auch im Tonfall und der Art zu sprechen. Besonders,

wenn er nach langen Debatten in der Fraktion den sachlichen Inhalt der Vorreden zusammenfaßte und dann seine eigne Meinung äußerte. In den Mahnungen, die er manchmal an die Kollegen richtete, besonders an die „jüngern Mitglieder", lag stets ein warmer väterlicher Ton. Ergriff er in der Vollsitzung das Wort, so hatte er das unbedingte Ohr des ganzen Hauses. Nur wenige Abgeordnete konnten sich dessen rühmen. Anerkannt war er als Autorität in Geschäftsordnungsfragen.

Gröber war Berufsparlamentarier geworden. In der Arbeit eines Menschenalters war er mit dem Hause verwachsen wie kaum ein anderer. Vielleicht wird man unter dem parlamentarischen System den Berufsparlamentarier in allen Parteien noch mehr brauchen als schon früher. Möchten es dann überall Männer sein wie er.

Der draußen in Erz vor dem Reichstage steht, hatte den Wahlspruch: Patriae inserviendo consumor. Über dem Hauptportal des Hohen Hauses prangen die Worte: Dem deutschen Volke. Auf keinen andern paßt beides besser als auf den schlichten Sohn Schwabens, dem am Totensonntag an der Stätte ihrer gesetzgeberischen Arbeit die Vertreter des deutschen Volkes die letzte und höchste Ehre erwiesen. Er hätte sie nicht gewollt. Aber er hatte sie verdient.

Während meiner Arbeit hat derselbe norddeutsche Freund Gröbers, der schon wiederholt zu Worte gekommen ist, sich über den Politiker und Volksführer zu mir wie folgt geäußert:

„Auf die Entwicklung seiner Weltanschauung hat tiefen Einfluß geübt, daß er als Jüngling im Innersten verletzt ward durch die brutalen kirchenfeindlichen Angriffe. Sie trieben ihn zur ritterlichen Abwehr, und diese bedingte jahrzehntelang die scharfe, bestimmte Stellungnahme des Verteidigers, die Wachsamkeit des Strategen gegenüber den grundsätzlichen, vielfach rücksichtslosen Gegnern. So stand er da wie ein Gewappneter. Die später möglichen irenischen Aufgaben einer »Abrüstung« unter den Vertretern der gegensätzlichen Weltanschauung in die Hand zu nehmen oder zu führen, zumeist in Lösung von Gemeinschaftsaufgaben auf außerpolitischen Gebieten, war naturgemäß nicht seine Sache. Aber er hatte volles Verständnis für die ernst zu nehmenden Ireniker; er ermunterte und stützte sie. Hat er doch mitten in harten politischen Kämpfen immer wieder aus tiefstem Herzen die Seinigen daran erinnert, daß nicht der Kampf das Ziel sei, sondern die Pflichterfüllung gegen das Volk und das Vaterland, zu deren Dienst die Politiker aller Richtungen sich verpflichtet fühlen müßten. So war denn auch seine Strategie durch und durch ehrlich. Sie war klug, sollte auch bei den Gegnern sich Respekt verschaffen; nie aber streifte sie die Intrige. So genoß er bei den andern Parteien Achtung und Vertrauen, wenn er Verständigungs- und Gemeinschaftsaktionen einleitete oder mitmachte.

„Sein reiches, tiefes religiöses Leben hat er im Kämmerlein verschlossen. Weil es ihm ein so köstliches Lebensgut war, kam er nie in die Versuchung, Religiöses und Politisches zweckhaft zu verquicken; stieß er auf solche, die diese Wege zu gehen schienen, so wandte er sich ab. Diese Leute drängten sich auch nie an ihn heran. Sein zartes Verständnis für die Lebensbedingungen der Religion wie anderseits sein klarer staatsmännischer Blick hießen ihn wie an etwas Selbstverständlichem unbeirrt festhalten an dem politischen Charakter der Zentrumspartei. Daß religiöse, kirchliche Indifferenz damit nichts zu tun habe und haben solle, hat er durch die Tat seines der Politik gewidmeten Lebens bewiesen. Das war auch seine einzige Antwort an jenen kleinen Kreis von Glaubensgenossen, die auf andere Wege drängten und für diese die kirchliche Korrektheit in Anspruch nahmen.

„Er war anderseits stolz darauf, daß die Württemberger keinen engherzigen Partikularismus aufwiesen. Er durfte darum, wenn es nötig war, auch einmal deutlich sich dagegen aussprechen. Der Volksverein war ihm denn auch deshalb lieb, weil dieser seine Landsleute bestärkte, gesamtdeutsch zu denken und zu fühlen. Er liebte das Deutsche Reich und freute sich, wenn er für dessen Ausbau mit recht vielen aus andern Lagern schaffen konnte, wenn er nicht zu kämpfen und zu streiten brauchte. Die Niederlage im Felde und die Revolution haben ihm eine Welt zerschlagen.

„So steht Gröber vor allem da als ein in der Zeit des Kampfes vom katholischen Volke, vorab Württembergs, gekürter Herzog. Er war die aus dem Volkstum ursprünglich erwachsene Verkörperung eines Mannes des öffentlichen Lebens und eines Katholiken im Kampfe der Zeit. Er ward zu einem Symbole, wirkte als solches auf das katholische Volk. Er wird leicht zu einem Mythos werden, der der Nachwelt gleiches sein kann dessen, was uns in unsern Jugendtagen Mallinckrodt, Windthorst und andere waren." —

Als Gröber schon einige Monate im Grabe ruhte, hat ein Mitglied der ihm dankbar verpflichteten Gesellschaft Jesu ihm ein schönes kleines Denkmal gesetzt. In den „Stimmen der Zeit" (März-Heft 1920) schreibt P. Constantin Noppel u. a.:

Adolf Gröbers Andenken darf nicht mit der schnellebigen Tagespresse verwehen. Es muß uns dauernd erhalten bleiben, muß fortwirken als ein hohes Vorbild für den katholischen Mann im öffentlichen Leben.

Offen liegt sein ganzes Mannesleben vor aller Augen. Ein unbestechlicher Sinn für die Losungsworte seiner politischen Partei: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" bewahrte seinen Ehrenschild zeitlebens rein und ohne Tadel.

Treu und tief kam aus seinem Schwabenherzen die Liebe zu seinem Vaterlande. Tief ergriff ihn die Volkserhebung im August 1914. Tränenden Auges

erzählte er, wie die Bewohner seines geliebten Badeörtchens Ditzenbach Haus und Hof verlassen hatten. Und es war kein Zufall, wenn Gröber vom Kriegsausbruche bis zu seiner schweren Erkrankung jeden Morgen statt um 7 bereits um 6 Uhr zur heiligen Messe ging. Ein stilles Kriegsopfer des Sechzigjährigen. Kriegsopfer war auch sein ganzes Arbeiten von da bis zum bittern Ende. In unermüdlichem Schaffen hat er sich vor der Zeit aufgezehrt. Flaumacher wollte er nicht hören. Als er aber als Staatssekretär Zeuge des Zusammenbruchs selbst eines Ludendorff werden mußte, da verschloß er auch dem ganzen Unglück seines Vaterlandes den Sinn nicht, sondern strebte ihm männlich zu begegnen. Seinem Kaisereid blieb er treu bis zuletzt. Des Kaisers Flucht war gegen seinen Sinn.

Die tiefsten Wurzeln dieses makellosen Dienstes an Volk und Vaterland lagen aber in Adolf Gröbers Gottesdienst. Er diente, schrieb treffend die demokratische „Frankfurter Zeitung", seinem Gott auch in der Politik. Für sein persönliches Leben kannte er keine Trennung von Religion und Weltgeschäften. Darum war er auch ein Mann ohne jeden Zwiespalt, aus einem Guß. Schätze hat er wohl nie gesammelt. Von dem Seinen gab er gern für gute Zwecke. Die Übernahme des Amtes eines Staatssekretärs war für ihn wohl eines der größten Opfer, die er je gebracht hatte. Der Titel Exzellenz lag ihm nicht. Lasse Sie des, wehrte er wohl ab. Und wer ihn wirklich näher kannte, konnte dem schlichten Volksmann dies Schnörkelwort nicht zum Gruße bieten.

Gröber zeigte auch, daß die Politik selbst nichts Schlechtes ist. Er hat so manchem biedern Christen die faule Ausrede: Politisch Lied ein garstig Lied oder Politik verdirbt den Charakter, entwunden. Er hat tagtäglich gezeigt, daß die Politik selbst nicht etwa nur eine Art notwendigen Übels ist, daß sie ebenso auch ein Weg der Selbstheiligung und des Gottesdienstes sein kann und für den glaubensvollen Katholiken aus innerstem Drang heraus sein muß.

Freilich, Gröber stellte sich nicht nur hohe Ziele für seinen Alltag. Er wußte auch hohe Wege dahin zu gehen. Er verstand es vor allem, die erhabenen und erhebenden Heilsmittel der heiligen Kirche sich zu Weggenossen seines Tagewerks zu machen. Gröber war ein Vorkämpfer der täglichen heiligen Kommunion. Seine Rede auf dem Eucharistischen Kongreß zu Metz 1907 legte davon Zeugnis ab. Beredteres Zeugnis gab freilich noch sein eignes Beispiel in gesunden und kranken Tagen. Der Vielbeschäftigte stellte sich jede Woche geradeso am Beichtstuhl ein wie jenes alte Weible das er freundlich zum Vortritt aufforderte, als es vor ihm zurücktreten wollte.

So ging Adolf Gröber als ganzer Mann, aufrecht und gerade, wie sein Lebensweg gerade war, und doch mit einer Art kindlicher Selbstverständlichkeit in die Ewigkeit hinüber. Äußere bewegte Arbeit und heitere innere Sammlung lehrt er verbunden. Gerecht und selbstlos jedermanns Recht wahren, die Interessen ausgleichen und zum gemeinsamen Wohl vereinigen, das Recht von Glauben und Gewissen schirmen um jeden Preis, das ist Adolf Gröbers politisches Testament.

Möge dieses Testament, nein, es wird in vollen Ehren bleiben!

Personenverzeichnis

Führer des Volkes

Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern

1. Franz von Assisi. Von Emil Dimmler. 3. Aufl. 1921. (76) ℳ 6.—
2. Melchior v. Diepenbrock. Von Univ.-Prof. Dr. Wilh. Kosch. 1913. (64) 60 Pf.
3. Ludwig Windthorst. Von A. Reumont. 2. Aufl. 1920. (116) ℳ 6.—
4. Peter Reichensperger. Von Dr. Franz Schmidt. Vergriffen.
5. Adolf Kolping. Von Dr. A. Franz. 2. Auflage in Vorbereitung.
6. J. M. Sailer. Von Univ.-Prof. Dr. Wilh. Kosch. 1913. (42) 60 Pf.
7. Jos. v. Görres. Von Real-Gymn.-Dir. Dr. W. Schellberg. 1913. (48) 60 Pf.
8. Friedrich Spe. Von Univ.-Prof. Dr. W. Kosch. 2. Aufl. 1921. ℳ 4.—
9. Adam Franz Lennig. Von Dr. A. Diehl. 1914. (70) 60 Pf.
10. Lorenz Kellner. Von Ernst Sartorius. 1914. (48) 60 Pf.
11. Katharina von Siena. Von Dr. Maria Maresch. 2. Aufl. 1920. (88) ℳ 6.—
12. Franz Brandts. Von Dr. Wilh. Hohn. 2. Aufl. 1920. (140) ℳ 6.—
13. Feldmarschall Graf Radetzky. Von Univ.-Prof. Dr. Wilh. Kosch. 1915. (52) 60 Pf.
14. P. Martin von Cochem. Von Univ.-Prof. Dr. Wilh. Kosch. 2. Aufl. 1921. (40) ℳ 4.—
15. Klemens Maria Hofbauer. Von Dr. J. Eckardt. 1916. (88) ℳ 1.20
16. Alban Stolz. Von Hermann Herz. 2. Aufl. 1920. (87) ℳ 6.—
17. Andreas Hofer. Von Univ.-Prof. Dr. Wilh. Kosch. 1916. (44) ℳ 1.20
18. P. Prokopius von Templin. Von Pfr. Seb. Wieser. 1916. (87) ℳ 1.20
19. Hermann v. Mallinckrodt. Von Dr. Franz Schmidt. 2. Aufl. Durchgesehen von Prof. Dr. H. Cardauns. 1921. (64) ℳ 6.—
20. Klemens Brentano. Von Realgymnasialdirektor Dr. W. Schellberg. 2. Aufl. Neudruck in Vorbereitung.
21. Burghard v. Schorlemer-Alst. Von Dr. F. Schmidt. 1916. (79) ℳ 1.20
22. P. Abraham a Sancta Clara. Von Prof. Dr. Karl Bertsche. 1918. (196) ℳ 4.80
23. Die hl. Elisabeth. Von Dr. Maria Maresch. 2. Aufl. 1921. (158) ℳ 18.—
24. August Reichensperger. Von Dr. Franz Schmidt. Vergriffen
25. Friedrich Leopold Graf zu Stolberg. Von Prof. Dr. Hermann Cardauns. 1919. (52) ℳ 1.80
26. Ausgewählte Schriften und Gedichte von Friedrich Leopold Grafen zu Stolberg. Von Studienrat Dr. O. Hellinghaus. 1921. (116) ℳ 12.—
27. Dichtungen der Droste. Von Fr. Castelle. 1920. (286) ℳ 6.—; auf holzfreiem Papier ℳ 12.—
28. Briefe der Droste. Von Fr. Castelle. (In Vorbereitung.)
29. Briefe der Katharina von Siena. Von Dr. Maria Maresch. 1921. (156) ℳ 15.—
30. Adolf Gröber. Von Prof. Dr. Hermann Cardauns. 1921. ℳ 10.—

Volksvereins-Verlag GmbH., M.Gladbach